



# Protokoll

der 21. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 26. Juni 2024, um 9:00 Uhr

**Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

**Abwesende:** *Raoul I. Furlano (LDP); Stefan Wittlin (SP); Lea Wirz (GAB); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Salome Bessenich (SP).*

## Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung ..... 2
3. Jahresrechnung 2023 und Rechnung 2023 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und Mitbericht der BKK..... 4
4. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats ..... 25



## Beginn der 21. Sitzung

Mittwoch, 26. Juni 2024, 09:00 Uhr

### 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[26.06.24 09:00:22]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Hinweis Verabschiedung Margrit Rünzi: Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir morgen um 15 Uhr unsere Kaffeewirtin verabschiedet werden. Wenn Sie ihr eine persönliche Karte übergeben möchten, können Sie diese noch heute bei Beat Flury deponieren, auch morgen am Morgen geht das noch. Leere Karten stehen auf dem Tisch des Hauses zur Verfügung.

Anmeldung zur Grossratsreise vom 30. August: Diese Woche haben Sie noch Gelegenheit, sich anzumelden für die Grossratsreise, wenn das noch nicht geschehen ist. Danach werden wir die Zuteilungen vornehmen und Sie erhalten Ihr persönliches Programm im Juli noch. Ich freue mich schon sehr, mit Ihnen Bubendorf und unserem Nachbarkanton besuchen zu gehen.

Rathausführungen im Herbst Sie mögen sich auch daran erinnern, dass ich mal behauptet habe, dass viele Grossrätinnen und Grossräte noch nie auf dem Turm waren. Sie haben jetzt Gelegenheit, das zu ändern, und zwar wird es so sein, dass der Leiter der kantonalen Denkmalpflege, Dr. Daniel Schneller gemeinsam mit Dr. Martin Möhlin, dem Inventariseur Kunstdenkmäler des BVD, Führungen im Rathaus für Sie anbieten wird. Die Führungen finden jeweils mittags zwischen Grossratssitzungen statt. Eine Anmeldung ist erforderlich und Sie werden Gelegenheit haben, sich anzumelden in Reaktion auf ein Mail, das Ihnen der Parlamentsdienst heute oder morgen zustellen wird.

Und das waren die Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung.

David Jenny beantragt die Traktandierung einer Resolution. Der Entwurf wurde Ihnen aufgelegt. Wir diskutieren jetzt nur, ob der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung zu setzen ist. Die Redezeit beträgt dabei fünf Minuten. Am Schluss stimmen wir über die Traktandierung ab. Wird der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung gesetzt, kommt er heute Nachmittag auf die Liste. Es ist aber so, dass wir grosse Geschäfte haben heute und morgen. Es kann sein, dass wir mit einem Geschäft nicht fertig sind. Dann würden wir es zuerst fertig beraten und dann danach als erstes neues Traktandum halt vielleicht nicht mehr um 15 Uhr, sondern später auf die Resolution kommen.

Wir stimmen ab, ob die Resolution überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen ist. Dafür ist ein einfaches Mehr erforderlich. Heute Nachmittag ist dann ein Zweidrittelmehr erforderlich. Gibt es Wortmeldungen?

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir schon zu den Abstimmungen.

#### Abstimmung

Traktandierung Resolution

JA heisst Traktandierung der Resolution, NEIN heisst keine Traktandierung.

#### Ergebnis der Abstimmung

**85 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003758, 26.06.24 09:04:16]

#### Der Grosse Rat beschliesst

die Resolution zu traktandieren.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben sich für Traktandierung entschieden mit 85 Ja-Stimmen gegen eine Neinstimme bei zwei Enthaltungen. Zur Tagesordnung liegt noch eine Wortmeldung von Eric Weber vor.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Es ist relativ wichtig. Ich sage jetzt etwas als Grossrat, und dann kann keiner sagen von den Grossräten, er habe es nicht gewusst, und die Zeitungen können auch nicht sagen, sie hätten es nicht gewusst. In der Tagesordnung ist meiner Ansicht nach ein Fehler. Sie wissen, ich bin seit 1984 Grossrat und daher stelle ich gleich einen Antrag. Ich möchte gerne begründen. Ich habe einen Fehler in der Tagesordnung entdeckt, als alter Hase. Sie alle kennen sich in der Politik aus und daher muss ich jetzt keinen Grundkurs Politik geben. Ich bringe es auf den Punkt.

Ich kann genau in Zukunft vorausschauen. Wenn wir jetzt das Wahlrecht für die Ausländer einführen, dann gibt es im November eine Volksabstimmung dazu, zusammen mit dem zweiten Wahlgang Regierungsrat. Und dann wird dieser zweite Wahlgang Regierungsrat vollkommen verfälscht. Ich beantrage darum, dass wir das Thema Ausländerwahlrecht von der Tagesordnung nehmen, dass es nicht jetzt im Juni behandelt wird, sondern erst nach dem zweiten Wahlgang Regierungsrat. Stellen Sie sich vor, die Kandidatin der GLP sagt, sie sei gegen das Ausländerwahlrecht, Regierungsrätin Esther Keller ist gewählt. Sagt sie aber, sie sei für das Ausländerwahlrecht, dann wird der SVP-Mann gewählt. Es würde zu Verschiebungen führen, die nur wegen dem Ausländerwahlrecht eintreten würden. Daher muss geschaut werden, dass der zweite Wahlgang Regierungsrat ruhig über die Bühne geht.

Meine Damen und Herren, ich habe viele Nächte über den Antrag geschlafen. Es gibt einen zweiten Wahlgang Regierungsrat, da sind wir uns alle einig. Wenn der zusammengelegt wird mit dem Ausländerwahlrecht, dann herrscht einfach eine komische Situation, die ich als Bürger nicht möchte haben.

Ich begründe den Antrag. Wir haben schon oft Abstimmungen gehabt, Schweizer Abstimmungen, die die Massen an die Urne brachten, auch teilweise einseitig. Und wenn wir jetzt diese kantonale Abstimmung über das Ausländerwahlrecht zusammen mit dem zweiten Wahlgang Regierungsrat haben, dann gibt es nach meiner Ansicht Verschiebungen, und danach sind alle schlauer und sagen, ja, hätten wir das gewusst, bei diesen vielen Abstimmungen im November 2024, aber dann ist es zu spät. Jetzt ist es noch nicht zu spät. Handeln Sie, nehmen Sie es von der Tagesordnung. Ich bitte Sie, daher stehe ich Grossrat Eric Weber hier vorne und rede.

Ich weiss, ich habe Recht, ich weiss auch, dass mein Antrag nicht durchkommen wird, da ich scheinbar der Böse bin. Aber ich bin hoch anständig und ich mache Sie nur aufmerksam auf eine Komplikation oder wie man das auch immer in der Fachsprache nennen mag. Wenn es zur Abstimmung über Wahlrecht Ausländer kommt, dann wird es kochen. Ich meine, viele gehen dann wählen, die sich betroffen fühlen. Und es ist klar, dass diese dann auch den Zettel für den zweiten Wahlgang Regierungsrat ausfüllen werden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eric Weber beantragt die Absetzung von Traktandum 9, Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht. Er beantragt, dieses Geschäft von der Tagesordnung abzusetzen. Wir stimmen darüber ab.

## Abstimmung

Absetzung Traktandum 9

JA heisst Absetzung Traktandum 9, NEIN heisst keine Absetzung von Traktandum 9.

## Ergebnis der Abstimmung

**1 Ja, 88 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003760, 26.06.24 09:09:47]

## Der Grosse Rat beschliesst

Traktandum 9 nicht abzusetzen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es wurde 88 Mal Nein, einmal Ja bei keiner Enthaltung gestimmt. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung vor.

Wir kommen damit zur Traktandum 2, Entgegennahme der neuen Geschäfte. Zuweisungen. Es liegen keine Wortmeldungen vor.



Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

### 3. Jahresrechnung 2023 und Rechnung 2023 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und Mitbericht der BKK

[26.06.24 09:10:27, 24.5229.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Zu diesem Geschäft begrüsse ich auf der Regierungsbank auch den Präsidenten des Gerichtsrats, Herrn Stephan Wullschleger.

Die Finanzkommission beantragt, die Jahresrechnung 2023 zu genehmigen. Ich gebe Ihnen den Ablauf der Beratung der Jahresrechnung bekannt. Zuerst erfolgt wie gewohnt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission und die Jahresrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission Joël Thüring das Wort erhält. Danach spricht die Präsidentin der BKK Franziska Roth, welche einen Bericht zu den kantonalen Museen präsentiert. Seitens der übrigen Sachkommissionen wurden keine weiteren Mitberichte verfasst. Nach den Kommissionen sprechen die Finanzdirektorin, der Vorsteher des Gerichtsrates, anschliessend die Fraktionen, je maximal zehn Minuten, und dann die Einzelvotierenden mit maximal fünf Minuten. Das erste Schlusswort zum Eintreten haben der Vorsitzende des Gerichtsrats, die Finanzdirektorin sowie die Präsidentin der BKK, und das letzte Schlusswort hat wieder der Präsident der Finanzkommission.

Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Beratung, das heisst, Sie können dann jeweils wieder Fraktionsvoten zu den einzelnen Departementen halten. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses, auf Seite 55 des Berichts der Finanzkommission und die Schlussabstimmung.

Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen oder Begehren? Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir so vor und starten mit dem Sprecher für die Finanzkommission Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* 434 Millionen Franken, mit diesem Überschuss schliesst die Rechnung 2023 ab, nachdem nach verschiedenen Nachtragskrediten und Budgetpostulaten der Grosse Rat im Verlaufe des Jahres den ursprünglich vorgesehenen Überschuss von 33,2 Millionen Franken auf nur noch 13,1 Millionen Franken reduziert hat. Nun ist es etwas anders gekommen, und es ist gut gekommen. Erfreut kann die Finanzkommission gleichzeitig auch feststellen, dass das Nettovermögen auf 451,9 Millionen Franken angestiegen ist und die Nettoschuldenquote wie im Vorjahr unter 0, nämlich bei Minus 0,6 Promille liegt. Festzuhalten gilt es aber auch, dass sich die Bruttoschulden von 3,3 auf 3,5 Milliarden Franken erhöhen.

Wie kam es zu diesem ungewöhnlich und ungemein tollen Rechnungsüberschuss von 434 Millionen Franken, den wir und wohl auch die Finanzdirektorin so in dieser Form nicht erwartet haben? Bei genauer Betrachtung wird rasch klar, dass dieser Überschuss vor allem auf höhere Steuereinnahmen zurückzuführen ist. So fallen die Einnahmen durch die Einkommenssteuern von natürlichen Personen um 70 Millionen Franken höher aus als budgetiert. Gleichzeitig sind auch die um 351 Millionen Franken höheren Überschüsse bei den Unternehmenssteuern dafür mit- oder gar hauptverantwortlich.

Diese hohen Überschüsse ergaben sich auch durch die gute Konjunktur, die Widerstandsfähigkeit der hier ansässigen Unternehmen in Krisenjahren und das Steuerjahr 2022 war geopolitisch gesehen ein solches Krisenjahr und durch nachträgliche Einnahmen vergangener Steuerjahre. An dieser Stelle ist aber auch festzuhalten und festzustellen, dass trotz dieser aussergewöhnlich hohen Einnahmen bei den Unternehmenssteuern nicht per se davon ausgegangen werden kann, dass dies in gleicher oder ähnlicher Form auch in den Folgejahren der Fall sein wird. Regierungsrätin Tania Soland, die Finanzdirektorin, hat dies schon bei der Präsentation der Rechnung 2023 gegenüber den Medien mahnend erwähnt und sie hat diese Mahnung auch in der Finanzkommission wiederholt. Man kann nicht davon ausgehen, dass sich dies jedes Jahr derart positiv wiederholen wird. Gerade bei den Unternehmenssteuern zeigt sich eine hohe Volatilität, weshalb es die Finanzkommission sehr begrüsst, wenn der Kanton die Einnahmenseite auch weiterhin unter Berücksichtigung dieses volatilen Aspektes kalkuliert.

Die Vermögenssteuern fielen um 30 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert. Die Erbschafts-, Schenkungs- und Handänderungssteuern schwanken von Jahr zu Jahr stark, weshalb ein Durchschnittswert budgetiert wird. Im 2023 lagen diese Steuerarten 38 Millionen Franken unter dem Durchschnitt der letzten Jahre.

Weiter ist auch darauf hinzuweisen, dass es im Rechnungsjahr 2023 keine Gewinnablieferung der Schweizerischen Nationalbank gab. Diese bezieht sich jeweils auf das vorherige Geschäftsjahr der SNB, und dies führt zu einer Verschlechterung gegenüber dem Budget von 46 Millionen Franken, da der Kanton jeweils von einer mittleren



Gewinnausschüttung der SNB ausgeht. Diese Art der Budgetierung, ein Mittelweg zwischen risikoreich und risikoarm, begrüsst die Finanzkommission weiterhin. Regierungsrätin Tanja Soland hat ausgeführt, dass mit der Erwartung einer mittleren Gewinnausschüttung vermutlich auch eben diese unterschiedlichen Möglichkeiten, was die Gewinnausschüttung der SNB anbelangt, für unser Budget und für unsere Rechnung dann besser kalkulier- und erwartbar ist.

Auch die Departemente trugen zum positiven Rechnungsabschluss bei. Insgesamt blieben sie 63 Millionen Franken unter Budget, wobei dies vor allem auf tiefere Fallzahlen in der Sozialhilfe (36 Millionen Franken) und tiefere Ausgaben für Prämienverbilligungen (14 Millionen Franken) zu begründen ist. Zu Mehraufwand führte eine Rückstellung in der Höhe von 21 Millionen Franken für potenzielle Ausfälle bei Covid-19-Startup-Bürgschaften. Das hohe Investitionsvolumen von 421 Millionen Franken konnte vollständig selbst finanziert werden. Die grössten Positionen hier sind die Elektrifizierung des Bussystems, die Erhaltung der Gleisinfrastruktur, die Erweiterung der ARA, die Abwasserreinigungsanlage, sowie der Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen beträgt 160 Prozent.

Weiterhin zunehmend ist die Zahl der Beschäftigten beim Kanton. Bestanden im Jahr 2022 rund 8'892 Vollzeitstellen, sind diese im Jahr 2023 auf 9'177 Vollzeitstellen angewachsen. Das kontinuierliche Wachstum der Vollzeitstellen ist vielen verschiedenen Faktoren, wie beispielsweise steigenden Schülerzahlen geschuldet, weshalb ich jetzt auch verzichte, im einzelnen darauf einzugehen.

Hinweisen kann ich noch auf den Umstand, dass das Steuerpaket, das im März 2023 von der basel-städtischen Stimmbevölkerung angenommen wurde, sich noch nicht auf die Rechnung 2023 auswirkt. Das Steuerpaket führt dazu, dass die Steuereinnahmen der natürlichen Personen ab 2024 um 112 Millionen Franken sinken. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten kommt das Steuerpaket auch aus Sicht der Finanzkommission aber bestimmt zur richtigen Zeit.

Nun möchte ich kurz auch zu einzelnen Feststellungen, Erwartungen und Empfehlungen aus einzelnen Departementen kommen. Zuerst zum Naturhistorischen Museum und zum Staatsarchiv: Die Finanzkommission wurde bereits im Juni 2023 informiert, dass für die Ertüchtigung des Widerlagers der Luzernerringbrücke als integraler Bestandteil des Neubaus für das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv zusätzliche Kosten von 570'000 Franken anfallen. Die Finanzkommission stimmte damals, also vor gut einem Jahr, der dringlichen Ausgabenbewilligung zu und liess sich von den Verantwortlichen im Juni 2023 versichern, dass der Terminplan des Bauvorhabens durch die Ertüchtigungsmassnahmen nicht gefährdet sei. Im Rahmen der Hearings wurde nun im Frühjahr 2024 die Finanzkommission durch den Regierungsrat informiert, dass sich die Eröffnung des Neubaus durch eine Projekterweiterung und dem nicht Erreichen zweier terminlicher Meilensteine eben nun doch verzögere und ein finanzieller Mehrbedarf anfallt. Die Projekterweiterung betreffe die Situation der Arbeitsplätze. So sei im Rahmen der Betriebsanalyse festgestellt worden, dass durch die zusätzlich bewilligten Stellen für das Naturhistorische Museum ein Mehrbedarf an elf permanenten Arbeitsplätzen entstehen. Neu würden 79 statt der ursprünglich im Projekt vorgesehenen 68 Arbeitsplätze benötigt. Ein zusätzlicher, im Projekt bislang nicht vorgesehener Raumbedarf entstehe für die neuen Aufgaben im Bereich der Digitalisierung. Diese entsprechenden Arbeitsplätze können im Neubau untergebracht werden, unter anderem durch Nutzungsrochaden auch mit dem Staatsarchiv und Verdichtungen sowie die Schaffung von Grossraumbüros. Diese Variante sei für die Funktionalität sinnvoll, liess der Regierungsrat uns mitteilen, da bei einer externen Anmietung Arbeitsprozesse aufwendiger, der Umgang mit Kulturgut ineffizienter und eine erhöhte Gefahr der Schädigung des Sammlungsguts aufgrund von Transporten die Folge sei. Auch rechne sich eine solche externe Anmietung wirtschaftlich nicht.

Da der Rohbau des Verwaltungstrakts aber fertiggestellt sei, sei die Ausführungsplanung abgeschlossen. Diese Projekterweiterung habe nun erhebliche Auswirkungen auf den Ablauf der Ausführung sowie auf Kosten und Termine. Sie übersteigen zudem den Rahmen von unvorhergesehenen Entwicklungen, für welche die Projektreserven im Budget vorgesehen seien. Als Folge dieser Umplanung sei auch der Zeitplan nicht mehr einzuhalten, weshalb sich das Projekt nach heutigem Stand um ein halbes Jahr verzögere und dies auch Auswirkungen auf den Übergabetermin habe.

Weiter seien zwei wesentliche terminliche Meilensteine als Voraussetzung für den Beginn der geplanten Folgearbeiten nicht erreicht worden. Hier geht es um Dichtigkeiten im Grundwasser und um verschiedenen Dichtigkeitsklassen. Der Innenausbau könne erst angegangen werden, wenn nachgewiesen sei, dass die Dichtigkeitsklasse 1 erreicht wurde. Eine Expertise habe ergeben, dass es sich um einen Ausführungsfehler handle bei diesen Arbeiten und die Beteiligten seien entsprechend abgemahnt worden. Für die Behebung der Schäden sei nun ein Expertengremium gebildet worden. In einigen Untergeschossen konnte aufgrund von Schimmelbefall mit dem Ausbau nicht begonnen werden. Auch gegen diesen Befall müssten zuerst Massnahmen getroffen werden, damit kein längerfristigen Schaden entstehe. Aus witterungsbedingten Gründen seien Abdichtungsarbeiten auf dem Dach zudem erst seit Januar 2024 möglich. Der Winter war zu nass und mit dem Innenausbau unterhalb des Dachs konnte daher erst mit einem Verzug im März 2024 gestartet werden. Zudem gestalte sich auch die erwähnte Ertüchtigung des Widerlagergebäudes der Luzernerringbrücke erheblich komplexer, was sich ebenso auf Finanzen und Termine auswirke.

Die Finanzkommission musste nicht nur von diesen Ausführungen Kenntnis nehmen, sondern auch im Nachgang zur Beratung der Rechnung 2023 zwei dringende Ausgabenbewilligungen genehmigen, eine in Höhe von 1,5 Millionen Franken für die Schaffung der erwähnten zusätzlichen Arbeitsplätze, eine zweite für besagte Ertüchtigung des Widerlagers in Höhe



von 2,3 Millionen Franken. Diese Entwicklungen sind aus Sicht der Finanzkommission unschön. Der Finanzkommission konnten keine genauen Angaben zu weiteren Kosten- und Terminfolgen abgegeben werden dies, weil die Daten oder die neuen Pläne, die man seitens der Bauherrschaft hat, intern noch einmal spiegeln möchte und erst zu einem späteren Zeitpunkt genauere Aussagen dazu machen möchte, wie lange und ob sich das Projekt weiter verzögern respektive ob es noch einmal teuer wird. Die Finanzkommission erwartet zeitnah über den weiteren Bauverlauf, die Verzögerung im Projekt und die Mehrkosten informiert zu werden. Wir nehmen es zur Kenntnis, dass auch bei diesem Bauprojekt es wie schon auch an anderer Stelle nun zu Verzögerungen gekommen ist

Zu Corona: 2023 waren letztmals für die Coronapandemie Mittel im Budget eingestellt. Die Finanzkommission verlangte deshalb quasi als hoffentlicher Schluss dieser Pandemie einen Gesamtüberblick aller durch den Kanton getätigten Ausgaben in den Jahren 2020 bis 2023. Basel-Stadt hat in diesem Zeitraum rund 417 Millionen Franken für Pandemiemassnahmen aufgewendet. Die Kosten wurden im Wesentlichen im WSU und im GD sowie teilweise auch im Präsidialdepartement abgewickelt. Sie finden dazu ein Kuchendiagramm im Bericht der Finanzkommission auf Seite 24, mit einer entsprechenden Darstellung und Ausführung.

Da den Medien zu entnehmen war, dass Corona- Hilfgelder sowohl beim Bund als auch in den Kantonen vereinzelt unsachgemäss eingesetzt oder nicht zurückbezahlt wurden, wollte die Finanzkommission in der Folge auch wissen, inwiefern der Kanton Basel-Stadt davon betroffen sei und ob hierzu noch Verfahren hängig sind. Es ist erfreulich festzustellen, dass dies bei uns nicht der Fall ist.

Die Finanzkommission wollte zudem in Erfahrung bringen, inwiefern in allen Departementen und Dienststellen schriftlich festgehaltene Regelungen zur Frage der Höhe von Weiterbildungskosten, für Spesen und andere Auslagen von und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestehen. Hintergrund dazu war ein Bericht der Finanzkontrolle zu einer Prüfung einer Dienststelle der kantonalen Verwaltung. In diesem Bericht der Finanzkontrolle wurde festgestellt, dass im Bereich Personalschulung und SpesenmSchwachstellen existieren und es Optimierungspotential bezüglich der Weisung Ablehnung von Geschenken und anderen Vorteilen gäbe. Weiter wurde bei der Prüfung festgestellt, dass die Kosten für durchgeführte Personalveranstaltungen pro Mitarbeiter zu hoch seien.

Die Dienststelle nahm die Empfehlung der Finanzkontrolle zur Kenntnis und versicherte auch gegenüber der Finanzkommission, dass Massnahmen implementiert worden seien, um den Empfehlungen nachzukommen. Entsprechende Weisungen auch zur Entgegennahme von Geschenken werden ebenfalls überarbeitet. Der Regierungsrat versicherte gegenüber der Finanzkommission, dass ein Bericht zum Anzug Soland, sie war damals noch Mitglied des Grossen Rates, betreffend der Einführung einer Gesamtstrategie in der Korruptionssensibilisierung und -bekämpfung in Bearbeitung sei, jedoch noch nicht vor den Sommerferien vorliege. Die Finanzkommission erwartet, dass dieser Bericht möglichst bald vorliegt, da die Frist des vom Grossen Rat beschlossenen Anzuges bereits im Mai 2023, also vor über einem Jahr abgelaufen ist.

Zu Krankheitsausfällen: Die Finanzkommission stellt fest, dass die Zahl krankheits- und unfallbedingter Ausfälle in einzelnen Departementen hoch ist und weiter ansteigt. Aus Datenschutzgründen können keine Daten zu den Ursachen der Krankheitsfälle erhoben werden. Die Departemente können aber verschiedene Instrumente zur betrieblichen Gesundheitsförderung in Anspruch nehmen. Dazu bietet auch HRBS, der zentrale Personaldienst, entsprechend Kurse zum Thema. Im Gegensatz zu anderen Arbeitgebern verfügt die Kantonsverwaltung über ein umfassendes Care-Management, der Finanzkommission ist es an dieser Stelle aber ein Anliegen, dass neben der psychischen auch der physischen Gesundheit Beachtung geschenkt wird. Sie möchte dies an dieser Stelle nochmals, auch im Kontext aktueller Diskussionen bei einzelnen Dienststellen, explizit erwähnen.

Zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat: Die Finanzkommission informierte sich erneut über die Pendenzen beim BGI, die sich aufgrund der vielen Absenzen im Jahr 2022 infolge von Krankheitsfällen und Kündigungen angesammelt haben. Das BVD hat auf diese Krise, Sie wissen das, mit Personalaufstocken im Jahr 2023 und diversen organisatorischen Massnahmen reagiert. Gemäss Departement brauchen nun diese neuen Teammitglieder Zeit und Unterstützung, um sich einzuarbeiten. Obwohl die anfängliche Bugwelle an Pendenzen abgearbeitet werden konnte, ist das beabsichtigte Ziel, die Erfüllungsquote beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat Mitte 2023 deutlich zu verbessern, nicht erreicht worden. Uns gegenüber wurde versichert, dass weiter daran gearbeitet werde, die Pendenzenlast zu reduzieren. Wir wollen dieser Aussage von Regierungsrätin Esther Keller Glauben schenken und erwarten aber, dass sich die Pendenzenlast in diesem Jahr wieder in einem normalen Rahmen bewegt. Dies ist auch für die Aussenwirkung des Kantons wichtig. Das Bau- und Gastgeberinspektorat ist ein Bereich, welcher sehr kundenintensiv ist und wir hoffen, dass dies tatsächlich auch geschieht und dass dem weiterhin entsprechend Beachtung geschenkt wird.

Zum Erziehungsdepartement: Die Schwimmhallen in der Stadt Basel sind sehr ungleich verteilt. Wer Kinder hat oder Kinder hatte, wird dies selber wissen und die Situation auch kennen. Dies hat zur Folge, dass Wegstrecken von bis zu 35 Minuten für einzelne Schulstandorte anfallen, um einen Schwimmunterricht zu besuchen. Das Erziehungsdepartement hielt gegenüber der Finanzkommission fest, dass die Wegstrecken nicht zu Lasten des Schwimmunterrichts, sondern anderer Lektionen gehen. Die Finanzkommission nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass alle Schülerinnen und Schüler ausreichend



Schwimmunterricht absolvieren können. Wir regen jedoch an, dass bei der Schulraumplanung zu beachten ist, dass die Wege zu den Schwimmhallen deutlich kürzer werden.

Besagte Schulraumplanung ist denn auch für einen Kanton, der in Summe weiter wächst, ebenfalls herausfordernd. Auch hierzu liess sich die Finanzkommission orientieren. Für die Schulraumplanung wird auf Daten des Statistischen Amtes zurückgegriffen. Dabei werden Bevölkerungsszenarien und Stadtentwicklungsgebiete berücksichtigt bei der Planung. Besonders bei Primarschulen stellt sich die Herausforderung, dass Kinder entweder in ihren Wohnquartieren oder an ihrer Tagesadresse eingeschult werden müssen. Dies kann zu kurzfristigen Verschiebungen führen, die selbst bei geringer Anzahl erhebliche Auswirkungen auf die Anzahl Klassen und damit auch auf die Rechnung des Kantons und das Budget haben können. Im Falle der Sekundarschulen zeigt sich aufgrund von Daten, auch aufgrund der Geburtenzahlen, ein akuter Bedarf von rund 20 über belegten Klassen. Für die nächsten zehn Jahre wird ein Bedarf von zwei bis drei zusätzlichen Sekundarschulgebäuden erwartet. Da Bauvorhaben eine Vorlaufzeit von zehn Jahren haben, ist es erforderlich, gleichzeitig auch Provisorien einzuplanen. Um in Zukunft besser auf Arealentwicklungen reagieren zu können und sicherzustellen, dass genügend und entsprechend den Ansprüchen ausreichender Schulraum geplant wird, soll ein Tool im Erziehungsdepartement entwickelt werden, das den Wohnungsmix und die Anzahl der Kinder berücksichtigt. Dies soll eine präzisere Schulraumplanung ermöglichen und verhindern, dass Schulen zu klein dimensioniert werden. Die Finanzkommission begrüsst diese Bemühungen des ED, die Planungsgrundlagen zu verfeinern und anerkennt, dass eine genaue Planung aufgrund der vielen Faktoren weiterhin aber schwierig ist.

Zum Gesundheitsdepartement: Zum Ende des Berichtsjahres 2023 hat der Regierungsrat die Verwaltungsräte der kantonalen Spitäler neu bestellt. Ebenfalls wurden die Eignerstrategien der vier öffentlich-rechtlichen Kliniken für die Jahre 2024 bis 2027 überarbeitet und festgelegt. So wurden diese dahingehend ergänzt, dass das hochstehende medizinische Angebot auch wirtschaftlich effizient erbracht werden muss, um den steigenden Kosten im Gesundheitswesen entgegenzuwirken. Die Kennzahl EBITDA-Marge gilt dabei als relevante Kennzahl, für die neu Richtwerte anstelle von Zielvorgaben vorgegeben werden. In Ergänzung zu diesen Richtwerten wurde neu ein anzustrebendes ausgeglichenes Ergebnis verankert, ebenso die langfristige finanzielle Tragbarkeit der Investitionen. Dies scheint uns besonders wichtig angesichts aktueller Diskussion über die Spitalraumplanung. Zudem wurde als Hinweis für die Revisionsstellen für die Ermittlung des anzuwendenden Zinssatzes bei allfälligen Werthaltigkeit-Impairment-Tests explizit festgehalten, dass der Eigner keine Verzinsung des Dotationskapitals erwartet. Aufgrund der Wertberichtigung enthält die Eignerstrategie für die universitäre Altersmedizin Felix Platter -Sie können sich daran erinnern, wir diskutierten darüber vor einem Jahr – entsprechend spezifische Vorgaben. Und so wird das die UAFP angehalten, einen Cashflow anzustreben, der für die Rückzahlung des 2029 fälligen Darlehens über 50 Millionen Franken ausreicht. Diese Zielsetzung erfordert zudem eine strengere Regelung betreffend die Konsultation der Investitionsvorhaben beim Eigner. Die Vorgaben erfolgten aus den bereits erwähnten Erfahrungen der massiven Wertberichtigungen beim Felix Platter Spital. Die Finanzkommission begrüsst, dass aus den Erfahrungen mit dem UAFP Anpassungen in den Eignerstrategien vorgenommen wurden.

Zum Justiz- und Sicherheitsdepartement Thema war natürlich auch in der Finanzkommission die Situation bei der Kantonspolizei. Der Unterbestand bei der Kantonspolizei lag per 31. Dezember 2023 bei 120 Vollzeitstellen. Ein Jahr zuvor waren es noch 82 Vollzeitstellen im Unterbestand. Gemäss Departement konnte mit der gewährten Arbeitsmarktzulage eine temporäre Entspannung erreicht werden, für eine Trendwende reichte diese Massnahme jedoch nicht aus. Die Finanzkommission ist über den aktuellen sehr grossen Unterbestand bei der Kantonspolizei sehr besorgt und erwartet vom Regierungsrat, dass Massnahmen nun baldmöglichst umgesetzt oder ergriffen werden, damit sich die Situation bei der Kantonspolizei, was die Frage des Unterbestandes anbelangt, nachhaltig und langfristig dann auch verbessert.

Und wie Ihnen vielleicht aufgefallen ist, lag der Personalaufwand im JSD trotzdem mit 272 Millionen Franken drei Prozent über dem Budget. Das war für die Finanzkommission etwas verwirrend, wenn man gleichzeitig einen Unterbestand von 120 Personen im JSD respektive dann in der Dienststelle Kantonspolizei zu verzeichnen hat. Wir fragten deshalb auch beim JSD nach, wie eine allfällig erfolgreiche Rekrutierungsoffensive bei der Kantonspolizei im Budget aufgefangen werden könnte, wenn heute schon bei einem Unterbestand von nicht nur 120, sondern wenn man das gesamte JSD zusammennimmt, bei einem Unterbestand von 153 Vollzeitstellen das Budget im Bereich Personalaufwand mehr als ausgeschöpft ist im Departement. Das JSD, die Departementsvorsteherin, wies darauf hin, dass derzeit eine Analyse über die finanzielle Struktur durchgeführt werde und man dabei die Ausfinanzierung nicht besetzter Stellen im Fokus habe. Gemäss JSD wurden in der Vergangenheit beispielsweise die Lohnkosten im Rahmen der Systempflege nicht ausfinanziert, ohne Unterbestand müsste das Personalbudget rund 13 Millionen Franken höher liegen. Die Finanzkommission erachtet deshalb die Ausfinanzierung als angezeigt. Wären die Mittel entsprechend dem Sollbestand vorhanden, könnte zum Beispiel auch in Rekrutierungsmassnahmen oder eben Attraktivitätssteigerungen investiert werden. Diese Diskussion wird uns als Finanzkommission aber auch den Grossen Rat insgesamt weiter beschäftigen. Die Finanzkommission liess sich gerade erst vor wenigen Wochen auch von der Finanzdirektorin über die Situation, über die Lohnstruktur bei der Kantonspolizei, auch im Vergleich mit anderen Kantons- und Stadtpolizeien der Schweiz informieren und wir bleiben auch als Finanzkommission hierzu weiter mit den verantwortlichen Stellen des Kantons im Gespräch.

Zum WSU: Informieren liess sich die Finanzkommission auch über die Beteiligung des Kantons an der MCH Group. Der Wert der Aktie der MCH Group ist von 19,52 Franken im Jahr 2018 auf 4,18 per 31. 12.2023 gesunken. Ich habe den



tagesaktuellen Kurs heute Morgen nicht geprüft. In derselben Zeitspanne erhöhte der Kanton seine Beteiligung von 33,5 auf 37,52 Prozent. Die Finanzkommission anerkennt, dass der Aktienkurs nur die Ertragslage widerspiegelt und nicht die in der MCH Group gebundenen Werte abbildet. Wir anerkennen auch, dass der Kanton sich in erster Linie aus Standortinteressen an der MCH Group beteiligt. Wir sind auch zuversichtlich, dass die MCH Group am Standort Basel mit interessanten Formaten weiterhin aktiv ist und damit auch dazu beiträgt, dass Basel ein attraktiver Messe- und Kongressstandort bleibt.

Zum Schluss gerne auch noch zu den Gerichten: Sie haben es vielleicht im Bericht der Regierung, wo der Teil des Gerichtsrates mit eigenen Ausführungen abgebildet ist, lesen können, auch am Jugendgericht und am Gericht für fürsorgliche Unterbringungen, dem FU-Gericht, sind die Fallzahlen als auch der Aufwand pro Fall in den letzten Jahren angestiegen. Dies bildet sich nicht nur bei den Fällen der Staatsanwaltschaft, sondern eben dann auch explizit bei der Jugendanwaltschaft ab und dies hat selbstverständlich dann auch Folgen für das Jugendgericht und auch im speziellen Masse in anderen Themenfeldern für das Gericht fürsorgliche Unterbringung. Die Finanzkommission hat sich deshalb von den beiden Gerichtspräsidentinnen des Jugendgerichts und des Gerichts für fürsorgliche Unterbringungen im Beisein des Gerichtspräsidenten über diese Situation informieren lassen, auch über diese Überlastungen. So mussten wir beispielsweise feststellen, dass sich die Verhandlungshalbtage am Jugendgericht in den letzten zehn Jahren fast verdreifacht haben. Wir nehmen dies zur Kenntnis und anerkennen, dass die hohe Fallbelastung für beide Gerichte auch künftig herausfordernd ist, herausfordernd bleibt und auch darauf ein Auge gerichtet werden muss. Diese beiden Gerichte gehen teilweise vielleicht auch in der Berichterstattung etwas unter, deshalb war es uns wichtig, auch einmal diese beiden Gerichte anzuhören und sie auch in unserem Bericht speziell zu erwähnen.

Wir haben uns dann, weil wir uns ja sehr oft für das Drei-Rollen-Modell interessieren und es bei Bauprojekten des Kantons, wenn es im Drei-Rollen-Modell abläuft, ja nicht immer reibungslos funktioniert, über den Umbau an der Bäumleingasse informieren lassen. Dort wurde ebenfalls das Drei-Rollen-Modell angewendet. Das war in diesem Bereiche dann teilweise noch etwas komplexer, weil die Nutzerseite, in diesem Falle das Gericht, durch unterschiedliche Organisationen, durch unterschiedliche Gerichte in dieser Organisationsstruktur vertreten war. Wir können feststellen, dass aber diese beiden Sanierungsetappen auf Kurs sind, die erste Sanierungsetappe abgeschlossen wurde und es jetzt für die zweite Sanierungsetappe eben auch Lessons learnt gegeben hat, die aus dieser ersten Sanierungsetappe einfließen konnten, so dass wir zuversichtlich sind, dass der Umbau, die Sanierung reibungslos funktionieren wird.

Dies waren meine Ausführungen zu der Rechnung 2023, zum allgemeinen Teil, aber auch zum spezifischen Teil aus den einzelnen Departementen einige Schwerpunkte herausgepickt. Ich möchte es nicht unterlassen, an dieser Stelle meinen Kolleginnen und Kollegen in der Finanzkommission herzlich für die Zusammenarbeit zu danken. Die Wochen mit Hearings und Berichterstattung sind jeweils auch für die Kommissionsmitglieder sehr anspruchsvoll. Hier muss sehr kurzfristig sehr viel geleistet werden, das schätzt das Präsidium, Michela Seggiani als meine Vizepräsidentin und ich, sehr. Auch hier sei herzlich gedankt. Ich möchte unserem Kommissionssekretär Matthias Wiesinger danken für die Zusammenarbeit und Last but not least selbstverständlich dem Regierungsrat und der gesamten Verwaltung für die auch im Rechnungsjahr 2023 geleistete Arbeit.

Wir freuen uns noch einmal sehr, dass der Kanton mit einem derart hohen Überschuss abgeschlossen hat. Wir möchten aber, wie bereits eingangs erwähnt, auch mahnen, dass dies nicht eine Selbstverständlichkeit ist, dass die Volatilität weiterhin berücksichtigt werden sollte. Wir haben aber keinen Anlass zur Sorge, dass dies seitens der Finanzdirektorin, aber auch seitens des Regierungsrates nicht ausreichend getan wird. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte Sie im Namen der Finanzkommission, die diesen Bericht einstimmig verabschiedet hat, der Rechnung 2023 zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die mitberichtende BKK spricht Franziska Roth.

*Franziska Roth (SP):* Alle Museen ausser dem Naturhistorischen Museum schliessen das Rechnungsjahr 2023 mit einem schlechteren Ergebnis ab als budgetiert. Erfreulich ist aber, dass in allen fünf Museen die Anzahl der Besucherinnen und Besucher gestiegen ist und deutlich über den budgetierten Kennzahlen liegt. Auch im Bereich der Provenienzforschung konnten die Projekte in allen fünf Museen vorangetrieben werden. Etwas schwieriger sieht es im Bereich der Digitalisierung aus. Da sind aus Ressourcengründen noch nicht alle Museen so weit, wie sie gerne sein würden.

Noch kurz zwei, drei Sätze zu den einzelnen Museen: Die anspruchsvolle Situation im Antikenmuseum in Bezug auf das strukturelle Defizit, den jährlichen Stufenanstieg gemäss Lohngesetz und die immer schwieriger werdenden Bedingungen im Bereich Drittmittelgenerierung wird das Museum in Zukunft stark beschäftigen. Mit dem Projekt AMB 2027 konnte eine Organisationsanpassung gemacht werden, die eine Optimierung der Kosten zur Folge hatte.

Die Generalinventur beim Historischen Museum ist zur Hälfte abgeschlossen und verläuft planmässig. Da die Finanzierung der Inventur nicht über einen mehrjährigen Gesamtkredit erfolgt, wird jährlich abgerechnet. Im Rechnungsjahr 2023 war der Aufwand höher als budgetiert, da übergeordnete Projektarbeiten, wie beispielsweise die Einführung einer neuen, webbasierten Datenbank notwendig waren. Dafür schreitet die digitale Erfassung des Sammlungs gut voran.



Das Kunstmuseum ist zur Steigerung der Drittmittelakquise die Zusammenarbeit mit einer Agentur eingegangen. Leider hat diese Zusammenarbeit noch nicht den erhofften Erfolg gebracht. Es zeigt sich, dass Konzepte, die in Grossstädten wie beispielsweise Paris funktionieren, nicht auf den Museumsplatz Basel übertragen werden können. Durch die deutliche Budgetabweichung in der Jahresrechnung wurden die Bonusmalusrücklagen vollständig aufgebraucht.

Gerade im Museum der Kulturen konnten im Bereich der Provenienzforschung wichtige Projekte vorangetrieben werden. So konnte die Vorsondierung der gesamten Sammlung systematisch begonnen und die Projekte «Going Home» und «Geteiltes Kulturerbe» so weit bearbeitet werden, dass sie nun öffentlich im Museum präsentiert werden können. Schwieriger gestalten sich die Arbeiten im Bereich der Digitalisierung.

Dass das Naturhistorische Museum mit einem besseren Betriebsergebnis das Rechnungsjahr abschliesst als budgetiert, liegt einerseits daran, dass nicht alle bewilligten Stellen und zusätzlich gesprochenen Mittel wie geplant eingesetzt werden konnten. Andererseits liegt es aber auch an den hohen Besucherinnen- und Besucherzahlen. So wurden mehr Eintritte und auch ein höherer Shop-Umsatz generiert.

Die BKK bedankt sich bei den Museen für den Austausch, der wie immer sehr gut war, und empfiehlt die Rechnung der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2023 zu genehmigen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit geht das Wort an die Finanzdirektorin Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Der Präsident der Finanzkommission hat bereits sehr ausführlich zur Rechnung 2023 berichtet. Daher möchte ich dies nicht wiederholen, sondern ich kann mich ihm voll und ganz seinen allgemeinen Ausführungen anschliessen. Als bekannt wurde, dass wir einen Überschuss von 434 Millionen hatten, war es nicht so, dass alle in Begeisterung ausgebrochen sind, sondern die einen haben mir vorgeworfen, ich würde zu wenig Geld ausgeben für unseren Kanton und die anderen haben mir vorgeworfen, ich würde zu viel Steuern einziehen. Die Finanzkommission hat das jetzt aber in ihrer ausführlichen Betrachtung wieder richtiggestellt und gesagt, wir können uns freuen. Selbstverständlich ist so ein Überschuss sehr willkommen und wir haben deswegen nicht zu wenig Geld ausgegeben, denn wir schauen ja immer darauf, dass wir ein stetes Wachstum haben und nicht darauf, wie viel wir einnehmen könnten.

Es ist wirklich wichtig, gerade dieses Jahr 2023, in dem viel höhere Unternehmenssteuern eingenommen wurden, zeigt, dass es an unserem guten Standort liegt, an den Unternehmen, die sehr wichtig sind für uns. Wir sollen das zur Kenntnis nehmen und daher auch zukünftig in die Zukunft schauen. Wir hoffen, dass das Standortpaket, das der Regierungsrat am Montag vorgestellt hat und nun in Ihren Händen liegt, sehr wohlwollend betrachtet wird, weil ich glaube, die Unternehmen sind so wichtig für uns, dass wir jetzt auch einen guten Umgang mit der OECD-Mindeststeuer finden müssen, dass wir auch zukünftig Überschüsse haben können.

Ich möchte noch eine Bemerkung zu den Investitionen machen. Da wird auch immer wieder vorgeworfen, dass wir zu wenig investieren würden. Wir machen zu wenig. Unser Niveau war letztes Jahr auf 421 Millionen. Ich glaube, das ist sehr hoch. Wir sind schon so hoch, dass wir überhaupt schauen müssen, dass wir alles nebeneinander durchkriegen. Ich glaube, das ist richtig. Ob es dann mehr trägt, das wage ich etwas zu bezweifeln.

Dann haben sich die Bruttoschulden erhöht auf 3,3 Milliarden Franken, obwohl wir ein Nettovermögen haben, aber wir stehen immer noch im Moment sehr gut da. Trotzdem möchte ich Ihnen mitgeben, dass es immer schwierig, bei einem solchen Überschuss mahnende Worte mitzugeben. Aber das Steuerpaket wird sich erst auf dieses Jahr auswirken. Die erste Hochrechnung hat zwar einen Überschuss angezeigt von 67 Millionen Franken, der ist etwas höher als budgetiert, aber wir gehen davon aus, dass wir nicht mehr mit einem gleich formidablen Abschluss wie letztes Jahr abschliessen können. Die Zeiten werden eher schwieriger.

Daher wird es sicher eher enger werden und daher mahne ich wie immer und hoffe, dass wir unsere guten Ausgabendisziplin wie bisher beibehalten können, damit wir auch zukünftig solide und nachhaltige Finanzen haben.

Ich möchte mich auch bedanken bei der Finanzkommission für ihre gute Prüfung der Jahresrechnung, für den guten Austausch und bin gespannt auf die Diskussion.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als nächstes erteile ich dem Präsidenten des Gerichtsrates Stephan Wullschleger das Wort. Er verzichtet.

Damit sind wir bei den Fraktionsvoten angekommen und hier hat sich zuerst Pascal Messerli für die SVP gemeldet.



*Pascal Messerli (SVP):* Die SVP nimmt die Rechnung zur Kenntnis und wird dieser zustimmen. Das Resultat bestätigt unsere Haltung klar, dass sämtliche Steuersenkungen in der Vergangenheit richtig waren und auch in Zukunft der richtige Weg sein werden. Vorstösse sind bereits eingereicht, welche wir selbstverständlich mittragen werden.

Diese Art von Überschüssen zu prognostizieren, ist in der Tat schwierig, daher machen wir auch nicht wirklich einen Vorwurf an das Finanzdepartement. Dennoch haben die letzten Jahre ganz klar gezeigt, dass wir immer genug Einnahmen haben, um die Bevölkerung weiterhin zu entlasten, und deshalb ist auch hier der Weg über die Steuersenkung das einzig richtige.

Und was aus Sicht der SVP-Fraktion trotzdem noch wichtig zu erwähnen ist, ist, dass wir einen hohen Überschuss haben, obwohl wir aus unserer Sicht viel zu viele Ausgaben haben. Von Ausgabendisziplin kann aus unserer Sicht keine Rede sein. Insbesondere das Stellenwachstum bereitet uns grosse Sorgen. Der Staat wächst und wächst jährlich uferlos, niemand scheint das zu interessieren, weder die Regierung noch die Finanzkommission, noch die Mehrheit des Parlamentes. Und aus diesem Grund begrüssen wir selbstverständlich auch gewisse Instrumente wie die generelle Aufgabenüberprüfung, einen Finanzplan aber auch mehr Transparenz bei befristeten Stellen. Wir sind hier wirklich der Meinung, dass wir auch bei der Ausgabenseite gut schauen müssen, dass wir nicht eines Tages in einem strukturellen Defizit sind, dass wir viel zu viele Ausgaben haben und weniger Einnahmen. Aber es ist auch klar, dass wir hier nicht nur dem Regierungsrat den schwarzen Peter zuschieben können. Wir müssen uns hier im Parlament auch aktiv einbringen bei den einzelnen Ratschlägen, aber auch bei der Budgetdebatte, weniger bei der Rechnung. Heute bei der Rechnung reden wir auch etwas für die Galerie, wirklich machen können wir dann etwas beim Budget und auch bei einzelnen Ratschlägen. Heute ist es eigentlich nur das Resultat von unserer parlamentarischen aber auch regierungsrätlichen Tätigkeit.

Dementsprechend rufe ich auch die anderen Fraktionen dazu auf, insbesondere auch diejenigen, welche jetzt in den letzten Wochen und Monaten Vorstösse eingereicht haben bezüglich genereller Aufgabenüberprüfung, bezüglich Finanzplan, dass man sich auch aktiv bei der Budgetdebatte einbringt, dass man sich auch in Zukunft, wenn ein Finanzplan verankert ist, dort aktiv einbringt. Es bringt schlussendlich nichts, wenn wir einen Finanzplan verankern und dann den genau so unkritisch absegnen wie das Budget. Dann können wir uns diese Übung effektiv auch sparen.

Zu den einzelnen Themen: Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass sich die Situation beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat etwas verbessert hat. Allerdings konnten die Ziele, die Erfüllungsquote immer noch nicht erreicht werden. Wir spüren hier einfach in der Baubranche und bei Menschen, welche Eingaben eingeben, eine grosse Unzufriedenheit, wir spüren, dass die Kundenfreundlichkeit in den letzten Jahren nicht wirklich gut war und noch zu wünschen übrig lässt. Wir fordern, dass wir in den nächsten Jahren hier massive Verbesserungen erreichen können.

Zu den Schwimmhallen: Ich denke, hier braucht es effektiv einmal ein Gesamtkonzept, welche Schwimmhallen wir wo wie nutzen, wo es vielleicht noch einen weiteren Bau benötigt, wo ein weiterer Bau auch sinnvoll ist, vielleicht auch im Zusammenhang mit einem neuen Schulhaus. Hier werden wir effektiv mit einem Vorstoss tätig werden und hier wahrscheinlich ein Gesamtkonzept fordern, damit wir bei den Schwimmhallen für alle Schülerinnen und Schüler Verbesserungen erreichen können, sodass man nicht von einem Schulstandort 50 Minuten fahren muss, während das am anderen Ort nicht der Fall ist. Wir finden schon, dass Schwimmen ein wichtiger Bestandteil ist des Schulunterrichts und wir werden uns auch entsprechend dafür einsetzen.

Beim Neubau Naturhistorisches Museum nehmen wir ein erneutes Baudebakel zur Kenntnis. Wir finden das relativ problematisch, denn auch das war eine Volksabstimmung, in der man uns versprochen hat, dass es zu einem gewissen Preis gebaut werden kann. Wir haben in der Volksabstimmung generell auch vor diesem Standort gewarnt und wir müssen schon auch sagen, es beelendet die SVP-Fraktion sehr stark, dass offensichtlich kein einziger Bau in diesem Kanton so gebaut wird, wie es am Anfang versprochen wurde, und dass es immer teurer wird. Das kann es am Ende des Tages auch nicht sein. Auch hier müssen wir Verbesserungen anstreben.

Und zu guter letzt beschäftigt uns selbstverständlich auch der Unterbestand der Polizei. Die Sicherheit und die Polizei ist die zentralste Staatsaufgabe überhaupt. Wenn die Sicherheit nicht funktioniert, dann funktioniert alles andere auch nicht. Und deshalb ist es klar, dass wir hier diesen Unterbestand möglichst schnell korrigieren müssen. Wir haben ja in diesem Monat eine Motion bezüglich Lohnerhöhung überwiesen. Es kam ein neuer Bericht heraus, der selbstverständlich auch gezeigt hat, dass nicht nur der Lohn das Problem ist, sondern auch andere Bereiche. Wir sind selbstverständlich gesprächsbereit, um die Situation generell zu verbessern, sind aber auch der Meinung, dass der Lohn ein wesentlicher Bestandteil ist. Wir werden deshalb auch ziemlich sicher an unserer Motion festhalten.

Insgesamt nehmen wir die Rechnung zur Kenntnis und bitten Sie, dieser so zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Michela Seggiani.

*Michela Seggiani (SP):* Die finanzielle Situation in Basel ist gut und stabil. Das Nettovermögen beträgt 452 Millionen Franken und die Nettoschuldenquote minus 0,6 Promille, der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 160 Prozent. Die Rechnung weist ein



hohes Investitionsvolumen auf, was bedeutet, dass die Bevölkerung vom guten Ergebnis – der Gesamtertrag ist fünf Milliarden Franken - profitiert. So zum Beispiel schlägt das neue Bussystem mit 63 Millionen Franken zu Buche, der Ausbau der Fernwärme mit 15 Millionen Franken und der Erhalt der Gleisanlagen mit 36 Millionen Franken.

Bevor ich nun auf einzelne, nicht alle Departemente eingehe, möchte ich der Finanzdirektorin und ihren Mitarbeitenden für die immer sehr sorgfältige Arbeit danken.

Im PD haben wir eine klar begründete Zunahme von 25,3 Stellen. Das sind unter anderem die neuen Stellen, so der Fachstelle Klima, der Wohnschutzkommission und dem Open Government Data vom Statistischen Amt. Es ist einiges gelaufen im PD. So ist die Umsetzung der Trinkgeldinitiative in Arbeit, ebenfalls die Provenienzforschung. In der Wohnbauförderpolitik wurde der Gegenvorschlag zur Initiative Basel baut Zukunft ausgearbeitet. Die Abteilung Gleichstellung und Diversität hat sich mit dem kantonalen Gleichstellungsgesetz beschäftigt, den Gleichstellungsplan erstellt und die Nachweispflicht zur Lohngleichheit im öffentlichen Beschaffungswesen auch für kleine Unternehmen umgesetzt. Zudem gibt es neu einen Aktionsplan «Barrierefreie Kommunikation» für den Einbezug von Menschen mit Behinderungen. Die SP-Fraktion ist erfreut darüber, dass so vieles pragmatisch und aktiv verarbeitet und umgesetzt werden konnte und hofft, dass diese Tendenz auch weiterhin anhält.

Zum BVD: Hier liegt die kantonale Mobilitätsstrategie vor, welche die Klimaneutralität zum Ziel hat, die Verkehrssicherheit und die Lebensqualität erhöhen will. Die Entwicklung von weniger Autos und mehr Velos auf den Strassen soll damit auch vorangetrieben werden. Erfreulich ist, dass 65 E-Busse in Betrieb genommen wurden. Beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat hoffen wir, dass nach der Reorganisation des Teams Baubewilligungen nachhaltig und rasch die langen Wartezeiten für Baubeglehen abnehmen und dass die neuen Bauinspektor:innen die Erfüllungsquote wirklich erreichen können.

Zum JSD: Der Personalaufwand liegt trotz Unterbestand drei Prozent über dem Budget. Es ist nicht klar, warum. Wären alle Stellen besetzt, wäre das Budget um 13 Millionen Franken überschritten. Das wirft viele Fragen auf. Der Bericht von Markus Schefer und Konsorten zu den Abklärungen über die Personalsituation bei der Kantonspolizei Basel-Stadt zeigt zusätzlich viele Missstände bei der Polizei auf, die weiter untersucht werden müssen. Im Bericht wurde die Frage der politischen Verantwortung nicht gestellt. Sie war auch nicht Teil des Auftrags. Diese scheint uns aber zentral zu sein, denn was wusste die Vorsteherin, wann wusste sie es und hat sie ihre politische Verantwortung und Führungsverantwortung wahrgenommen? Um diese Fragen klar beantworten zu können, fordert die SP-Fraktion gemeinsam mit dem GAB eine Parlamentarische Untersuchungskommission zum JSD werden wir auch noch ein Einzelvotum halten.

Zum ED: Das ED liegt mit 1,7 Prozent über dem Budget, was 19 Millionen Franken entspricht. Mehr Kosten haben unter anderem Stellvertretungen von ausgefallenen Lehrpersonen verursacht. Das zeigt auch einen Missstand auf. Ein weiteres Problem ist der Schulraum und seine Planung. Es ist gut, dass die Prognosemodelle der Schulraumplanung neu auch die Entwicklungsareale einbeziehen, ein Faktum, das eigentlich aber selbstverständlich sein sollte. Die Schulraumplanung wird auch für die SP-Fraktion ein aktuelles Thema bleiben, genau so wie die langen Wege zum Schwimmbad für viele Schüler:innen. Diese Wege müssen kürzer werden und/oder es braucht mehr Schwimmbäder und Schwimmbäder.

Im WSU wurde das Budget unterschritten, dies wegen tieferen Fallzahlen in der Sozialhilfe. Die nicht Bezugsquote bleibt konstant, was ein gutes Zeichen ist. Weniger Geld als budgetiert ausgegeben wurde aber auch, weil der Anstieg der Personen in der Migration höher prognostiziert war, auch weil das Budget nach dem Angriff auf die Ukraine erstellt wurde und wegen den erhaltenen Zahlen vom SEM. Die Teuerung zeigt sich am schnellsten und am stärksten bei den Menschen, die wenig Geld haben. Wir sind deshalb sehr froh darüber, dass die Sozialhilfe nachzieht und die Beteiligung der Wohnkosten angehoben wurde. Die Anpassungen zur Teuerung sollen jährlich gemacht werden. Die SP-Fraktion freut sich über diese klar soziale Richtung und dankt dem Departementsvorsteher dafür.

Mit der Digitalstrategie im FD wird der Service Public gestärkt, was wirklich erfreulich ist. Wichtig ist hier, dass es gerade auch für ältere Menschen dennoch analoge Wege gibt. IT BS hat mit dem Projekt Fahrers, dass verwaltungsinterne IT-Projekte miteinander abstimmen soll, eine grosse Herausforderung, die aber notwendig und wichtig ist. Der Schwerpunkt Klimaschutz zeigt sich auch im FD, so zum Beispiel bei Immobilien Basel-Stadt mit der Kreislaufwirtschaft, die aktiv gefördert wird. Vielen Dank dafür.

Abschliessend kann man sagen, dass es ein paar grosse Baustellen gibt, finanztechnisch geht das dem Kanton aber gut und wir bedanken uns bei den Mitarbeitenden aller Departemente und Gerichte und bei der Gesamtregierung für ihre Arbeit. Ich bedanke mich ebenfalls bei meinen Kolleginnen und Kollegen in der Finanzkommission und beim Präsidenten Joël Thüring für die gute Zusammenarbeit.

Die SP-Fraktion stimmt der Rechnung und dem Bericht zu.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit kommen wir zu Daniel Seiler für die FDP.



*Daniel Seiler (FDP):* Auch meine zweite Jahresrechnung zeigt das gleiche Bild. Obwohl die Gesamtausgaben und der Personalaufwand laufend zunehmen, nimmt den Überschuss nicht ab, jährlich 100. Millionen zu viel einkassierte Steuern. Bei diesen Zahlen fühlt sich die FDP darin bestätigt, dass wir mit der Kaufkraft-Initiative zur Steuersenkung auf dem richtigen Weg sind.

Die FDP stimmt dem Jahresbericht zu und bedankt sich beim Regierungsrat und den Mitarbeitenden der Departemente für ihre Zeit und für ihre Aufmerksamkeit.

Nachfolgend noch ein paar spezifische Anmerkungen: Wir reden immer von der Nettoverschuldung und loben uns, dass diese gar negativ sei. Aber wir haben Bruttoschulden von 3,5 Milliarden heute. Gemäss Finanzplan 2027 soll diese Bruttoverschuldung auf 5 Milliarden steigen. Das sind ca. 65 Millionen Zinskostkosten pro Jahr, mit diesen Geldern könnten wir ein Schulhaus bauen.

Die steigenden Personalkosten. War die Steigerung im vorletzten Jahr noch 40 Millionen, hat sich diese Steigerung im letzten Jahr nochmal verdoppelt auf 80 Millionen mehr Personalaufwand. Das sind bald 1,5 Milliarden. Effizienzsteigerungen durch die Digitalisierung oder durch die Automatisierung sind wenig in Sicht. Ich habe aber einen Lichtblick gesehen. Wir haben uns das Pilotprojekte zum Robotic Process Automation im JSD angeschaut und uns informieren lassen. Es geht darum, dass standardisierte Prozesse, die in hoher Zahl anfallen, künftig auch maschinell durch Software-Roboter folgen können. Funktionen sind zum Beispiel das automatische Öffnen von E-Mails, das Einloggen in Anwendungen, das automatische Ausfüllen von Systemen oder Formularen und ein Datentransfer. Bei einer beispielhaften Anwendung ging es um Inkasso bei nichtbezahlten Bussen. Es hatten sich in den zweieinhalb Jahren Pendenzen aufgehäuft. Circa 14'000 Fällen sind dann in zwei Monaten durch diese Roboter abgebaut worden. Das ist, glaube ich ist eine interessante Zahl. Das JSD geht heute davon aus, dass etwa 82 Prozesse allein im JSD in Zukunft automatisiert werden können durch sogenannte Roboter. Das wäre etwa in Zukunft ein Einsparungspotential von 14 Stellen. Ich weiss, das ist alles noch Zukunftsmusik, aber das hat sich immerhin sehr interessant sich angehört. Die FDP ist gespannt, wie das Ganze weitergeht und erwartet in Zukunft auch spürbare Effekte mit der Digitalisierung.

Zur Investitionsrechnung: Die Finanzministerin hat es gesagt, wir investieren sehr viel, was grundsätzlich erfreulich ist, aber wenn wir auf der anderen Seite sehen, dass die höchsten Investitionen, die 150 Millionen für Hochbauten und Verwaltungsvermögen, eben oftmals Projekte sind, bei denen es auch immer wieder Schwierigkeiten, Verzögerungen und Mehrkosten gibt. Wir hatten im letzten Jahr der Finanzkommission bei vielen solchen Projekten Nachtragskredite zu sprechen, die teilweise sind 40 Prozent oder noch höher lagen. Der Spiegelhof, auch immer wieder ein Beispiel, über das wir oft redeten in der Vergangenheit, verzögert sich jetzt noch einmal ein Jahr, unter anderem scheinbar, weil nächstes Jahr die Frauenfussballeuropameisterschaft in Basel stattfindet. Ob dann die Zentrale wirklich noch einmal bezogen wird? Wir wissen es nicht. Beim Neubau Naturhistorisches Museum, wir haben es vorhin gesagt, zeichnet sich auch ein neues Baudebakel ab. Von Schimmelbefall ist die Rede. Wir erinnern uns im Vorfeld an das Referendum, es wurde gewarnt vor dieser Grundwassersituation, leider wollte da niemand hören, wie bei der Kaserne.

100 Millionen für den öffentlichen Verkehr. Beim Neubau Naturhistorisches Museum/Staatsarchiv sollen auch noch mehreren Millionen in die Ertüchtigung der Luzernerbrücke investiert werden. Wir haben da schon zweimal Kredite gesprochen, Kredite für eine Tramverbindung über diese Brücke, die noch nicht projektiert ist, deren Notwendigkeit und deren Nachfragen bezüglich Verkehrsströme, obwohl versprochen, bisher nicht kommuniziert wurde, wie das wirklich aussieht. Man baut einfach mal.

Beim Bau- und Gewerbeinspektorat gibt es Pendenzenberge. Die Architekten schlagen Alarm. Die Baubeglehen gehen zurück. Das ist vielleicht erfreulich für das Bauinspektorat, aber auf der anderen Seite ist ein 8-prozentiger Rückgang von Baubeglehen auch ein Teil des gescheiterten Wohnschutz, wo wir einfach Probleme haben.

Auch die Staatsanwaltschaft kämpft mit Pendenzenbergen. Da ist zu hoffen, dass mit der Einführung von Justitia 4.0 dann die Berge auch ein bisschen abgebaut werden und wir hoffen auch da vielleicht auf Roboter Process Automatisierung.

Noch ein Wort zur Standortstrategie der Feuerwehr: Im Jahresbericht steht, dass das Einhalten der Hilfezeiten für die Feuerwehr und die Sanität aus verschiedenen Gründen, etwa die verkehrsfreie Innenstadt, die Neugestaltung von Strassen und die vermehrte Einführung von Tempo 30-Zonen immer schwieriger wird. Darum wird jetzt die Standortstrategie der Feuerwehr überprüft. Sie sehen, meine Damen und Herren, ihre Anti-Auto-Politik trifft am Schluss auch die Blaulichorganisationen und unseren öffentlichen Verkehr.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die LDP spricht Philip Karger.

*Philip Karger (LDP):* Die vorliegende Jahresrechnung ist vom Ergebnis her erfreulich. Allerdings frage ich mich trotz aller Erklärungen, wie es zu einem so hohen Überschuss gegenüber dem Budget kommen konnte. Vereinfachte Steuerverfahren bei den juristischen Personen könnten zu einer besseren Budgetierung und zu genaueren Budget- und



Rechnungsvergleichen führen. Dann wären die Steuern von Haus aus tiefer und es bräuchte keine Motion Moesch. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Motion betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommensteuereffuss. Diese und weitere Ideen werden wir in der nächsten Budgetrunde vertiefen. Für das Jahr 2024 rechnet der Kanton bereits jetzt mit einem Überschuss. Wahrscheinlich stehe ich in einem Jahr wieder hier und die Rechnung hat wieder mit einem viel höheren Ergebnis als budgetiert abgeschlossen.

Über die Punkte, welche die Finanzkommission an der Rechnung bemängelt, konnten Sie in der Medienmitteilung lesen. Im Grossen und Ganzen schliesst sich die LDP diesen Kritiken an. Generell sind wir, was die Ausgaben angeht, durch die hohen Überschüsse der letzten Jahre nicht nur in der Finanzkommission nachlässig geworden. Zu oft stimmt die Finanzkommission den beantragten Ausgaben zu, die ohne die hohen kantonalen Überschüsse abgelehnt oder zumindest diskutiert würden. Wenn wir zustimmen, ist dem aber immer ein Antrag aus dem Parlament und sehr oft aus der Verwaltung vorausgegangen. Wie gesund dieses Abnicken ist, wird sie spätestens dann zeigen, wenn die Rechnung des Kantons einmal viel weniger oder gar keinen Überschuss mehr ausweist. Ich bezweifle, dass wir es dann noch schaffen werden, die jetzt bewilligten Ausgaben einfach einzusparen.

Ich möchte hier noch auf ein Problem aufmerksam machen, auf das ich immer wieder zurückkomme, wenn es um das Budget oder die Rechnung des Kantons geht. Die meisten Bauten, die in der Verantwortung des Kantons entstehen, wie zum Beispiel die St-Jakobshalle und jetzt neu der Bau der des Naturhistorischen Museums, sind nicht richtig oder nicht wirklich fertig geplant. Die Ausgaben übersteigen die budgetierten Beiträge oft bei weitem. Es zeigt sich, dass das gut gemeinte, Drei-Rollenmodell, wie es heute praktiziert wird, nicht funktioniert. Auch hier bewahrheitet sich: Wenn viele verantwortlich sind, ist es am Ende keiner. Die Regierung muss das Modell dahingehend ändern, dass am besten das Nutzerdepartement die Verantwortung für das Projekt übernimmt. In der privaten Bauwirtschaft hat sich diese Methode bewährt. Wenn niemand die Gesamtverantwortung übernimmt, fühlt sich auch niemand verantwortlich, das Konzept gründlich zu prüfen und Planungsfehler vor Baubeginn aufzudecken. Was dann folgt, sind ein oder mehrere Nachtragskredite.

Wie ungesund unsere enormen Budgetüberschüsse sind, sieht man an den vielen Begehrlichkeiten auch aus diesem hohen Haus. Immer wieder sollen hier ein paar Promille und dort ein halbes oder gar zweieinhalb Prozent für irgendwelche Ausgaben fest ins Gesetz geschrieben werden. Offenbar rechnen die Motionär:innen und Anzugssteller:innen damit, dass wir ewig Budgetüberschüsse haben werden und Basel-Stadt einfach immer alles bezahlen kann. Dabei dürfen wir vor allem nicht vergessen, dass die hohen Überschüsse von den Steuerzahlenden und von den juristischen und natürlichen Personen kommen.

Im Namen der LDP möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission, der Finanzaufsicht, den Behörden, bei der Regierung und bei der Verwaltung für die sehr gute Arbeit bedanken. Der Dank gilt aber vor allem auch den Steuerzahlenden. Die Fraktion der LDP stimmt der Rechnung und dem Bericht zu.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die GLP spricht Tobias Christ.

*Tobias Christ (GLP):* Im Namen der grünliberalen Fraktion bitte ich Sie, der Empfehlung der Finanzkommission zu folgen und die Jahresrechnung zu genehmigen. Bevor wir unsere Einschätzung zur Jahresrechnung 2023 des Kantons Basel-Stadt darlegen, möchten wir Grünliberalen zuerst dem Regierungsrat, der Verwaltung, ja letztlich allen, auch den Steuerzahlern, für ihren Einsatz für das Gemeinwohl danken. Insbesondere freut es uns, dass Basel ein sehr guter Standort für Unternehmen ist und eine hohe Lebensqualität aufweist. Wir danken allen, die dazu beigetragen haben und weiter dazu beitragen wollen.

Gerne möchten wir unsere Einschätzung zu einigen Punkten darlegen.

**Nachhaltige Finanzpolitik:** Wir setzen uns für eine nachhaltige, gesunde Finanzpolitik ein. Es freut uns daher, dass der Kanton Basel-Stadt einen beachtlichen Überschuss von 434 Millionen Franken erzielt hat. Dieses positive Ergebnis ist aber vor allem den volatilen Steuereinnahmen bei den Unternehmen geschuldet. Dennoch zeigt aber ein Blick auf die Ergebnisse der letzten zehn Jahre, dass man durchaus von einem soliden Finanzhaushalt reden kann.

**Zum Thema Nettovermögen und Bruttoschulden:** Besonders erfreulich ist, dass der Kanton ein Nettovermögen von 451,9 Millionen Franken ausweist. Dies ist ein klarer Beleg für die solide finanzielle Basis des Kantons. Dennoch bereitet uns die Höhe der Bruttoschulden von 3,5 Milliarden Franken Sorgen. Angesichts der volatilen Finanzmärkte und der möglichen Zinsrisiken müssen wir wachsam bleiben und sicherstellen, dass die Schuldenlast nicht zur Belastung für zukünftige Generationen wird. Die Grünliberalen setzen sich dafür ein, dass der Kanton seine Verschuldung kontinuierlich abbaut und damit die Zinsrisiken minimiert.

**Zum Thema Staatsausgaben und Effizienz:** Wir stellen fest, dass die Staatsausgaben weiterhin stark ansteigen. Dies ist zum Teil auf gestiegene Ansprüche und zusätzliche Staatsaufgaben zurückzuführen, jedoch nicht ausschliesslich. Es ist von grosser Bedeutung, dass wir unsere Ausgaben kritisch überprüfen und womöglich verschlanken. Die Verwaltung muss effizienter werden, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden, ohne dass die Kosten unverhältnismässig



steigen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Ausgaben gründlich auf ihre Notwendigkeit und Effizienz geprüft werden und auch regelmässig. Eine schlanke und effiziente Verwaltung ist entscheidend für die langfristige Finanzgesundheit des Kantons.

Nun speziell noch einige Ausführungen zum Erziehungsdepartement, im Sinne eines Beispiels, nicht weil es bei anderen nicht auch einiges zu sagen gäbe, aber hier haben wir ein paar besondere Anliegen, die wir speziell unterstreichen wollen. Die Grünliberalen nehmen die Jahresrechnung des Erziehungsdepartements mit Besorgnis zur Kenntnis. Die Ausgaben liegen 1,7 Prozent über den budgetierten Kosten, was Mehrausgaben von 19 Millionen Franken bedeutet. Besonders beunruhigend sind die hohen Stellvertretungskosten aufgrund zahlreicher Lehrpersonenausfälle. Hier muss die gesundheitliche Überlastung der Lehrkräfte dringend angegangen werden. Die Kostensteigerungen für Heimplatzierungen und ambulante Hilfen zeigen alarmierende Tendenzen bei der psychischen Gesundheit der Kinder. Hier bedarf es präventiver Massnahmen, um nachhaltige Lösungen zu finden. Auch die Organisation der Tagesstrukturen und der Schwimmunterricht sind aktuell ineffizient und unbefriedigend. Hier müssen Verbesserungen gemacht werden. Im Bereich der Frühförderung besteht trotz Stellenausbau bestehen trotz Stellenausbau weiterhin Wartelisten. Das Angebot muss zwar ausgebaut werden, aber auch die Ursachen für den erhöhten Förderbedarf müssen adressiert werden. Es geht in eine ähnliche Richtung wie mit der psychischen Gesundheit. Natürlich sind das nicht spezifische Probleme von Basel, aber hier zeigt sich halt einmal mehr, dass wir als Kanton solchen modernen Strömungen speziell ausgesetzt sind und diese früher zu spüren bekommen als andere Kantone. Und daher sind wir halt auch hier speziell in der Verantwortung, diese Probleme anzugehen, auch wenn man sagen könnte, dass es weitergehende Probleme sind, die die Schweiz oder Europa oder die ganze Welt betreffen. Die Grünliberalen fordern das Erziehungsdepartement auf, diese Herausforderungen proaktiv anzugehen, aber auch Effizienz zu steigern und das Wohl der Schülerinnen und Schüler zu sichern.

Zum Schluss: Abschliessend möchten wir betonen, dass die nachhaltige finanzielle Stabilität und die effiziente Verwendung der öffentlichen Mittel für die Grünliberalen von höchster Priorität sind. Wir appellieren an den Regierungsrat und die Departemente aber auch an den Grossen Rat und nicht zuletzt appelliere ich an meine eigene Fraktion und letztlich wieder einmal mehr an die ganze Bevölkerung, weiterhin konsequent auf eine nachhaltige und verantwortungsbewusste Finanzpolitik zu achten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB spricht Anina Ineichen.

*Anina Ineichen (GAB):* Vorab möchte ich mich bei der Departementvorsteherin und den Mitarbeitenden vom Kanton herzlich bedanken für die gute und sorgsame Arbeit, welche sie im Rahmen der Jahresrechnung erbracht haben.

Nun in media res: Wir freuen uns alle über das gute Resultat von Basel und das zu Recht. Das Geld ermöglicht uns vieles, aber mir kommt da auch ein gängiges Brecht-Zitat in den Sinn, etwas abgewandelt, wären wir nicht so reich, wären andere nicht so arm. Berichte aus anderen Städten in der Schweiz über die Finanzierungsprobleme gerade beispielsweise bei notwendigen Klimainvestitionen machen nachdenklich. Die Verteilung des Geldes ist eben auch auf dieser Ebene ein Problem.

Nun zurück nach Basel: Uns steht eine Phase bevor, in der wir mit grossen Herausforderungen rechnen müssen. Das Finanzdepartement rechnet in Zukunft wieder mit weniger Einnahmen. Aus diesem Grund halte ich den aktuellen Zeitpunkt für ungeeignet, um Steuersenkungen in Betracht zu ziehen. Trotz des momentanen Überschusses müssen wir sicherstellen, dass wir inskünftigen Ausgaben gerecht werden können, gerade im Klimabereich, dort müssen wir gerüstet sein.

Allgemein möchte ich auf das Thema Personal eingehen: Dem GAB machen die hohen Krankheitsausfälle Sorge, insbesondere da es sich gemäss Informationen anlässlich des Hearings vermehrt um schwerwiegendere Erkrankungen handelt. Es ist essentiell, dass der Kanton seine Bemühungen in diesem Bereich ausbaut, insbesondere hinsichtlich der psychischen Gesundheit der Mitarbeitenden, aber natürlich auch der physischen Gesundheit.

Nun ein Blick auf ausgewählte Departemente. Gegebenenfalls werden auch noch meine Fraktionskolleg:innen sich zu den einzelnen Departementen äussern. Beim Präsidialdepartement freut sich das GAB über die neuen Stellen im Bereich Klima, Wohnschutz und Open Data. Diese Bereiche sind von grosser Bedeutung und es ist gut, dass hier Fortschritte erzielt werden. Gerade die Klimafachstelle möchten wir hervorheben, sie leistet wichtige Arbeit und es ist insbesondere begrüssenswert, dass eine allgemeine Sensibilisierung bereits feststellbar ist und dass sich alle Departemente an der Arbeit beteiligen.

Beim Bau- und Verkehrsdepartement muss ich nochmal zurückkommen auf das Thema Personal. Es ist auffällig, die vielen Krankheitstage und Unfalltage sind ein grosses Problem. Es bleiben wichtige Themen wie beispielsweise der Tramausbau auf der Strecke, und das ist sehr bedauerlich aus unserer Sicht. Im Bau- und Gewerbeinspektorat, wir haben es schon vielfach gehört, gibt es Verbesserungen, aber die Pendenzen-Liste muss trotzdem noch kürzer werden und es besteht der Eindruck, dass die Situation aufgrund des Fristenstopps kurzzeitig ein bisschen unübersichtlich geworden ist. Hier hoffen wir, dass wieder alles in geordnete Bahnen geht. Einen besonderen Lichtblick möchte ich erwähnen: Bei der Fachstelle für



umweltgerechtes Planen und Bauen ist mir die gute Zusammenarbeit mit Immobilien Basel-Stadt aufgefallen. Dies ist besonders nennenswert und erfreulich. Die Stadtgärtnerei hat uns über ihre Bewässerungspraxis und über die Sturmschäden informiert. Die Bewässerung ist positiv hervorzuheben. Insbesondere aufgefallen ist mir, dass das Wasser aus dem Plansch Becken wiederverwendet wurde. Das war mir zumindest nicht bekannt, ich finde es aber toll, wie sorgsam sie mit dieser Ressource umgehen. Die Kosten, welche die Stürme im letzten Jahr verursachten, sind weniger erfreulich. Zusammen mit Eigenleistungen kamen Kosten von ungefähr einer Million Franken zustande. Hier muss festgehalten werden, dass dies bereits Folgekosten der Klimakrise sind, einer Krise, der wir jetzt noch begegnen können.

Im Erziehungsdepartement haben wir die Schulraumplanung zur Kenntnis genommen. Es ist begrüssenswert, dass nicht mit den Maximalgrössen gerechnet wird bei den Klassen, aber es scheint, dass andere Räume wie Räume für Gruppenunterricht oder Räume für Förderunterricht gerne vergessen begehnen. Dabei wären diese Räume insbesondere wichtig, um flexibel auf neue pädagogische Erkenntnissen reagieren zu können. Das Thema Schwimmbad war schon vielfach ein Thema. Auch hier haben wir die zum Teil sehr langen Wege zur Kenntnis genommen. Ein gesamtheitliches Konzept wäre bestimmt begrüssenswert. Grundsätzlich möchten wir jedoch betonen, dass wir es toll finden, welche hohe Bedeutung der Schwimmunterricht hat in Basel-Stadt. Schwimmen kann lebensrettend sein.

Im FD haben wir bei den Immobilien Basel-Stadt das Projekt zur grauen Energie zur Kenntnis genommen. Es ist zwar erstmal nur ein Pilot, wir freuen uns aber sehr darüber und wir hoffen und sind gespannt, wie es weitergeht. Etwas negativer zu erwähnen ist bei den Immobilien Basel-Stadt der Umgang mit der Garten- und Freiraumgestaltung. Hier läge ein grosses ökologisches Potenzial, welches leider weitgehend ungenutzt bleibt.

Beim Gesundheitsdepartement haben wir zur Kenntnis genommen, dass sie ein gutes Resultat haben und wir gehen nun davon aus, dass somit genügend Ressourcen vorhanden sein sollten, um die Pflegeinitiative rasch und gut umzusetzen. Wir sind gespannt, was folgt.

Im Justiz- und Sicherheitsdepartement sind die Personalprobleme augenfällig, bereits während dem Hearing, mit dem Bericht in den Medien kommen noch neue Aspekte hinzu. Die Arbeitsmarktzulage konnte unseres Erachtens etwas Abhilfe schaffen, ist aber nur ein schwacher Trost, da sie nicht konstant ist und es gibt ganz offensichtlich neben dem Lohn noch weitere Themen im Personalbereich, welche umgehend angegangen werden müssen. Zur Aufklärung dieser Vorgänge ist die von Kollegin Michaela Seggiani eingebrachte PUK angebracht. Es braucht eine gründliche Aufklärung der Vorgänge, der Ursachen und der Verantwortlichkeiten. Nur ein Beispiel möchte ich noch kurz erwähnen und das sind die Überstundenzahlen: Im Durchschnitt sind im letzten Jahr 13 Überstunden pro Person dazugekommen und es sind nun 168 Stunden pro Person. Das ist unhaltbar und es muss schnellstmöglich angegangen werden, damit mittel- und langfristig die Überstundensituation wieder in ein vertretbares Mass kommt.

Beim Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt ist aufgefallen, dass auch hier das Personal ein Thema ist. Altlasten bei Grünflächen und Spielplätzen konnten aufgrund von Personalmangel nicht umgesetzt werden. Hier geht es um unsere Gesundheit. Es geht um die Gesundheit unserer Kinder und ich hätte es lieber gestern als morgen umgesetzt gesehen. Das Budget bei der Sozialhilfe wurde nicht ausgeschöpft. Das lässt den Schluss zu, dass weniger Personen armutsbetroffen sind. Das ist grundsätzlich positiv. Gleichzeitig sollten nun doch diese Ressourcen verwendet werden, um den verbleibenden Armutsbetroffenen stärker zu helfen. So könnten die Bemühungen intensiviert werden bei der Nichtbezugsquote, oder aber es könnten auch bei der Arbeitsintegration die Bemühungen verstärkt werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, vielen Dank an meine Kommissionskollegen und -kolleginnen für die gute Zusammenarbeit. Das GAB bittet Sie, der Rechnung zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Daniel Albietz für die Mitte-EVP.

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Ich kann vorwegnehmen, dass die Fraktion Mitte-EVP von der Jahresrechnung Kenntnis genommen hat und den Anträgen der Finanzkommission auf Genehmigung dieser Rechnung folgt. Sie schliesst sich auch dem Dank an alle Beteiligten an, ich möchte das nicht im Detail wiederholen. Es ist nicht weniger ernst gemeint. Grundsätzlich schliessen wir uns auch den Ausführungen der Sprecher der bürgerlichen Fraktionen und der GLP an, so weit sie den Aufruf betrifft, Disziplin zu halten bei den Kantonsfinanzen, sich durch diese Überschüsse nicht blenden zu lassen, sie auch nicht falsch oder unbedarft zu verwenden, sondern die Zukunft im Blick zu halten.

Ich werde darauf verzichten, auf einzelne Departemente einzugehen, sondern möchte den Fokus unserer Fraktion auf zwei Punkte legen, die uns sehr wichtig scheinen. Das eine sind die fortwährenden Überschüsse der letzten Jahre und was das mit uns macht, und das zweite ist die Frage der Verschuldung dieses Kantons.

Zunächst zu den Überschüssen: Eigentlich ist es ja schön, seit Jahren weist der Kantonsüberschüsse in teilweise dreistelliger Millionenhöhe auf. Uns scheint es aber eine Reflexion darüber wert, was es mit uns macht, zu viel Geld zu haben. Wir spüren das im täglichen Umgang miteinander, wenn man den Eindruck hat, das Geld ist ja da, dann gibt man es



eben auch aus. Festzustellen ist, dass die Begehrlichkeiten steigen, das wurde schon erwähnt, dass der Konsum zunimmt und der Verbrauch, dass die Staatsquote und der Staatsapparat kontinuierlich wachsen und zwar unseres Erachtens in einem ungesunden Mass.

Sie alle wissen, was passiert, wenn wir mehr Kalorien zu uns nehmen als wir brauchen. Die Grundsätze des menschlichen Organismus gelten prinzipiell auch für ein Gemeinwesen, das zu viel einnimmt. Um im Gleichgewicht zu bleiben, muss es entweder den Verbrauch respektive den Konsum erhöhen oder aber die Zufuhr drosseln. Aus unserer Sicht ist der zweite Ansatz bei Menschen auch bekannt unter FdH, «Friss die Hälfte», deutlich nachhaltiger als mehr zu verbrauchen. Mehr einzunehmen als gesund ist, führt zu Schwerfälligkeit und auch wirtschaftlicher Trägheit. Die Innovationskraft nimmt ab und es besteht die Gefahr der Entwicklung einer gewissen Dekadenz. Davor möchten wir einfach warnen. Zu viel Geld zu haben, ist allgemein, auch wenn das widersprüchlich tönt, nicht gesund.

Ein reiches Staatswesen ist auch weniger widerstandsfähig gegenüber wirtschaftlichen oder natürlichen Schocks, weil es sich auf den vorhandenen Reichtum verlässt und keine Robustheit für Krisenzeiten entwickelt. Dazu möchten wir auffordern, daran zu denken, robust zu bleiben oder wieder robust zu werden. Wir finden es auch richtig, wenn Geld an Geldgeber zurückgegeben wird, wenn man zu viel eingenommen hat. Wiederholt einen solchen Gewinn zu erzielen bedeutet nämlich auch, dass wir den Steuerzahlenden zu viel Geld weggenommen haben. Dieses Geld fehlt den Leuten dann unter anderem in Form von Kaufkraft und Wirtschaftskraft. Daher begrüsst die Mitte die zwei neuen Vorstösse, die hier Remedur schaffen wollen, nämlich die Steuern allgemein zu senken, aber auch einen Steuerfuss einzuführen, der jährlich angepasst werden kann, um auf die jeweilige Finanzlage und Veränderungen reagieren zu können.

Das zweite Thema betrifft, ich habe es schon gesagt, die Verschuldung des Kantons und auch die Darstellung des Vermögens und der Schulden in der Bilanz. Obwohl wir es so viel Geld haben, hat der Kanton hohe Bruttoschulden. Sie sind im Berichtsjahr weiter gestiegen, die Finanzdirektionsdirektorin hat darauf hingewiesen, und zwar nicht auf 3,3 Milliarden Franken, sondern auf 3,5 Milliarden Franken. Das heisst die Schuldenlast, das Geld, das wir aufgenommen haben, ist um 200 Millionen Franken gestiegen. Als Fraktion finden wir diese Entwicklung nicht beruhigend, besonders auch, weil der Kanton mit diesen Bruttoschulden im gesamtschweizerischen Vergleich nach wie vor nicht gut da steht. Und sie müssen eben ins Verhältnis gesetzt werden zum Bruttoinlandprodukt des Kantons und der Schweiz, wenn man das vergleichen will.

Hohe Bruttoschulden bedeuten, auch wenn ihnen grössere Vermögenswerte gegenüberstehen, eine Belastung und eine grosse Unsicherheit. Sie schränken die Handlungsfreiheit ein. Derzeit ist die Zinsbelastung zwar noch einigermaßen gering, sie ist aber in letzter Zeit gestiegen. Die zukünftige Entwicklung ist ungewiss. Das Geld für den Zinsendienst fehlt für andere staatliche Aufgaben. Die Zinszahlungen würden zu einem Problem, falls die Zinsen erheblich steigen würden, was im Moment schwer vorauszusagen ist.

Wie gesagt weist der Kanton innerhalb der Schweiz eine hohe Bruttoschuldenbelastung pro Kopf auf. Die Regierung hat es leider verpasst, in den Jahren wiederkehrender struktureller Überschüsse die Schulden konsequent abzubauen. Wir wünschen uns hier ein Umdenken und einen neuen Fokus auf den Bruttoschuldenabbau.

Nettoschulden sind ja bekanntlich die Bruttoschulden abzüglich der flüssigen Mittel und Vermögenswerte, die relativ schnell verflüssigt werden können. Bekanntlich beträgt die Nettoschuldenquote des Kantons aktuell zumindest auf dem Papier weniger als Null. Mit anderen Worten hat Basel-Stadt derzeit keine Nettoschulden, sondern ein Nettovermögen. Dieser Umstand hat jedoch ganz wesentlich mit der Bewertung des Finanzvermögens zu tun. Als Fraktion sind wir uns nicht sicher, ob diese Bewertung und damit auch die Nettoschulden, über alle Zweifel erhaben ist. Im Finanzvermögen der öffentlichen Hand sollen sich Vermögenswerte befinden, die nicht für die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben bestimmt und grundsätzlich veräusserbar sind. Nun aber erschweren beispielsweise die Bestimmungen der seinerzeit angenommenen Bodeninitiative die Veräusserung von Immobilien sehr, die Praxis lässt praktisch keine Verkäufe zu. Soweit Teile des Finanzvermögens wie geschildert oder auch anderweitig immer mehr politisiert werden und zunehmend öffentliche Aufgaben erfüllen sollen, etwa im Bereich des günstigen Wohnens, und dies einen direkten Einfluss auf die Verkehrsfähigkeit und Veräusserung von Finanzvermögen zur Folge hat, müsste solches Vermögen neu und zutreffend bewertet und teilweise sogar in Verwaltungsvermögen umgewidmet werden, womit der Kanton sehr schnell wieder eine erhebliche Nettoverschuldung ausweisen müsste.

Als Fraktion werden wir in nächster Zeit ein verstärktes Augenmerk auf die Frage richten, ob die Bewertung des Finanzvermögens tatsächlich ordnungsgemäss und nach anerkannten Bewertungsgrundsätzen für das Vermögen eines öffentlichen Gemeinwesens erfolgt und nötigenfalls eine Korrektur verlangen, um ein realistisches und zutreffendes Bild unserer Finanzlage und insbesondere der tatsächlichen Verschuldung zu zeichnen. Sie werden von uns hören.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit haben alle Fraktionen gesprochen. Es liegen keine anderen Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Runde zurück auf die anderen Sprechenden. Zuerst beim Gerichtsrat, wünscht Stephan Wullschleger das Wort? Er verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.



*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Vielen Dank für Ihre Voten. Einige davon kann ich sehr unterstützen, zum Beispiel diejenigen zur Gesundheit der Mitarbeitenden. Sie haben es erwähnt, es fällt vor allem im Erziehungsdepartement auf mit den hohen Stellvertretungskosten. Das ist ein Thema, das uns auch aufgefallen ist, es betrifft aber auch andere Departemente. Ich glaube, die Gesundheit der Mitarbeitenden muss in unseren Fokus rücken.

Zum Hochbau und Bauen, da bin ich nicht ganz einverstanden. Ich sehe zwar auch, dass wir bei gewissen Projekten tatsächlich Probleme haben, aber ich möchte hier noch einmal betonen, in der Regel liegen wir im Zeit- und Kostenplan. Wir haben sehr viele Projekte und die meisten schliessen im Zeitplan und im Kostenplan ab. Die einzelnen, bei denen das nicht gelingt, sind natürlich deswegen nicht weniger ärgerlich, sondern es ist sehr ärgerlich für uns alle und wir bemühen uns, dort auch wirklich besser zu werden.

Dann noch etwas zu den Unternehmenssteuern. Ich bin jetzt nicht sicher, ob ich Philip Karger richtig verstanden habe. Aktuell haben wir seit 2024 eigentlich keine Möglichkeit mehr, die Unternehmenssteuern zu senken. Die OECD-Mindeststeuer ist eingeführt, das heisst, die Unternehmen, die davon betroffen sind, müssen diese 15 Prozent bezahlen. Da haben wir keinen Einfluss. Daher ist es gut möglich, dass wir auch zukünftig dort höhere Erträge haben werden. Aber dafür haben wir ja, ich mache noch mal Werbung, unser Standortpaket des Regierungsrats am Montag vorgestellt, was eine gute Lösung wäre.

Zur Bewertung vom Finanzvermögen: Wenn ich Ihnen, Daniel Albietz, ganz zuhöre, dann bin ich einverstanden, dass sie das näher anschauen und diskutieren möchten, aber ob das so stimmt, da muss ich mich etwas wehren. Unsere Bewertung wurde auch extern überprüft und wir sind eher konservativ. Das kann man uns vorwerfen. Unsere Liegenschaften sind eher konservativ bewertet, weil wir eben nicht möchten, dass es uns aus der Bahn werfen würde. Daher sind wir etwas zurückhaltend. Das würde vielleicht eine privaten Firma anders machen und wir sind da eher zurückhaltend. Daher glaube ich nicht, dass wir Ihnen da irgendwie Unwahrheiten erzählen oder dass da etwas nicht stimmt. Aber dass man das Thema, ob jetzt etwas im Verwaltungsvermögen ist oder im Finanzvermögen, diskutieren kann, das ist kein Problem. Dass wir nicht verkaufen können stimmt, aber wir können die Baurechte vergeben und die haben gezeigt, dass sie in den letzten Jahren auch dazu verhelfen, dass der Kanton mehr Einnahmen hat

Alles andere hat, nehme ich so zur Kenntnis und ich spüre, dass wir vor allem beim Budget wieder längere Diskussionen haben werden. Ich habe gehört, wie viele von Ihnen bereit sind, weniger Geld auszugeben. Ich bin gespannt auf die Budgetdiskussion. Und ich danke Ihnen vielmals für die wohlwollende Aufnahme der Rechnung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit kommen wir zur Präsidentin der BKK. Sie verzichten. Und damit ist die Reihe bei Joël Thüring, dem Präsident der Finanzkommission.

*Joël Thüring (SVP):* Vielen Dank für die gute Aufnahme des Berichts der Finanzkommission zur Rechnung 2023. Wir haben ähnliche Diskussionen auch in der Finanzkommission geführt. Es ist klar, wir sind politisch zusammengesetzt, jeder bringt seinen Hut mit und daraus resultiert dann dieser Bericht. Jeder findet sich vielleicht in unterschiedlicher Art und Weise in den einzelnen Formulierungen. Aber was ich hier wirklich noch einmal sagen kann ist, dass wir nicht Anzeichen haben, dass der Regierungsrat irgendwie bewusst so budgetiert, dass dann der Überschuss Ende der Periode, wenn die Zahlen bekannt werden, überdimensioniert viel höher sind als das, was wir angenommen haben. Diese Budgetierung ist, gerade auch wenn man bedenkt, dass eben ganz viele Unternehmen hier einen Beitrag über die Steuern zu leisten haben, nicht ganz einfach und davon abhängig sind eben auch diese konjunkturellen Aspekte. Hier gab es in den letzten Jahren, das wissen Sie alle, nun mal nicht nur wegen der Coronapandemie, sondern eben auch wegen den Kriegen in der Ukraine, jetzt auch in Israel und anderen Nebeneffekten Ungewissheiten, Unklarheiten, und es ist für Unternehmen schwierig vorherzusehen, was das für Auswirkungen hat und entsprechend ist es selbstverständlich auch für einen Kanton schwierig, vorherzusehen, was das für Auswirkungen hat.

Ich möchte einfach noch einmal erinnern, dass der Budgetprozess für das Jahr 2023 schon sehr früh beginnen muss, weil wir im Dezember 2022 beschliessen, aber der Vorlauf beginnt viel früher. Wir haben hier also auch immer eine gewisse Ungenauigkeit, weil dies in den Abläufen gar nicht anders möglich ist. Hier muss ich die Regierung auch ein Stückweit in Schutz nehmen, wobei ich es nicht als allzu starke Kritik seitens der Fraktionssprechenden wahrgenommen habe.

Dann vielleicht zu Pascal Messerli und zu Philip Karger: Pascal Messerli hat gesagt, die Finanzkommission sei zu wenig kritisch, Philip Karger hat sogar das Wort nachlässig in den Mund genommen. Ich möchte einfach betonen, dass die Finanzkommission bei ganz vielen Ausgaben, die sie über das Jahr spricht, nicht zu bewerten hat, ob die Ausgabe zu hoch ist, ob sie tiefer sein können, sondern ob der finanzrechtliche Status korrekt ist. Und wenn der finanzrechtliche Status aus Sicht der Finanzkommission gebunden ist, dann können wir die Ausgabe oder die zusätzliche Ausgabe nicht hinterfragen, sondern dann können wir nur sagen, dass wir den finanzrechtlichen Status nicht als gebunden ansehen, bitte bringen Sie als



Regierung dieses Geschäft in den Grossen Rat. Ich würde deshalb nicht davon sprechen, dass die Finanzkommission zu wenig kritisch oder zu nachlässig wäre.

Ausserdem, die Ausgaben, die wir in diesem hohen Hause über das Budget und auch über das Jahr beschliessen, sind sehr oft der Wille des Parlamentes, und die Folgen von Aufgaben, die es der Verwaltung zusätzlich aufbürdet sind nun mal im Budget auch abgebildet und lassen sich dann auch in der Rechnung eben entsprechend nieder. Deshalb glaube ich schon auch im Namen der Finanzkommission, dass wir durchaus dort, wo es möglich ist, kritisch nachfragen und Dinge auch hinterfragen. Und ein solcher Punkt, bei dem wir sehr kritisch sind, ist die Frage der Bruttoschulden. Hier haben wir, ich möchte daran erinnern, im letzten Budgetbericht der Finanzkommission ausführlich zur Entwicklung der Bruttoschulden Stellung genommen, haben auch gemahnt, dass diese Zinslast, die daraus entstehen könnte für den Kanton ein gewisses Risiko sein kann. Also auch hier ist die Finanzkommission durchaus sehr kritisch, hat das zu Wort in ihrem Bericht auch entsprechend im Budget 2024 aufgenommen. Die Regierung hat diese Ausführungen auch zur Kenntnis genommen und es ist ihr bewusst, dass diese Bruttoschulden mit der entsprechenden Zinslast, die Folge sein kann, durchaus relevant sind für Rechnung und Budget. Auch hier haben wir nicht Annahmen, dass der Regierungsrat das nicht ausreichend berücksichtigt.

Dass der Personalaufwand steigt, hat unterschiedliche Gründe. Ein Grund dafür ist das Bevölkerungswachstum. Wenn Sie mehr Schülerinnen und mehr Schüler haben, dann brauchen Sie mehr Lehrpersonen. Das ist relativ klar. Wenn Sie im Grossen Rat neue Aufgaben beschliessen, dann steigt, je nachdem der Personalaufwand, weil neue Stellen geschaffen werden müssen. Auch das scheint uns sehr klar zu sein. Kollege Seiler hat die Hoffnung gehabt, dass die Digitalisierung dazu führt, dass alles einfacher wird. Ich habe gerade gestern einen Bericht aus dem Spiegel gelesen. Seit das Verwaltungsgericht Berlin digitalisiert ist, wurde noch nie so viel ausgedruckt. Also ich möchte auch ein bisschen davor warnen, dass die Digitalisierung alles günstiger und einfacher machen würde. Aber Daniel Seiler hat ja zu Recht auf dieses Projekt im JSD hingewiesen, auf diese roboterisierten Automationsprozesse bei einzelnen Anwendungen. Es war für die Finanzkommission sehr interessant, einmal zu sehen und zu hören, wie da wirklich auch gewisse Arbeiten vereinfacht werden können. Nichtsdestotrotz glauben wir als Finanzkommission, dass die Herausforderung in der Digitalisierung für den Kanton dadurch erstens nicht geringer werden und es nicht kurzfristig zu starken Entlastungen führen wird. Hier warne ich auch ein bisschen vor all zu grosser Hoffnung, aber der Kanton wird in diesen Bereichen sicher auch weiter vorwärts gehen und vorwärtsmachen.

Ich danke deshalb den Fraktionssprechenden noch einmal sehr für die wohlwollende Aufnahme unseres Finanzkommissionsberichts und die bis jetzt zumindest nicht anders lautende Zustimmung zu unseren Empfehlungen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Eintretensdebatte zur Rechnung ist damit abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Berichts der Finanzkommission und starten, bevor wir zu den einzelnen Departementen kommen, mit Kapitel 1 bis 4 des Berichts der Finanzkommission sowie des Jahresberichts des Regierungsrates, ausser Kapitel 3, welches eben die Departemente sind. Auch hier ginge wieder das Wort zum Präsidenten der Finanzkommission, er verzichtet, und zur Regierungsrätin, die ebenfalls verzichtet. Auch die Fraktionen und Einzelsprechenden verzichten, in der zweiten Runde, nehme ich an, verzichten auch Regierungsrätin Tanja Soland und Kommissionspräsident Joël Thüring.

Damit sind wir beim Präsidialdepartement Seite 27 des Berichts. Die Globalbudgets der Museen werden am Schluss bei der Beratung des Mitberichts der BKK behandelt. Wünscht Regierungsrat Conradin Cramer das Wort zum Präsidialdepartement? Er verzichtet. Auch sonst wird verzichtet. Das Präsidialdepartement ist damit behandelt.

Wir kommen zum Bau- und Verkehrsdepartement Seite 29 des Berichts der Finanzkommission, Seite 105 im Jahresbericht inklusive Globalbudget ÖV. Wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort? Sie verzichtet. Joël Thüring verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit ist auch das Bau- und Verkehrsdepartement behandelt.

Wir kommen zum Erziehungsdepartement Seite 38 des Berichts der Finanzkommission. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass sich Mustafa Atici entschuldigt hat. Er vertritt den Regierungsrat heute im benachbarten Ausland in Frankreich, wo er die Flamme olympique sehen wird. Er verzichtet damit auf ein Votum. Auch der Sprecher der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum. Die Fraktionen und Einzelsprechenden haben sich nicht gemeldet. Das Erziehungsdepartement ist damit auch behandelt.

Finanzdepartement Seite 41 des Berichts der Finanzkommission. Auch hier verzichten Regierungsrätin und Kommissionspräsident, auch hier verzichten die Fraktionen und Einzelsprechenden.

Wir kommen zum Gesundheitsdepartement Seite 43 des Berichts. Wünscht Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort? Er verzichtet, auch alle anderen verzichten ausser Christine Keller, die als Einzelsprecherin sprechen möchte.

*Christine Keller (SP):* Ich nehme Bezug auf den Rückgang beim Leistungsvolumen der Spitex Basel beziehungsweise auf eine Bemerkung der Finanzkommission auf Seite 45 des Berichts. Wie Sie wissen, liegen mir Gesundheitspflege vor allem



der älteren Bevölkerung sehr am Herzen, wobei Spitex nicht nur für die älteren da sind, und hier schreibt ja die Finanzkommission, es sei eine Verlagerung zu den privaten Anbietern, insbesondere in der Grundpflege festzustellen. Dann haben wir seit 2019 ja einen Bundesgerichtsentscheid, der erlaubt, dass pflegende Angehörige sich bei einer Spitex anstellen lassen und entsprechend dafür auch einen Lohn bekommen. Diese Entwicklungen stellt die Finanzkommission in den Zusammenhang mit dem Rückgang bei der Spitex Basel.

Wir haben den Jahresbericht der Spitex Basel erhalten und der hat mich aufgeschreckt, weil es steht da geschrieben, die Anfrage habe nicht nachgelassen, aber es sei eine Zunahme bei kurzfristigen Einsätzen, die nicht attraktiv sind, zu deren Annahme die Spitex Basel aber aufgrund des Leistungsvertrages mit dem Kanton verpflichtet ist, und das führt dann dazu, dass der Koordinationsaufwand zwar steigt, aber die verrechenbaren Pflegestunden eben nicht unbedingt. Da hat die Spitex Basel ein wachsendes Defizit zu verzeichnen. Das bereitet mir Sorgen. Ich weiss, dass hier Verhandlungen am Laufen sind und ich hoffe, dass der Kanton hier auch wirklich eine Lösung findet, damit die Spitex Basel, aus dieser strukturellen finanziellen Krise auch wieder herauskommt.

Ich denke, dass das Gesundheitsdepartement auch diese Frage mit den pflegenden Angehörigen im Auge behalten muss. Das ist grundsätzlich eine Sache, die sehr gut sein kann, aber es gibt hier auch ein Missbrauchspotenzial seitens gewisser Firmen und ich werde dazu wahrscheinlich auch noch schriftlich nachfragen, aber es ist sicher gut, wenn diese Entwicklung begleitet wird, zumal nach einem ganz neuen Bundesgerichtsentscheid jetzt auch die psychiatrische Grundpflege den Angehörigen vergütet werden kann, was dann auch wieder zu erheblichen Kosten führen wird.

Das war das, was ich zu diesem Thema im Rahmen des Jahresberichts des Gesundheitsdepartements noch sagen wollte.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Präsident der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum. Wünscht der Regierungsratsengelberger das Wort? Er wünscht es.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* In aller Kürze: Wir teilen selbstverständlich das Interesse von Christine Keller an intakten, nachhaltig qualitativ hochstehenden Versorgungsstrukturen im Bereich der Spitex. Wie bereiten derzeit ja auch wieder die nächste Vertragsperiode mit Spitex Basel vor und beobachten auch die allgemeine Entwicklung. Es ist natürlich so, dass hier auch ein Markt besteht und das ist auch nicht per se ein Problem. Sie haben jetzt die mögliche Anstellung von Angehörigen auch erwähnt. Dort gibt es ein gewisses Missbrauchspotenzial. Das ist korrekt. Wir sind seitens Gesundheitsdepartement für die qualitative Aufsicht zuständig und daneben gibt es natürlich auch eine Arbeitsmarktaufsicht. Wir haben das im Auge und ich danke Christine Keller für den Hinweis.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit kommen wir zum Justiz- und Sicherheitsdepartement Seite 45 des Berichts der Finanzkommission. Wünscht Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort? Sie verzichtet, der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Damit sind wir bei den Fraktionen. Hier hat sich Mahir Kabakci gemeldet für ein Fraktionsvotum für die SP.

*Mahir Kabakci (SP):* Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion möchte ich einige zentrale Punkte der Jahresrechnung 2023 bezüglich des Justiz- und Sicherheitsdepartements hervorheben.

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement verzeichnet ein zweckgebundenes Betriebsergebnis von 292,7 Millionen Franken, was einer Budgetüberschreitung von 5 Prozent entspricht. Ein weiteres wichtiges Thema sind die Pilotprojekte zur Robotic Process Automation. Im Justiz- und Sicherheitsdepartement sind bereits 20 Software-Roboter im Einsatz, die repetitive standardisierte Prozesse übernehmen, was zu einer einheitlichen Qualität und höheren Geschwindigkeit. Diese Automatisierungsprozesse konnten dazu beitragen, bis zu 14 Stellen einzusparen.

Der Personalaufwand im Justiz- und Sicherheitsdepartement liegt mit 272 Millionen Franken 3 Prozent über dem Budget, trotz eines Unterbestands von 153 Vollzeitstellen. Dies wirft erhebliche Fragen auf. Wie kann das Justiz- und Sicherheitsdepartement eine erfolgreiche Rekrutierungsoffensive bei der Kantonspolizei im Budget auffangen, wenn heute schon bei einem Unterbestand das Budget im Bereich Personalaufwand mehr als ausgeschöpft ist. Es bräuchte eine Anpassung, eine Erhöhung des Personalbudgets um weitere 13 Millionen, um diesen Unterbestand finanzieren zu können. Diese Situation ist besorgniserregend und zeigt, dass auch die finanzielle Struktur des Departements dringend einer Analyse und Anpassung bedarf. Es ist notwendig, dass die Ausfinanzierung der unbesetzten Stellen überprüft und entsprechend angepasst wird, um zukünftige Rekrutierungen und Attraktivitätssteigerungen finanzieren zu können. Eine striktere Haushaltsdisziplin und gezielte Massnahmen zur Verbesserung der Personalstruktur sind unerlässlich.

Die Verzögerung des Umzugs der JSD-Zentrale aufgrund der UEFA Women's Euro 2025 wirft ebenfalls Fragen auf. Wir verstehen, dass Grossveranstaltungen erhebliche logistische Herausforderungen mit sich bringen. Jedoch sollte dies nicht zu



Lasten wichtiger Infrastrukturprojekte gehen. Es ist unklar, in welchem Zusammenhang die Sportveranstaltung und die Sanierung des JSD stehen und warum diese nicht parallel vorangetrieben werden können. Wir fordern eine klare Darstellung der Zusammenhänge und eine Strategie, um solche Verzögerungen in Zukunft zu minimieren.

Der deutliche Unterbestand an Personal, insbesondere in kritischen Bereichen wie der Kantonspolizei und dem Justizvollzug ist besorgniserregend. Es bedarf dringender Anstrengungen, um diese Stellen zu besetzen und so die Arbeitslast auf die vorhandenen Mitarbeiter zu reduzieren. Die Überstundensituation bleibt ein kritischer Punkt. Wir fordern das JSD auf, nachhaltige Lösungen zu entwickeln, um diese Belastung zu reduzieren und sicherzustellen, dass das Personal nicht weiterhin übermässig beansprucht wird. Der Polizeibericht, der letzte Woche veröffentlicht wurde, hat die internen Missstände bei der Polizei aufgezeigt und auch bereits Antworten darauf gegeben, was mögliche Ursachen für den Unterbestand beim Personal der Polizei sind. Mögliche Massnahmen und Empfehlungen sind auf dem Tisch.

Klar möchte ich betonen, dass wir weiterhin Hand bieten für konkrete Massnahmen, die sinnvoll und zielgerichtet im Hier und Jetzt Verbesserungen bewirken können. Aber es braucht jetzt eine politische Aufarbeitung, um herauszufinden, wie es so weit kommen konnte. Dafür braucht es eine parlamentarische Untersuchungskommission. Für uns ist klar, die Missstände sind zu systematisch und zu tiefgreifend, als dass man einfach so mit den bestehenden Instrumenten zur Tagesordnung übergehen könnte. Die PUK kann Auskünfte von Regierungsratsmitgliedern, der Verwaltung und den Gerichten einholen, Sachverständige herbeiziehen sowie die Herausgabe von Akten verlangen. Und genau das braucht es jetzt, damit wir eine gute Grundlage haben, um konkrete Verbesserungen erzielen zu können und zu wissen, wann die Departementsleitung informiert wurde, wann nicht eingegriffen wurde oder wer nicht eingegriffen hat, um eine gute Analyse machen zu können, um langfristig gute Resultate erzielen zu können. Damit wieder Ruhe in den Polizeikorps einkehren kann, brauchen wir vorerst eine gute Analyse und aufbauend auf diese Analyse muss es Massnahmen geben, die auch die Situation entspannen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nicola Goepfert spricht für das GAB.

*Nicola Goepfert (GAB):* Die Personalsituation beim JSD ist desolat, wir haben es bereits gehört im Votum von Joël Thüning ganz zu Beginn. 153 Stellen sind nicht besetzt, davon alleine 120 bei der Kantonspolizei. Direkt damit in Verbindung steht die hohe Zahl von durchschnittlich 168 Überstunden pro mitarbeitender Person bei der Polizei im vergangenen Jahr.

Bereits bei der Diskussion über die Löhne der Polizei habe ich darauf hingewiesen, dass die Löhne nicht das einzige Problem sind, dass es bei der Polizei ein Führungsproblem gäbe. Vergangene Woche ist nun der Bericht von Markus Schefer zur Personalsituation bei der Kantonspolizei veröffentlicht worden. Mit diesem Bericht wird ersichtlich, wie tiefgreifend, grundlegend und strukturell die Probleme sind, welche mitunter zu dieser verheerenden Personalsituation beigetragen haben.

Ich gehe hier noch weiter auf diesen Bericht von Herrn Schefer ein, weil im Bericht der Finanzkommission die Personalsituation behandelt wird. Der Bericht bringt so massive Missständen auch auf dem Tisch, dass ich ein Geheim geglaubt hätte, wenn ich den Bericht nicht selbst gelesen hätte. Für den Bericht wurde mit über 370 Angehörigen der Kantonspolizei gesprochen. Hier ein paar Darstellungen, wie sie im Bericht vorkommen. Es wird ein Klima der Angst beschrieben, von problematischem Führungsverhalten ist die Rede und ein Mangel an Vertrauen in die Führung kommt zum Ausdruck. Die Polizeileitung hat ein Akzeptanzproblem, sie agiere nicht als Kollegium und wird als Führungsgremium kaum wahrgenommen. Die Polizeileitung wird im Allgemeinen als autoritär, abgehoben und unkooperativ charakterisiert. Über fast alle Hierarchiestufen hinweg waren sich die Befragten einig, dass der Polizeileitung kein Vertrauen entgegengebracht wird und sie bei den Mitarbeitenden über keine Glaubwürdigkeit verfügt. Der Kommandant habe keinen prägenden Einfluss auf die Arbeit der Polizeileitung.

Was hier beschrieben wird, das ist doch krass. Kein Wunder läuft das Personal davon, aber es geht noch weiter. Es gäbe einen Mangel an zuverlässiger Planung durch die Polizeileitung im Bereich der Personalpolitik. Die Personalknappheit sei seit längerer Zeit vorhersehbar gewesen und dies sei der Polizeileitung auch mitgeteilt worden. Wie kann das sein? Wie kann es sein, dass solange die Augen verschlossen werden, bis 120 Stellen unbesetzt sind? Die Verantwortung, dass es so weit gekommen ist, liegt bei Regierungsrätin Stephanie Eymann als Departementsvorsteherin des JSD. Wie glaubhaft kann sie behaupten, nah am Personal zu sein, aber trotzdem fast vier Jahre und einen solchen Bericht benötigen, um die zugrundeliegenden Probleme zu erkennen? Felix Wehrli zumindest schien nicht überrascht zu sein über den Inhalt des Berichts. War die Departementsleiterin also doch nicht genug nah dran oder vielleicht schlicht zu nah, um die strukturellen Probleme wirklich zu erkennen? Um solche Fragen zu klären, müssen wir nun eine politische Aufarbeitung voranbringen. Wer wusste wann was. Wie konnte es passieren, dass die Departementsleiterin erst mit diesem Bericht der Grundsätzlichkeit der Probleme bewusst wurde?

Eine PUK ist das richtige Mittel dafür. Während der Bericht Schefer die strukturellen Probleme innerhalb der Polizei untersuchte, muss der Auftrag einer PUK der politischen Aufarbeitung dienen. Wer die aktuelle Situation bei der Polizei



möglichst schnell verbessert sehen möchte, wer verhindern möchte, dass wir als Kanton wieder in eine vergleichbare Situation geraten, wer für die Erreichung dieser Ziele an einer grundsätzlichen und gründlichen politischen Aufarbeitung interessiert ist, wird die Forderung nach einer PUK unterstützen.

Die im Bericht genannten Massnahmen müssen möglichst schnell überprüft werden, um das Vertrauen der Angestellten in ihren Arbeitgeber wieder zu stärken, aber auch, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Polizei wieder zu stärken. Dazu braucht es mittelfristig tiefgreifende Anpassungen in der Struktur der Polizei. Zentral ist, dass die jetzt auf dem Tisch liegenden Ergebnisse ernstgenommen werden und als Basis für grundlegende Veränderungen dienen, oder wie es im Bericht selbst steht, es braucht einen markanten Kulturwandel. Und hierbei sollen sämtliche Aspekte des Berichts angeschaut werden. Denn was mich schon ein wenig erschreckt ist, dass, kaum ist der Bericht erschienen, die darin beschriebenen strukturellen Probleme von Sexismus und Rassismus als Einzelfälle abgetan werden. Meine lieben Kollegen, und ich spreche hier bewusst nur um einen männlichen Kollegen an, weil es nur Männer waren, die sexistisches Verhalten umgehend als Einzelfälle abtun wollten: Es wird beschrieben, wie mit derber Terminologie über weibliche Geschlechtsteile über Frauen gesprochen wird, auch auf der Stufe von Vorgesetzten. Es wurde über ein Begrüssungsritual mit Küssen jenseits des üblichen berichtet. Das ist kein Einzelfall, was hier beschrieben wird. Es ist ein Ritual. Gleiches zeichnet sich ab beim Umgang mit Rassismus. So würden strukturelle Mechanismen fehlen, welche Polizist:innen darüber unterstützen würden, die Entstehung negativer Stereotypen zu verhindern. Die problematische Verhaltensmuster würden vielmehr sogar toleriert. Massnahmen gegen die Entwicklung rassistischer Vorstellungen seien gemäss Bericht nicht genügend strukturell eingebettet. Das geht aus den Aussagen der Polizist:innen hervor.

Ich appelliere also daran, dass der gesamte Bericht ernstgenommen wird, er als Grundlage für Veränderungen dient und Regierungsrätin Stephanie Eymann endlich ihre Verantwortung übernimmt, um die Personalsituation bei der Polizei in den Griff zu bekommen und den notwendigen Kulturwandel einzuleiten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich erlaube mir an dieser Stelle den Hinweis, dass wir heute nur beschliessen über den Bericht der Finanzkommission und des Regierungsrates und nicht über andere Berichte oder Forderungen, die aber natürlich damit in Zusammenhang stehen. Nächster Sprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Die SVP-Fraktion kann jetzt schon nicht ganz stehenlassen, was Nicola Goepfert hier gebracht habe. Es ist eine sehr spannende Strategie von rot-grün. Ihre Kritik an der Regierung und an den einzelnen Regierungsräten beschränkt sich immer dort, wo bürgerliche Regierungsräte in der Verantwortung sind. Wo war Ihre Kritik beim Präsidentsdepartement, als es um das Historische Museum ging, wo war Ihre Kritik beim Bau- und Verkehrsdepartement, als Hanspeter Wessels hier mehrere Fauxpas abgeliefert hat? Dort haben Sie sich immer schön in Grenzen gehalten mit der Kritik und jetzt benutzen Sie hier diesen Polizeibericht, um einseitig Stimmung gegen Regierungsrätin Stephanie Eymann zu machen. Das ist mit Verlaub etwas billig.

Und Nicola Goepfert, Sie haben den Bericht gar nicht vollständig zitiert. Im Bericht steht nämlich auch, dass ein grosser Teil bei der Polizei Probleme damit hat, dass die Linken insbesondere in diesem Parlament die Polizei derart stark kritisiert. Es waren die Polizisten vor dem Rathaus, die verbal angegriffen wurden von gewissen Grossrätinnen und Grossräten, wahrscheinlich nicht aus dem SVP-Lager. Das steht auch in diesem Bericht und das haben Sie hier unterschlagen. Das ist auch ein grosses Problem, dass die Akzeptanz gegenüber dem Polizeiberuf in diesem Parlament nach jeder Demonstration konstant abnimmt und einseitig die Schuld bei der Polizei gesucht wird. Wenn ich am Samstag als Polizist an einer Demonstration teilnehmen muss, ich von Linksextrem mit Steinen beworfen werde und drei Tage später im Parlament nur einseitig die Schuld bei der Polizei gesucht wird und nicht bei diesen linksextremen Chaoten, dann ist das der Hauptfehler, den wir hier in der parlamentarischen Debatte haben. Nehmen ist das bitte auch einmal zur Kenntnis, dass die Wertschätzung des Polizeiberufes hier in diesem Parlament in den letzten Jahren massiv gelitten hat.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für ein Einzelvotum gemeldet hat sich Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich habe den Artikel in der Basler Zeitung gelesen. Wir reden zum Thema Polizei und da war eine ganze Seite eine Chronik des Scheiterns. Es ist spannend, ich kann das nur empfehlen. Ich möchte doch noch ein paar Sachen sagen, die mich im Zusammenhang mit der Polizei beschäftigen.

Es heisst immer, es gibt zu wenig Leute bei der Polizei, aber ich möchte Ihnen sagen, das ist ein Märchen. Ich trinke nicht, ich rauche nicht, mein einziges Hobby ist Osteuropa, wo ich meine Wurzeln habe. Aber dass man immer sagt, man habe zu wenig Polizisten in Basel-Stadt, das stimmt nicht. Und ich muss eindrücklich als Grossrat die Polizei warnen, dass man mich eindeckt mit Phantasieanzeigen.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Herr Weber, es geht nicht um Sie, es geht nicht um Ihre persönlichen Fälle. Bitte sprechen Sie zum Thema.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Das ist ein Beispiel. Sie wissen, ich bin verankert in Kleinbasel und ich habe ja die Interpellationen eingegeben. Es geht nicht, dass man die parlamentarische Opposition fertig macht. Mein Vorredner Pascal Messerli hat richtig gesagt, die Polizisten sind vor dem Rathaus angegriffen worden. Ich komme zum Schlusssatz: Ich finde es nicht anständig, wenn man die Polizei anruft, wenn vor dem Rathaus Chaos ist und es kommt keine Polizei und es heisst, es sei ein Missbrauch des Notrufs. Ich danke Ihnen und ich werde mir das merken und komme mit Tausenden von Flugblättern.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit geht das Wort an den Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich danke für die anregende Debatte zum JSD. Es geht tatsächlich um die Rechnung 2023, aber Sie haben natürlich völlig recht, wir haben diesen Widerspruch auch im Bericht aufgeführt, dass wir einerseits diesen hohen Unterbestand haben im gesamten Departement, nicht ausschliesslich bei der Kantonspolizei, und gleichzeitig trotzdem der Personalaufwand 3 Prozent über Budget liegt. Das ist auch der Finanzkommission aufgefallen und wir haben auch deshalb kritisch nachgefragt bei der zuständigen Departementsvorsteherin, beim Departement und haben uns hierzu auch Erklärungen geben lassen.

Wir sind, wie wir es auch im Bericht festgehalten haben, schon der Meinung, dass im Budget jeweils die Realität abgebildet werden sollte und dass nicht mit einem Unterbestand quasi die Realität abgebildet werden sollte, sondern mit dem tatsächlichen Sollbestand, den wir erwarten. Das wird sicher eine Diskussion werden, die wir dann wahrscheinlich mit dem JSD und mit der gesamten Regierung im Rahmen der Budgetberatung 2025 führen werden müssen. Wir sind da selbstverständlich als Finanzkommission ebenfalls am Ball.

Zu den Ausführungen zu Berichten, die im Laufe des Jahres noch veröffentlicht wurden, geben wir natürlich als Finanzkommission keine Antwort. Was wir einfach feststellen können, wir sind mit dem JSD, mit dem zuständigen Polizeikommandanten auch seit einigen Jahren im Rahmen der Hearings zur Rechnung und zum Budget in Kontakt. Wir haben uns im letzten Jahr auch intensiv mit der Polizei auseinandergesetzt, als wir als Finanzkommission diese Arbeitsmarktzulage auch diskutiert und besprochen haben. Und wir können nun immerhin feststellen, dass die Arbeitsmarktzulage dazugeführt hat, dass es nicht, ich sage es jetzt etwas plump, noch schlimmer ist mit dem Unterbestand. Also wir sehen, dass diese Arbeitsmarktzulage einen Effekt hat, aber es wurde auch damals schon von der Regierung, aber auch von uns als Finanzkommission gesagt, dass diese Arbeitsmarktzulage nicht das einzige Puzzleteil ist, bei dem es anzusetzen gilt, sondern es braucht verschiedene Massnahmen und deshalb hat ja auch der Regierungsrat diese RR Del Arbeitsplatzattraktivität ins Leben gerufen mit den vor allem auch zuständigen oder verantwortlichen Regierungsräten, die das gesamtkantonal anschaut und selbstverständlich aber eben auch in Bezug auf die Kantonspolizei. Deshalb ist meines Wissens auch Regierungsrätin Stephanie Eymann Teil dieser RR Del. Sie nickt und stimmt mir zu. Dieses Thema ist selbstverständlich auch bei der Regierung adressiert und die Finanzkommission wird auch hier selbstverständlich gespannt sein, welche Resultate bekannt und dann allenfalls auch Massnahmen seitens des Regierungsrates getroffen werden.

Die Situation bei der Kantonspolizei, was den Unterbestand und die ganze Diskussion über den Lohn betrifft, ist eine Diskussion, die aber nicht ausschliesslich mit dem JSD geführt werden muss, sondern die muss auch mit dem Finanzdepartement geführt werden. Ich sage das wertneutral, weil die Lohnstruktur, das Lohngesetz und die gesamten Diskussionen über Lohnklassen und Stufen auch jeweils zwischen dem Fachdepartement und dann eben auch dem zentralen Personaldienst geführt werden muss. HRBS ist beim Finanzdepartement angesiedelt, deshalb ist dies am Schluss des Tages eben auch eine Aufgabe des gesamten Regierungsrates, das anzuschauen, sowohl bei der Kantonspolizei aber allenfalls eben auch in anderen Bereichen.

Wir haben das als Finanzkommission schon mehrfach adressiert, dass es diese Arbeitskraftmangelsituation auch an andere Stellen gibt. Beim Erziehungsdepartement haben wir das entsprechend auch schon erwähnt mit den Situationen an den Schulen, aber auch in anderen Bereichen, und deshalb braucht es hier wahrscheinlich ein umfangreiches Paket an verschiedenen Stellen, und deshalb ist aus unserer Sicht diese RR Del sicherlich der richtige Ort, es ist uns aber auch klar, dass natürlich besonders dieser Punkt beim JSD allen ins Auge gesprungen ist und der Finanzkommission war es wichtig, dies möglichst sachlich auch im Bericht festzuhalten, dass dies ein gewisser Widerspruch eben ist.

Ein einziger Punkt, den ich nicht abschliessend beantworten kann, wurde von Mahir Kabakci angesprochen. Wir sind hier im Bericht tatsächlich sehr kurz geblieben, zum Spiegelhof und der Verzögerung, die jetzt auch unter anderem mit der Europameisterschaft im Fussball der Frauen begründet wird. Hier habe ich im Kopf, dass es da auch um diese Redundanz geht und um zusätzliche Fragen der Möglichkeiten, in einer Gefahrenlage richtig und adäquat zu handeln, während diese Europameisterschaft stattfindet. Und hier will man eben bewusst auch keine Risiken eingehen mit einer kurzfristigeren Umstellung innerhalb des Spiegelhofs. Das war gemäss meiner Erinnerung der Grund, weshalb diese Europameisterschaft



der Frauen jetzt auch einen Einfluss hat auf die Verzögerung der Sanierung oder der Instandsetzung des Spiegelthofs. Diese Instandsetzung, die Sanierung, die hohen Kosten die Verzögerung haben wir bereits in einem frühen Bericht moniert und an dieser Kritik halten wir selbstverständlich fest.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie wurde angesprochen und hat jetzt das Wort, Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Vielleicht zuerst zum Teil, der zuletzt vom Präsidenten der Finanzkommission angesprochen wurde, zum Spiegelhof. Was Sie differenzieren müssen, ist die Instandstellung des Bestehungsbaus des Spiegelthofs, alle Bürogebäude und den Neubau der Einsatzzentrale. Das sind zwei verschiedene Projekte. Die Finanzkommission redet in ihrem Bericht von der Inbetriebnahme der Einsatzzentrale und das hat eine Abhängigkeit erstens mit der Beschaffung, dass gewisse Teile nicht lieferbar waren, aber auch damit, dass wir einen Grossanlass zu stemmen haben nächstes Jahr, mit der mit der Women's Euro. Wir hatten einen vergleichbaren Fall am Zionistenkongress. Da wollten wir eigentlich plangemäss die Einsatzzentrale Rettung in Betrieb nehmen und mussten die ebenfalls verschieben. Denn Sie können nicht sozusagen am offenen Herzen operieren, während ein Grossanlass läuft. Also Sie können nicht vollständig die Systeme umhängen in der neuen Umgebung, wenn praktisch parallel hier ganz viele Sicherheitsfragen zu stemmen sind. Und das gibt die Verzögerung. Es geht nicht wirklich um die Instandstellungsfragen baulicher Art und Weise. Da sind wir in einer Abhängigkeit, die wir bereits kennen, von der wir aber auch wissen, dass es zu Verzögerungen führt.

Obwohl ich nicht hier an dieser Stelle auf den Bericht Schefer eingehen möchte, möchte ich noch ein Wort sagen. Ich denke, dass wir ein Problem haben bei der Kantonspolizei, das ist mir als Departementsvorsteherin, im Departement selber aber auch Ihnen sicher schon länger bekannt. Also ich rede nicht das erste Mal von diesen Personalabgängen. Natürlich haben wir in einer ersten Phase geschaut, woran da liegen könnte. Wir haben selbstverständlich uns erkundigt, was die Gründe für die Abgänge sind. Naheliegend war da, zuerst das Lohnniveau mal grundsätzlich anzuschauen, weil das auch ein häufiger Grund war, der genannt wurde. Wir haben die Arbeitsmarktzulage gesprochen, haben dann sehr deutlich gemerkt, dass sie nicht alleine wirkt oder nur kurzfristig gewirkt hat. Das ist, wie wenn Sie ein Schmerzmittel geben und nicht wissen, was überhaupt die Diagnose ist, was der Grund des Schmerzes ist.

Die Analyse Schefer war wie der zweite Punkt. Wohlverstanden, das geht jetzt etwas unter in der politischen eine Debatte, wie wurde in Auftrag gegeben vom Kommandanten. Wir reden nicht von einem GPK-Bericht, der jetzt vorliegt und mir praktisch den Spiegel vorhält und sagt, jetzt haben sie das rausgefunden, sondern es war mitunter der Grund, den Anspruch zu haben, zu wissen, was ist wirklich die Sachlage, in voller Transparenz. Sie wissen das. Letzten Freitag haben Sie alle und ich gleichzeitig diesen Bericht gesehen, unter anderem eben auch, um dieses Vertrauen auch zu stärken, dass wir nicht Berichte in Auftrag geben, die nachher irgendwo dann schön gefärbt werden.

Ja, es ist nicht schön. Ich habe mehrfach in den Medien gesagt, es ist besorgniserregend. Es hat mich erschreckt, ich finde es verheerend. Und selbstverständlich werde ich diesen Bericht mehr als ernst nehmen und in einer deutlichen Schnelligkeit jetzt auch die Analyse so fortführen, dass wir die Massnahmen aufgleisen. Aber es ist auch selbstredend, dass da nicht nur Massnahmen drin sind, die einfach mit einem Kippschalter über Nacht zu lösen sind. Wenn Sie kulturelle Themen ansprechen, Nicola Goepfert, dann muss ich Ihnen sagen, das ist nicht nur in der Polizei so, das gibt es in vielen Bereichen. Das braucht Zeit. Es braucht die richtige Richtung und es braucht sie schnell. Aber es ist nicht einfach per Sofortmassnahme lösbar. Und dass wir und ich insbesondere diese Stossrichtung jetzt definitiv einschlagen, ist selbstverständlich.

Ich habe diesen Bericht genau wie wie Sie letzten Freitag auf dem Tisch gehabt. Es muss erlaubt sein, jetzt in einer kurzen zweiten Phase, nachdem ich ein erstes Mal Auskunft gegeben habe, die nötigen Massnahmen auch aufzugleisen und sie seriös zu prüfen. Alles andere wäre eine Kommunikation über Grossen Rat und Medien gesteuert, was auch meinen Mitarbeitenden nicht gerecht wird, denn es haben sich doch 372 Leute gemeldet, haben Auskunft gegeben. Und ich bin sehr dankbar, dass sie das gemacht haben. Und ich finde, es ist auch ein Zeichen der Führung, dass man die Kommunikation auch intern zuerst bewirtschaftet, bevor man dann nach aussen geht. Das hat auch damit zu tun, dass auch Personen angesprochen sind in diesem Bericht. Wir haben jetzt diese Seite auf dem Tisch. Ich bin auch schuldig, dass ich die Gegenseite oder die andere Seite ebenfalls höre. Wir sind noch unter Wochenfrist und Sie können davon ausgehen, dass ich sehr zeitnah wieder kommunizieren werde und alles in meiner Macht Stehende tun werde, dass die Polizei wieder auf gesunde Beine kommt. Denn das sind wir unserer Bevölkerung schuldig, das bin ich meinen Mitarbeitenden schuldig und überhaupt der Sicherheit in diesem Kanton.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen damit zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt,. Seite 47 des Berichts der Finanzkommission. Wünscht Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort? Er verzichtet. Der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde wird wieder verzichtet.

Wir kommen zu den Gerichten, Seite 50 des Berichts der Finanzkommission. Wünscht Stephan Wullschleger das Wort? Er verzichtet. Alle anderen verzichten ebenfalls.



Wir kommen zu Behörden und Parlament, Seite 53 des Berichts der Finanzkommission. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zum Budget des Regierungsrats, Seite 53 des Berichts der Finanzkommission. Auch hier wird das Wort nicht gewünscht.

Damit ist die Detailberatung des Berichts der Finanzkommission abgeschlossen. Wir kommen noch zur Detailberatung des Mitberichts der Bildungs- und Kulturkommission. Globalbudget Musee, Seite 4 des Berichts. Franziska Roth, die Präsidentin der BKK, verzichtet, Regierungsratspräsident Conradin Cramer verzichtet ebenfalls und auch sonst hat sich niemand gemeldet für eine Wortmeldung.

Wir kommen damit zum Grossratsbeschluss zur Jahresrechnung 2023 und zur Schlussabstimmung über die Jahresrechnung. Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Jahresrechnung 2023 des Kantons Basel-Stadt, bestehend aus der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie der Bilanz per Ende letzten Jahres zu genehmigen. Die Geldflussrechnung, der Eigenkapitalnachweis und der Anhang zur Jahresrechnung werden ebenfalls genehmigt.

### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zur Jahresrechnung 2023, NEIN heisst Ablehnung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003763, 26.06.24 11:24:28]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Jahresrechnung 2023 des Kantons Basel-Stadt wird wie folgt genehmigt:

#### **Erfolgsrechnung 2023**

Betriebsergebnis Fr. 204'265'017

Finanzergebnis Fr. 229'385'823

**Gesamtergebnis Fr. 433'650'840**

#### **Bilanz per 31. Dezember 2023**

Finanzvermögen Fr. 7'907'318'187

Verwaltungsvermögen Fr. 6'317'455'693

**Aktiven Fr. 14'224'773'880**

Fremdkapital Fr. -7'455'423'264

Eigenkapital Fr. -6'769'350'616

**Passiven Fr. -14'224'773'880**

#### **Investitionsrechnung 2023**

Ausgaben Fr. -460'893'935

Einnahmen Fr. 40'157'304

**Saldo Investitionsrechnung Fr. -420'736'632**

Die Geldflussrechnung 2023, der Eigenkapitalnachweis per 31. Dezember 2023 und der Anhang zur Jahresrechnung 2023 (gemäss Kapitel 4.4 bis 4.6 des Jahresberichts 2023) werden genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Jahresrechnung ist angenommen, es liegen 92 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und keine Enthaltungen vor.

#### **4. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats**

[26.06.24 11:24:40, 24.5201.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Geschäftsprüfungskommission beantragt, die Jahresberichte des Regierungsrates, des Gerichtsrates und der Gerichte zu genehmigen. Ausserdem beantragt sie, ihre Empfehlungen und Erwartungen zu den vorliegenden Berichten in zustimmendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen und ihren Bericht zu genehmigen. Die Sachkommissionen des Grossen Rates haben auf eine schriftliche Stellungnahme zum Jahresbericht verzichtet.

Ich erläutere Ihnen, wie wir in diesem Geschäft vorgehen. Es ist sehr ähnlich wie beim Bericht der Finanzkommission. Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht und den Jahresbericht des Regierungsrats, in welcher zunächst der Präsident der Geschäftsprüfungskommission, der bereits Platz genommen hat, das Wort erhält. Anschliessend sprechen die Präsidien allfälliger Sachkommissionen, sofern sie das Wort wünschen, was nicht zu erwarten ist. Dann erhalten der Vorsitzende des Gerichtsrates und der Vorsteher des Regierungsrates, also der Regierungspräsident, das Wort, anschliessend die Fraktionen wieder mit je maximal zehn Minuten und die Einzelvotierenden mit fünf Minuten. In umgekehrter Reihenfolge geht es dann zurück mit den Schlussworten. Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 61 des Berichts der GPK und die Schlussabstimmung.

Wünschen Sie zu diesem Vorgehen das Wort? Dann machen Sie sich laut bemerkbar. Das ist nicht der Fall. Der Grosse Rat beschliesst stillschweigend, wie von mir vorgeschlagen vorzugehen. Nun kommen wir zur allgemeinen Debatte. Für die GPK geht das Wort an Tim Cuénod, den Präsidenten der Kommission.

*Tim Cuénod (SP):* Zum ersten Mal habe ich die Freude und Ehre, an dieser Stelle einiges zum Jahresbericht des Regierungsrates und damit auch zu unserem eigenen GPK-Jahresbericht sagen zu dürfen. Auch in diesem Jahr hat Ihnen die Geschäftsprüfungskommission zum einen einen Überblick über unsere Tätigkeiten gegeben, und zum anderen sind wir auf den Jahresbericht des Regierungsrates eingegangen.

Wie Sie unserem Bericht entnehmen konnten, ist die Form des Jahresberichtes von Regierung und Verwaltung einer der Punkte, den wir monieren. Der Jahresbericht gibt einen umfassenden Überblick über die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung, aber je nach Departement, je nach Dienststelle und Amt ist der Charakter dieses Berichtes ein sehr unterschiedlicher. Manche handeln aus unserer Sicht insofern vorbildlich, als dass sie nicht nur die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit benennen, sondern auch auf die grössten Probleme und Herausforderungen und Probleme bei ihrer Tätigkeit eingehen und erläutern, wie sie mit diesen Problemen und Herausforderungen umgegangen sind und welche Massnahmen sie ergriffen haben. Bei anderen Dienststellenabteilungen, ja zum Teil auch ganzen Departementen, hat man hingegen eher den Eindruck, dass sie den Jahresbericht als eine Art grosse Werbebroschüre betrachten und in erster Linie darum bemüht sind, die eigenen Tätigkeit in einem möglichst guten, günstigen Licht darzustellen. Sie gehen nur sehr am Rand und überhaupt nicht auf die Probleme ein, die uns, der Geschäftsprüfungskommission aufgrund von Medienberichten, Hearings und uns zugestellten Berichten von Ombudsstelle, Finanzkontrolle und so weiter sehr wohl bekannt sind. Wir wünschen uns diesbezüglich ganz klar die Schaffung gewisser einheitlicher Standards, was den Jahresbericht anbelangt und wir sind entschieden der Ansicht, dass der Jahresbericht ein Rechenschaftsbericht sein sollte und kein Werbeprospekt. Wir haben bewusst auf die Nennung der Erläuterung konkreter Beispiele dafür verzichtet, welche Abteilung oder Departemente nun eher den Charakter eines Rechenschaftsberichts zu füllen und welche nicht. Falls sich allerdings diesbezüglich wenig ändert, werden wir in den kommenden Jahren sehr wohl konkrete Beispiele nennen und auf sie eingehen.

Werbeprospekte oder Rechenschaft, das ist auch das Thema bei einem anderen sehr wichtigen Dokument des Regierungsrates, in dem dieser letztlich die übergeordneten Grundlagen seiner Politik festlegt, nämlich dem Legislaturplan und den Legislaturzielen. Dieser Legislaturplan wird bekanntlich vom Regierungsrat in den ersten Monaten einer neuen Legislatur erarbeitet und im Grossen Rat und der Öffentlichkeit präsentiert. Zu Beginn der aktuellen Legislatur hat der Regierungsrat drei Schwerpunkte, sechs Legislaturziele sowie insgesamt 46 sogenannte Massnahmen definiert. Bevor man in der nächsten Legislatur wieder einfach neue Legislaturschwerpunkte, Ziele und Massnahmen festlegt, erwarten wir eine Bilanzierung des jetzigen Legislaturplans 2021 bis 2025, das heisst, der Regierungsrat soll darlegen, wie es um die drei Schwerpunkte steht, um die sechs Legislaturziele und welche der 46 Massnahmen wie gut umgesetzt werden konnte.



Insbesondere soll natürlich darauf eingegangen werden, wenn es Massnahmen gibt, die aus vielleicht guten Gründen nicht oder nur teilweise umgesetzt worden sind.

Uns als GPK ist wie gesagt wichtig, dass auch der Legislaturplan kein Werbeprospekt ist. Als Oberaufsichtskommission, aber auch wir als Grosser Rat insgesamt und eine breite Öffentlichkeit haben zudem das Recht zu erfahren, wie und mit welcher Konsequenz der Regierungsrat seine selbst festgelegten Ziele verfolgt hat und wie er beim Auftreten von Problemen mit diesen umgegangen ist. Denn Regierungsrat und Verwaltung sollen nicht nur über ihre aktuelle Tätigkeit Rechenschaft ablegen, sondern auch Rechenschaft über ihre mittel- und langfristigen Ziele und dabei erzielte Erfolge und Misserfolge. Regierungshandeln muss objektiv nachvollziehbar und auf Grundlage möglichst konkreter Zielwerte und Indikatoren zumindest ein stückweit auch transparent bewertbar sein. Daher braucht es eine offene und ehrliche Bilanzierung einer Legislatur, bevor man in einem schönen, neuen Prospekt, und der darf durchaus schön sein, einfach wieder neue Legislaturschwerpunkte, Ziele und Massnahmen definiert.

Als Geschäftsprüfungskommission stehen wir als nebenberuflicher Milizpolitikerinnen und -politiker einer grossen professionellen Verwaltung und ausgelagerten Betrieben gegenüber. Wichtig für die parlamentarische Oberaufsicht ist die tägliche Zusammenarbeit mit den sogenannten Kleeblattdiensten, die nicht der Verwaltungshierarchie und dem Regierungsrat unterstehen, sondern uns als Parlament. Es handelt sich dabei um die Ombudsstelle, dem oder eben jetzt neu die Datenschutzbeauftragte und die Finanzkontrolle. Von der Finanzkontrolle erhalten wir regelmässig Berichte über ihre Untersuchungen und haben auch die Kompetenz, ihr konkrete Aufträge zu erteilen. Die Qualität der Arbeit der Finanzkontrolle lässt sich sehen. Von grossen Teilen der öffentlichen Verwaltung wird die Finanzkontrolle und ihre Empfehlung auch sehr ernstgenommen. Es kommt jedoch vor, dass Empfehlungen und Forderungen der Finanzkontrolle nicht Folge geleistet wird und in sogenannten Follow up-Berichten, die genau gleichen schweren Versäumnisse und Mängel benannt werden, die auch ein oder zwei Jahre zuvor beanstandet worden sind. Dies ist aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission stossend, ja inakzeptabel. Es ist uns daher wichtig, den Empfehlungen und Forderungen der Finanzkontrolle mehr Nachdruck zu verleihen. Konkret heisst dies, dass wir einen gewissen Automatismus einführen möchten, wenn es in sogenannten Follow up-Berichten zu schweren Beanstandungen kommt, dann sollte es automatisch zu einem Hearing kommen. Verstehen Sie uns nicht falsch, natürlich kann es strittige Punkte geben zwischen Regierung und Finanzkontrolle, und auch die Finanzkontrolle kann sich irren. Auch handeln wir als Geschäftsprüfungskommission grundsätzlich mit einer gewissen Gelassenheit. Wenn Fehler zu Tage treten, dann ist das nicht unbedingt dramatisch. Es lässt sich sogar sagen, dass Departemente und Abteilungen, in denen viel gearbeitet wird und in denen der Anspruch vorhanden ist, etwas zu verändern, vielleicht mehr Fehler geschehen, als in Abteilungen, in denen man einer ruhige Kugel schiebt. Entscheidend ist daher die Fehlerkultur. Versucht man Fehler zu verschleiern und versucht man Missstände unter den Teppich zu kehren oder legt man solche offen, analysiert die bestehenden Probleme ernsthaft und trifft die notwendigen Massnahmen, diese Probleme zu beheben?

Ein ganz konkretes Beispiel dafür, dass Berichte der Finanzkontrolle nicht zu den notwendigen Massnahmen geführt haben und bei denen uns sehr besorgniserregende Follow up-Berichte zugestellt worden sind, betrifft den Bereich der Cybersicherheit in mehreren Departementen. Eines davon ist das Erziehungsdepartement, was hier wohl wenig überraschen wird. Der ganze Fragekomplex IT-Sicherheitsarchitektur und der Cybersecurity bildete aus gutem Grund ein Schwerpunkt unseres diesjährigen Jahresberichtes, und ich kann Ihnen sagen, dazu gab es nicht nur viel mediale Resonanz, sondern es ist auch der Punkt, auf den ich Ende zumindest am meisten Rückmeldungen erhalten habe, positiver Art im Sinne davon, dass auch viele IT-Fachleute gesagt haben, endlich schaut da jemand mal wirklich genau hin.

Cybersecurity ist aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission nicht einfach eine lästige Pflicht. Der Staat darf nicht Erpressungsversuchen von kriminellen Organisationen oder gar Sabotage- und Manipulationsversuchen schutzlos ausgeliefert sein. Der Erpressungsversuch beim Erziehungsdepartement sowie das Auftauchen vertraulicher Schülerdaten im Darknet hat gezeigt, wie verwundbar auch unser Kanton ist und dass es bei dieser Thematik in der kantonalen Verwaltung gewisser Änderungen bedarf. Deswegen haben wir als Geschäftsprüfungskommission einige sehr konkrete Forderungen formuliert. Es muss die gesamtkantonale Sicherheitsarchitektur gestärkt werden. Es braucht einen Ausbau der personellen Ressourcen und genügend attraktive Löhne und Arbeitsbedingungen, damit das notwendige qualifizierte Personal gefunden werden kann. Und schliesslich ist vor allem entscheidend, dass IT BS als wichtigster Beauftragter für die Informationssicherheit gegenüber der ganzen kantonalen Verwaltung gestärkt wird. Konkret braucht es eine Weisungsbefugnis in Fragen der IT-Sicherheit.

In diesem Sinne plädieren wir im ganzen Feld der Informatik und insbesondere in der Informatiksicherheit ganz klar dafür, dass es mehr Zentralisierung braucht und gewisse einheitliche Mindeststandards in der ganzen kantonalen Verwaltung umgesetzt werden. Wir sind der Meinung, dass in diesem Feld auch gewisse Synergieeffekte möglich sind, gerade auch bei der Beschaffung. Wir versprechen uns davon noch mehr Wirksamkeit bei der Festlegung und Umsetzung von IT-Projekten, denn zwei Tatsachen lassen sich kaum bestreiten. Erstens werden in den letzten Jahren die Budgets für IT-Projekte selten ausgeschöpft und zweitens gibt es eine ausserordentlich hohe Zahl an IT-Projekten, von denen aber wiederum sehr viele nicht umgesetzt werden. Da stellt man sich schon die Frage, ob in diesem Feld weniger nicht mehr wäre, ob es nicht sinnvoller wäre, sich bescheidenere Ziele zu setzen und stärker darauf hinzuwirken, dass Projekte auch tatsächlich erfolgreich umgesetzt werden können.



Wir machen uns da auch keine Illusionen. Einen hohen Anteil an gescheiterten IT-Projekten gibt es auch in anderen Städten und Kantonen und auch in vielen Unternehmen der Privatwirtschaft. Und die kantonale Verwaltung darf auch experimentieren und Neues wagen. Aber wir sind der festen Überzeugung, dass durch mehr Zentralisierung und eine sorgfältige Priorisierung und Planung eine höhere Volksquote und damit auch mehr tatsächliche Digitalisierung möglich ist. Wir haben Ihnen ja zu dieser Thematik auch schon eine Kommissionsmotion eingebracht.

Cybersicherheit ist nach Ansicht der Geschäftsprüfungskommission auch eine zentrale Aufgabe für die neue Datenschutzbeauftragte, denn es sollte deren Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass vertrauliche Daten nicht nur theoretisch, sondern auch tatsächlich geschützt sind. Dafür braucht es ohne jeden Zweifel mehr Ressourcen bei der Datenschutzbeauftragten.

Mehr personelle Ressourcen braucht es auch an anderer Stelle. Dabei müssen allerdings keine neuen Stellen beschlossen werden, sondern alles getan werden, um dem Personalunterbestand entgegenzuwirken. Wir haben heute schon viel geredet über die Situation bei der Kantonspolizei. Der GPK macht insbesondere die hohe Zahl an Vakanz bei der Kapo grosse Sorgen. Dieser Unterbestand führt dazu, dass die Polizistinnen und Polizisten, die noch vorhanden sind – gerade im Aussendienst gibt es ja besonders viele Vakanz - noch stärkeren Belastungen ausgesetzt sind. Dies gilt ganz besonders am Wochenende, an denen besonders viele Demonstrationen und Fussballspiele stattfinden und an denen gerade in der Stadt deutlich mehr los ist.

Wir hatten ja schon im letzten Monat im Grossen Rat eine ausführliche Diskussion zum personellen Unterbestand bei der Kantonspolizei und zur Frage, wie die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber für Polizistinnen und Polizisten erhöht werden könnte. Seit der Publikation unseres Berichts ist ja nun auch der Bericht von Professor Schefer zum Zustand der Kantonspolizei und den vielen Abgängen veröffentlicht wurden. Unabhängig von der Frage, wie man nun die Lohnsituation und die internen Missstände bei der Kantonspolizei beurteilt oder beurteilen wird, ist eines klar: Der grosse Unterbestand verschärft natürlich viele der vorhandenen Probleme und es wird starker Massnahmen bedürfen, um eine Abwärtsspirale beim Personalbestand zu entkommen. Als kurzfristige Sofortmassnahme wurde ja mit Zustimmung des Grossen Rats bereits die befristete Arbeitsmarkt Zulage für Polizistinnen und Polizisten beschlossen und eingeführt. Diese Arbeitsmarktzulage ist allerdings auf maximal drei Jahre beschränkt. Es braucht aus unserer Sicht der GPK auf jeden Fall eine Ablösung dieser Arbeitsmarktzulage und damit eine definitive Festschreibung der bereits stattgefundenen Lohnerhöhung.

Es scheinen sicher alle einig zu sein, dass es mit einem guten Lohn allein nicht getan ist. Der Sicherstellung der Erholung an Wochenenden und der besseren psychologischen Betreuung der stark belasteten Polizistinnen und Polizisten kommt dabei aus Sicht der GPK eine entscheidende Bedeutung zu. Auch muss die Kantonspolizei ein moderner attraktiver Arbeitgeber sein. In diesem Kontext ist es unter anderem wichtig, die Angebote bei Kinderbetreuung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Alle Jahre wieder und auch in diesem Jahr hat sich die Geschäftsprüfungskommission intensiv mit dem Bau- und Gastgewerbeinspektorat auseinandergesetzt. Die neuesten Erkenntnisse in Form des vom Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverbandes SIA-Sektion Basel veröffentlichten Umfrageberichts konnten im vorliegenden Bericht nicht mehr berücksichtigt werden. Die Architektinnen und Ingenieure kritisierten dabei insbesondere die mangelnde Verbindlichkeit aussagen des BGI und insbesondere wurden auch der Koordinationsleistung des BGI sehr schlechte Noten gestellt.

Unsere Empfehlung als GPK in Bezug auf das Bau- und Gastgewerbeinspektorat, die wir ja wie gesagt in Unkenntnis dieser Umfrageergebnisse formuliert haben, betrifft die folgenden Punkte. Unsere Kommission hat schon im letzten Jahr gefordert, dass die Zahl der internen Weisungen reduziert wird und alle vorhandenen Weisungen, Merkblätter und dergleichen transparent gemacht werden. Auch nach mehreren Hearings im abgelaufenen Jahr ist der Kommission nach wie vor nicht klar, welche Ebenen an Vorschriften es neben dem Gesetz und der zugehörigen Verordnung noch gibt. Und wenn wir von Weisungen reden, dann meinen wir damit auch Merkblätter, Handhabungen und dergleichen. Hier braucht es mehr Transparenz. Das Bau- Gastgewerbeinspektorat ist ein klarer Gewinner der Wohnschutzgesetzgebung, denn dank der rückläufigen Zahl an Sanierungen konnte im vergangenen Jahr der Pendenzenberg ein wenig abgebaut werden. Da gibt es ja auch noch andere Ursachen, das erhöhte Zinsniveau und so weiter. Das beruhigt uns aber natürlich nur sehr bedingt. Beim BGI braucht es ganz klar Vereinfachungen und einen stärkere Kundenorientierung. Immerhin konnte bei den Genehmigungen von öffentlich-rechtlichen Bagatellumbauten Vereinfachungen erzielt werden, zum Beispiel bei den Fragen der Erdbebenertüchtigung, den Wärmepumpen und bei Projektänderungen der Plangenehmigungsverfahren. Die eingeleitete Vereinfachung der Verfahren sollte aber weiter vorangetrieben werden und auch bei privaten Trägerschaften ermöglicht werden.

Das letzte unserer Schwerpunktthemen ist nicht basel-stadtspezifisch. An vielen Orten ist diesen Zunahmen der Menge an schweren Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen zu beobachten. Auch generell nimmt die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit schweren psychischen und psychosozialen Schwierigkeiten deutlich zu. Das wirkt sich auch belastend auf die Schulen aus. Und dass in einer Schulklasse gleich mehrere Schülerinnen und Schüler im Verlauf eines Schuljahresmonate lang wegen psychischer Schwierigkeiten fehlen, ist in der Zwischenzeit durchaus nicht selten. Die Wartefristen für Therapieplätze sind lang und auch in akuten Notfällen ist der Zugang zu psychologischer und psychotherapeutischer Unterstützung oft erschwert.



Die Geschäftsprüfungskommission hat sich beim Erziehungsdepartements über die Analyse der getroffenen Massnahmen erkundigt und erwartet, dass das ED die psychischen und psychosozialen Gesundheitsprävention an den Schulen stärkeres Gewicht einräumt. Insbesondere braucht es zielgerichtete Massnahmen, um einen sinnvolleren, beschränkteren und weniger selbst schädigenden Gebrauch soziale Medien zu fördern.

Nach unserem Sonderbericht zur St. Jakobshalle und den neuesten Erkenntnissen zum Umbau des Naturhistorischen Museums respektive des Staatsarchivs kann man sich fragen, warum jetzt kantonale Bauprojekte in diesem Jahr keinen ausgesprochenen Schwerpunkt in unserem Bericht bildeten. Man kann allerdings davon ausgehen, dass wir nicht nur genau weiter hinschauen werden, sondern auch tatsächlich darauf pochen werden, dass die notwendigen Schlüsse aus den Kostenüberschreitungen und schweren Planungsmängeln gezogen werden.

Erlauben Sie mir schliesslich, ein paar Worte zu einem Thema zu verlieren, das kein Schwerpunkt unseres Jahresberichtes gebildet hat, aber in den Medien in unserem Nachbarkanton hohe Wellen aufgeworfen hat, nämlich die sogenannte Zigeuneraffäre um den Autor Alain Claude Sulzer, die Leiterinnen der Kulturabteilungen in Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie die Literaturkommission beider Basel. Das, was wir dazu in unserem Bericht schreiben, ist sorgfältig recherchiert und sachlich begründet. Mit Blick auf die grosse Zahl an bikantonalen Organisationen ist es ja auch absolut unvermeidlich, sich auch über Handlungen von Regierungsräten und Spitzenbeamten als Nachbarkanton zu äussern, zumindest in Einzelfällen. Hätten wir im vorliegenden Fall die Handlungen der Leiterin der Kulturabteilung unseres Nachbarkantons verschwiegen, so hätten wir zu Unrecht die Leiterin unserer Kulturabteilung belastet. Was aber stimmt ist, dass die gegenseitige Information der Geschäftsprüfungskommission von Grossrat und Landrat auf jeden Fall verbessert werden kann und die Zusammenarbeit verbessert werden muss. Sicher kann manches klarer geregelt werden. Wir freuen uns über den verstärkten Willen zur Zusammenarbeit der Baselbieter GPK unter Leitung ihres ebenfalls noch nicht sehr lang amtierenden Präsidenten Hannes Hänggi. Wir haben in den letzten Monaten schon öfter miteinander besprochen und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in den nächsten Monaten einen klaren Schritt vorwärtskommen werden. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für den Gerichtsrat hat das Wort Stephan Wullschleger. Er verzichtet. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsräsident Conradin Cramer.

*Regierungsräsident Conradin Cramer:* Namens des Regierungsrats möchte ich der Geschäftsprüfungskommission herzlich danken für den Bericht und für die grosse Arbeit, die die GPK nach im vergangenen Jahr geleistet hat. Im einzelnen wird ja der Regierungsrat noch schriftlich Stellung nehmen, entsprechend dürfen Sie nicht mit einem so ausführlichen Votum von mir jetzt rechnen wie dasjenige des GPK-Präsidenten.

Wir stellen fest, dass die GPK dem Regierungsrat, der Verwaltung, den Gerichtsbehörden eine überwiegend gute Arbeit attestiert. Auch dafür möchte ich mich bedanken, wobei mir natürlich auch klar ist, die Bestätigung, dass wir unseren Job grundsätzlich gut machen, ist nicht der primäre Zweck der Arbeit der GPK, im Gegenteil, als Oberaufsicht ist die GPK unsere kritische Begleiterin, sie legt den Finger auf die Punkte, bei denen es eben nicht ganz rund läuft, und auch dafür danke ich der GPK beziehungsweise eben gerade dafür.

Nun klingt das vielleicht ein bisschen komisch, wenn der Vertreter der Gescholtenen sich für die Schelte bedankt, aber ich meine das schon ernst, denn die Zusammenarbeit mit der GPK erlebten wir seitens Regierungsrat als konstruktiv und wir sind auch bereit, Lehren zu ziehen aus Fehlern, die gemacht wurden und die die GPK moniert.

Die GPK gibt uns auch dieses Jahr konkrete Anregungen. Auf einige möchte ich kurz im umfassenden Sinn eingehen. Zunächst zur IT: Die GPK richtet ihr Augenmerk da nicht zuletzt auf die Cybersecurity und sie fordert, dass die gesamtkantonale IT-Sicherheitsarchitektur gestärkt wird. Auch der Regierungsrat hat hier Handlungsbedarf erkannt. Er hat deswegen das Projekt Pharos, das die gesamtkantonale Informatik besser über alle Departemente hinweg abstimmen soll, erweitert um eben den Bereich IT-Security. Und dabei wird die heutige Organisation der Informationssicherheit überprüft und es wird auch konkrete Verbesserungsvorschläge geben. Die Massnahmen, die die GPK vorschlägt, sind Teil des Prüfauftrags.

Die GPK verlangt bei der Informationssicherheit auch, dass in der ganzen kantonalen Verwaltung für alle Anwendungen in der Kategorie erhöhter oder sehr hoher Schutzbedarf ein Konzept für Informationssicherheit und Datenschutz erarbeitet wird. Der Dateneigner soll die Einhaltung sicherstellen. Die Anwendung dieser Kategorie ist definiert, ebenso die Verantwortlichkeit bei der Durchführung der Schutzbedarfsanalyse. Sie ist dezentral und liegt beim Dateneigner. Der Regierungsrat hat also auch in diesem Fall bereits Verbesserungspotenzial festgestellt und auch hier soll das Projekt Pharos eben zeigen, wo noch Anpassungen nötig sind.

Dann hat die GPK, auch das ein übergeordnetes Thema, Forderungen zu unserem Jahresbericht. Sie verlangen, dass unser Jahresbericht auch auf Probleme eingeht, so nach dem Motto etwas weniger Public Relations und mehr Rechenschaft. Der Regierungsrat teilt diese Ansicht. Selbstverständlich soll der Jahresbericht des Regierungsrat ein realistisches Bild abgeben.



Wir wollen darin auch Probleme und Herausforderungen benennen und der Regierungsrat hat dies entsprechend auch vor einigen Jahren bereits in seine Abschlussweisung aufgenommen, übrigens bereits damals auf Inputs der GPK.

Dann fordert die GPK, dass der Regierungsrat im Jahresbericht zusätzliche Informationen im Projektportfolio aufnimmt. Wir haben diese Forderung bei uns im Jahresbericht für das letzte Jahr aufgenommen. Auch das ist ein Auftrag der GPK und der Regierungsrat ist eigentlich davon ausgegangen, dass er diesen Auftrag umgesetzt hat. Offenbar ist dem aber nicht so und hier ist es wahrscheinlich sinnvoll, wenn es vor dem nächsten Jahr frühzeitig einen Austausch gibt, damit die GPK die Informationen genau definieren kann, die sie konkret wünscht.

Dies nur zwei Schlaglichter auf einige der Themen, die im GPK-Bericht stehen und die der Präsident vorhin auch mündlich ausgeführt hat. Ich danke Ihnen für Ihre Kritik, für Ihre Anregungen, für Ihr waches Auge auf die Tätigkeit von Regierung und Verwaltung. Und ich danke nicht zuletzt auch dafür, dass Sie uns im Grossen und Ganzen doch auch eine ordentliche Arbeit bescheinigen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen damit zu den Fraktionsvoten und da hat sich für die GLP Johannes Sieber gemeldet.

*Johannes Sieber (GLP):* Die Fraktion der Grünliberalen schliesst sich dem Dank an die Regierung, an die Verwaltung, an die Kleeblattorganisationen und alle anderen Involvierten an. Der Dank gilt auch der Geschäftsprüfungskommission, die ja bekanntlich die Aufgabe hat, staatliches Handeln hinsichtlich Angemessenheit, Berechenbarkeit, Effizienz, Kundenfreundlichkeit, Rechtmässigkeit und Transparenz zu prüfen und zu fördern. Wir sind überzeugt, dass diese Arbeit hinsichtlich dem Schaffen von Vertrauen der Öffentlichkeit in staatliche Institutionen wichtig ist. Weder ist dieses Vertrauen selbstverständlich noch hat es eine Regierung vorbehaltlos verdient, auch nicht unsere, die schweizweit bestimmt die Tabellenspitze belegt. Das wache Auge der GPK und die Gewissheit, dass Konflikte, Vorwürfe und der eine oder andere medial herbei geschriebene Skandal von einer grossrätlichen Aufsichtscommission und mit Hilfe von professionell aufgestellten Kleeblattorganisationen untersucht und falls nötig öffentlich kritisiert wird, schafft dieses Vertrauen. Bei der Veröffentlichung des GPK-Berichts interessieren vor allem die konkreten Empfehlungen und Forderungen der Kommission, sozusagen die handfeste Kritik an der regierungsrätlichen Arbeit. Tim Cuénod hat die wichtigsten Punkte dazu bereits ausgeführt.

Die Grünliberalen begrüssen die Empfehlungen und Forderungen der GPK. Wir unterstützen diese und sind überzeugt, dass sie seitens Regierung als hilfreiche Hinweise zur Verbesserung des kantonalen Handelns aufgenommen und umgesetzt werden. Wichtig sind aber auch die Untersuchungen, bei denen die Kommission feststellen konnte, dass die Regierung trotz anfänglicher Befürchtungen erwartungsgemäss gearbeitet hat. Die Anzahl der bearbeiteten Themen und der durchgeführten Hearings ist beachtlich. Wenn zudem beachtet wird, dass nur ein kleiner Teil der Verdachtsmomente überhaupt zu einem Hearing führt, lässt das die Tiefe der Auseinandersetzung seitens GPK mit der Arbeit der Regierung und der Verwaltung erahnen.

Für die Grünliberalen ist die Transparenz des staatlichen Handelns und die Transparenz ganz grell generell immer wieder ein Thema. Handelt der Kanton nachvollziehbar und tut er es transparent genug? Wir begrüssen deshalb, dass die GPK auch bei all den Themen auch die Frage der Transparenz immer wieder stellt und entsprechende Erwartungen formuliert. So erwartet die GPK beispielsweise eine Bilanzierung des-Legislaturplans 21 bis 25 und dass dabei insbesondere darauf eingegangen werden soll, welche der sechs Legislaturziele weshalb nicht erreicht und welche der 46 Massnahmen nicht oder nicht vollständig umgesetzt wurden. Wir denken, dass diese selbstkritische Form der Bilanzierung und des Reportings ganz grundsätzlich wünschenswert ist und Vertrauen schafft.

Wir empfinden den regierungsrätlichen Jahresbericht in der Grundnote als zu schönfärberisch. Zu viele positive Hauptereignisse, zu wenig Selbstkritik. Wir möchten daran erinnern, dass es hier nicht darum geht, ein Mäzenatentum in ihrem Engagement oder Grossaktionäre in ihrem Investment zu bestätigen. Es geht im Jahresbericht der Regierung auch darum aufzuzeigen, wo die Herausforderungen gross geblieben sind und sich Lösungen nicht ganz so einfach erweisen, wie angenommen und auch in diesem hohen Hause immer wieder behauptet wird. Wir wünschen uns eine Exekutive mit mehr Mut dazu zu stehen, wenn zur einen oder anderen Herausforderung noch keine Lösung auf dem Tisch liegt und dass sie dies im Jahresbericht festhält.

Die Fraktion der Grünliberalen appelliert an die Regierung, mittels grösstmöglicher Transparenz verstärkt Vertrauen in das behördliche Arbeiten zu schaffen. Ob dafür dann zusätzliche Informationen im Projektportfolio der richtige Weg ist, wie die GPK das fordert, dahinter setzen wir hingegen ein Fragezeichen. Für uns würde eine faktengetreue Ausfüllung der bestehenden Parameter in ebendiesem Projektportfolio genügen, doch scheint uns beim Lesen der Ausführung der GPK, dass hier auch unterschiedliche Vorstellungen in der Handhabung des Instruments vorliegen. Allenfalls wäre hier ein vertiefter Verständnisabgleich angezeigt.



Verständnisabgleich, auch das eine Massnahme der Transparenz. Ich fokussiere hier den Aspekt der Transparenz, weil wir denken, dass es eine der wichtigsten und auch eine der anspruchsvollsten Aufgaben des regierungsrätlichen Handelns ist, ständig aufs Neue Transparenz zu schaffen, zu entscheiden, wann welche Information kommuniziert werden soll und wie. Das gilt für die Zustände bezüglich der Personalsituation im Polizeikorps genauso wie für den Prozess bei der Vergabe von Kulturförderbeiträgen. Wir appellieren an die Regierung dieser Herausforderung weiterhin grosse Aufmerksamkeit zu widmen.

Kolleginnen meiner Fraktion werden sich bei den Departementen nochmals zu Wort melden, hier schon mal die Empfehlung, den Bericht der GPK zu genehmigen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich unterbreche an diesem Punkt die Sitzung. Wir fahren um 15 Uhr fort mit der Beratung des Berichts der GPK. Ich habe mir alle fünf Wortmeldungen notiert und werde sie in dieser Reihenfolge aufrufen, wenn Sie sich wieder registrieren.

### **Schluss der 21. Sitzung**

11:59 Uhr



# Protokoll

der 22. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 26. Juni 2024, um 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

**Abwesende:** *Lisa Mathys (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Stefan Wittlin (SP); Anina Ineichen (GAB); Lea Wirz (GAB); Salome Bessenich (SP).*

## Verhandlungsgegenstände:

4. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats ..... 2
61. Resolution David Jenny und Konsorten betreffend keine Duldung von Besetzungen von Räumlichkeiten, die von der Universität Basel genutzt werden ..... 15
5. Fristverlängerung kantonale Volksinitiative "für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)", Bericht der BKK ..... 25
7. Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK ..... 26



## Beginn der 22. Sitzung

Mittwoch, 26. Juni 2024, 15:00 Uhr

## 4. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats

[26.06.24 15:00:12, 24.5201.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir fahren fort mit der Eintretensdebatte zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission.

Wir sind bei den Fraktionssprecherinnen und -sprechern stehengeblieben und als nächster spricht für die SVP Beat K Schaller.

*Beat K. Schaller (SVP):* Der vorliegende Rechenschaftsbericht ist wie jedes Jahr wieder umfangreich ausgefallen und es wäre natürlich verlockend, wenn wir jetzt nur die Schwachpunkte herauspicken würden und das, was richtig und gut getan worden ist, unter den Teppich kehren. Wir anerkennen, dass vieles in diesem Kanton gut gemacht worden ist und gut gemacht wird, wenigstens so weit wir darüber Bescheid wissen. Die Aufgaben einer GPK sind, ein kritisches Auge auf das staatliche Handeln zu werfen, denn es sind wie immer die Dinge, die nicht richtig laufen, die noch verbessert werden können, welche zu Recht im Auge der Öffentlichkeit stehen. Und die GPK hat sich so organisiert, dass jeweils ein oder zwei Mitglieder der Kommission für ein Departement zuständig sind. Im Falle des Bau- und Verkehrsdepartements sind es André Auderset und ich, und ich werde mich deshalb in meinem Votum vornehmlich auf die Aspekte des BVD beschränken und ein, zwei andere Punkte auch noch streifen.

Einer dieser anderen Punkte, der uns in der SVP ganz sauer aufgestossen ist, ist die Kausa Sulzer, auch bekannt als die Zigeuneraffäre. Der Konflikt zwischen der Abteilung Kultur des Präsidialdepartements und dem renommierten Basler Autor Alain Claude Sulzer zeigt deutlich, wie weit die staatliche Bevormundung der Bürger in Sachen reden, schreiben und damit denken schon gewuchert ist. Sehen wir von den fraglichen Abläufen in der Abteilung Kultur in dieser Angelegenheit ab, finden wir es sehr bedenklich, dass staatlicherseits Einfluss genommen respektive Druck ausgeübt wird, damit eine Zeitgeist konforme Sprache durchgedrückt wird. Wer nicht weiss, was dahintersteckt und beabsichtigt ist, dem empfehle ich die Website geschlechtergerechte Sprache der Fachstelle für Gleichstellung und Diversität unseres Kantons. Die Titelseite sagt es nämlich, Sprache beeinflusst unser Denken, mit anderen Worten eine mit Steuergeldern finanzierte Stelle will wie selbstverständlich das Denken unserer Bevölkerung beeinflussen. George Orwell dreht sich im Grab.

Nun zum Bau- und Verkehrsdepartement: Als ein Novum hat die GPK nach detaillierten Angaben über den Stellenzuwachs innerhalb des BVD nachgefragt und wir betonen hier ausdrücklich und wir wünschen, hoffen, dass es in der Debatte auch so reflektiert wird. Das haben wir nicht gemacht, um jetzt gerade das BVD speziell negativ oder positiv herauszuheben. Diese Frage ist entstanden dadurch, dass ich selbst immer wieder angefragt werde, wieso denn der Staat so wächst, und der GPK-Bericht ist ein guter Ort, um dieser Frage nachzugehen.

Konkret verlangten wir für die im Berichtsjahr hinzugekommenen Stellen, dass Vollzeitäquivalent den zugrundeliegenden Grossratsbeschluss und bei weggefallenen Stellen, wie Sie disponiert werden. Wir stellen fest, dass das BVD allein über 24 Vollzeitäquivalente gewachsen ist. Weggefallen sind keine Stellen, und dieses Wachstum ist nicht dem BVD anzulasten, sondern alleine dem Grossen Rat. Mit Ihnen, ich rede jetzt eine leider häufige Mehrheit von Ihnen an, mit Ihren Beschlüssen, gesetzten Vorgaben, Aufgaben lassen Sie den Staat sich weiter ausbreiten und wer sich gegen einen stetig grösser werdenden Staat ausspricht, wer den Menschen, seine Selbstständigkeit und seine Eigenverantwortung in den Vordergrund stellt, der muss sich gegen dieses Wuchern den staatlichen Stellen wehren, so wie es die SVP macht. Wir haben die gleichen Fragen gestellt wie für die befristeten Stellen. Zusätzlich haben wir noch gefragt, was denn die Ablaufdaten dieser befristeten Stellen seien. Und hier wird es zappenduster. Es sind 0,8 befristete Stellen, ob solche weggefallen sind, wurde uns nicht gesagt, und besonders bedenklich, das BVD hat uns auch auf gezielte Nachfrage hin nicht Auskunft gegeben über das Ablaufdatum dieser befristeten Stellen. «ir haben nachgefragt, es wurde uns gesagt, die Angaben würden nachgeliefert. Wie sind nicht nachgeliefert worden. Das BVD konnte noch einmal vor der Veröffentlichung den Bericht kontrollieren und wir haben keine Auskunft bekommen.

Es sind zwei Gründe möglich, wieso diese Auskunft nicht gegeben worden ist. Entweder wollte das BVD nicht oder es konnte nicht. Im ersten Fall wäre das eine Desavouierung einer Aufsichtskommission, im zweiten Fall würde es heissen, dass das



BVD seine HR-Prozesse nicht im Griff hat. Beides ist sehr bedenklich. Zusammengefasst stellt sich die Frage: Ist das BVD zumindest in diesem Thema nicht willig oder nicht fähig? Wir sind gespannt auf die Antwort.

Die nächste Baustelle, gefühlt die längste, ist das Bau- und Gastgewerbeinspektorat BGI. Nach wie vor besteht Unklarheit bezüglich der verschiedenen Ebenen von Vorschriften, bezüglich der wirklichen Anzahl von Weisungen, Handhabungen, was auch immer. Wir haben ganz einfach die Frage gestellt, wie viele solche Weisungen, Anweisungen, Handreichungen usw. waren es am 1. Januar, wie viele waren es am 31. Dezember. Wir haben keine klare Auskunft bekommen. Wir fordern, dass allfällig bestehende Ausführungsbestimmungen und ähnliches ganz klar dem Bauwilligen leicht zugänglich gemacht werden. Sie haben vielleicht kürzlich das Interview mit Regierungsrätin Esther Keller und der Abteilungsleiterin in der BaZ gelesen. Sie sagte, da gehen ganze Dossiers verloren und hat das im Interview mit dem Motto «Mist happens» auf die Seite geschoben. Das zeigt aber schon, wie tief der Wurm in dieser Dienststelle sitzt und wer noch daran gezweifelt, dem ist die Lektüre der Umfrage des SIA zu empfehlen. Das zeigt Abgründe an. Das ist verheerend. Das BGI zu verbessern, ist jetzt nicht einfach eine Frage der Organisation, der Ausbildung, der Ressourcen, das ist zuallererst einmal eine Führungsaufgabe. Bitte, Frau Regierungsrätin Keller, führen Sie!

Positiv vermerken und begrüssen wir, dass bei den Genehmigungen von öffentlich-rechtlichen Bagatellumbauten Vereinfachungen gemacht worden sind. Es geht also, man muss nur wollen. Die GPK empfiehlt, dass diese eingeleitete Vereinfachung von Verfahren noch weiter ausgebaut wird. Wir sind aber auch nicht unglücklich, wenn diese Empfehlung als Auftrag verstanden wird.

Wir haben uns über die ausstehenden Schlussabrechnungen grösserer Bauprojekte erkundigt, und zwar haben wir definitive Abschlusstermine verlangt und das BVD hat uns als definitive Termine für die Bauabschlussabrechnungen genannt. Für das Kunstmuseum im dritten Quartal 2024, für den Neubau des AUE im Herbst 2024, für die Kaserne ebenfalls im Herbst 2024 und für die Einsatzzentrale Lützelhof Ende 2024. Wir werden das BVD an seinen Worten messen.

Schliesslich noch zum Veloverleihsystem Velo-Sport: Sie kennen das, das sind diese roten Velos, welche unser Stadt einen ganz besonders statischen Basler Finish geben. Dieses System verzeichnete im letzten Jahr knapp 36'800 Fahrten. Durch diverse Verbesserungen rechnet der Regierungsrat jetzt mit 300'000 Fahrten in diesem Jahr. Wir begrüssen es, wenn sich jemand ambitionierte Ziele setzt, und ob diese 300'000 Fahrten in diesem Jahr eine Ambition oder ein Wunschraum sind, das werden wir in einem Jahr wissen.

Ich möchte aber mein Votum mit einer positiven Note beenden und ich habe das, was ich jetzt sage, nicht vertieft mit meiner Fraktion abgesprochen. Das BVD ist ein grosses Departement, es ist ein kompliziertes Departement. Es ist sehr stark im Fokus der Öffentlichkeit. Es wird viel gute Arbeit gemacht, und ich möchte an dieser Stelle all denen unterhalb der obersten Ebene, vor allem denen in den mittleren, unteren und untersten Hierarchiestufen, an dieser Stelle einmal ein Dankeschön ausdrücken. Wir hoffen, dass der Bericht für dieses Jahr dann in einem Jahr kürzer ausfallen kann. Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Pascal Pfister.

*Pascal Pfister (SP):* Wir behandeln heute den Rechenschaftsbericht der GPK und den Bericht der GPK zum Jahresbericht der Regierung. Die GPK kontrolliert die Tätigkeit der Regierung und der Verwaltung. Unterjährig nimmt sich die GPK aufgrund von Hinweisen zum Beispiel aus der Presse oder auch andere Hinweise verschiedenen Themen an. Sie untersucht dann diese Themen meistens mittels eines Hearings, an dem Regierung und Verwaltung zum Thema befragt werden. Darüber gibt dann die GPK in ihrem Rechenschaftsbericht Auskunft. Die GPK befasst sich also mit Problemen, mit Ungereimtheiten und Fehlern, die der Regierung bei alltäglichen Arbeit und auch der Verwaltung passieren.

Ich persönlich bin nun seit eineinhalb Jahren in der GPK und mir persönlich ist es ein Anliegen, dass wir als GPK zu einer konstruktiven Fehlerkultur beitragen. Ich bin der Überzeugung, dass das der Sache mehr dient. Der Beitrag der Regierung zu einer solchen konstruktiven Fehlerkultur wäre, das hat unser Präsident ausgeführt, ein Jahresbericht, der weniger wie eine Hochglanzbroschüre daherkommt, und unser Beitrag als GPK und Parlamentarier wäre, dass wir nicht für jeden Fehler gleich eine schuldige Person in der Verwaltung und Regierung suchen, die wir zur Rechenschaft ziehen wollen. Das heisst nicht, dass wir keine Transparenz wollen, dass Fehler nicht aufgeklärt werden sollen und auch, dass Verantwortungen nicht benannt werden sollen. Es ist aber eine Frage, wie man mit den Fehlern umgeht., eine Frage der Kultur.

Lieber Pascal Messerli, da muss ich auf Ihre Bemerkung von heute Morgen zurückkommen. Sie entlarven Sie selber. Zum ersten Ihr Vergleich. Sie haben die Spezialberichte zur BVB und zum Historischen Museum angesprochen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass diese auch von SP-Mitgliedern in der GPK ausgearbeitet wurden. und auch die Präsidien damals von der SP gestellt wurden, wie heute. Zweitens stellen Sie sich vor, es wäre ein linker Regierungsrat für das JSD zuständig. Was wäre da auf bürgerlicher Seite und im Blätterwald los? Wer das nicht glaubt, soll die entsprechenden Medienmitteilung der SVP, aber auch anderen bürgerlichen Parteien zu Gemüte führen zu den besagten Berichten. Die SP hat sich nach dem Bericht Schefer sehr differenziert geäussert in der Medienmitteilung. Sie hat keinen Rücktritt gefordert. Sie hat gesagt,



personelle Massnahmen allein würden nicht reichen, es brauche jetzt einen Kulturwandel und man müsse strukturelle Massnahmen angehen. Was wir verlangen, ist eine saubere Aufarbeitung, wie wir das in den anderen Bereichen auch gemacht haben. Selbstverständlich ist es unsere Aufgabe, hier die grösstmögliche Transparenz zu schaffen und ich gehe eigentlich davon aus, dass das im Interesse des gesamten Parlamentes sein muss.

Zurück zum GPK-Bericht. Dort haben wir einige wichtige Dinge angesehen, die ich hier beleuchten möchte, also nicht in grossem Umfang, Sie konnten den Bericht lesen, es gab eine Pressekonferenz dazu, es gibt eine Medienmitteilung. Die Kolleginnen und Kollegen gehen auf die Themen ein, die sie besonders betreffen, wo sie besonders mitgearbeitet haben. Ich möchte zwei allgemeine Dinge hervorheben und dann noch mal, weil ich in der GPK für das Ressort JSD zuständig bin, noch zwei Ergänzungen machen zum Thema JSD.

Zuerst zur Cybersicherheit und IT-Organisation: Ich glaube, das ist ein wichtiger Teil des GPK-Berichtes, ein entscheidender Teil, wo wir uns auch viel damit auseinandergesetzt haben, einerseits aufgrund von Ereignissen der Angriffe, insbesondere beim ED, aber natürlich auch andere Dinge. Und wir haben uns auch auseinandergesetzt mit der IT-Organisation und die GPK ist nicht unbedingt befriedigt mit der Situation der Digitalisierung im Kanton und hat deshalb Ihnen eine Motion unterbreitet, in der Sie Ihnen eine stärkere Hierarchisierung im Bereich der Digitalisierung vorschlägt. Ob das die richtige Lösung ist, werden wir diskutieren hier im Rat. Es ist ein wichtiges Thema, die GPK dem auch das entsprechende Gewicht gegeben.

Als zweites Thema möchte ich die psychologischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen hervorheben, die wir auch in der Medienmitteilung herausgestrichen haben. Das ist ein grosses Problem und wir sind uns nicht ganz sicher, ob diesem Problem die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es gibt hier verschiedene hängige Vorstösse. Es ist aber auch ein Querschnittsthema und ich fände es schön, wenn das bei der nächsten Legislaturplanung einfließen würde, dass ein wichtiges Querschnittsthema nicht nur die psychologische Gesundheit oder Psychogesundheit von Kindern und Jugendlichen, sondern natürlich der ganzen Gesellschaft. Angesichts der Weltlage und auch als Spätfolgen der Coronapandemie sind diese Themen wirklich dringend. Mehr können Sie dazu im Bericht lesen und ich hoffe, dass uns dieses Thema weiterhin beschäftigen wird.

Dann zum dritten Thema, noch einmal zum JSD: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, was wir getan haben in der GPK. Wo wir selber aus unserer Intention ein Hearing einberufen haben, ging es um das Thema Demos. Es ging um die Demostrategie und uns hat dort vor allem auch interessiert, wie man den Dialog fördern kann bei Demonstrationen, weil wir der Meinung sind, dass es wichtig ist, dass die Nebenbelastungen, die durch Demonstrationen durchaus entstehen können, durch Dialog entschärft werden können. Eines der grossen Probleme, welches das Korps belastet, ist der Wochenendesdienst. Wenn wir hier von vorneherein bewirken können, dass Demonstrationen geordnet verlaufen können, friedlich verlaufen können, dann entlastet das auch das Korps. Und dazu gehört auch, wie man über Demonstrationen spricht. Die GPK hat eine Empfehlung zur Darstellung der Statistik abgegeben. Wir einen Schwerpunkt darauf gelegt.

Ich möchte einfach noch einmal an Pascal Messel einen Satz richten. Sie haben heute Morgen gesagt, im Bericht Schefer würden sich die Polizisten darüber beklagen, dass die Linke sich immer bei Demos beschwere. Sie haben einfach die zweite Hälfte weggelassen. Dort steht nämlich genau so, dass es für die Polizistinnen und Polizisten belastend ist, wenn die andere Seite sich darüber beschwert, dass nicht richtig durchgegriffen werde. Und hier finde ich es extrem wichtig, dass wir zu einem konstruktiven Umgang mit Demos zurückfinden und ich sehe hier Anzeichen, ich habe das in der letzten Debatte zu den Polizeilöhnen auch schon gesagt, und ich glaube, das ist ein Weg, der im Interesse von allen ist. Wie können wir dafür sorgen, dass der Dialog in diesem Kontext verbessert wird?

Und dann zum Thema Unterbestand: Wir haben in der Medienmitteilung getitelt «Kantonspolizei am Anschlag». Wir haben uns dort dazu geäussert, dass die Lohnfrage politisch an einer anderen Stelle behandelt wird und haben den Fokus mehr auf andere Aspekte gelegt, nämlich auf das Thema der psychologischen Unterstützung, der Kinderbetreuung und der Wochenenddienste. Das Thema der Wochenenddienste haben wir zum wiederholten Male in der GPK thematisiert. Wir haben dazu auch ein Hearing durchgeführt, beim die Departementsvorstehende und der Polizeikommandant anwesend waren. Wir haben auch entsprechende Dokumente bekommen, aber der Bericht Schefer stand natürlich noch nicht zur Verfügung und dort gibt es sehr viele zusätzliche Hinweise, wie man die Situation angehen könnte. Ich denke, es ist wichtig, dass wir das hier auch vom Parlament aus begleiten und gut aufarbeiten. Das ist im Interesse der Polizistinnen und Polizisten, das ist im Interesse des Kantons und seiner Sicherheit.

In dem Sinn bitte ich Sie auch im Namen der SP um Zustimmung zum GPK-Bericht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Pascal Messerli an? Sie wird angenommen.

*Pascal Messerli (SVP):* Macht es für Sie bei der Beurteilung eines Sachverhaltes denn keinen Unterschied, ob die GPK zufällig einen Missstand aufdeckt oder ob die Departementsvorsteherin selbst sagt, Sie gebe eine Untersuchung in Auftrag, um derartige Missstände aufzudecken?



*Pascal Pfister (SP):* Das macht schon einen Unterschied, aber es ist vor allem wichtig, dass man die gestellten Fragen dann auch bearbeitet und dafür braucht es die entsprechenden Gefässe.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Sprecherin für die Mitte-EVP Andrea Strahm.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Im Namen der Fraktion Mitte-EVP bitte ich Sie um Genehmigung des Ihnen vorliegenden Berichtes der GPK. Die GPK hat erneut verschiedene Problemfelder definiert, aber auch manche positiven Entwicklungen feststellen können. Die Mitte-EVP-Fraktion erachtet den Bericht als ausgewogen und möchte vertieft auf die folgenden Problempunkte eingehen.

An erster Stelle zu erwähnen ist hier die Situation bei Stawa, Blaulichtorganisationen und insbesondere der Polizei. Die GPK äussert sich dazu in ihrem Bericht pointiert. Der dort erwähnte, vom Kommandanten in Auftrag gegebene Bericht ist in der Zwischenzeit bekanntlich erschienen. Nicht alle dort gemachten Ausführungen können kritiklos übernommen werden. Der Bericht stellt aber ein Instrumentarium dar, welches ist dem Kommandanten ermöglicht, gewisse Problemfelder, etwa die mangelnde Transparenz und die Kommunikation, gezielt anzugehen und eine Trendwende herbeizuführen. Wie auf Seite 50 der Bericht der GPK moniert, ist die Handhabung der personalrechtlichen Fragen der Polizei, etwa die Umsetzung von Lohnerhöhungen und die rechtzeitige Ausarbeitung von Arbeitsverträgen, äusserst mangelhaft. Hier ist eine zeitnahe und professionelle Verbesserung der Performance durch HR BS dringend erforderlich. Erfolgen Lohnerhöhungen nicht zeitnah und werden personalrelevante Handlungen nicht rasch vorgenommen, wird dies von Arbeitnehmern, in concreto von den Polizisten und Polizistinnen als Respektlosigkeit empfunden.

Ein besonders komplexes Problemfeld bietet sich sodann derzeit im Bereich Bauen im Kanton. Die Kosten gehen durch die Decke, Schlussabrechnungen von längst abgenommenen Gebäuden wie dem Biozentrum liegen noch immer nicht vor. In Bezug auf die St. Jakobshalle hat die GPK einen gesonderten Bericht verfasst und publiziert. Auch dort ist die Situation alles andere als befriedigend. Weitere problematische Projekte wie etwa das Naturhistorische Museum im Sankt Johann reihen sich nahtlos in diese Serie ein. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, und der ist primär in der Hinterfragung des Drei-Rollenmodells zu sehen.

Aber auch das private Bauen ist problembehaftet. Die GPK stellt hierzu beim BGI einige Widersprüche etwa in Bezug auf die Existenz oder Nichtexistenz interner Weisungen fest, was irritiert. Für die GPK und vor allem für Bauinteressierte ist vollständige Transparenz unabdingbar. Es muss klar sein, was gilt, wo Ermessensspielraum besteht, ob der auch genutzt wird. Es muss klar sein, wann jeweils mit einem Entscheid gerechnet und mit einem Bauprojekt begonnen werden kann. Verzögerungen sind für Bauwillige teuer, sie müssen planen können und dazu braucht es eine klare und kompetente Begleitung durch das BGI. Die GPK verlangt hier zu Recht eine markante Verbesserung des Services, insbesondere für private Bauherren und Baudamen.

Im Jahresbericht der Regierung fiel der GPK sodann die steigende Anzahl von psychischen Problemen bei Kindern und Jugendlichen, und hier insbesondere Mädchen, auf. Dass dies einhergeht mit einem Mangel an Psychologinnen und Psychiatern seitens der Schulen ist besorgniserregend. Entsprechend fordert die GPK hierzu gezielte Massnahmen. Diese sollten insbesondere schon bei der Prävention beginnen, was auch die Belastung der psychologischen Beratungsstellen vermindern könnte. Es soll hier insbesondere um den Einfluss von Social-Media, Stichwort Influencerin, Schönheit usw. gehen, damit potenziell betroffene Mädchen proaktiv angegangen werden könnten.

Soweit meine Ausführungen im Sinne einer Tour d'Horizon, die den gesamten Bericht natürlich nicht spiegeln kann. Ich danke im Namen Mitte-EVP-Fraktion der GPK für ihre grosse Arbeit und danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Genehmigung des Berichts.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zum Sprecher für die FDP Erich Bucher.

*Erich Bucher (FDP):* Nach der Diskussion zum Jahresbericht der Finanzkommission befassen wir uns bereits zum zweiten Mal mit dem Jahresbericht der Regierung. Nach den mehrheitlich positiven Tönen zur Arbeit des Regierungsrates, zum ausgezeichneten Finanzresultat, zeigt der Bericht der GPK ein anderes Bild, die andere Seite der Medaille.

Seit Jahren moniere ich, dass der Jahresbericht der Regierung mit seinen 500 Seiten endlich ein echter Rechenschaftsbericht wird. Der Regierungsrat berichtet, ob er richtig geschafft oder mit anderen Worten gearbeitet hat. Dies ist leider immer noch nicht der Fall. Hinweise auf Probleme, Fehler, Unzulänglichkeiten, Projektverzögerungen, Kostenüberschreitungen usw. findet man nur im Kleingedruckten. Das vorliegende Buch ist ein Marketinginstrument, das die Departemente und Abteilungen im besten Licht darstellt. Liebe Mitglieder der Regierung, stehen Sie endlich dazu und zeigen



Sie auf, dass die Verwaltung auch Fehler machen kann. Und sagen Sie uns gleichzeitig, was Sie dazu unternommen haben, um dies zu korrigieren. Ich bin ja in der Zwischenzeit nicht mehr alleine. Die GPK stellt ja die gleiche Forderung in der Zwischenzeit.

Erlauben Sie mir im Namen der FDP, auf einige kritische Punkte einzugehen. Zur Informations- und Cybersicherheit. Bereits in frühen Jahren musste die GPK feststellen, dass Mängel bei Benutzerzugriffen auch nach vier Jahren nicht behoben waren. Die Finanzkontrolle musste im vergangenen Jahr mehrmals beanstanden, dass die vom Regierungsrat absegneten Schutzmassnahmen nicht oder ungenügend umgesetzt wurden. Dass die GPK gleich drei Forderungen stellt - dies sind Empfehlungen zur Umsetzung, die Motionscharakter haben - zeigt den sofortigen Handlungsbedarf. Die GPK stellt aber auch fest, dass wir als Grosser Rat die Rolle des Datenschutzbeauftragten im Bereiche der Datensicherheit respektive Schutz der Daten im Gegensatz zum Schutz der Personendaten erweitern muss. Aber auch die institutionelle Bedeutung der Finanzkontrolle ist zu prüfen, müssen wir doch feststellen, dass die FiKo keine Befehls- und Durchsetzungskompetenz hat, was in der Privatwirtschaft der Fall wäre.

Die Problematik muss aber in einem grösseren Kontext gesehen werden. Weisungen zur IT-Sicherheit, die durch den Regierungsrat genehmigt werden, werden nur teilweise umgesetzt. ITBS, die Organisation, die für die IT-Sicherheit zuständig ist, kann die anderen Departemente nicht zwingen, Schwachstellen zu korrigieren. Ein unhaltbarer Zustand. Deshalb fordert die GPK, dass der Regierungsrat umgehend der zentralen Fachstelle die notwendigen Kompetenzen zur Umsetzung der Sicherheitsstandards erteilt.

Da sich bei ähnlichen Feststellungen und Forderungen der GPK in der Vergangenheit nichts getan hat, reichte die Kommission eine Motion ein, wir werden das diskutieren. IT-Sicherheit ist nur eine der Voraussetzungen für die Umsetzung der Digitalisierung, eines der drei Legislaturziele. Viel entscheidender ist die Fähigkeit, die Projekte umzusetzen. Leider müssen wir auch im abgelaufenen Kalenderjahr feststellen, dass die Verwaltung die Kraft nicht auf den Boden bringt. Weder wurden die Budgets der Digitalisierung bei den Projekten noch bei den Investitionen ausgeschöpft.

Mehrere Sprecher haben sich ja bereits zum Fachausschuss Literatur, zur Polizei oder generell zur Personaepersonalsituation geäussert. Deshalb konzentriere ich mich auf einige andere Themen, weil wir bei den restlichen sowieso einig sind. Ich hätte das Bau- und Gastgewerbeinspektorat in die obige Aufzählung mitnehmen können, aber hier muss ich eine Bemerkung machen: Es wird zu einem Running Gag, das die GPK jedes Jahr in ihrem Bericht Feststellungen und Forderungen formulieren muss. Vielleicht muss die Regierung auch einmal den Mut haben, fundamentale Änderungen vorzunehmen.

Zum Risikomanagement des Kantons: Die Fraktion kann nicht nachvollziehen, wieso der Kanton immer noch zwei unterschiedliche Riskportfolios führt. Die Argumentation, dass eine sich für die finanziellen Risiken und das andere auf Katastrophen und Notlagen konzentriere, ist nicht nachvollziehbar. Auch ein Affflugzeugabsturz im Kantonsgebiet hätte sofort finanzielle Konsequenzen. Zwei getrennte Portfolios können auch dazuführen, dass es widersprüchliche Vermeidungsstrategien gibt und daraus falsche Schlüsse gezogen werden. Wir sind mit der GPK einig, es darf nur ein einziges Risikoportfolio geben.

Die GPK hat nicht nur die Oberaufsicht über die kantonale Verwaltung, sondern auch über die ausgelagerten Betriebe. Lassen Sie mich die BKB als Beispiel nehmen. Über die Presse wurden wir auf zwei Vorkommnisse mit unserer Bank aufmerksam gemacht. Zum ersten: Der Kanton Graubünden hat zur Pleite Signa und Bankergruppe publiziert, dass die BKB ein Obligo von 7 Millionen bei diesem Konglomerat hat. Die GPK wollte vom Regierungsrat wissen, ob dies die einzige Verpflichtung ist. Im Gegensatz zum Kanton Graubünden hat der Regierungsrat dies nicht beantworten wollen. Er versteckt sich hinter dem Bankgeheimnis. Die andere die Schlagzeile der BKB lautete: Spekulation auf Kriegsaktien trotz restriktiver Richtlinien - Basler BKB zieht in umstrittenes Finanzprodukt zurück. Die FDP-Fraktion ist doch überrascht, dass die BKB überhaupt auf die Idee kommen konnte, solche Finanzprodukte zu lancieren. Es ist deshalb gut, wenn neben dem Regierungsrat auch die Oberaufsicht unsere Bank und alle anderen ausgelagerten Betriebe im Auge behält.

Die FDP-Fraktion nimmt den Jahresbericht der GPK zur Kenntnis und unterstützt alle deren Anträge. Die Fraktion dankt dem Regierungsrat, der Verwaltung, den Gerichten, der Staatsanwaltschaft, den Datenschutzbeauftragten, der Finanzkontrolle, der Ombudsstelle und den öffentlichrechtlichen Anstalten und ihren Angestellten für die konstruktive Zusammenarbeit.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion GAB spricht Laurin Hoppler.

*Laurin Hoppler (GAB):* Auch ich möchte noch kurz als Sprecher der Fraktion GAB einige Punkte aus dem Jahresbericht aufnehmen. Ich werde mich aber kurz halten, da Sie ja den Jahresbericht alle schon gelesen haben.

Beim ersten Thema geht so um Cyber- und IT-Sicherheit. Es ist ein besonders dringliches Thema und der erfolgreiche Hackerangriff auf das ED schmerzhaft gezeigt, dass die Systeme nicht ausreichend geschützt sind und darum fordern wir einmal mehr, dass diese alarmierenden Zeichen wahrgenommen werden und diese Forderungen wirklich umgesetzt werden,



dass man in Zukunft auf solche Angriffe adäquat reagieren kann. Wir begrüssen es aber auch sehr, dass die GPK dem einen Schwerpunkt verleiht, indem sie eine Kommissionsmotion dazu eingereicht hat.

Dann kommen wir kurz zu den Hitzemassnahmen im GD. Ein weiteres wichtiges Thema des Jahresberichts sind ebendiese Massnahmen zur Prävention von Hitzefolgen. Der Klimawandel stellt uns immer wieder vor grosse Herausforderungen und die zunehmenden Hitzewellen haben erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit unserer Bevölkerung. Das GD informiert über den Hitzemassnahmenplan, der auch öffentlich einsehbar wird zukünftig, was wir sehr begrüssen. Der Plan zielt auch darauf ab, dass die Bevölkerung, insbesondere die besonders gefährdeten Personen ab 75 zu schützen. Die Fraktion findet es wichtig, dass dieser Plan immer wieder auch den aktuellen Gegebenheiten und Verhältnissen angepasst wird. Zudem soll auch darauf geachtet werden, dass entsprechende Technologien eingesetzt werden, welche nicht den Klimawandel noch weiter vorantreiben.

Dann kommen wir kurz zum Thema Demonstrationen. Die Strategie und der Umgang mit den Demonstrationen war ein weiteres Thema und wir begrüssen es sehr, dass verstärkt der Dialog gesucht wird, aber wir sehen auch noch viel Handlungsbedarf und unterstützen die Forderung nach detaillierteren Daten und Statistiken zu den Kundgebungen, dass man auch mehr Grundlagen hat, um das das Thema zu diskutieren und angemessene Massnahmen zu ergreifen.

Dann kommen wir kurz zur IT bei den Gerichten. Ein weiteres Thema ist dieser Übergang der Gerichte zu der Microsoft Cloud. Der Gerichtsrat äusserte erhebliche Bedenken bezüglich der Sicherheit und Funktionalität und wir teilen die Sorge der GPK und des Gerichtsrats. Das muss behoben werden beziehungsweise diese Mängel müssen angeschaut werden und wirklich auch ernstgenommen werden, denn auch hier möchten wir betonen, dass das die GPK wieder einmal eine Lösung fordert und es wieder um das Thema IT geht, also ein wirkliches Schwerpunktthema.

Allgemein möchte das GAB auch anmerken, dass wir vom Regierungsrat auch erwarten, dass diese Forderungen und Empfehlungen ernstgenommen werden und auch umgesetzt werden. Zum Ende möchte ich mich auch noch einfach bedanken im Namen der Fraktion, beim Regierungsrat, dem Gerichtsrat, allen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung und auch den Kleeblattorganisationen für ihre tägliche Arbeit, die sie leisten für unseren Staat. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Bericht so zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir haben keine weiteren Fraktionsvoten. Für ein Einzelvotum gemeldet hat sich Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich habe ja heute Morgen gesagt, dass ich zu den Baustelle reden möchte. Ich habe nur eine Frage an Regierungsrätin Esther Keller. Wir reden ja immer auch nett und freundlich miteinander. Die Frage ist, warum man die Baustellen nicht besser planen kann. Wenn ich jeden Tag mit Bus und Tram durch das Kleinbasel fahre, höre ich, was die Leute sagen im Bus, und jeder redet jeden Tag darüber, dass wenn eine Baustelle fertig ist, am anderen Ende wieder neu angefangen wird. Wenn ich in anderen Ländern bin, in Bulgarien, Osteuropa, wird dort einmal eine Tramlinie gebaut in 100 Jahren. Warum werden in Basel so viele Baustellen gemacht? Kann man das nicht ein bisschen besser planen? Seit ich Kind bin, ist die Freie Strasse eine Baustelle. Ich würde gerne bei dieser Diskussion mehr mitmachen, aber ich bin eine ganz klassische Einthemapartei, die damit Erfolg hat. Aber ich bin froh, dass der Gesamtregierungsrat da ist und darum habe ich heute am Morgen gesagt, dass ich zum Thema Baustellen reden möchte.

Sie wissen, ich bin fraktionslos, mir fehlt ein Parteiapparat. Ich kann darum nicht zu jedem Thema reden. Darum möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich mich da bei dem Thema Geschäftsprüfungskommission Jahresbericht Regierungsrat enthalten werde. Ich schaffe es einfach nicht, alles durchzulesen und zu jedem Thema eine Rede zu schreiben. Dazu fehlt mir als Grossrat schlicht die Zeit. Ich bin immer dankbar, wenn mir die Sitznachbarn sagen, was ich stimmen soll. Teilweise befolge ich es, aber nicht immer. Ich könnte mich auch jetzt kürzer fassen, wenn ich die Kreuztabelle kennen würde, aber ich bekomme sie nicht. Denn manchmal bin ich Zünglein an der Waage.

Ich möchte noch zum Geschäftsbericht der Regierung kurz in freier Rede Stellung nehmen. Zum Baudepartement: Die Geschäftsprüfungskommission kriegt auch einen kleinen Rüffel von mir, aber freundlich. Warum kann die GPK nicht schreiben, die GPK empfiehlt, die Baustellen in Baselstadt besser zu planen. Wenn Sie genau hinhören und das mache ich bei der Bevölkerung, ärgern die Bevölkerung die ständigen Baustellen. Und es ist wirklich so, wenn eine Strasse zugemacht worden ist, fangen sie an der anderen Seite wieder zu baggern an. Und das stört die Leute und darüber wird im Bus und im Tram geredet. Und das ist die Mehrheit der Bevölkerung. Die Baustellen ärgern diese Leute und wenn man jetzt eine Anti-Baustellen-Partei gründen würde, hätte diese Erfolg und hätte auch einen Sitz im Parlament. Also das möchte ich sagen zum Baudepartement: Bitte nicht so viele Baustellen. Es regt auch mich auf, wenn man mit dem Tram nicht Richtung SBB fahren kann, wenn da in der Innenstadt gesperrt ist und wir haben das in den letzten zehn Jahren oft gehabt. Der Barfüsserplatz ist gesperrt gewesen. Marktplatz ist gesperrt, vier Wochen, und das finde ich merkwürdig. Und wir sind weltweit die Stadt mit den meisten Baustellen.



Ich komme zum letzten Departement, zum Justiz- und Sicherheitsdepartement. Da steht ganz gross auf Seite 52 «Schwerpunkt Gewaltdelikte und Massnahmen in Kleinbasel» Dabei reden sie über die Dreirosenanlage. In keinem Wort wird aber der Claraplatz angesprochen. Der Claraplatz ist noch schlimmer als die Dreirosenanlage. Ich muss nicht vorlesen, aber es steht da auf der Seite 52. Und ich finde, die GPK hätte schreiben können: Die GPK empfiehlt auch beim Claraplatz Kameras aufzustellen. Ich bin jeden Morgen am Claraplatz, weil ich dort auf die Post gehe. und ich sehe jeden morgen Drogendealer. Und da frage ich mich, warum hier nichts passiert. Und hier hätte die GPK auch sagen können, was mit den Drogendealern am Claraplatz ist. Und Sie wissen, der Claraplatz ist eine No-Go-Area geworden, wo Frauen. Touristen und Einheimische Angst haben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit wieder zum Regierungsratspräsidenten, wenn er das Wort wünscht. Er verzichtet, zum Gerichtsratspräsident, der ebenfalls verzichtet und zum Kommissionspräsident, der nicht verzichtet.

*Tim Cuénod (SP):* Vielen Dank an den Regierungsrat für die kurzen Ausführungen und selbstverständlich auch an alle Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Ich habe gelernt, es gibt zum Thema der IT-Security., der Cybersicherheit ein neues Programm unter dem Namen Pharos.

O Pharos Alexandreas, das war der Leuchtturm von Alexandria. Wir erwarten keine Weltwunder in Sachen IT-Sicherheit, aber gewisse Mindeststandards, damit die fragilen Schiffe mit sensiblen Daten nicht in den dunklen Fluten des Darknet untergehen. Und daher hoffen wir, dass Pharos von Erfolg gekrönt sein wird. Wir müssen nicht in eine Weltwunderliga aufsteigen, aber doch gewisse Mindestanforderungen erfüllen.

Beim BGI, Erich Bucher hat das wiederholt, ist es schon ein bisschen ein Runnig Gag, dass wir uns jedes Jahr dazu äussern. Wir haben uns noch nicht näher beschäftigt mit der Kritik des SIA Sektion Basler Architekten und Ingenieure, aber was es zu sagen gibt, ist, wenn für die betroffenen Berufsberufsgruppen, die sich häufig mit diesem Amt konfrontiert sehen, die Kundenzufriedenheit dermassen auf einem tiefen Niveau zu sein scheint, dann ist das schon ein Indikator dafür, dass es Handlungsbedarf gibt, unabhängig davon, wer jetzt Regierungsrätin oder Regierungsrat ist. Lange wurde dieses Departement geleitet von einem sozialdemokratischen Regierungsrat, jetzt ist es Regierungsrätin Esther Keller. Ich denke, da gibt es einfach gewissen Reformbedarf und das denke ich hat nicht nur mit der Natur des Amtes an sich zu tun. Es gibt Ämter, die sind per se unbeliebt. Mir hat jemand einmal gesagt, als es um die Stadtbildkommission gibt, die ist unbeliebt, aber würde die Stadtbildkommission die Top Ten jedes Jahr veröffentlichen der hässlichsten verhinderten Bauprojekte, dann wäre sie ausgesprochen populär. Ich glaube allerdings nicht, dass dieser Vergleich mit dem BGI gezogen werden kann, und es gibt da strukturelle Probleme und ein sehr tiefes Niveau offenbar der Kunden, Unzufriedenheit und uns scheint, das ist nicht ganz unbegründet, da gibt es wirklich Verbesserungsbedarf. Wir sind gespannt, ob da Handlungen eintreten werden.

Es wurde in der Debatte viel auch eingegangen, unter anderem von Andrea Strahm und von Pascal Pfister, auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Da gibt es einiges zu tun. Wir haben in unserem Bericht explizit erwähnt als Empfehlung eine verstärkte Prävention gerade in Zusammenhang mit dem Gebrauch von Social Media an den Schulen, dass da das ED mehr machen soll. Aber es ist natürlich effektiv eine Aufgabe, die mehrere Departemente betrifft, zum Beispiel die Frage der Therapieplätze, die wir im Bericht auch erwähnt haben, die ja mehr das Gesundheitsdepartement betreffen.

Wir haben uns in dem Bericht auch noch nicht auseinandergesetzt mit dem Bericht Schefer zur Situation der Kantonspolizei. Wir haben ein paar Sachen geschrieben zur Lage des Personalmangels und haben festgehalten, dass es eine Verbesserung braucht, zumindest in dem Sinne, dass die Arbeitsmarktzulage abgelöst werden sollte, in ein Definitivum übergeführt werden muss. Es braucht eine Verbesserung bei der psychologischen Betreuung, nicht besser Vereinbarkeit von Familien und Beruf. Abgesehen von diesen Empfehlungen teilen wir fest, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, um zu verhindern, dass diese Abwärtsspirale sich weiter dreht. Wir sind zugleich aber nicht Begleit- und Beratungsgremium des Regierungsrates und hoffen, dass entsprechend bald und zügig gehandelt wird. Wir werden die Situation auf jeden Fall weiter im Auge behalten.

Bedanken möchte mich in aller Form bei meinen Kommissionskolleginnen und Kommissionskollegen. Ich hatte ja das Vergnügen, die Leitung dieser Kommission zu übernehmen, der ich vorher nicht angehört habe. Ich finde, die Aufnahme war eine herzliche, der Umgang in der Kommission ist sehr konstruktiv. Selbstverständlich streiten wir manchmal über Prioritäten, über das was gut und nötig sein soll, aber die GPK erfüllt mit ihrer Arbeit eine sehr wichtige Funktion in unserem Gemeinwesen. Kritik ist nötig und häufig hat sie eine sehr heilsame Wirkung. Ich denke, dass wir auch im Sinne dessen, was Pascal Pfister gesagt hat, stark zu einer guten Fehlerkultur in diesem Kanton beitragen können. Bedanken möchte ich mich zuletzt auch beim Regierungsrat für die bis jetzt stets konstruktive Zusammenarbeit.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen und wir kommen zur Detailberatung des GPK-Berichts und des Jahresberichts des



Regierungsrats. Hier zuerst das Präsidialdepartement. Wünscht Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort? Er verzichtet. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Regierungspräsident Conradin Cramer wird damit wieder verzichten und der Präsident der GPK ebenso.

Bau- und Verkehrsdepartement: Wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort? Sie verzichtet. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann wird Regierungsrätin Esther Keller immer noch verzichten und der Präsident der Geschäftsprüfungskommission ebenfalls.

Erziehungsdepartement: Wünscht Mustafa Attici das Wort? Er verzichtet. Es liegt eine Wortmeldung vor. Für die GLP spricht Sandra Bothe-Wenk.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Aus Sicht des Erziehungsdepartements ist der Fachkräftemangel an Schulen nicht dramatisch, hält der GPK-Bericht fest. Wir Grünliberalen können uns dieser Beurteilung so nicht anschliessen. Solange hier ein Monitoring fehlt, wie wir es bereits 2022 in einem überparteilichen Vorstoss gefordert haben, basiert diese Aussage auf Glauben statt auf Wissen. Nur wenn jährlich ausgewiesen wird, wie viele Fach- und Lehrpersonen ohne adäquate Ausbildung, ganz ohne Ausbildung oder mit ausländischem Diplom an den Schulen in Basel-Stadt unterrichten, können wir den Fachkräftemangel qualitativ und quantitativ tatsächlich beurteilen. Die Tatsache, dass gemäss Jahresrechnung der Personalaufwand an Schulen aufgrund überdurchschnittlich hoher Stellvertreterkosten gestiegen ist, unterstreicht die Belastung an den Schulen und macht unserer Meinung nach deutlich, dass die Problematik des Lehrpersonenmangels in Basel angekommen ist, ebenso dass Schulleitungen oft keine Wahl mehr haben, wen sie anstellen möchten, sondern froh sind, wenn sie jemanden finden. Deshalb ist es zwingend notwendig, die effektive Situation durch das ED mittels Monitoring tatsächlich auszuweisen, worauf wir Grünliberalen in Zukunft bauen.

Die im Bericht angesprochene zunehmende psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen ist eine traurige und erschreckende Tatsache, die uns sprachlos macht. Auch die steigenden Verhaltensauffälligkeiten sind äusserst besorgniserregend. Es scheint unserer älteren Generation immer weniger zu gelingen, sich angemessen um die jüngere Generation zu kümmern und das betrifft nicht nur den schulischen Bereich. Die langen Wartelisten für Therapieplätze sind ein deutliches Symptom dieses Problems. Besonders besorgniserregend finden wir Grünliberalen die Tatsache, dass vulnerable Kinder und Jugendliche darunter leiden. Für sie ist es besonders schwierig, ein angemessenes Therapieangebot zu finden. Im Bericht benennt das Erziehungsdepartement neben der Belastung von Eltern die Rolle der sozialen Medien als bedeutsame Ursachen für die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere von Mädchen. In der Konsequenz erwartet die GPK, dass das ED die psychische und psychosoziale Gesundheitsprävention an den Schulen ernst nimmt und stärkt.

Zu glauben, dass der Lehrplan 21 einschliesslich den Fachmedien und Informatik einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung der Belastung durch Social-Media leisten könnte, halte ich für gewagt, aber natürlich wünschenswert. Wir Grünliberalen betonen jedoch, dass es nicht nur darum gehen kann, dass Schülerinnen und Schüler Kompetenzen erwerben, um sich selbst zu schützen und irgendwann angemessen mit sozialen Medien umzugehen. Vielmehr geht es darum, dass Kinder und Jugendliche aktiv geschützt werden, auch wenn dies nicht nur die Aufgabe der Schule ist, sondern auch der Eltern, tragen wir alle gemeinsam eine gesellschaftliche Verantwortung gegenüber der jüngeren Generation. Smartphones, die jederzeit den unkontrollierten Zugang zu sozialen Medien erleichtern, sind zwar nicht der einzige Faktor, der die psychische Gesundheit sowie die Entwicklung von jungen Menschen beeinflusst, aber Schulen können hier eine wichtige Vorbildfunktion übernehmen, indem sie den Kindern und Jugendlichen zumindest in der Schule eine Pause von ihrem Smartphone ermöglichen. Durch den Einsatz von Laptops, die heute allen Schülerinnen und Schülern an der Schule zur Verfügung gestellt werden, kann ein verantwortungsvoller, bewusster und präventiver Umgang mit digitalen Technologien gefördert werden. Durch Smartphone freie Schulen in Basel-Stadt können wir zusätzlich sicherstellen, dass sich die Schülerinnen und Schüler wieder stärker auf ihre Bildung konzentrieren und reale soziale Interaktionen pflegen, was die Entwicklung essenzieller sozialer Kompetenzen fördern, die für das weitere Leben der Kinder und Jugendlichen von Bedeutung sind.

Dass diese Umsetzung möglich ist, beweisen bereits andere Länder, einige Schulen in der Schweiz und auch in Basel, die Smartphone frei unterwegs sind. Ich zähle auf die Unterstützung des Erziehungsdepartements, um diese gesundheitsfördernde Massnahme zum Wohl der Kindern an allen Volksstuhl Standorten umzusetzen.

Bezüglich des Ansehens der Berufslehre und des dualen Bildungsweges unterstützen wir Grünliberalen die Empfehlung der GPK, die Berufslehre zu stärken. Wir müssen jedoch erkennen, dass hier ein tiefgehendes gesellschaftliches Preproblem vorliegt, denn trotz jahrelanger intensiver Bemühungen bleibt der aktuelle Erfolg aus. Die Entwicklung bedauern wir sehr, da sie tiefgreifende Auswirkungen auf die Gesellschaft hat, wie auch der aktuellen Fachkräftemangel zeigt. Diesem Problem können wir als Gesellschaft begegnen, indem die Beiträge, welche alle jene jungen Menschen tagtäglich leisten, die eine Berufslehre absolvieren, auch angemessen anerkannt werden. Zudem müssen wir sicherstellen, dass diese jungen Leute während ihrer Lehrzeit bestmöglich begleitet und unterstützt werden. Etwa 20 Prozent der Auszubildenden brechen ihre Lehre ab, meistens im ersten Jahr. Die professionelle Unterstützung der Jugendlichen in dieser sensiblen Lebensphase ist



entscheidend für ihren weiteren Berufsweg und einen trotz Anfangsschwierigkeiten erfolgreichen Berufsabschluss. Zudem gilt es, die Ursache für die Lehrabbrüche zu evaluieren und mit geeigneten Massnahmen abzufedern, um die Abbruchquote zu senken und den Jugendlichen einen besseren Start ins Berufsleben zu ermöglichen.

Wenn wir wollen, dass mehr Jugendliche den Ausbildungsweg über die Berufslehre einschlagen anstatt über weiterführende Schulen, müssen wir die Bedeutung und Attraktivität der Lehre deutlich steigern und uns dafür einsetzen, die Ausbildungstitel grundsätzlich zu internationalisieren. Dies würde insbesondere bei Eltern, die das duale Bildungssystem weniger kennen, zu einem besseren Verständnis und einer höheren Wertschätzung der Berufslehre führen. Zudem würde es Berufsabgänger und später auch Fachhochschulabgänger bei internationalen Bewerbungen unterstützen. Heute müssen Berufsleute erklären, welchen Wert ihr Titel in der Schweiz hat. Es ist jedenfalls entscheidend, dass das ED gemeinsam mit der Wirtschaft Strategien entwickelt, um Eltern noch gezielter zu informieren und von den Vorteilen der dualen Ausbildung zu überzeugen.

Noch ein Wort zur Datensicherheit: Die Grünliberalen unterstützen die Empfehlung der GPK, Schwachstellen dringend zu beseitigen. In einer schriftlichen Anfrage zur Umsetzung des revidierten Datenschutzgesetz in den kantonalen Bildungsinstitutionen betone ich die Bedeutung eines kantonalen Dachkonzepts. Die Antwort der Regierung erwarte ich mit Spannung. Bereits jetzt anerkennen wir die Notwendigkeit einer Mehrfachauthentifizierung als Sicherheitsmassnahme für Mitarbeitende. Wie die GPK in ihrem Bericht betont, stellt diese Anforderung für Schülerinnen und Schüler jedoch eine Herausforderung dar. Die Nutzung von Mobiltelefonen an Schulen kann nicht verlangt werden und ist aus bereits genannten Gründen nicht sinnvoll. Wir Grünliberalen sind der Meinung, dass hier alternative Lösungen unbedingt gefunden werden müssen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wünscht Regierungsrat Mustafa Atici das Wort in der zweiten Runde? Das ist nicht der Fall. Dafür wünscht es Tim Cuénod für die GPK.

*Tim Cuénod (SP):* Wir freuen uns, wenn man sich so intensiv mit unserem Kommissionsbericht auseinandersetzt. Ich möchte nur eine kurze Präzisierung anbringen und zwar haben wir nicht gesagt, dass es keinen Fachkräftemangel generell gebe, sondern unsere beruht darauf, dass es keine unbesetzten Stellen gibt im Erziehungsdepartement bis zum jetzigen Stand. Wie sich das weiter entwickelt und wie viele Stellen auf verschiedenen Schulstufen von Lehrpersonen besetzt sind, die in dem Sinn kein Diplom haben, das war nicht unser Untersuchungsgegenstand.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zum Finanzdepartement. Regierungsrätin Tanja Soland wünscht das Wort nicht. Es gibt keine Wortmeldungen, damit verzichtet Regierungsrätin Tanja Soland auch in der zweiten Runde, nehme ich an und Tim Cuénod ebenfalls.

Gesundheitsdepartement: Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet vorerst. Es gibt keine Wortmeldungen. Damit verzichtet Regierungsrat Lukas Engelberger auch in der zweiten Runde und auch Tim Cuénod verzichtet.

Wir kommen zum Justiz- und Sicherheitsdepartement. Regierungsrätin Stephanie Eymann, wünschen Sie das Wort? Nein. Es gibt eine Wortmeldung von Lisa Mathys für die Fraktion SP.

*Lisa Mathys (SP):* Besten Dank auch meinerseits für den umfassenden Bericht der GPK und die fast noch umfassenderen Voten dazu, die wir schon gehört haben. Ich lege mit diesem Votum noch kurz den Finger auf eine Lücke im Bericht, die die SP-Fraktion sehr bedauert und doch auch ein bisschen seltsam findet. Ich zitiere verkürzt von Seite 23 im Bericht: «Die GPK entschied sich, nicht einzelne Polizeieinsätze wie zum Beispiel am 1. Mai 2023 zu untersuchen, sondern allgemeine Fragen zum Umgang mit Demonstrationen zu stellen.» Es dünkt uns doch wirklich schade, dass die GPK sich entschieden hat, hier wegzuschauen. Dass einige Verfahren noch hängig sind, ist nicht bestritten, das war aber auch bei anderen Geschäften so, welche die GPK sehr wohl untersuchen konnte.

Kolleginnen und Kollegen, allein der angesprochene Einsatz am 1. Mai hat den Kanton, sprich die Steuerzahlenden über eine halbe Million Franken gekostet, und das sind nur die ausgewiesenen Kosten, die Kosten für den Helikopter, der einen Tag lang über der Stadt kreiste, sind darin ja nicht einmal enthalten. Der Polizeibericht, der letzten Freitag veröffentlicht wurde, brachte es auch noch wieder ans Licht. Es kommt regelmässig zu völlig überdimensionierten Einsätzen. Das Personal fordert den Verzicht «auf unnötig grosse Aufgebote» und aus dem Bericht wird auch klar, dass die Grösse dieser Aufgebote doch sehr willkürlich erscheint und nicht selten durch und durch friedliche Veranstaltungen mit einem massiven Polizeiaufgebot versehen werden.

Wir sind überzeugt, dass es auch hier spannend wäre zu untersuchen, wie es zu dieser total ungleichen Handhabung verschiedener Veranstaltungen kommt, oder eben konkret, was läuft falsch, dass es zu einem total unverhältnismässigen



Einsatz wie jenem vom 1. Mai 2023 kommt, der den Kanton nicht nur Unsummen kostet, sondern auch dem öffentlichen Ansehen schadet, das auch noch diverse juristische Verfahren und Rügen nach sich zieht. Was läuft hier falsch?

Ich erinnere daran, es wurden Dutzende friedliche und teilweise völlig unbeteiligte Menschen eingekesselt und festgehalten. Ich finde es ganz ehrlich gesagt schon speziell, dass man das nicht untersucht. Wer will da nicht hinschauen? Es fällt irgendwie auf. Und auch ein weiterer Punkt aus dem Bericht wirft Fragen auf. Die Angstkultur und dadurch fehlende Diskussions- und Fehlerkultur, die interne kritische Rückmeldungen und Anpassungen im Bereich der Einsatzplanung verunmöglicht. Die grosse Zahl an Überstunden, die dadurch entsteht, wirft dann wiederum auch Fragen zur Einsatzfähigkeit der Polizei auf, weil dann eben die Leute fehlen, wenn man sie wirklich bräuchte. Der Bericht wirft die grundsätzliche Frage auf, ob es mit dem offenbar desolaten Zustand der internen Führung und internen Kontrolle der politischen Ebene des JSD überhaupt möglich ist, die Verhältnismässigkeit der Polizeieinsätze und die Adäquatheit des Mitteleinsatzes sicherzustellen. Auch das gehörte bestimmt untersucht.

Wir haben noch andere grosse offene Kisten, die unserer Meinung nach untersucht gehören. Als weiteres Beispiel seit der Erlass des radikalen Demoverbotes im letzten Herbst erwähnt, das grosse grundrechtliche Fragen aufwirft und dem Ansehen unseres Kantons und unserer Polizei ganz sicher auch nicht gut tat.

Der Bericht zu den Missständen in der Polizei zeigt es klar, der GPK-Bericht hat hier eine bedauernswerte Lücke, die Missstände in der Polizei sind tiefgreifende, es stellen sich auch auf politischer Ebene sehr relevante Fragen, die beantwortet gehören. Einfach zur Tagesordnung überzugehen ist nicht angezeigt. Wenn die GPK diese Arbeit nicht sinnvoll findet, ist es wohl genau auch deshalb eine gute Gelegenheit, eine PUK einzusetzen. Eine PUK dient zur Abklärung besonderer Vorkommnisse von grosser Tragweite. Die Polizei übt das staatliche Gewaltmonopol aus und es ist zentral, dass die Bevölkerung in die Professionalität der Polizei vertrauen kann. Insofern sind die Missstände bei der Polizei von grundlegender Tragweite für das Funktionieren unseres Staates. Eine PUK ist anders ausgestattet und kann auch um die GPK zu entlasten, personell anders zusammengesetzt sein. Wir wollen den Antrag für eine PUK nach den Sommerferien einreichen, zusammen mit allen Fraktionen, die an einer Klärung der politischen Verantwortung und einer nachhaltigen Verbesserung der Situation interessiert sind, denn für eine nachhaltige Verbesserung braucht es ebendiese Aufarbeitung.

Unabhängig davon, ob es eine PUK gibt oder nicht, es würde uns freuen, wenn die GPK künftig auch Vorgänge wie die fragwürdigen und unverhältnismässigen Einsätze bei Demos prüft und darüber berichtet. Schliesslich ist es Aufgabe der GPK, das staatliche Handeln auf Angemessenheit und Rechtmässigkeit zu überprüfen. Wegzuschauen, wenn die Angemessenheit und Rechtmässigkeit effektiv fraglich sind, entspricht diesem Auftrag nicht exakt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* André Auderset und Johannes Sieber möchten Ihnen Fragen stellen. Sie werden abgelehnt. Für die Fraktion GLP hat Claudia Baumgartner das Wort.

*Claudia Baumgartner (GLP):* Weil wir uns noch nicht dazu geäussert haben, bewusst nicht, möchte ich das hier jetzt noch nachholen, und zwar geht es natürlich um diesen am letzten Freitag veröffentlichten Bericht zur Lage der Kantonspolizei. Man kann es nicht schönreden, wirklich verheerend. Es scheint als laufe offenbar seit Langem tatsächlich alles falsch, was falsch laufen kann. Schlagwortartig aufgezählt treffen wir im Bericht von Professor Markus Schefer und seinen zwei Mitarbeiterinnen ungefähr alle Managementfehler an, die man aus Lehre und Praxis kennt: Unklarer, zu lascher oder aber zu autoritärer Führungs- beziehungsweise Entscheidungsstil, verbunden mit mangelnder Respektierung der Vorgesetzten, fehlende strategische Ausrichtung, unklare Prozesse, verbunden mit fehlenden Reglementen und mangelnden Strukturen und damit verbunden unklare Aufgaben und Kompetenzen. Angstkultur, fehlende Wertschätzung gegenüber der Arbeit und der Leistung der Mitarbeitenden von innen und aussen, schlechte Informations-, Kommunikations- und Mitsprachekultur, Mangel an psychologischer Betreuung und Fehlerkultur, persönliche und fachliche Fehlbesetzungen, fehlendes Gemeinschaftsgefühl und Interesse für das Übergeordnete latenter mangelnder Wille zu Veränderungen, Sexismus und Rassismus, Ungerechtigkeiten bei Benefits und Beförderungen, zu geringe Entlohnung, Überlastung und mangelnde Freizeitplanung aufgrund häufiger Spontaneinsätze wegen chronischen Personalmangels und einer Vielzahl von Projekte.

Habe ich etwas überlesen? Ich habe bis vor zehn Jahren in einem Grossunternehmen regelmässig Personalumfragen betreut und deswegen überrascht mich nicht das Resultat der vorliegenden Umfrage, wohl aber die Deutlichkeit. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends war die Fehlerkultur bei Arbeitgebenden noch weniger ausgeprägt als heute, und so wage ich doch zu behaupten, dass in Umfragen zu meiner Zeit vieles beschönigt beantwortet wurde beziehungsweise weniger schmeichelhafte Resultate relativiert beziehungsweise eher in den Hintergrund gedrängt wurden.

Zum Glück ist dies heute offensichtlich anders und so bin ich trotz des vorliegenden Desasters dankbar, dass eine authentischere Fehlerkultur einerseits den obersten Chef der Polizei, sicher nicht zu früh, veranlasste, durch Beauftragung des vorliegenden Berichts die Notbremse zu ziehen und andererseits die Belegschaft beziehungsweise alle befragten Personen kein Blatt vor den Mund nahmen. Ebenso dankbar bin ich, dass der Bericht ausdrücklich keine wissenschaftliche Arbeit darstellt und dass die 30 abgegebenen Empfehlungen begleitet werden mit der Erläuterung, dass sie sehr abstrakt



gehalten sind, und in der Praxis eine Konkretisierung auf allen Ebenen benötigen. In der Tat wirken die Ratschläge wie die Tipps eines Consulting-Unternehmens, was nicht abschätzig gemeint sein soll. Man ist sich bewusst, dass sie nicht wirklich etwas ganz Neues zu Tage gefördert haben, und man würde sich schämen, hätte man die empfohlenen guten Taten nicht schon längst gekannt, aber halt leider immer noch zu wenig umgesetzt. Aber man ist auch sehr froh, dass endlich alles Schwarz auf Weiss bezeugt ist und man eine legitime Begründung für alle zu folgenden nötigen Massnahmen, darüber ist man sich ebenso klar, in den Händen hält.

Und weil eigentlich allen alles so weit klar ist oder sein sollte, was das weitere Vorgehen betrifft, aber noch längst nicht was dies alles ganz konkret bedeutet, haben wir Grünliberalen uns seit letzter Woche bewusst nicht auch noch in den allgemeinen Medienhype eingemischt, zumal wir ein Interview am Tag der Veröffentlichung ohne auch nur eine ansatzweise gründliche Auseinandersetzung mit dem Bericht unsererseits als nicht seriös erachtet hätten. Jetzt gilt es nach der ersten berechtigten Empörung kühlen Kopf zu bewahren und die Verantwortlichen umgehend mit der Knochenarbeit starten zu lassen. Umfassende Analyse des Berichts und Erarbeiten von Sofort-, mittel- und langfristigen Massnahmen und vor allem einer Gesamtstrategie, denn die Probleme sind zu tiefliedend und vielschichtig für eine weitere Pflasterpolitik.

Da sich des Handlungsbedarfs hier alle schon seit langem bewusst sind, wurde im Sinne von Soforttropfen auf den heissen Stein immerhin schon einiges aufgegleist, unter anderem auch mit parlamentarischen Vorstössen und weitere werden ja folgen, wie wir es jetzt gehört haben unter anderem die PUK. Da werden wir noch schauen, wie wir das als Grünliberale beurteilen.

A propos Parlament, auch wir Mitglieder des Grossen Rats kommen in der Umfrage neben der Bevölkerung nicht durchwegs gut weg punkto Wertschätzung und Interesse für die Polizeiarbeit und die Leistungen des Korps zum Wohl der Gesellschaft. Und vermutlich haben viele von euch Ende Mai auch den Brief eines verzweifelten Polizisten erhalten. Er schildert eindrücklich die Not der Mitarbeitenden an der Front aufgrund des Personmangels wie der mangelnden Entlohnung und fehlenden Wertschätzung. Hier sind wir aufgefordert, weiterhin unbedingt auf solche Hilferufe zu hören und ich bin dankbar, wenn wir als Parlament der Exekutive alle adäquaten Mittel in die Hand geben, die in unserer Kompetenz liegen. Und ansonsten die verantwortlichen nun mit Führungsstärke ihre Arbeit machen lassen, wozu selbstverständlich auch allfällige Personalentscheide gehören, denen wir Grünliberale jedoch nicht mit einer Aufforderung nach Köpferrollen vorgreifen.

Ich glaube, niemand von uns beneidet aktuell Regierungsrätinnen Stephanie Eymann und Tanja Soland. Umso mehr geht es darum, der Regierung jetzt den Rücken freizuhalten, damit wir den von unserer JSD-Vorsteherin bereits angekündigten Bericht zu ersten Massnahmen, die wir lieber bereits vorgestern als erst morgen gesehen hätten, rasch erhalten. Ja, und ganz sicher werden wir dann auch die Regierung daran messen.

Es ist furchtbar, aber es nützt nicht, sich ständig zu wiederholen. Nehmen wir die Chance heraus, dass sich vielleicht ja wirklich auch bei der Polizei endlich ein Kulturwandel einläuten lässt. Diese Aufarbeitung wird uns alle noch lange begleiten, aber sie ist dringend nötig, damit dereinst alle Involvierten, Polizei, Regierung, Parlament, Öffentlichkeit, wieder ins gegenseitige Vertrauen kommen, denn nur so kann letztlich nebst aller Massnahmen das Polizeikorps mittelfristig vielleicht endlich prosperieren.

In diesem Sinne plädieren wir Grünliberalen selbstverständlich für eine umfassende Analyse mit entsprechenden Konsequenzen in welchen Bereichen auch immer nötig, aber auch für die nötige Geduld bis zum Vorhandensein erster Resultate seitens der Regierung, denn die ganz schnellen Lösungen gibt es vermutlich nicht. Ich ermahne uns alle, der Versuchung zu widerstehen, diese Angelegenheit zum Wahlkampfthema zu machen. Was die Polizeibasis nun am wenigsten braucht, sind zusätzliche Unsicherheit und tägliche Spontaneinfälle. Und auch die Bevölkerung sollte uns Politiker:innen nicht als einen Haufen Hyänen wahrnehmen, die bei einem ernsthaften Problem als erstes nur ihre Partikularinteressen sehen. Hier arbeiten wir zusammen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB spricht Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Entschuldigen Sie bitte, dass ich auf den GPK-Bericht zurückkomme. Ich möchte eigentlich nur darauf hinweisen, dass der Bericht zu der Aufsichtskommissions Staatsanwaltschaft nicht von der GPK besprochen worden ist, weil dieser ja erst später erschienen ist. Sie müssen also diesen selber nachlesen und ich kann sehr empfehlen, dass Sie das tun.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die LDP hat sich André Auderset gemeldet.

*André Auderset (LDP):* Lieber Oliver Thommen, danke vielmals für deine Worte. Ich kann gleich die Hälfte meines kurzen Referats wieder..., ich hätte es auch eigentlich gerne mit einer Zwischenfrage erledigt, aber die wurde ja nicht angenommen.



Es scheint mir schon etwas seltsam, bereits heute Morgen bei der Diskussion des FKom-Berichts und jetzt wieder bei der Diskussion des GPK-Berichts wird die Gelegenheit benutzt, auf eine doch etwas günstige, um nicht billige Art zu sagen, Wahlkampf zu machen und jetzt nun das Instrumente einer PUK zu verlangen und Beschuldigungen loszuwerden. Es sei doch noch mal kurz und wirklich nur sehr kurz, weil Oliver Thommen das bereits getan hat, zu sagen, der FKom-Bericht behandelt das Geld, das wir bereits ausgegeben haben und über die Sinnhaftigkeit hätten wir heute Morgen diskutieren müssen, haben wir auch zu einem grossen Teil getan, und der GPK-Bericht behandelt retrospektiv Punkte, die uns aufgefallen sind, die wir behandelt haben. Das ist natürlich eine gewisse Auswahl und kann nie alles umfassen. Was beide Berichte sicher nicht können, hellseherisch auf einen Bericht eingehen, den sie noch gar nicht kennen konnten. Und damit ist es eigentlich wirklich etwas sehr seltsam, dass man hier das zu einer Soade besonderer Art benutzt.

Und geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite, wenn Sie eine PUK wollen, dann tun Sie das, dann beantragen Sie das zum gegebenen Zeitpunkt, der ist nicht heute. Und tun Sie das mit den richtigen Instrumenten, dann ist sicher eine Diskussion möglich. Wir versprechen auch, dass wir dann nicht wieder über den FKom-Bericht reden, sondern tatsächlich über die PUK.

Als GPK-Mitglied möchte ich doch noch anmerken, dass ich die parteienübergreifende zusammenarbeiten, das wirklich unter gesundem Menschenverstand funktionierende Diskussionsklima, das wir dort haben, sehr schätze. Ich habe mir sagen lassen, dass der FKOM ein ähnliches Klima herrscht, DASS man auch hier die Parteidinge etwas hinten anstellt und schaut, dass man sachgerecht diskutiert. Schade, dass dann die beiden Berichten hier bereits zum Wahlkampf benutzt werden danke.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecher hat sich Thomas Widmer-Huber gemeldet.

*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Wir haben es vorher gehört, Lisa Mathys hat in ihrem Votum den Einsatz der Polizei am 1. Mai 2023 thematisiert. Sie stellt sich die Frage, ob es wirklich ein völlig überdimensionierter Polizeieinsatz, wie da im Bereich Schefer erwähnt wurde. Ich erinnere uns daran, dass die Polizei vor dem 1. Mai 2023 ernsthafte Anhaltspunkte hatte, dass mit Gewaltausbrüchen zu rechnen war. Der Einsatz der Polizei war nach dieser Einschätzung nötig. Die Polizei hat auch präventive Aufgaben.

Kurz zum Untersuchungsbericht Schefer: Ich vertraue unserer Regierungsrätin Stephanie Eymann, sie hat es heute Morgen auch ausgeführt, dass sie Massnahmen seriös prüfen wird zur Polizei, auch wenn sie im Bericht kritisch erwähnt wird oder wenn vieles kritisiert wird. Es ist wichtig, dass kritische Punkte aufgearbeitet werden. Grundsätzlich machen die meisten Polizisten eine gute Arbeit, sie setzen sich täglich für unser Wohl ein, für unsere Sicherheit, und es ist mir wichtig, das hier festzustellen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Johannes Sieber hat sich ebenfalls für ein Einzelvotum gemeldet.

*Johannes Sieber (GLP):* Ich wollte nur kurz Lisa Mathys, die leider meine Zwischenfrage abgelehnt hat, darauf aufmerksam machen, dass der JSD-Verantwortliche in der GPK aus Ihrer Partei kommt. Er könnte in der GPK Anträge stellen für Untersuchungen. Vielleicht sollten Sie einmal intern klären, ob da eine Optimierung der Zusammenarbeit möglich ist.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Joël Thüring hat sich ebenfalls für ein Einzelvotum gemeldet.

*Joël Thüring (SVP):* Ich kann gerade dort ansetzen, wo Johannes Sieber aufgehört hat. Ich bin weitaus unbefangener als er, weil ich nicht mehr Mitglied dieser Kommission bin. Ich war es aber sehr lange und kann die ganze Aufregung jetzt auch nicht ganz nachvollziehen. Wir diskutieren heute über den Rechenschaftspflicht der GPK aus dem Jahr 2023. Der nimmt ja auch Bezug auf das Thema der Demonstrationen, auch auf die Demonstrationsmenge respektive auf die statistische Auswertung dieser Zahlen. Ich würde behaupten, da geht die GPK sehr weit ins Operative hinein. Das kann man gut oder schlecht finden. Ich finde das eher nicht ganz so die Flughöhe der GPK, aber das kann man ausdiskutieren. Was ich aber schon sehr speziell finde, ist, wenn wir jetzt heute Morgen schon, aber auch jetzt zu diesem Zeitpunkt permanent über irgendwelche Berichte von Professor Schefer sprechen, einen Bericht, der erst vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde. Sie haben offenbar schon Ihren Schluss daraus gezogen, dass es dafür eine parlamentarische Untersuchungskommission benötigt. Lassen Sie doch zuerst einmal auch der zuständigen Regierungsrätin und der Gesamtregierung die Gelegenheit, Stellung dazu zu nehmen, wie sie nun mit diesen Resultaten aus dem Bericht umgehen wollen. Wenn Sie nämlich den Bericht etwas genauer anschauen, dann würde ich einmal behaupten, gibt es nicht die eine Lösung, die gefunden werden kann, um das Problem bei der Kantonspolizei zu beheben. Das muss wahrscheinlich ein Fächer an Massnahmen sein und



da muss ich Ihnen ehrlicherweise auch gestehen, ist mir dann die Retrospektive ein bisschen egal. Das kann sicher im Rahmen dessen aufgearbeitet werden, was auch normale Arbeit ist. Das kommt dann vielleicht im Rechenschaftsbericht der GPK zum Jahresbericht 2024. Aber lassen Sie doch jetzt zuerst einmal die entsprechend verantwortlichen ihre Aufgaben machen, diesen Bericht analysieren. Regierungsrätin Stephanie Eymann kennt den Bericht genau so lange wie wir alle. Sie hat in einem ersten Statement dazu Stellung genommen in den Medien. Diverse Grossrätinnen und Grossräte aus verschiedenen Parteien haben dazu Stellung genommen. Das ist der Weg, den man bei einem solchen Geschäft geht und dann wird zu einem späteren Zeitpunkt wieder darüber berichtet. Aber jetzt mit jedem Votum, wenn das Wort die Polizei aufpoppt, mit Schaum vor dem Mund auf diesen Bericht Schefer einzugehen und dann auch noch gleich eine PUK zu fordern, das dünkt mich jetzt angesichts des Zeitpunktes und dem Umstand, dass Sie ja den Antrag für eine PUK offensichtlich erst nach der Sommerpause einreichen wollen, doch arg Wahlkampf bezogen zu sein.

Das ist Ihr gutes Recht, aber ich finde es dann schon nicht ganz schön, wenn Sie der GPK gleichzeitig in Ihrem Votum noch vorwerfen, sie habe die Arbeit nicht sorgfältig getan. Ich möchte doch auch noch einmal hier auch bei Johannes Sieber anschliessen. Ich kenne die Departementsverantwortlichkeiten innerhalb der GPK nicht mehr. Aber selbst wenn jemand von der SP für das JSD zuständig ist oder auch nicht, dass spielt keine Rolle. Die SP ist in der GPK ebenfalls mit mehreren Fraktionsmitgliedern vertreten und dort ist dann die Gelegenheit, das auch entsprechend auszudiskutieren, und hier muss aus meiner Sicht nicht die GPK dafür kritisiert werden, dass sie etwas nicht untersucht hat oder vielleicht untersucht hat, aber nicht darüber berichtet hat. Das gibt es nämlich bei Oberaufsichtskommissionen auch noch.

Deshalb würde ich mir hier auch ein bisschen mehr Gelassenheit wünschen. Schliesslich wird sich die Problemlage bei der Polizei nicht von heute auf morgen ändern, und wenn Sie die Chronologie der Ereignisse bei der Kantonspolizei anschauen, dann haben diese Probleme auch nicht erst mit dem jetzigen Polizeikommandanten begonnen. Da gibt es vielleicht auch andere strukturelle Dinge, die man angehen muss. Genau deshalb gibt es den Bericht Schefer, deshalb gibt es eine Regierung und deshalb gibt es gleichzeitig eine GPK, die dann prüfen kann, ob die Regierung ihrer Aufsichtspflicht nachgekommen ist. Ich bitte Sie deshalb, die GPK nicht an den Pranger stellen zu wollen. Das wäre aus meiner Sicht der GPK und der Arbeit, die sie leistet, nicht gerecht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann, sofern sie es wünscht. Sie verzichtet. Damit hat der Präsident der GPK Tim Cuénod das Wort.

*Tim Cuénod (SP):* Der Bericht Schefer war kein Thema unseres Berichtes und konnte es aus zeitlichen Gründen auch noch nicht sein.

Zu den Demonstrationen hat die GPK bewusst sich dafür entschieden, nicht einen Einzelfall in diesem Sinne zu untersuchen, sondern gewisse systematische Probleme anzugehen oder versuchen anzusprechen, zum Beispiel die Frage der Demonstrationsstatistik, weil es ja einen Unterschied macht, ob irgendwo zehn Leute demonstrieren oder 5'000. Auch ist es so, dass in Sachen Fragen von Ansprechpersonen bei Demonstrationen, von Formen des Dialogs dies alles Themen waren, aber die GPK hat diesen Entscheid in dieser Form gefällt.

Wozu wir uns in unserem Bericht geäussert haben, ist die Abwärtsspirale, die es offenbar gibt. Vor einem Jahr haben 80 Leute gefehlt bei der Kantonspolizei, jetzt sind es aber 120. Wir schreiben im allgemeinen Teil des Berichtes, und das bezieht sich nicht nur auf die Kantonspolizei, folgendes: «Ist aber eine besonders herausfordernde Situation infolge von Personalmangel erst einmal eingetreten, bedarf es einer schnellen und flexiblen Reaktion, um zu vermeiden, dass es zu einer eigentlichen Krisensituation kommt. Es darf nicht vorkommen, dass das Funktionieren der kantonalen Verwaltung infolge von Personalmangel in Frage gestellt ist.»

Das stellen wir fest und ich glaube, diese flexible und schnelle Reaktion braucht es. Es gibt offenbar strukturelle Probleme, die angegangen werden müssen. Wie Verantwortlichkeiten sind im Hinblick auf bestehende Schwierigkeiten, das haben wir noch nicht untersucht, das konnten wir noch nicht untersuchen, und es ist für mich sehr klar, dass Sorgfalt vor Tempo geht, was in der Geschäftsprüfungskommission sehr häufig der Fall ist. Und ich finde die Zusammenarbeit in der Kommission bis jetzt auch ausgesprochen konstruktiv und denke, dass man sicher noch Diskussionen haben wird, wie wir mit dieser Fragestellung des Scheferberichts und anderen Dingen umgehen wird. Das wird man sehen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Regierungsrat Kaspar Sutter, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Wortmeldungen liegen keine vor. Damit verzichtet Regierungsrat Kaspar Sutter wahrscheinlich auch in der zweiten Runde und auch Tim Cuénod verzichtet.

Damit kommen wir zur Staatsanwaltschaft. Gibt es Wortbegehren? Es gibt keine Wortbegehren zur Staatsanwaltschaft.

Es geht weiter mit dem Bericht des Gerichtsrats. Es gibt keine Wortbegehren zum Gerichtsrat.



Damit kommen wir zum Thema Bemerkungen zum Bericht der Ombudsstelle, Finanzkontrolle und zum Datenschutzbeauftragten. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses auf Seite 61 des Berichts.

Titel und Ingress

1 Genehmigung Jahresbericht des Regierungsrates

2 Genehmigung Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte

3 Genehmigung Bericht der GPK

4 Kenntnisnahme der Empfehlungen und Forderungen der GPK

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

### Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### Ergebnis der Abstimmung

**90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003766, 26.06.24 16:28:30]

### Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Jahresbericht 2023 des Regierungsrats wird genehmigt.
  2. Der Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte für das Jahr 2023 wird genehmigt.
  3. Der Bericht der GPK für das Jahr 2023 wird genehmigt.
  4. Die Empfehlungen und Forderungen im Bericht der GPK werden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.
- Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

## 61. Resolution David Jenny und Konsorten betreffend keine Duldung von Besetzungen von Räumlichkeiten, die von der Universität Basel genutzt werden

[26.06.24 16:28:42, 24.5296.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir haben dieses Traktandum heute Morgen auf die Traktandenliste gesetzt. Der Resolutionsentwurf liegt Ihnen vor. Gemäss § 54 der Geschäftsordnung kann eine Resolution nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden. Wir kommen zu den Voten. Zuerst für die Fraktion FDP hat sich eingetragen der Verfasser der Resolution David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Da dies eine normale Debatte ist, habe ich als Verfasser der Resolution nicht das letzte Wort, dann habe ich mich bemüht, das erste Wort zu haben. Dafür, dass die Traktandierung jetzt im zweiten Anlauf geklappt hat, danke ich Ihnen allen. Ich bin froh, dass wir jetzt die Gelegenheit haben, diese wichtige Thematik zu diskutieren. Ich habe bewusst das



Instrument der Resolution gewählt. Diese ist nicht rechtlich verbindlich. Die adressierten die Behörden findet nicht rechtlich verpflichtet, ihr zu folgen. Angesichts der besonderen Nähe unseres Parlaments zum Regierungsrat unseres Kantons und zur Universität Basel sind diese aber wohl beraten, sich mit Inhalt und Forderungen dieser Resolution auseinanderzusetzen, unabhängig davon, ob diese formell überwiesen wird, was leider relativ unwahrscheinlich ist, nur eine einfache Mehrheit findet oder im worst case hier verworfen wird.

Prämisse der Resolution ist, dass Besetzungen im Gegensatz zu Demonstrationen oder Versammlungen keinen grundrechtlichen Schutz geniessen, mindestens so lange, bis nicht ein Gericht in Strassburg ein solches Grundrecht erfindet. Und ich habe mich auch vergewissert bei der juristischen Fakultät, informell, wenn ich behaupte, dass Besetzungen keinen grundrechtlichen Schutz verdienen, würde mir nicht nachträglich mein Dokortitel entzogen werden.

Mit Besetzungen von Räumlichkeiten der Universität werden die Studierenden und der Lehrkörper daran gehindert, den Zweck der Universität zu erfüllen. Die Resolution verlangt, dass denjenigen, die beabsichtigen, durch Besetzung universitärer Räumlichkeiten ihre Forderungen durchzusetzen, klargemacht wird, dass Besetzungen nicht geduldet werden und dass sich dadurch kein Dialog über Forderungen aller Art erzwingen lässt. Dialog scheint ein Schlüsselbegriff dieser Debatte zu sein. Der Präsident der GPK ist ja schon auf das Altgriechische heute ausgewichen. Im Wort Dialog steckt Logos, und Logos heisst Wort und nicht Besetzung und «en arché en ho logos» - am Anfang war das Wort und auch nicht die Besetzung.

Ich bin wirklich davon überzeugt, dass an unserer Universität ausreichend rechtliche Möglichkeiten bestehen, mit der Universitätsleitung einen Dialog zu fördern. Es gibt einen Studierendenrat, es gibt die Möglichkeiten von Petitionen, es können alle möglichen Veranstaltungen durchgeführt werden. Dieses Instrumentarium durch Besetzungen anzureichern ist schlichtweg falsch oder im Dialekt ist schlichtwegs «bireweich». Dialog hat etwas Sokroatisches.

Und Sie mögen jetzt in einer Zwischenfrage fragen: Wissen Sie nicht, dass heute in Griechenland die Universitäten rechtsfreie Institutionen sind und die Polizei diese nicht betreten darf? Dann kann ich Ihnen erwidern, das war mal so, aber der oberste griechische Gerichtshof hat ein Gesetz geschützt, so dass eine Campus-Polizei jetzt zulässig ist und diese Unipolizei auch die Universitäten schützen darf. Das war vorher nicht der Fall. Wir haben keine Campus-Polizei, diese Rolle übernimmt unsere Kantonspolizei.

Sie mögen auch sagen, diese Resolution sei nicht mehr aktuell. Sie liegen damit meines Erachtens falsch. Ich will es nicht gross thematisieren die Ausflüchte, die unser Erziehungsdirektor bezüglich der angedrohten Störung der Lehrabschlussprüfungen gefunden hat. Auch wenn zurzeit die Besetzungsaktivitäten eingeschlafen sind, diese können jederzeit wieder zum Leben erweckt werden, auch wenn sich jetzt hier die Linke hinter Besetzungen stellt.

Die Resolutionsforderungen sind bewusst so gehalten, dass sie eben nicht die Vergangenheit thematisieren, sondern ein klares Vorgehen für zukünftige Ereignisse erreichen wollen. Und etwas zur Formulierung der Resolution: Ich habe mich sehr um Zurückhaltung bemüht. Ich habe keinerlei Forderungen auf zwingende Strafverfolgung, Exmatrikulation oder Einwirkung – jetzt ist der Begriff Besetzung in einem anderen Wortsinn gemeint – universitärer Organe aufgenommen. Ich bin überzeugt, dass die Universität Basel die Kommunikation einer klaren Haltung durch den Grossen Rat schätzen wird und jetzt und in Zukunft in ihren Abwägungen dieser Kommunikation – und ich hoffe, es ist die richtige – das gehörige Gewicht geben wird. In diesem Sinne hoffe ich auf Ihre Zustimmung zu dieser Resolution.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt Zwischenfragen von Johannes Sieber und René Brigger. Sie werden angenommen.

*Johannes Sieber (GLP):* Ich wollte wissen, ob die Ratslinke, die diese Resolution gemäss Kreuztabelle ablehnen wird, im Vorfeld den Dialog gesucht hat, um vielleicht eine Einigkeit zu finden in der Formulierung der Resolution?

*David Jenny (FDP):* Bezüglich Inhalt der Resolution hat die Linke keinen Dialog gesucht, aber ich habe ja darauf verzichtet, das Sekretariat der SP zu besetzen und das hat sie wahrscheinlich als Verzicht meinerseits auf Dialog aufgefasst.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die nächste Zwischenfrage stellt René Brigger.

*René Brigger (SP):* Ich habe eine kleine redaktionelle Frage. Sie reden vom Eigentum des Kantons. Hat der Kanton an diesen Räumlichkeiten überhaupt Eigentum, ist es nicht vielmehr Eigentum der Einwohnergemeinde Basel?



*David Jenny (FDP):* Die Einwohnergemeinde hat keine eigenen Organe. Das sind Organe des Kantons. Die Verhältnisse sind teilweise nicht ganz einfach. Ich habe Kanton als Oberbegriff genommen und ich danke Ihnen für die Klarstellung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher für die LDP ist André Auderset.

*André Auderset (LDP):* Ich danke einerseits für das Verfassen der Resolution, andererseits auch für Ihre eben gesprochenen weisen Worte. Meine werden weniger weise sein, dafür vielleicht auch etwas emotionaler, denn um die normalerweise von Lisa Mathys verbreiteten Worte zu gebrauchen, ich bin einigermassen schockiert, entrüstet und was auch immer, dass nämlich beim letzten Mal vor etwa zwei Wochen die Traktandierung gescheitert ist. Immerhin ist man hier nach dem Scheitern gescheitert geworden und hat nun uns ermöglicht, hier immerhin darüber zu diskutieren.

Eigentlich ist diese Resolution ja restlos überflüssig, denn eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass in diesem Haus eine illegale Besetzung – wahrscheinlich gibt es ja keine legale Besetzung – nicht Billigung findet, schon gar nicht, wenn sie den Hort von Wissen und Forschung, nämlich die Universität Basel, betrifft und ihren Betrieb stört. Es sollte ebenso selbstverständlich sein, dass man gegenüber rassistischen Parolen, die dann nach so einer Besetzung dort hängen, weil eben ein guter Teil oder ein schlechter Teil der Besetzenden eben stark antisemitisch ist, dass dann eben solche Sachen dort stehen, die man eigentlich nur als Rassismus, als Antisemitismus verurteilen muss.

Trotzdem eben wurde vor zwei Wochen tatsächlich von einer knappen Mehrheit in diesem Rat abgelehnt, das zu traktandieren und man hat sich sogar geweigert, darüber zu reden, ob das Antisemitismus ist, ob man das geduldet haben will oder ob man hier nicht ein Zeichen setzen muss. Und dadurch ist die Resolution eben doch notwendig geworden, ist sie anscheinend eben nicht selbstverständlich.

Es ist tatsächlich so, dass ein Teil das abgelehnt hat und mit einigermassen formalistischen Argumenten, man habe ja keine Zeit gehabt, darüber zu reden. Es wird hier im Vorzimmer so viel geredet, ich nehme an, auch darüber zu reden hätte man Zeit gehabt. Es gab dadurch so ein Gerüchlein – ich würde nicht sagen, dass ich das vermute, ich sage nur ein, es entsteht dabei so ein Gerüchlein, dass man je nachdem aus welchem Lager Rassismus kommt, das mehr oder weniger tolerant anschaut. Wenn man hier eben einmal eine gewisse Sympathie mit denen hat, die das machen, dann verzeiht man es. Ich stelle mir jetzt gerade vor, eine irgendwie geartete Gruppierung hätte ein Ungebäude besetzt, um damit gegen die zunehmende Überfremdung der Schweiz zu protestieren oder gegen Missstände im Asylwesen. Sofort wären doch Gegendemonstrationen des Bürgerforums gegen rechts, Seniorinnen gegen rechts, Basel nazifrei und so weiter losgezogen. Hier wurde zum Völkermord aufgerufen, meine Damen und Herren, From the River to the Sea ist nichts anderes, als die Vernichtung Israels zu fordern. Da ging niemand auf die Strasse, nach dem Bündnis Basel nazifrei vermisse ich schon etwa ein Bündnis Basel gegen Antisemitismus.

Hier fehlt es mir etwas an gleichem Augemass, sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite, und dass in der Kreuztabelle zu entnehmen ist, dass es immer noch zwei Parteien gibt, die diese Resolution nicht mittragen wollen – ich will nicht sagen, wer sie nicht mitträgt, ist ein Antisemit, das will ich ausdrücklich nicht behaupten, aber er unterstützt damit Antisemiten, und das ist für mich Mittäterschaft.

Deshalb bitte ich Sie, diese Resolution, die leider eben doch notwendig ist, mit zu unterstützen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin für die SP ist die Michela Seggiani.

*Michela Seggiani (SP):* Die SP Basel-Stadt verurteilt Antisemitismus, Rassismus und jede Form von Diskriminierung und von diskriminierendem Verhalten. Wir sprechen uns, wenn immer möglich, für den Weg des Dialogs aus. Auch sind antisemitische Parolen wie From the River to the Sea inakzeptabel. Der Terror der Hamas gegen die israelische Zivilbevölkerung und die massive Militäroperation und die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen bestürzt uns zu tief und sie macht uns auch sprach- und machtlos. Der Grosse Rat hat am 19. Oktober eine Resolution dazu verabschiedet, dazu hat die notabene der Dialog unter den Fraktionen sehr gut funktioniert und wir konnten gemeinsam Worte finden und formulieren.

Jetzt, als eine Reaktion zu den Geschehnissen in Nahost wurden im Mai dieses Jahres Räumlichkeiten der Universität von propalästinensischen Gruppen besetzt. Zu den Besetzungen, zur Haltung der Universität, der Regierung und zur Polizei gibt es unterschiedliche Meinungen und Perspektiven. Wir verstehen die Intention von David Jenny, sich dazu in Form einer Resolution äussern zu wollen, jedoch können wir die darin formulierten Forderungen nicht unterstützen. Eine Forderung der Resolution ist, dass die Universität und die Regierung keinen Dialog mit Besetzenden allgemein führen. Dies als Grundsatz festzuhalten, können und wollen wir auch nicht befürworten. Auch möchten die Unterstützer:innen der Resolutions Besetzungen so rasch wie möglich geräumt sehen. Das ist unserer Meinung nach ein falscher Fokus. Eine friedliche Lösung



zu finden, müsste immer das primäre Ziel sein. Amnesty International weist auch daraufhin, dass laut Rechtsprechung vor jeder Räumung einer Hausbesetzung eine Interessenabwägung vorzunehmen ist. Dies gilt erst recht bei einer Universität, denn sie ist ein der Öffentlichkeit zugänglicher Ort und Raum, in welchem öffentliche Diskurse und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse stattfinden sollen.

Aus diesen Gründen unterstützt die SP-Fraktion die Resolution nicht. Dennoch ist es wichtig, hier eine klare Haltung zu haben und zu zeigen. Unsere Haltung ist immer für die Menschlichkeit und für den Frieden. Wir solidarisieren uns mit den Opfern von Krieg und Terror. Von Rassismus und Antisemitismus distanzieren wir uns klar. In diesem Sinne haben wir auch gestern gemeinsam mit dem GAB ein Statement für differenzierten Dialog und gegen Antisemitismus und gegen Rassismus veröffentlicht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion SVP spricht Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Die SVP-Fraktion hat schon im ersten Teil des Junis die Traktansierung dieser Resolution von David Jenny unterstützt, wir hätten dann selbstverständlich auch dem Text zugestimmt, wenn es zur Abstimmung gekommen wäre. Auch wir schliessen uns dem Dank von André Auderset an, dass er diese Resolution formuliert hat. Tatsächlich ist es so, wie Michela Seggiani gesagt hat, wer diese Resolution heute nicht unterstützt, ist nicht schuldig, Antisemitismus zu unterstützen. Das würde ich wirklich auch weit von mir weisen, wenn das heute jemand im Anschluss behaupten würde.

Aber Michela Seggiani, diesen Schuh müssen Sie sich trotzdem anziehen, ich habe ein wenig Mühe damit, wenn Sie sagen, es brauche eine differenzierte Haltung. Ich kann diese differenzierte Haltung in verschiedenen Punkten nachvollziehen, aber nicht, wenn bei einer illegalen Sympathisanten der Hamas anwesend sind. Es ist keine propalästinensische Besetzung gewesen, das ist ein Narrativ, das ich weit von mir weise. Das war eine Unterstützungsbesetzung der Hamas, eine Terrororganisation, die in verschiedenen Ländern verboten ist, die am 7. Oktober Israel, einen souveränen Staat angegriffen hat und über 1000 Menschen getötet hat, Kinder verschleppt hat, Frauen vergewaltigt hat, auf schändlichste Menschen verunstaltet hat und Menschen für das Leben lang traumatisiert hat. Das ist die Ausgangslage dieses Konflikts in Israel. Es ist kein Angriff Israels davor gewesen, der diesen Terroranschlag auf Israel in irgendeiner Art und Weise legitimiert und gerechtfertigt hat.

Und deshalb finde ich es auch sehr schwierig, wenn von der linken Seite im Zusammenhang mit diesem 7. Oktober immer von einer Differenzierung des Konflikts gesprochen werden soll. Wo differenzieren Sie dann den Konflikt in der Ukraine? Da gibt es auch nichts zu differenzieren. Die Ukraine wurde von Russland angegriffen und es gilt, den russischen Aggressor zu stoppen und den Krieg zu beenden. Dafür braucht es auch keine Verhandlungen. Es braucht einen Sieg der Ukraine. Und genau so ist es bei diesem Angriff der Hamas auf Israel. Es gibt keine Differenzierung in diesem Leid, und deshalb verstehe ich auch nicht, weshalb man sich nun hinter diese von David Jenny sehr moderat formulierte Resolution nicht stellen kann. Denn tatsächlich ist es so, an dieser Besetzung wurde nicht nur die Sympathie mit den Terroristen der Hamas ausgesprochen, sondern es wurden auch antisemitische Parolen skandiert. From the River to the Sea, Palestine will be free antisemitisch konnotiert. Wenn Sie die gleichen Leute haben, die behaupten, Israel würde einen Genozid an Palästinensern verüben, das ist tief verankerter Antisemitismus. Das erinnert an die gleichen Leute, die an die Universität Basel vor einigen Monaten im Fachbereich Urban Studies untersucht haben, ob Israel mit Wildschweinen gezielt auf Palästina und auf die palästinensischen Gebiete, auf die palästinensische Bevölkerung losgeht. Wer das nicht klar verurteilt – und damit meine ich nicht Sie, sondern diejenigen, die bei den Besetzungen dabei waren – macht sich zumindest zu einem Helfershelfer der Hamas-Terroristen. Und das ist aus meiner Sicht etwas, was nicht geht.

Deshalb ist es auch gut, dass wir diesen Resolutionstext vor uns liegen haben, der sowohl an die Universität Basel adressiert ist aber auch an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt. Wir wollen, dass klargelegt wird, dass Besetzungen, sei es im Zusammenhang mit diesem Konflikt oder mit einem anderen Konflikt, der auf der Welt irgendwo herrschen kann, in keinem Fall gerechtfertigt ist. Die Universität ist nicht der Ort für eine solche Besetzung. Und hier muss sich auch die Universität die Frage und die Kritik gefallen lassen, adäquat gehandelt zu haben. Ich bleibe bei meiner Grundkritik vom Juni, dass die Rektorin, das Rektorat, die Universitätsleitung nicht adäquat gehandelt hat mit dem Festsetzen von Ultimaten, die dann nicht eingehalten worden und verlängert worden sind. Das ist aus unserer Sicht, aus Sicht der SVP-Fraktion ein absolutes Übel, es hätte bereits nach Ablauf des ersten Ultimatums geräumt werden müssen, auch um ein Signal auszusenden an all jene Studentinnen und Studenten, die sich dafür eben nicht eingesetzt haben, dass es zu einer solchen Besetzung kommt, die wie beispielsweise die jüdischen Studentinnen und Studenten seit Monaten offenbar an der Universität bedroht sind, sich unsicher und unwohl fühlen, und das gilt es auch zu respektieren und zu anerkennen. Und diese Resolution soll dazu auch einen Beitrag leisten, dass sich auch jüdische Studentinnen und Studenten an der Universität Basel wieder sicherer fühlen können, auch wenn diese Resolution letztlich symbolisch ist. Sie ist trotzdem eben auch ein Zeichen an diese jüdischen Studentinnen und Studenten und an all jene Studenten und Studentinnen, die sich eben nicht mit diesen Besetzungen solidarisiert haben und sich sogar in ihrem Studienleben gestört gefühlt haben.



Ich glaube, es ist auch gut, dass wir mit dieser Resolution ein Zeichen setzen und ein starkes Votum an die Adresse des Regierungsrates aussenden, dass er die Abläufe bezüglich Räumungen gemeinsam mit der Universität, aber auch dort, wo der Kanton an sich Eigentümer der Liegenschaft ist, so festlegt, dass Räumungen möglichst rasch nach einer erfolgten Besetzung erfolgen. Das ist, zumindest wenn man diesen Fall an der Universität Basel von aussen anschaut, nicht sehr klar gewesen. Es hat ja nicht nur eine Besetzung, sondern mehrere Besetzungen gegeben und zumindest bei der zweiten Besetzung habe ich dann die Haltung der Universität gar nicht mehr verstanden, die gesagt hat, dass diese Liegenschaft ihr ja gar nicht gehöre, sie sei nur Mieterin, hier müsse der Regierungsrat, hier müsse der Kanton handeln. Wenn ich als Mieter in meiner Wohnung eine illegale Besetzung habe, muss ich nicht zuerst meinen Vermieter fragen, ob allenfalls dann irgendwann geräumt werden kann. Dann mache ich das umgehend, dann veranlasse ich das umgehend, hierfür brauche ich keine Bewilligung eines Eigentümers der Liegenschaft. Ich miete sie ja und mit der Miete dieser Liegenschaft habe ich auch gewisse Rechte, die damit einhergehen. Deshalb finde ich auch die Haltung der Universität zumindest etwas auf Baseldeutsch gesagt «gspässig».

Deshalb ist es gut, können wir heute diese Resolution verabschieden. Ich hoffe, die Resolution findet trotzdem die Zweidrittelmehrheit. Sie könnten heute als linke Parteien ein sehr starkes Signal aussenden, dass Sie mit uns gemeinsam solche Besetzungen nicht dulden wollen und auch mit uns gemeinsam aufzeigen, dass eben die Universität als Institution auch eine gewisse Neutralität und Unabhängigkeit sich bewahren muss und auch bewahren soll und auch in Zukunft bleiben soll, ein neutraler Ort, wo sich alle Studentinnen und Studenten wohlfühlen können, auch jüdische Studentinnen und Studenten.

Deshalb bitte ich Sie, diese Resolution hier zu unterstützen. Auch wenn Sie es nicht tun, ist mir klar, dass sie nicht Antisemiten sind, aber es wäre stark, wenn wir heute als Grosser Rat gemeinsam dieses Signal aussenden könnten. Bitte stimmen Sie deshalb dieser Resolution zu.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zum Sprecher für die EVP Thomas Widmer Huber.

*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Von Eeiten der Mitte EVP-Fraktion unterstützen wir, dass Ende Mai die Besetzung der Uni auf Antrag der Unileitung durch die Polizei aufgelöst wurde. Dialog ist wichtig bei umstrittenen Themen. Demonstrationen sind natürlich legitim, solange sie friedlich sind, nicht antisemitisch und solange nicht From the River to Sea sie skandiert wird. Aber Besetzungen? Das geht gar nicht. Besetzungen überschreiten die rote Linie, denn hier handelt es sich um Hausfriedensbruch, verbunden mit einer Nötigung, da man mit illegalen Mitteln den Dialog erzwingen wollte.

Es gibt andere, legale Möglichkeiten, den Dialog in Gang zu bringen. Im Blick haben wir auch die Studierenden, insbesondere aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft. Auch jüdische Studierende sollen unbeschwert studieren und forschen dürfen. Wie in der Resolution erwähnt, sorgen wir uns um den Schutz ihrer Würde. Ausserdem wird ein Boykott der israelischen Universitäten, wie es die Besetzerinnen und Besetzer forderten, nicht nur die israelischen, sondern auch die vielen arabischen Studentinnen und Studenten bestrafen. Zudem ist ein Boykott von Bildung und Forschung kein adäquates Mittel, um einen Krieg zu beenden. Soweit zu diesem Punkt. Aber letztlich geht es einfach um die Frage, wie wir mit Besetzungen umgehen. Und da ist es für uns klar, Besetzungen überschreiten die rote Linie.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit geht das Wort an Harald Friedl für das GAB.

*Harald Friedl (GAB):* Ich beginne mein Votum zu dieser vorliegenden Resolution gleich mit einem Zitat aus der GO: «Jedes Mitglied oder eine ständige Kommission hat das Recht, eine Stellungnahme des Grossen Rates in der Form einer Resolution zu beantragen. Eine Resolution kann nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden.» Das steht in § 54 der Geschäftsordnung, also unserer Gesetzgebung.

Für mich sind in diesem Paragraphen zwei Aussagen zentral: Erstens, mit einer Resolution wird eine Stellungnahme des Grossen Rates geäussert, und sie ist kein Instrument, um Aufträge zu erteilen. Und zweitens, weil es sich um eine Stellungnahme des Grossen Rates handelt, also um den gesamten Grossen Rat, ist auch das Quorum mit zwei Dritteln besonders hoch. Beides hatte man schon gewusst

Die Entstehungsgeschichte der vorliegenden Resolution war unglücklich, und wir in der letzten Grossratssession darauf hingewiesen, dass wir ungenügend in den Entstehungsprozess des Textes involviert waren. Aber damit war es noch nicht gegessen. Es ging eben in der gleichen Art und Weise weiter. Auf die Kritik, dass wir es nicht bei uns in der Fraktionssitzung diskutieren konnten, wurde zwar reagiert, dass aber die unveränderte Resolution ein zweites Mal eingereicht wird, erfuhren wir aus den Medien. Unterzeichnet ist aber die Resolution von allen Fraktionen der GLP bis zur SVP. Die SP-Fraktion und das GAB fehlen und wurden auch nicht involviert. Und das, obwohl klar ist, dass es ein Zweidrittelmehr braucht, um eine Resolution zu überweisen. Ich lasse das Mal so im Raum stehen.



Wir haben die Resolution an unserer letzten Fraktionssitzung von diesem Montag intensiv diskutiert und ich kann Ihnen versichern, sie hat einen grossen Raum eingenommen in unserer Sitzung. Wir haben sie sehr ernst genommen und wir haben uns differenziert mit dem Inhalt auseinandergesetzt. Sie haben auch mitbekommen, dass die SP und des GAB gestern eine Medienmitteilung veröffentlicht haben, in der wir auch darlegen, was uns stört an dieser Resolution.

Wir kamen an der Fraktionssitzung vom Montag zum Schluss, dass es eben diese Resolution in dieser Form nicht braucht und wir sie auch nicht unterstützen wollen. Denn wir sind der Meinung, dass die Unileitung nicht unter dem Druck der Politik entscheidend soll, wie sie mit Besetzungen oder mit Sicherheitsproblemen umgehen soll. Ich fand es spannend vorhin, beim GPK-Rechenschaftsbericht hat Joël Thüring darauf hingewiesen, dass wir als Grosser Rat nicht ins Operative bei der Polizei eingreifen sollten. Ich könnte hier das gleiche Argument ebenso bringen.

Die Uni hat versucht, den Dialog zu führen, um über die Beweggründe der Besetzer:innen Klarheit zu gewinnen. Diese Versuche scheiterten, das wissen wir alle. Es wurde ein Ultimatum gesetzt und als das Ultimatum verstrichen war, wurde geräumt. Das Vorgehen der Uni liegt, wie schon gesagt, in ihrem Ermessen und ihre Entscheide waren für uns auch nachvollziehbar. Ich mag nicht daran denken, eine sofortige Räumung hätte auch eine Solidarisierung mit diesen antisemitischen Kräften bewirken können, und ich denke, es musste in der Situation entschieden werden, eine Abwägung gemacht werden, welches das richtige Vorgehen ist. Und da finden wir die Forderungen der Resolution zu strikt, indem sie von vornherein sagt, dass die Uni überhaupt nichts dulden darf, egal, was es auslösen könnte, egal, welches die Reaktionen oder Resultate daraus sein könnten.

Wir vertreten nach wie vor die Meinung, dass die freie Meinungsäusserung unterschätzt werden muss. Wie möchten auch darauf hinweisen, dass weltweit im Moment sehr viele Demonstrationen, Meinungsäusserungen stattfinden zur Situation im Nahen Osten. Wir sehen das auch mit grosser Besorgnis. Wir müssen aber auch darauf hinweisen, dass es auch legitime Formen der freien Meinungsäusserung gibt, selbst in Israel wird demonstriert gegen die Politik der Regierung. Wenn aber Meinungsäusserungen missbraucht werden und gesetzeswidrige Inhalte verbreitet werden oder wenn Gewalt angewendet wird, so soll und muss durchgegriffen werden. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Dazu braucht es aber, das habe ich vorhin schon erwähnt, in unseren Augen auch eine Einzelfallprüfung, und man kann nicht einfach von vornherein sagen, dass das das richtige Mittel sei, um gegen diese Situation vorzugehen. Eine vorausgehende Doktrin, alle Besetzungen sofort und ohne Dialog zu räumen, geht in unseren Augen zu weit.

Zuletzt fragen wir uns auch, was denn die Resolution eigentlich bezwecken soll. David Jenny hat darauf hingewiesen, dass er nicht die Vergangenheit anschauen will, sondern in die Zukunft schauen will. Joël Thüring hat jetzt aber gesagt und hat vor allem darauf hingewiesen, was da passiert ist bei dieser Besetzung und was die Inhalte waren, die wir auch nicht teilen. Wir sind alle frei, bei einer solchen Situation uns zu äussern. Es wurde auch rege gemacht in den sozialen Medien, es wurden Interpellationen eingereicht. Das finden wir gut. Wir haben uns auch ganz klar geäussert, auch gestern in der Medienmitteilung, auch von unserer Seite gab es Tweets, die sehr sehr deutlich waren und das überhaupt nicht unterstützt haben, was dort passierte.

Wir sind aber auch der Meinung, dass solche Vorkommnisse eben nicht einfach tel quel in die Zukunft extrapoliert werden dürfen und daraus eine Doktrin entstehen darf, in Zukunft immer so zu reagieren. Das finden wir einen falschen Weg. Ich bin auch dankbar um das Votum von Joël Thüring, dass nicht alle, die es ablehnen werden, in den Topf der Antisemiten geworfen werden würden. Danke für das klare Votum. Ich distanziere mich mit aller Deutlichkeit davon, ein Antisemit zu sein oder antisemitisches Gedankengut mitzutragen. Daher glaube ich, habe ich jetzt begründet, warum das GAB hier dieser Resolution nicht zustimmen wird. Einzelne Mitglieder werden sich enthalten, aber sie werden, so viel ich weiss, dieser Resolution auch nicht zustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Johannes Sieber an? Sie wird angenommen.

*Johannes Sieber (GLP):* Sie haben gesagt, dass es die Resolution in dieser Form nicht braucht. Wäre es nicht Ausdruck eines differenzierten Dialogs, spätestens jetzt mit Änderungsanträgen auf eine stimmige Reform dieser Resolution hinzuwirken?

*Harald Friedl (GAB):* Das wäre eine Möglichkeit gewesen, aber wie schon gesagt, Dialog geht immer in beide Richtungen. Wir fühlten uns nicht wirklich eingeladen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit spricht Claudia Baumgartner für die GLP.



*Claudia Baumgartner (GLP):* Das Grundrecht der Meinungsäusserungsfreiheit, da sind wir uns alle einig, ist ein selbstverständliches Gut in jeder demokratischen Gesellschaft, oder sollte es zumindest sein, und kann gerade in der heutigen Zeit der zunehmenden Ideologisierung und Radikalisierung sowie der beängstigenden Mundtodmacherei in vielen despotischen Staaten nicht hoch genug gehalten werden. Unterschiedlichste Meinungen sollen im Sinne einer diversen und dadurch auch gestärkten Gemeinschaft, wir kennen dieses wortwörtlich im Zusammenhang mit der Biodiversität, ihren Platz haben und auch Minoritäten ein Recht auf Chancengerechtigkeit und Teilhabe erfahren. Dafür setzen wir Grünliberale uns regelmässig ein, wie etwa unsere Haltung zum kantonalen Partizipationsgesetz, zum Gleichstellungsgesetz oder jetzt dann morgen aktuell zum Ausländerstimmrecht zeigt.

Wo aber die Meinungsäusserungsfreiheit aus unserer Sicht ganz klar ihre Grenzen hat, ist dort, wo die Rechte anderer dadurch unrechtmässig verletzt werden, so geschehen am 13. Mai im Bernoullianum unserer Universität. Sogenannt propalästinensische Personen besetzten das Gebäude und verhinderten dadurch den ordentlichen wissenschaftlichen Betrieb. Auch wurde von eingeschüchterten Studierenden und vergeblich vermittelnden Lehrpersonen berichtet. Ein Dialog ausserhalb der Okkupation, die mit klaren politischen Forderungen an die Universität gelangte, scheiterte an der Bereitschaft der Besetzenden. Schliesslich gelang mit Unterstützung der Polizei zwei Tage später die Auflösung der illegalen Aktion. Über die Politik weltweit und aktuell im Nahen Osten darf und soll selbstverständlich auch und insbesondere im Rahmen eines universitären Betriebs diskutiert werden und Dialogbereitschaft gerade auch im akademischen Bereich von allen Beteiligten jederzeit unbedingt vorhanden sein. Aber bitte nicht in nötiger Manier, ist die eigene menschliche und politische Verzweiflung auch noch so gross.

Insofern können wir Grünliberalen die Forderung dieser Resolution klar unterstützen. Und als Juristin möchte ich sagen, wenn man den Text der Resolution jetzt nochmals liest, in dem es ja auch vor allem um diese Dialogbereitschaft geht und darum, ob sie nun vorhanden ist oder nicht, also wenn ich lese, dass die Uni und die Regierung erklären sollen, dass sie nicht bereit sind, auf Grund von Besetzungen in einen Dialog mit Besetzenden über Forderungen aller Art zu treten, ist für mich eigentlich sonnenklar: Wenn illegal etwas besetzt wird und man nicht bereit ist, den Dialog ausserhalb dieser illegalen Aktion zu suchen, dann finde ich es wirklich etwas schwierig und selbstverständlich überall sonst sind wir bereit, man muss immer bereit sein, Dialogbereitschaft ist auf jeden Fall immer zu gewähren, aber bitte nicht mit unrechtmässigem Druck.

Ja, wir geben zu dieser Resolution trotz unseres inhaltlichen Einverständnis einfach noch Folgendes zu bedenken: Erstens war diese Situation wohl für die meisten involvierten Gremien eine erstmalige Herausforderung dieser Art, und im Nachhinein ist man meistens klüger als in einer kritischen und komplett neuen Situation. Und wir wissen nicht im Detail, was sich alles konkret ereignet hat, welche Haltung die Unileitung während der zweitägigen Besetzung selber einnahm und welche Schritte sie neben der erfolglosen Vermittlungstätigkeit ebenso erfolglos einzuleiten versuchte. Gerade angesichts des aktuellen Personal mangels bei der Polizei ist etwa nicht auszuschliessen, dass das entsprechende Aufgebot seine Aufgabe nicht, beziehungsweise nur verzögert vollständig wahrnehmen konnte. Zweitens sind wir trotz unseres inhaltlichen Einverständnisses zu den Forderungen der Resolution klar der Ansicht, dass die operative Verantwortung für den universitären Betrieb bei den entsprechenden Leitungsgremien und nicht beim Parlament liegt und wir entsprechend auch unser Vertrauen geben sollen. Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass die verantwortlichen Leitungsgremien bereits ein Debriefing durchgeführt und erste Massnahmen definiert oder bereits umgesetzt haben, sei dies zur Aufarbeitung der aktuellen Besetzung, sei es für allfällige zukünftige Ereignisse.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Einzelsprechenden, und da hat sich Tonja Zürcher gemeldet.

*Tonja Zürcher (GAB):* Wir sind alle betroffen vom Terror, dem Krieg, dem Hunger und der willkürlichen Gewalt im Nahen Osten. Es werden in unserer Stadt, in unserer Region leere Stühle mit den Bildern der Opfer, der Geiseln aufgestellt, um auf ihr menschliches Schicksal aufmerksam zu machen. Es werden Peace-Fahnen aufgehängt, es wird demonstriert, es gibt vielfältige Gesprächsabende, Podien, Diskussionsabende und Filmvorführungen zum Thema, und es wurde auch die Uni besetzt. All diese Aktivitäten sind Ausdruck einer grossen Ohnmacht und Verzweiflung angesichts dem Schrecken im Nahen Osten.

Wir wissen alle, dass weder eine Unibesetzung noch leere Stühle oder Peace-Fahnen einen direkten Einfluss auf den Krieg, auf das Töten, auf das Hungern oder generell die Situation im Nahen Osten und das Leben der Geiseln haben. Das ist unglaublich schwer auszuhalten. Trotzdem ist es wichtig, dass diese Sorgen geäussert werden können. Diese Aktivitäten sind Zeichen davon, dass es uns eben nicht egal ist, was passiert, dass wir mitleiden und dass wir wollen, dass die Gewalt und das Leid aufhört. Wenn wir eine Chance auf Frieden und ein Ende der Gewalt haben wollen oder nützen wollen, dann geht das nur, wenn wir trotz dem Schmerz und der Ohnmacht, die wir dabei empfinden, hinschauen und unsere Solidarität mit allen Menschen ausdrücken, die in Israel und in Palästina leiden, und jene Menschen unterstützen, die sich in Israel und Palästina für einen Frieden einsetzen und aktuell zu Zehntausenden auf die Strasse gehen.

Mir war wichtig, das hier nochmals klarzustellen, weil es wird hier über ganz vieles geredet, nur nicht über das, worum es eigentlich geht. Diese Resolution macht das Gegenteil von Solidarität, sie macht das Gegenteil von Hinschauen. Anstatt auf



Menschlichkeit setzt sie auf ein Schwarzweissdenken, auf eine generellen Dialogverweigerung und auf Repression. Das bringt nur eines, eine weitere Spaltung unserer Gesellschaft, als hätten wir davon nicht schon genug.

Ich möchte zum Abschluss noch ganz kurz aus dem Leitbild der Universität zitieren: «Sowohl innerhalb der Universität als auch gegenüber unseren Partnerinnen und Partnern setzen wir auf eine Kultur des Dialogs, der Wertschätzung, des Respekts und der Toleranz.» Das wünsche ich mir auch für unsere Gesellschaft und auch für unsere Politik. Ich bitte Sie deshalb, diese Resolution abzulehnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für ein Votum als Einzelsprecher hat sich David Jenny nochmals gemeldet.

*David Jenny (FDP):* Wir haben vom GAB jetzt zwei sehr unterschiedliche Voten gehört. Harald Friedl war wieder so formalistisch wie es nur gehen kann und er hat gesagt, die linke Fast-Ratshälfte habe nichts gewusst von der Wiedereinreichung. Ich war in Kontakt mit Michela Seggiani, die mir signalisiert hat, dass die SP die Traktandierung, nicht die Resolution, unterstützen werde, und ich bin naiv davon ausgegangen, es würden kommunizierende Röhren zwischen der SP und dem GAB bestehen. Das hat bei der eine Medienmitteilung, die mir auch nicht persönlich zugestellt wurde, stattgefunden. Aber mindestens bezüglich der SP trifft dieser Vorwurf nicht zu. Es gab auch Medienberichte darüber, dass ich wieder einreiche. Sie kommunizieren ja auch über Medienmitteilungen. Und ich habe auch signalisiert, ich bin nicht empfänglich für Formulierungsänderungen, die dann die Resolution in das Gegenteil verändern, aber für konstruktive Beiträge bin ich durchaus offen. Mir wurde quasi von der eigenen nicht ganz Ratshälfte vorgeworfen, die Formulierung «Räumung so rasch als möglich», sagt zu schwammig. Ich habe bewusst so rasch als möglich gesagt, das ist sowohl rechtlich wie faktisch wie unter Abwägung der Umstände möglich. Wenn jetzt da ein oder zwei Worte noch hinzugefügt worden wären, dann hätten wir darüber reden können.

Zu René Brigger: Ich habe jetzt doch nochmals bei mir nachgelesen, aber ich sage Eigentum der Universität Basel, das ist ein Teil des Kantons Basel-Stadt respektive der Einwohnergemeinde Basel. Also ich glaube doch im zweiten Umgang, dass sei juristisch korrekt formuliert und auch hier hätte ich Änderungsvorschläge von Kollege René Brigger aufgenommen.

Tonja Zürcher hat verdienstvollerweise inhaltlich argumentiert. Sie hat verschiedene Möglichkeiten der Kommunikation in diesen schwierigen Zeiten aufgezählt, sie hat aber mit keinem Wort begründet, warum all diese legalen Kommunikationsformen ergänzt werden müssen durch eine illegale Form. Es ist nicht rechtmässig, da geht es nicht um Dialog. Wir haben alle möglichen rechtmässigen Mittel. Das hat auch Claudia Baumgartner gesagt. Diese sollen ergriffen werden und ich glaube, das ist der Respekt, indem beide Seiten eben rechtmässig aufeinander zugehen. Und ich bitte Sie wirklich, dieser Resolution zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecher kommt Pascal Messerli an die Reihe.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich wollte mich eigentlich nicht äussern, aber ich bin trotzdem noch über zwei Worte gestolpert, die man so einfach nicht stehenlassen kann, die Worte Meinungsfreiheit und das Wort Dialog. In welcher Form ist es bitte Meinungsfreiheit, wenn man auf illegale Art und Weise Gebäude besetzt? Das hat doch mit Meinungsfreiheit nichts zu tun. Hören Sie doch auf, hier irgendwelche Begriffe in den Raum zu werfen, die hier einfach überhaupt nicht realistisch sind und auch mit dieser Debatte irgendetwas zu tun haben. Meinungsfreiheit ist, dass man seine Meinung äussern darf auf legale Art und Weise, auch die Meinungsfreiheit kann grundrechtlich eingeschränkt werden, aber eine Besetzung hat sicherlich nichts mit Meinungsfreiheit zu tun.

Und der zweite Punkt ist Dialog. Ja, meine Damen und Herren, die Besetzer wollten ja effektiv keinen Dialog. Die Uni hat den Dialog gesucht. Der Dialog wurde abgelehnt und Sie kommen jetzt wieder, man soll den Dialog suchen, was denn für einen Dialog, den sie ja gar nicht führen wollen? Ich finde es ja dann schon auch spannend. Also Sie reden von Dialog und Meinungsfreiheit. Würden Sie dann diese gleiche Meinung hier vor dem Pult vertreten, wenn die junge Tat, welche mir jetzt auch nicht sympathisch ist, hier ein Universitätsgebäude besetzen würde und Remigration fordern würde? Würden Sie dann auch sagen: ja, das ist Meinungsfreiheit, wir müssen jetzt den Dialog suchen? Ich glaube Ihnen kein Wort, dass sie dann genau die gleichen Worte benutzen würden wie heute, und das ist eben das nicht Konsequente.

Ich bin auch gegen jede Form von Extremismus von links und von rechts und da muss man aber auch etwas tun. Was aber in den letzten Monaten der Fall war, waren reine Lippenbekenntnisse im Kampf gegen Antisemitismus. Man hat gesagt, ja, man setzt ein Zeichen und hat freundlicherweise auch meine Resolution von damals unterstützt, wo ich auch sehr dankbar war, aber dann ist nichts mehr weiter passiert. Der Juden Hass auf den Strassen explodiert. Keinen scheint es irgendwie zu interessieren, wenn an Demonstrationen gerufen wird From the River to the Sea, es hat keine Konsequenzen, wenn an der Uni behauptet wird, Israel würde Palästina mit Wildschweinen angreifen, keine Konsequenzen, wenn die Uni illegal besetzt wird, keine Konsequenzen. Ja was wollen Sie dann? Wollen Sie Antisemitismus wirklich bekämpfen oder wollen Sie jetzt nur



Lippenbekenntnisse? Irgendwann müssen Sie auch Farbe bekennen und irgendwann müssen Sie hier auch zeigen, wofür Sie einstehen.

Und vielleicht auch noch einmal zum Dialog. Ich möchte hier schon noch einmal festhalten, es waren vielleicht 40 Leute, welche die Universität besetzt haben oder mehrere Gebäude der Universität. Ein Teil davon waren nicht einmal Studentinnen und Studenten. Über 12'000 Studierende hatten Prüfungen, die wollten hier nicht, dass die Universität besetzt wird. Es gab auch jüdische Studierende, welche verängstigt waren. Ja wird denn mit diesen Menschen der Dialog gesucht? Hat man diese Menschen einmal gefragt, ob sie diese illegalen Besetzungen toll finden oder nicht?

Hier fehlt mir doch einfach auch, dass man auf auf diese Menschen eingeht, diese grosse Masse, diese grosse Mehrheit, welche eben genau diese antisemitischen Parolen nicht will, welche diese Besetzung nicht will und hier müssen wir uns doch einfach auch als Grosser Rat, als Parlament für diese Menschen einsetzen, für den Rechtsstaat einsetzen. Und genau dazu dient diese Resolution und deshalb bitte ich Sie auch, diese Resolution zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Beda Baumgartner möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

*Beda Baumgartner (SP):* Finden Sie es nicht unglaublich zynisch, dass Ihre nationale Partei als einzige Fraktion im Bundeshaus gegen eine Strategie zur Antisemitismusbekämpfung gestimmt hat und Sie sich hier herausnehmen, so eine Position zu vertreten?

*Pascal Messerli (SVP):* Meine Positionen sind seit Jahren transparent und dazu kann ich auch stehen. Dementsprechend finde ich es nicht zynisch, ich finde Ihre Haltung zu dieser Resolution sehr zynisch.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Wort geht an Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Warum hat es so lange gedauert, bis die Polizei kam? Besetzt sonst jemand etwas, kommt die Polizei auch. Die Polizei hat versagt. Zweistaatenlösung...

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das geht zu weit und Sie haben schon 20 Sekunden gesprochen.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bin Wahlbeobachter in Belarus, dort würden alle weggesperrt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es tut nichts zur Sache, ich erteile Ihnen einen ersten Ordnungsruf.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Anfang Juni habe ich anlässlich des Anzugs Bruno Lötscher den selbigen gefragt, ob die Welt noch mehr Anwälte brauche. Er hat mir geantwortet: Nein, es braucht bessere. Als ich diese Resolution zum ersten Mal gelesen habe, dachte ich ja, er hat vielleicht recht. Dass eine Resolution von diesem Hohen Haus verabschiedet werden soll, die auf rechtlich so dünnem Eis ist, das finde ich ehrlich gesagt etwas empörend, das muss selbst ich zugeben, der ich nicht Jurisprudenz studiert habe.

Natürlich haben Sie recht, es gibt verschiedene Rechtsgüter, die abgewogen werden müssen. Dazu gibt es auch Bundesgerichtsentscheide. Sie haben zum Beispiel die Nötigung, die Sie hier vielleicht geltend machen können, aber das ist nicht der Grosse Rat, der dies entscheiden muss, vielmehr müsste das ein Gericht tun, das das vielleicht in einer Güterabwägung feststellen kann. Es ist einfach anmassend, wenn der Grosse Rat hier eine Beschneidung der Meinungsäusserungsfreiheit fordert. Wir reden hier ja immer ex post, die Resolution fordert vorausschauend, etwas nicht zu dulden. Wenn von der anderen Seite eine Besetzung käme, dann wären wahrscheinlich alle einverstanden und würden sagen, das darf nicht passieren. Aber das muss zuerst eine Einzelfallprüfung geben und dann muss eingeschritten werden. Mein Eindruck ist, dass die Uni genau das gemacht hat und dass sie in diesem Sinne auch richtig gehandelt hat. Man kann nicht per se etwas verbieten.



Wir müssen auch daran denken, wenn die Junge SVP vom Russia today gefilmt wird, welches dann die Position weiterverbreitet würden, und wenn jetzt das umgekehrt passieren würde und die Positionen der Besetzenden von einem katarischen Sender weiterverbreitet werden würden, dann würde das nicht gehen, da gehe ich mit Ihnen hier einig, aber das muss eine Güterabwägung sein und das kann nicht der Grosse Rat hier postulieren, dass man das einfach nicht will.

Die Grundproblematik hier aus meiner Sicht ist, dass wir einen Konflikt haben, der extrem aufgeladen ist, und nicht nur hier, sondern weltweit. Wir haben hier auch eine jüdische Gemeinschaft, die schutzbedürftig ist und die auch diesen Schutz in Anspruch nehmen können muss. Wir müssen hier alles dafür tun, dass das passiert. In diesem Sinne finde ich persönlich es richtig gefunden, dass man diese Resolution überarbeitet. Man hätte zum Beispiel herausstreichen können die Formulierung palästinensische Terrororganisationen. Die Hamas ist keine palästinensische Organisation, die Führer sitzen bequem in irgendwelchen Staaten, währenddem die Menschen, die wirklich in Palästina oder die in Gaza sind, leiden. Die meisten Menschen gehören nicht zu dieser Organisation, sie identifizieren sich nicht mit dieser Organisation. Und dass diese dann auch so geframet werden in der Resolution, finde ich schwierig. Und auch dass der Schutz der jüdischen Gemeinschaft nicht stärker zur Geltung kommt, ist aus meiner Sicht ein Fehler. Ebenso die fehlende Interessenabwägung.

Wenn wir es mit so einem wichtigem Instrument wie der Resolution zu tun haben bei einem Thema, das solche Gräben in unserer Gesellschaft aufwirft, ist es meine feste Ansicht, dass es dann wichtig wäre, dass der Grosse Rat auch diese Gräben zuschüttet. Da muss ich halt auch David Jenny Recht geben. Es hätte hier einen Dialog gebraucht, es hätte ein Brückenbaum gebraucht, und ich finde es schade, dass das auch von unserer Seite, es war wahrscheinlich gegenseitig, nicht stattgefunden hat. Deswegen wird sich ein Teil der Grünen hier enthalten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie nehmen die Zwischenfrage von David Jenny an.

*David Jenny (FDP):* Ich äussere mich nicht zu Ihrer Einschätzung meiner juristischen Fähigkeiten, aber in der Resolution, auf die ich Bezug nehme, eingehend unserer Resolutionstextes, den wir verabschiedet haben, haben wir gesagt, dass der schrecklicher Krieg gegen Israel von der palästinensischen Terrororganisation Hamas ausgelöst wurde. Warum haben Sie nicht damals gegen diese Formulierung Einspruch erhoben?

*Oliver Thommen (GAB):* Das hätte ich sehr gerne gemacht, denn ich war mal in Gaza und die Menschen dort tun mir leid.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung. Für die Verabschiedung der Resolution braucht es, wie schon erwähnt, ein Zweidrittelmehr.

## 2/3-Abstimmung

JA heisst Verabschiedung der Resolution, NEIN heisst keine Verabschiedung.

## Ergebnis der Abstimmung

**50 Ja, 40 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003768, 26.06.24 17:24:40]

## Der Grosse Rat beschliesst

die Resolution wird nicht verabschiedet.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich glaube, ich rechne richtig, wenn ich sage, dass das erforderliche Zweidrittelmehr nicht erreicht wurde. Es gibt 50 Ja-Stimmen, 40 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte bleiben Sie anwesend. Es liegt ein Ordnungsantrag vor von Luca Urgese auf Verschiebung des Traktandums 6, Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschiffahrt AG auf morgen, 15 Uhr. Der Ordnungsantragsteller möchte begründen, er hat drei Minuten.



*Luca Urgese (FDP):* Bitte entschuldigen Sie diesen Antrag. Sie haben einen Änderungsantrag auf dem Tisch, es geistern weitere Anträge herum, die heiss diskutiert werden. Ich glaube, wir alle und auch die Basler Personenschiffahrtsgesellschaft hat es verdient, dass wir das sorgfältig miteinander ausdiskutieren und uns da irgendwie einigen können. Diese Gespräche finden noch statt. Wir würden dem Geschäft nicht gerecht werden, wenn wir das nun in einer wahrscheinlich relativ chaotischen Debatte irgendwie miteinander ausmehren würden.

Deshalb wären wir dankbar, wenn Sie uns noch ein bisschen Zeit geben bis morgen 15 Uhr, damit wir Zeit haben, das sauber miteinander auszudiskutieren. Danke, wenn Sie diesem Antrag stattgeben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir stimmen über diesen Ordnungsantrag ab.

### **Abstimmung**

Terminierung Traktandum 6 am 27. Juni um 15:00 Uhr

JA heisst Zustimmung zur Terminierung, NEIN heisst Ablehnung der Terminierung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**87 Ja, 1 Nein, 5 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003770, 26.06.24 17:26:54]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Zustimmung zur Terminierung von Traktandum 6.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es braucht für diesen Entscheid ein Zweidrittelsmehr, weil es eine Änderung der Tagesordnung ist. Das Zweidrittelsmehr wurde erreicht. Wir haben 87 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und 5 Enthaltungen. Damit wird Traktandum 6 auf morgen, 15 Uhr angesetzt.

## **5. Fristverlängerung kantonale Volksinitiative "für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)", Bericht der BKK**

[26.06.24 17:27:24, 22.1303.04]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Franziska Roth.

*Franziska Roth (SP):* Ich habe dem schriftlichen Bericht der BKK nichts hinzuzufügen und beantrage Ihnen, ein weiteres Mal die Frist für die Behandlung der Initiative im Grossen Rat auf den 23. Oktober 2024 zu verlängern. Ich kann Ihnen versprechen, dass unser Bericht in den letzten Zügen ist und so schnell als möglich verschickt wird. Wir werden im September über die Initiative diskutieren können.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Die Fraktionen und Einzelsprecher:innen ebenfalls. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 2 des Berichts

Titel und Ingress, einziger Absatz.

Publikationsklausel



## Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

## Ergebnis der Abstimmung

**89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003773, 26.06.24 17:29:06]

## Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung zur kantonalen Volksinitiative «für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)» wird bis zum 9. Februar 2025 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Grossratsbeschluss ist einstimmig angenommen mit 89 Ja-Stimmen.

## 7. Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK

[26.06.24 17:29:19, 23.0840.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Das Areal der Lonza liegt am Rand des Stadtzentrums von Basel, an einem wichtigen Knotenpunkt zwischen der Einfallachse von Osten und der Verbindungsachse City Gundeldingen. Das 1962 von Suter + Suter erbaute Hochhaus war lange Zeit das höchste Gebäude der Schweiz und ein bedeutender Merkmalspunkt in der Stadtlandschaft. Obwohl beim Bau eine weitere Überbauung vorgesehen war, wurde diese bis heute nicht realisiert, auch weil es zu hohen baulichen Anforderungen gekommen ist. Eine neue, zeitgemässe Interpretation des Orts ist nun aufgrund veränderter städtebaulicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen notwendig.

Die Lonza-Gruppe benötigt dringend mehr Büroinfrastruktur, da der Hauptsitz auf dem Lindenhofareal an seine Kapazitätsgrenzen stösst. Bereits 2017 mussten Abteilungen in externe Räumlichkeiten ausgelagert werden. Zusammen mit Swisslife plant Lonza das Areal zu einem gemischt genutzten Bereich mit urbanem Wohnen und Arbeitsplätzen zu entwickeln. Das Projekt Lindenhof Areal soll die Flexibilität für zukünftiges Wachstum bieten und Raum für ein modernes Arbeitsumfeld schaffen. Im Jahr 2012 führt die Lonza Group AG eine Testplanung durch, um die Überbaumöglichkeiten des bisher unternutzten Areal teils zu prüfen. Die Ziele der Testplanung umfassten Flexibilität der Nutzungsmöglichkeiten, städtebauliche und architektonische, Qualität sowie Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. Die von Morger + Dettli Architekten vorgeschlagenen Zwillingshochhäuser erwiesen sich als Favorit und dienen als Grundlage für den vorliegenden neuen Bebauungsplan. Das bestehende Hochhaus wird dabei unter Denkmalschutz gesetzt.

Die BRK begrüsst die Entwicklungspläne von Lonza für das Lindenhofareal und sieht darin ein klares Bekenntnis zum Standort Basel. Das Projekt sieht eine attraktive Mischnutzung aus Wohnen und Arbeiten vor. Durch die teilweise Umwidmung zum Wohnen und die geplanten öffentlichen Nutzungen in den Erdgeschossen wird der Perimeter aufgewertet. Die hervorragende Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz und die Erreichbarkeit mit dem Auto und Fahrrad sind weitere Vorteile.

Die Verwaltung hat auf Wunsch der Eigentümerschaft das Verfahren beschleunigt, indem die Beratung und Verabschiedung des Bebauungsplans parallel zum Variationsverfahren stattfanden. Dies bringt jedoch das Risiko mit sich, dass tiefgehende Änderungen am Projekt schwierig umzusetzen sind. Die BRK unterstützt die Beschleunigung von Bauprojekten grundsätzlich, lehnt jedoch ab, ein solches Vorgehen als neuen Standard einzuführen.

Das Lindenhofareal umfasst etwa 12'000 m<sup>2</sup> und fällt somit nicht unter die Vorgaben des gefundenen Kompromisses zur kantonalen Volksinitiative «Basel baut Zukunft», die einen Automatismus für den Anteil an preisgünstigem Wohnraum für



Areale ab 15'000 m<sup>2</sup> vorsieht. In diesen Fällen legt die BRK beziehungsweise der Grosse Rat einzelfallbezogen den preisgünstigen Wohnraum fest. Die Öffnung des Areals zur Wohnnutzung und die Einbindung der Öffentlichkeit bieten eine Möglichkeit zur Steigerung der Lebensqualität im Stadtteil. Obwohl das Projekt vorwiegend als Wohnprojekt mit Arbeitsplätzen angesehen wird, wird es von der BRK als Gewinn für den Perimeter betrachtet, da es das Potenzial, hat den Status Quo signifikant zu verbessern. Es wird Boden entsiegelt, es werden neue Grünflächen geschaffen und durch publikumsorientierte Nutzungen in den Erdgeschossen einen Mehrwert für die Quartierbevölkerung erzielt.

In den Beratungen kam es zu mehreren Anträgen: Es wurde beantragt, dass innerhalb des Bebauungsplansperimeters mindestens 30 Prozent des realisierten Wohnanteils als preisgünstiger Wohnraum zu erstellen sind. Der Antrag wurde damit begründet, dass es zum einen als sinnvoll erachtet wird, wenn der Anteil des umzusetzenden preisgünstigen Wohnanteils im Verhältnis zum effektiv realisierten Wohnraum bemessen wird. Zum anderen sollen gemäss aktuellem Projektstand bei einer Umsetzung des maximal möglichen Wohnanteils bis zu 25'000 m<sup>2</sup> Bruttogeschossfläche Wohnen geschaffen werden. Dies komme einer substanziellen Verdichtung gleich, welche sozialverträgliche flankierende Massnahmen erfordern. Mit der bestehenden Formulierung würde demnach lediglich ein Anteil von 16 bis 18 Prozent preisgünstigen Wohnraums erstellt werden müssen. Hinsichtlich der Umsetzbarkeit von 30 Prozent preisgünstigen Wohnens bezieht sich der Antragsteller auf Aussagen der Entwickler, weil sie sich anlässlich von Anhörungen in Kommissionssitzungen zweimal zu dieser Amtsabsicht bekannt haben.

Die Eigentümerschaft sah sich missverstanden bezüglich der Zusage von 30 Prozent preisgünstigem Wohnraum und bot stattdessen 25 Prozent an, was in Anbetracht der hohen Baukosten als maximal wirtschaftlich tragbar angesehen werde. Die Verwaltung argumentiert, dass die Formulierung im Bebauungsplan der Lonza AG eine wirtschaftliche Entwicklung des Areals ermöglichen sollte. Die Kommissionmehrheit sprach sich schliesslich für den Kompromissvorschlag der Eigentümerschaft aus, wonach 25 Prozent des realisierten Wohnanteils als preisgünstiger Wohnraum zu erstellen sein. Dabei betonte ein Teil der Kommission, dass man zu einer Erhöhung bereit wäre, wenn sich sonst am Ratsschlag nichts mehr ändern sollte.

Ein weiterer Antrag forderte die Eingabe eines Mobilitätskonzepts, welches sicherstellt, dass die Anzahl der Autoparkplätze nicht über 425 steigt. Der Antrag wurde damit begründet, dass in den Strasse rund um das Areal Lindenhof die Lärmschutzgrenzwerte überschritten werden und zusätzlich ist der Verkehr vermieden werden soll. Vertreter der Eigentümerschaft argumentierten, dass gemäss Parkplatzverordnung grundsätzlich zwischen 250 und 300 Parkplätze zulässig sein und ein Mobilitätskonzept noch erarbeitet werden soll. Die Verwaltung verwies darauf, dass es für die Lonza bereits zu einer Reduktion der Parkplätze kommen werde. Die Kommissionmehrheit lehnte den Antrag ab, da eine Begrenzung der Parkplätze zu mehr Parkplatzsuchverkehr führen könnte und eine Erhöhung der Mitarbeiterzahl bei der Lonza AG eine gewisse Anzahl Parkplätze rechtfertigte. Ein alternativer Antrag auf Festsetzung der maximalen Anzahl Parkplätze auf 40 Prozent der zulässigen Anzahl wurde ebenfalls abgelehnt. Die Kommission erachtet den Vorschlag der Eigentümerschaft zur Erstellung eines Quartierparkings hingegen als prüfenswert, deren Machbarkeit soll bei der weiteren Projektierung unbedingt mitbedacht werden.

Ein dritter Antrag forderte, dass die Überdeckung der unterirdischen Bauten mit einer ausreichend mächtigen Erdschicht versehen wird, um Pflanzeninseln und Baupflanzungen zu ermöglichen. Eine Bebauung des Randbereichs ausserhalb der Bauelder sollte nicht erlaubt sein. Die Verwaltung zeigte anhand anderer Beispiele auf, dass die Überdeckung der unterirdischen Bauten mit einer Erdschicht von mindestens 150 cm überdeckt werden müssten. Die Kommissionmehrheit stimmte einer Anpassung des Bebauungsplans zu, um dieser Anforderung Rechnung zu tragen.

Im Bereich des Naturschutzes wurde beantragt, dass Massnahmen ergriffen werden, um gefährdete oder erhaltenswerte Bodenvegetation auch ausserhalb des Randbereichs zu erhalten. Die Mehrheit der Kommission unterstützte den Antrag, dass es keinen Grund dafür gäbe, weshalb die gefährdete oder erhaltenswerte Bodenvegetation des Areals nur im Randbereich geschützt werden soll.

Es wurde zudem beantragt, innerhalb der Parzelle und gegenüber Gebäuden einen Lichteinfallswinkel von 60 bzw. 45 Grad einzuhalten, wobei das Gebäude im Baufeld B gegenüber der Nachbarbebauung entlang der Nauenstrasse keinen Lichteinfallswinkel einhalten müsse. Die Mehrheit der Kommission lehnte den Antrag ab, da dies zu einer erheblichen Reduktion der Nutzfläche führen würde und das Projekt obsolet machen könnte.

Bezüglich dem vorgesehenen Label für eine ökologisch nachhaltige Arealentwicklung sollten die Zielwerte des SIA Effizienzpfad Energie für Erstellung, Betrieb und Mobilität eingehalten werden und nicht, wie vorgesehen, die Vorgaben des Labels SNBS. Begründet wurde dieser Antrag damit, dass es sich um eine bewerte Formulierung analog anderer Bebauungspläne, wie beispielsweise dem Areal Wolf handle. Es mache grundsätzlich Sinn, wenn die kantonalen Vorgaben hinsichtlich der baulichen Standards einen einheitlichen Standard aufweisen, was alle Kommissionsmitglieder teilten.

Die Eigentümerschaft wurde um ihre Einschätzung zur Auswirkung des Labelwechsels auf das Bauprojekt gebeten. Sie äusserte Verständnis für den Wunsch der Kommission nach Einheitlichkeit, im Rahmen der umfassenden Arbeiten zur Arealentwicklung haben sich die Projektverantwortlichen bei Swisslife und Lonza intensiv mit der Frage der sinnvollerweise



anzuwendenden Labels befasst und dabei auch zusätzliches Expertenwissen eingeholt. Dabei zeigte sich, dass entgegen einer ersten Kommissionseinschätzung wesentliche Unterschiede bei den verschiedenen Labels bestehen und sich diese je nach Projekt als fachlich hoch komplex und wirtschaftlich folgenreich herausstellen. Im Falle des Bebauungsplans Lindenhof würde der Wechsel auf den SIA Effizienzpfad erheblich höhere Anforderungen bezüglich graue Energie bedeuten. Die genauen wirtschaftlichen Folgen zu eruieren und zu beziffern, hänge von diversen Parametern ab. Gemäss aktuellem Wissensstand müsste aufgrund des Wechsels auf die Zielwerte des SIA Effizienzpfad mit erheblichen Mehrkosten gerechnet werden, was die Wirtschaftlichkeit des Projekts definitiv in Frage stellen würde.

Die Hälfte der Kommission erachtet die Argumentation seitens der Eigentümerschaft als schlüssig und spricht sich gegen die Änderung des Labels aus. Dennoch wird es als sinnvoll erachtet, wenn aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit zwischen den Bauträgerschaften künftig ein einheitlicher Label-Standard für alle grossen Bauprojekte im Kanton gelten würde. Die andere Hälfte der Kommission unterstützt dieses Anliegen, kann der Argumentation der Eigentümerschaft hingegen nicht folgen. Der Antrag wurde mit Stichentscheid abgelehnt.

Ein letzter Antrag forderte den gänzlichen Verzicht auf den Bau des Turms C und stattdessen die Fläche zu begrünen. Die Kommissionsmehrheit unterstützte die Weiterentwicklung des Areals inklusive der beiden Türme und lehnt den Antrag ab, da der Verzicht auf Turm C das Projekt gefährden würde.

Die Kommission folgt den Ausführungen im Ratschlag zur Abweisung der Einsprachen mehrheitlich. Insbesondere durch die weiteren Anhörungen der Verwaltung und der Eigentümerschaft konnten die in den Einsprachen eingebrachten Einwendungen nochmals geprüft werden. In einigen Punkten hat die Kommission auch aus diesen Überlegungen Änderungen am Bebauungsplan vorgenommen. Letztlich empfiehlt die BRK, die Einsprachen mit 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen abzulehnen.

Die BRK beantragt dem Grossen Rat mit 9 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen, den nachfolgenden Grossratsbeschluss anzunehmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Wort geht an die zuständige Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich werde mich angesichts der fortgeschrittenen Zeit etwas kurz fassen. Ich möchte vor allem der Kommission und dem Präsidenten sehr herzlich danken. Man hat aus dem Votum, aus dem Bericht des Präsidenten herausgehört, dass die Verhandlungen über dieses Areal in der Kommission nicht ganz einfach waren. Auch hier treffen wieder sehr, sehr unterschiedliche Ansprüche aufeinander und es war ein intensives Aushandeln in der Kommission.

Ich glaube, dieses Areal bietet wirklich sehr grosses Potenzial und das von zentraler Lage, einerseits für die Erhaltung, aber auch die Weiterentwicklung der Arbeitsplätze dort aber auch eben für Wohnen. Deshalb hat auch die Regierung ein grosses Interesse daran, dass die Arealentwicklung an diesem Ort stattfinden kann und der Regierungsrat empfiehlt Ihnen, dem Bericht und den Vorschlägen der Bau- und Raumplanungskommission zu folgen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionsvoten und für das GAB zu Tonja Zürcher.

*Tonja Zürcher (GAB):* Wir reden heute über eine massive Verdichtung auf dem Lindenhofareal, besser bekannt als Lonzaareal. Aus einem Hochhaus werden drei, und aus einer reinen Büronutzung wird ja eine gemischte Nutzung, die Neubauten dienen primär dem Wohnen und werden auch nicht von Lonza, sondern von Swisslife entwickelt. Es geht beim Bebauungsplan also nur zu einem kleinen Teil um Lonza, und es ist auch offen, wie viele Büros diese Firma in Zukunft tatsächlich auf diesem Areal brauchen wird.

Klar ist, dass die beiden neuen Hochhäuser nicht gebraucht werden oder nicht vollständig gebraucht werden für eine Entwicklung von Lonza. Wir reden hier also über eine ganz normale Arealentwicklung, wie wir sie im Kanton verschiedene haben und noch verschiedene haben werden. Wir sollten sie also nach den gleichen Kriterien beurteilen wie andere auch. Für uns stehen dafür im Vordergrund die sozialen und ökologischen Kriterien und die Quartierverträglichkeit. Bei den sozialen Kriterien steht der Anteil preisgünstiges Wohnen im Vordergrund. Hier haben sich in einem Ausmehrungsprozess 25 Prozent durchgesetzt, wir vom GAB können mit diesem Entscheid leben und tragen ihn auch mit, auch wenn wir uns mehr gewünscht haben und auch der Meinung sind, dass es eigentlich an diesem Ort mehr geben müsste.

Bei den ökologischen Kriterien ist das Projekt nicht wirklich eine Katastrophe, aber auch kein Leuchtturmprojekt für die Zukunft. Es ist einfach mal so ein «weiter wie bisher», ein Standard-Projekt. Bezüglich Stadtklima bringt die Bebauung im besten Fall keine Verschlechterung, das wurde uns auch so berichtet, jedoch sicher keine Verbesserung, wie es das Stadtklimakonzept eigentlich fordert. Es ist uns leider nicht gelungen, in der Beratung der BRK eine sinnvolle Reduktion der



Unterbauung und eine Verbesserung des Stadtklimas und der Schwammstadt zu erarbeiten. Deshalb machen wir hier keinen Antrag dazu wir möchten aber, dass dieses Thema bei einem nächsten Bebauungsplan vertiefter behandelt wird.

Wenn dieser Überbauungsplan durchgewinkt wird, gibt es eine Verdoppelung der Anzahl Autoparkplätze auf dem Areal von heute rund 140 auf knapp 300 und somit eine zusätzliche Belastung des ohnehin stark verkehrsbelasteten und lärmbelasteten Quartiers. Die Quartierverträglichkeit ist aus unserer Sicht deshalb nicht gegeben und es widerspricht nicht nur der Mobilitätsstrategie, sondern auch der Klimastrategie unseres Kantons, hier weiter den Autoverkehr zu fördern. Wie wollen wir den Volksauftrag Netto Null umsetzen, wenn wir ihn nicht in die aktuellen Planungen und Beschlüsse einbeziehen, wenn wir so tun, als könnten wir einfach so weitermachen wie gehabt, nur weil auf der Titelseite des Ratschlags Lonza steht? Beim Wolf haben wir beschlossen, die Parkplatzzahl auf 40 Prozent der gemäss Verordnung mögliche Anzahl zu reduzieren. Eigentlich wollten wir diese Regelung eins zu eins übernehmen und haben das auch so in der Kommission eingebracht. Schliesslich ist das Lindenhofareal nicht nur fast direkt neben dem Wolfareal, sondern bezüglich ÖV-Schliessung auch besser gelegen. Wir haben trotzdem den Antrag nochmals angepasst und sind nochmals etwas entgegengekommen in der Hoffnung, dass es vielleicht hier doch noch ein paar gibt, die den Antrag unterstützen und beantragen Ihnen die Reduktion auf 60 Prozent der maximal zulässigen Parkplatzzahl. Damit wären auf dem Areal gemäss aktueller Berechnung 174 Parkplätze für Autos zulässig. Das ist doppelt so viel als Lonza selber gemäss den Berechnungen braucht, oder anders gesagt 30 mehr als heute der Fall ist. Also für alle, die jetzt schon den Begriff Parkplatzabbau im Kopf haben, nein, das ist jetzt nicht. Einfach zur Klärung: Es wurde auch beim vom Kommissionspräsidenten angesprochen, das Quartierparking wäre von dieser Regelung explizit ausgenommen und würde ganz genau nach den normalen Regeln von Quartierparkings erstellt, wenn es dann kommen würde.

Und zum zweiten Antrag, zum Label: Beim gewählten Label in diesem Bebauungsplan, dem Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz SNBS zeigt man zwar ein grundsätzliches Interesse, die Ökologie einzubeziehen. Es ist aber sehr offen und sehr unklar, was konkret dabei herauskommt. Dieses Label ist ein Gemischtwarenladen, bei dem diverse äusserst unterschiedliche Nachhaltigkeitsaspekte wie Raumluft, Partizipation, Bepflanzung oder eben Klimaemissionen einfließen. Die gesamte Wertung ist das arithmetische Mittel aus all diesen Einzelnoten. Man kann also bei der grauen Energie oder generell bei den Treibhausgasemissionen extrem schlecht sein, oder sagen wir nicht extrem schlecht. einfach nicht ambitioniert, und trotzdem ein Label bekommen. Und es ist nach dem Überbauungsplan noch nicht einmal ganz klar, ob wir bei diesem Label nach dem Hochhauslabel oder nach dem Areallabel gehen, denn es gibt zwei SNBS-Labels. Wenn wir das jetzt einfach so nehmen, dann kommt irgendetwas, aber wahrscheinlich nicht unbedingt das heraus, was wir möchten.

Es gibt im Gegensatz zum SIA Effizienzpfad eben keine klaren Zielwerte für die Treibhausgasemissionen. Wir vom GAB sind deshalb der Meinung, dass der SIA Effizienzpfad, der wirkungsvoller und auch der klarere Weg ist, um Netto Null beim Bauen in unserem Kanton umzusetzen oder wenigstens schrittweise in diese Richtung zu gehen. Ausserdem haben wir bereits beim Erlenmatt und beim Wolf diesen Pfad festgeschrieben. Ein einheitliches Vorgehen erleichtert nicht nur die Planung, sondern auch die Umsetzung. Wir beantragen Ihnen deshalb analog zu diesen beiden anderen Bebauungsplänen, hier den Effizienzpfad zu verankern und einen Schritt weiter in Richtung Netto Null zu gehen.

Weil ich jetzt als erste rede und deshalb nicht reagieren kann, falls es nachher kommt, möchte ich noch folgendes bemerken. Es wurde medial gesagt, wir würden einen Kompromiss torpedieren. Deshalb einfach kurz zur Erinnerung: Der Antrag zu den Parkplätzen wurde mit 5 zu 4 abgelehnt, jener zum Effizienzpfad mit 6 zu 6 mit Stichentscheid des Kommissionspräsidenten. Es ist also nicht ein Kompromiss, wenn man mit äusserst knappen Entscheidungen eine Entscheidung fällt. Ich bin sehr dafür, dass wir uns bei zukünftigen Bebauungsplänen wieder versuchen, mehr zu einigen und hier gute Lösungen zu finden. Leider ist es uns bei diesem Areal nicht gelungen.

Ich bitte Sie deshalb, die beiden Änderungsanträge im Sinne eines einheitlichen Vorgehens und der Umsetzung von Netto Null und der Klimastrategie anzunehmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zum Sprecher für die SVP Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Mit Blick auf die Uhr halte ich mich kurz oder versuche es zumindest. Die SVP-Fraktion bittet Sie, der Version der BRK zu folgen. Ich glaube, unser Kommissionspräsident Michael Hug hat alles schon gesagt, weshalb wir dem zustimmen sollten. Die SVP-Fraktion begrüssen es ausserordentlich, dass ein wichtiger Player wie Lonza hier in Basel ausbauen will. Dementsprechend verstehen wir auch die negativen Reaktionen von rotgrün nicht ganz und werden entsprechend auch die Abänderungsanträge des GAB ablehnen, insbesondere würde die Verankerung des SIA-Pfad in diesen Bebauungsplan das Projekt gefährden. Dann würden wir auch nicht mehr von guten Lösungen reden, sondern wir würden davon reden, dass Projekte nicht zustandekommen und das wollen wir nicht. Wir wollen, dass dieses Projekt zustandekommt und dementsprechend lehnen wir auch diesen Änderungsantrag ab.

Das gleiche gilt im Bereich der Parkplätze. Es ist aus Sicht der SVP nicht nötig, noch tiefer zu gehen als die ohnehin relativ strenge Parkraumverordnung. Auch hier müssen wir nicht noch weniger Parkplätze verankern im Bebauungsplan als das



Gesetzes vorsieht und bezüglich Wohnraum ist es ja auch so, dass wir bei «Basel baut Zukunft» einen Kompromiss gefunden haben: Einen Drittel günstiger Wohnraum für Areale ab 15'000 m<sup>2</sup>, alles unter 15'000 m<sup>2</sup> muss theoretisch auch gar keinen Anteil haben. Es kann, es muss nicht, und hier sind wir mit 25 Prozent trotzdem noch an der oberen Grenze, sehr nahe eigentlich am Drittel und ich glaube, eine höhere Quote hätte wiederum das Projekt gefährdet und dementsprechend sollte man auch da nicht höher gehen. Wir sind hier mit diesem Kompromiss nicht sehr glücklich. Wir schlucken ihn aber im Sinne der Allgemeinheit, damit das Projekt auch zustandekommt, und dementsprechend bitten wir Sie, diesem Ratschlag und der Version der BRK zuzustimmen und die Änderungsanträge des GAB abzulehnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher für die FDP ist Andreas Zappalà.

*Andreas Zappalà (FDP):* Ich darf im Namen der Fraktionen der FDP und der LDP sprechen. Nach der Diskussion «Basel baut Zukunft» respektive den vor einem Monat besiegelten Kompromiss, wie in Basel-Stadt inskünftig mit Bebauungsplänen umzugehen ist, beraten wir heute zum ersten Mal einen Bebauungsplan, bei welchem wir aufzeigen können, wie wichtig uns der damals geschlossene Kompromiss ist und wie stark wir uns daran halten möchten.

Pascal Messerli hat es schon gesagt, bei den Bebauungsplänen unterscheiden wir neu in zwei Kategorien jene, die einen Planungssperimeter von mehr als 15'000 m<sup>2</sup> haben und jene die darunterliegen. Es gibt beim ersten dann Vorgaben an den Inhalt dieser Bebauungspläne und eine Vorgabe ist dieses Drittel, das dauerhaft gemeinnützig vermietet werden muss.

Das Areal Lindenhof umfasst einen Planungssperimeter von rund 12'000 m<sup>2</sup> und liegt somit definitiv unter dieser Schwelle. Aus diesem Grund ist es legitim, sowohl von der Verwaltung wie auch jetzt von der Mehrheit der BRK zu fordern, dass man hier nicht das Drittel anwendet, sondern darunter geht. Die erste Vorlage, die von der Verwaltung ausgearbeitet wurde, sah noch eine Vorgabe von weniger als diesen 25 Prozent vor. Wir haben dann in der Kommission diskutiert und auch die Bauherrschaft hat signalisiert, dass sie mit 25 Prozent leben kann. Man kann hier also bereits sagen, dass auch die Bauherrin einen Kompromiss eingegangen ist und wir sind von der Meinung, dass es richtig ist, hier diese 25 Prozent vorzusehen.

Hier widerspreche ich ein bisschen Tonja Zürcher, die gesagt hat, mit diesem Bebauungsplan sei eine übermässige Verdichtung geplant. Es ist aber genau das, was wir eigentlich immer anstreben und wollen, nämlich, dass wir sagen, es soll dort verdichtet werden, wo bereits ein Standort bebaut ist. Und das macht man hier. Hier verdichtet man, indem man zwei zusätzliche Wohn- und Geschäftstürme hinstellen muss. Die Lonza ist Eigentümerin des Grundstückes und zugleich ein Wirtschaftsfaktor und eine wichtige Arbeitgeberin in unserem Kanton, und sie hat signalisiert, dass sie Bedarf an zusätzlichen Büroräumen hat, welche sie eben an jenem Standort realisieren möchte.

Mit dem heute bestehenden Bebauungsplan – es gibt ja schon einen Bebauungsplan, der auf diesem Grundstück liegt – wäre eigentlich eine Realisierung zum Teil möglich, nur, diese Realisierung wäre dann nicht mehr zeitgemäss und liegt auch nicht im Interesse des Kantons und der Grundeigentümerin. Aus diesem Grund macht es durchaus Sinn, dass man den bestehenden Bebauungsplan überarbeitet und einen neuen Bebauungsplan erlässt, mit neueren, aktuelleren und sinnvolleren Regelungen.

Zur Realisierung dieser Bebauung hat die Lonza einen Partner gesucht und mit Swiss Life eine Partnerin gefunden, die Erfahrung in der Realisierung solcher Projekte hat. Lonza hat klar dargetan, dass sie alleine eine solche Überbauung nicht realisieren könnte und es auch nicht in ihrem Interesse liegt, hier Wohnungsbau zu erstellen respektive Wohnungen zu vermieten. Es ist klar, dass bei der Bebauung solcher Areale auch wirtschaftliche Interessen mitspielen. Die Swiss Life steigt sicher nicht aus reinem Idealismus dort ein, sie ist aber bereit, sich kantonal politischen Gegebenheiten zu unterwerfen. Das zeigt sich schon, wie erwähnt, an der Tatsache, dass sie diese 25 Prozent gemeinnützigen Wohnanteil akzeptiert.

Aus unserer Sicht ist deshalb klar die Frage zu stellen: Möchten wir an diesem Standort Wohnraum mit einem Anteil von 25 Prozent Gemeinnützigkeit oder wollen wir gar keinen Wohnraum? Denn, so meine ich, die Botschaft ist klar, Swiss Life wird sich nur engagieren, wenn es auch für sie stimmt und ihr nicht zu viele Fesseln gelegt werden. Lonza allein wird keine zusätzliche Bebauung realisieren. Somit bin ich oder sind wir klar der Meinung, dass der Bebauungsplan auch in Bezug auf diese 25 Prozent so genehmigt werden muss. In die gleiche Richtung gehen auch die Überlegungen in Bezug auf die Parkplätze und das Label oder den Effizienzpfad.

Ich glaube, dass man durchaus sagen kann, dass Basel-Stadt ein eher strenges Regime fährt, wenn es um die Schaffung von Parkplätzen geht. Dies zeigt sich auch in der Parkplatzverordnung, die nur eine beschränkte Anzahl an Parkplätzen zulässt. Es ist deshalb unverständlich, dass wir bei jedem Bebauungsplan immer wieder neu die Parkplatzdiskussion führen müssen. Weder Investor noch Bauherr noch Grundeigentümergehen oder auch wie als Parlament verhalten uns gesetzeswidrig, wenn wir die Erstellung von Parkplätzen gemäss Parkplatzverordnung zulassen. Aus diesem Grund bitte ich Sie, den Antrag des GAB zurückzuweisen.



Gleiches gilt auch in Bezug auf den Effizienzpfad. Ich gestehe, ich bin Nichtfachmann und könnte Ihnen auch nicht konkret sagen, wo die Unterschiede liegen. Was ich aber verstanden habe, ist, dass sowohl jetzt SNBS wie auch der SIA-Pfad anerkannte Effizienzpfade sind. SNBS setzt offenbar die Standards für nachhaltiges Bauen und vereinbart dort Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Der SIA setzt die Energie in den Mittelpunkt, es werden Betriebsenergie, graue Energie und standortabhängige Mobilität einbezogen. Es sind also beides Pfade, die durchaus legitim sind.

Bei den Vorprojekten und den Vorbesprechungen hat man der Bauherrschaft vorgetragen, dass sie nach dem Label SNBS bauen müssen. Daran hat sich die Bauherrin gehalten. Eine Änderung nun mitten in der Planung vorzunehmen geht unseres Erachtens nicht, vor allem dann nicht, wenn sich die Voraussetzungen wesentlich ändern und das Projekt auf der Kippe steht. Ich erwähne nur einen Punkt. Gemäss Bauherrin wäre die Wärmeversorgung über Fernwärme nicht mehr möglich, wenn man jetzt wechseln würde auf das Label SIA. Und das ist auch der Grund, weshalb auch wir Sie in Bezug auf diesen Antrag bitten, den Antrag des GAB nicht zu unterstützen und die BRK-Vorlage zu übernehmen.

FDP und LDP bitten Sie, den Bebauungsplan wie er von der BRK vorgestellt wurde, zu unterstützen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* An dieser Stelle unterbrechen wir die Sitzung und machen morgen mit Ivo Balmer und Bülent Pekerman in diesem Traktandum weiter.

### **Schluss der 22. Sitzung**

18:00 Uhr



# Protokoll

der 23. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 27. Juni 2024, um 9:00 Uhr

**Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

**Abwesende:** *Raoul I. Furlano (LDP); Stefan Wittlin (SP); Lea Wirz (GAB); Daniela Stumpf Rutschmann (SVP); Salome Bessenich (SP); Sasha Mazzotti (SP).*

## Verhandlungsgegenstände:

7. Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK ..... 2
8. Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafenterrasse Variante „Südquai“, Bericht der WAK, Mitbericht UVEK ..... 8
9. Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionminderheit..... 14



## Beginn der 23. Sitzung

Donnerstag, 27. Juni 2024, 09:00 Uhr

## 7. Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK

[27.06.24 09:00:14, 23.0840.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüsse Sie zu unserer Bündelitag-Sitzung am wahrlichen Bündelitag und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

### Letzte Sitzung von Andreas Zappalà

Gestern hat er in gewohnt ruhiger Manier das letzte Votum des Tages gehalten. Heute ist seine letzte Grossratssitzung. Andreas Zappalà ist seit dem 1. Februar 2011 Mitglied des Grossen Rates. In seiner ersten Legislatur war er Mitglied der Begnadigungskommission, der Gesundheits- und Sozialkommission und der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission. Seit seiner zweiten Legislatur ab 2013 ist er Mitglied der Wahlvorbereitungskommission, die er auch vier Jahre präsidierte, und natürlich der Bau- und Raumplanungskommission. Im Namen des Grossen Rates wünschen wir Andreas Zappalà alles Gute für die politische und private Zukunft und bedanken uns für den Einsatz für unseren Kanton. [Applaus]

### Kaffee- und Gebäckspende

Wir haben eine Kaffeespense und wir haben auch eine Gebäckspende heute Morgen. Der Kaffee wird offeriert von Andreas Zappalà aufgrund seiner letzten Sitzung und die Gebäckspende ist von Margrit Rünzi, die heute ihren letzten Arbeitstag hat und die wir heute Nachmittag noch gebührend verabschieden werden. Beiden danken wir ganz herzlich für die grosszügigen Gesten. [Applaus]

### Besuch auf der Zuschauertribüne

Wir haben gut besuchte Zuschauer\*innenränge. Ich begrüsse ganz herzlich angehende Automatikerinnen und Automatik der Berufsschule Basel. Ich habe sie vorher kurz sprechen dürfen mit Lehrpersonen Eva Huber. Schön seid ihr zu Besuch bei uns, ihr seid aber nicht die einzigen. Wir haben auch Gäste aus dem Nachbarkanton, es ist eine 1. Sekklasse aus Gelterkinden mit Lehrpersonen Andrea Frank.

Ich habe mir sagen lassen, dass ihr in letzter Zeit das Thema Kantonstrennung durchgenommen habt, und ich freue mich auch sehr, dass ihr zu Besuch seid. Es ist immer schön, wenn sich Schulklassen und viele Menschen für unseren Betrieb interessieren. Herzlich willkommen. [Applaus]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir sind gestern stehengeblieben in der Debatte über Traktandum 7. Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet.

Wir hatten bereits den Kommissionsprecher, den Regierungsrat und einzelne Fraktionsvoten und wir fahren fort mit dem Fraktionsvotum für die SP von Ivo Balmer.

*Ivo Balmer (SP):* Heute Morgen besprechen wir den Bebauungsplan Lindenhof fort, heute geht es um die Lonza. Wer kennt es nicht, das Lonza-Hochhaus. Seit über 60 Jahren steht es am Eingang zu Basel, zumindest wenn man im Bahnhof SBB einfährt. Früher war es als Kind für mich immer der Zeitpunkt, ab welchem ich spätestens immer meine Jacke anziehen musste, wenn ich mit Mutter oder Vater im Zug unterwegs war.

Die Lonza-Gruppe stösst an diesem Hauptsitz zunehmend an Kapazitätsgrenzen. Zusätzlicher Bürobedarf und Infrastruktur für Arbeitsplätze mussten zugemietet werden. Und so hat sie sich mit einer erfahrenen und auch bekannten Entwicklerin und Eigentümerin der Swiss Life zusammengetan und möchte diesen Standort weiterentwickeln. Auf diesem Lindenhof-Areal sollte dieser Eintritts-Turm als Ikone und Wahrzeichen erhalten werden und das Stadtbild weiter prägen. Zusätzlich, wir



haben es gehört, baut die Swiss Life zwei weitere Türme hinzu. Mit diesem Projekt sollte dann diese Flexibilität, und um das geht es vor allen Dingen bei der Lonza, bei den Arbeitsplätzen geschaffen werden. Wie korrespondierende Röhren, also wenn Sie mehr Gewerbeflächen brauchen, finden Sie sie dann in mindestens einem der Türme.

Die Lonza braucht also mehr Arbeitsplätze, die Swiss Life möchte mehr Wohnraum bauen und Basel braucht vor allem mehr preisgünstigen Wohnraum. Ich denke, mit diesem Dreiklang könnten wir versuchen, den nun vorliegenden Bebauungsplan zu beschreiben. Die SP-Fraktion bekennt sich klar zum Standort der Lonza, die SP bekennt sich zu mehr preisgünstigem Wohnraum. Die SP ist auch erfreut, dass es der Kommission gelungen ist, in einer ersten post Basel baut Zukunfts-Praxis einen signifikanten Anteil von 25 Prozent preisgünstigem Wohnraum in diesen Bebauungsplan zu verankern, obwohl wir es hier mit einem Areal zu tun haben, das nicht unter den Automatismus fällt.

Zu den Änderungsanträgen. Die SP lehnt den ersten Änderungsantrag zur Reduktion der Parkplätze ab. Ganz nüchtern, die Formulierung im Bebauungsplan legt erstmal die maximal zulässige Parkplatzzahl fest und sobald der parallel laufende Architekturwettbewerb abgeschlossen ist, wird dann der definitive Nutzungsmix festgelegt. Wie zielführend diese Parallelität im Verfahren, auf der einen Seite eine Festsetzung des Bebauungsplans, der die rechtlichen Rahmenbedingungen festhält, und auf der anderen Seite gleich in einen Architekturwettbewerb zur definitiven Realisierung der Bebauung zu gehen, zeigt sich das Risiko und auch diese kritische Abhängigkeit an diesem Beispiel gut, weil diese Parallelität schafft Pfadabhängigkeiten und ich denke, das darf nicht zur Regel werden für zukünftige Bebauungspläne, wenn Sie dann in der Kommission beraten werden.

Es ist vor allem hier auch klar auf den Teil im Bericht zu verweisen, wo die Swiss Life selbst die Aussage tätigt, nur die Parkplätze zu bauen, die sie auch wirklich benötigt. Und sie stellt, nicht verbindlich, aber sie stellt klar in Aussicht, dass an diesem Ort, in dieser Tiefgarage, wenn man dann schon baut, Sharing-Angebote und ein Quartierparking möglich sind. Wir hoffen, die Swiss Life realisiert nur die notwendigen Parkplätze und führt an diesem Standort dieses Quartierparking ein, damit zusätzlicher Raum im öffentlichen Strassenraum entsprechend reduziert werden kann. Ein wesentlicher Punkt, weshalb wir diesen Änderungsantrag auch ablehnen, ist, dass es der Kommission gelungen ist, die Überdeckung dieser Tiefgarage mit 1.20 Meter fest zu verankern.

Beim zweiten Änderungsantrag, im Wechsel des Nachhaltigkeitskriteriums vom Label SNBS, wie vorgeschlagen von der Swiss Life, zum SIA-Effizienzpfad, ist die SP-Fraktion offen. Erst mal begrüssen alle, dass wir hier die Nachhaltigkeit klar erwähnen und mit einem Label hinterlegen. Die Intention, diesen SIA-Effizienzpfad einzuführen, dabei geht das in erster Linie darum, verbindlicher die Reduktion der Treibhausgase ins Zentrum zu stellen. Hierzu möchte ich anmerken, dass auch im gültigen Bebauungsplan ohne Änderungsanträge klar festgehalten ist, dass das SNBS-Label die kantonalen Vorgaben einhalten muss und wenn die kantonalen Vorgaben strenger sind als im SNBS-Label, gehen die dem Label vor. Dem Teil in der Fraktion, die Sympathien haben für diesen SIA-Effizienzpfad geht es vor allen Dingen um die Einheitlichkeit.

Die Bau- und Raumplanungskommission hat die zwei letzten Bebauungspläne, namentlich der Wolf und die Anpassungen auf dem Erlenmatt, mit dieser Zielsetzung, die wirklich auch die Treibhausgase in allen Bereichen, insbesondere in der Erstellung, in der Mobilität und im Betrieb verankert. Ich denke, an diesem Punkt, wie wir das zukünftig regulieren, müssen wir ähnlich, also da spreche ich jetzt so ein bisschen zu meinen Bau- und Raumplanungskolleg\*innen, müssen wir eine quasi wie auch intern vielleicht auch nochmals eine Weiterbildung in Anspruch nehmen, dass wir auch wirklich wissen, wo liegen die entscheidenden Unterschiede, so dass wir dann nicht Aussagen von Seiten der Eigentümer\*innen einfach so als gegeben annehmen und sagen, ja, wenn ihr das wechselt, dann geht es überhaupt nicht, dass wir das wirklich alle entsprechend abgleichen können. Weil die Klimastrategie in unserem Kanton ist klar und es ist auch klar, dass wir ökologische Kriterien verbindlich verankern wollen. Wir haben hier in diesem Bebauungsplan nun das SNBS-Label mit den entsprechenden kantonalen Vorgaben.

Geschätzte Kolleg\*innen im Rat, heute legen wir diesen Bebauungsplan fest. Wir verschaffen damit der Lonza mehr Flexibilität, der Swiss Life geben wir eine Wohnüberbauung und für unseren Kanton sichern wir immerhin 50 dauerhaft bezahlbare Wohnungen. Ich bitte Sie, diesen Bebauungsplan anzunehmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eric Weber möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Die Zwischenfrage wird abgelehnt. Wir kommen zum Sprecher für die GLP, Bülent Pekerman.

*Bülent Pekerman (GLP):* Die Grünliberale Fraktion begrüsst die Entwicklungsabsichten der Lonza AG auf dem Lindenhof-Areal. Das Projekt bringt der Stadt erhebliche Vorteile, indem der Hauptsitz der Lonza AG gestärkt, zusätzlicher Wohnraum geschaffen und die urbane Entwicklung gefördert wird. In Anbetracht der Tatsache, dass dieses Projekt nicht unter den Automatismus von Basel baut Zukunft fällt, erachten wir den Mindestanteil von 25 Prozent an preisgünstigem Wohnraum für dieses Projekt als angemessen, ohne die Wirtschaftlichkeit und Realisierbarkeit des Projekts zu gefährden.

Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass die Anzahl der maximal zulässigen Parkplätze nicht eingeschränkt werden sollte. Vor dem Hintergrund der Schaffung von neuem Wohnraum und zahlreichen Arbeitsplätzen ist es trotz der guten



Erschliessung des Areals mit ÖV nicht zielführend, die Eigentümer in ihren Rechten derartig einzuschränken. Wir begrüssen den Vorschlag der Eigentümerschaft, die zu erstellende Tiefgarage für die Quartierbevölkerung zu öffnen. Ein Quartierparking auf diesem Areal würde die Parkplatzsituation für die Anwohnenden verbessern. Wir Grünliberalen setzen uns konsequent für die Verlagerung von Parkplätzen unter die Erde ein, um im knappen Strassenraum Platz für mehr Begrünung und Velo-Sicherheitsmassnahmen zu schaffen. Wenn wir wie im vorliegenden Bebauungsplan eine Gelegenheit zur Schaffung von zusätzlichen unterirdischen Parkplätzen für die Quartierbevölkerung haben, müssen wir sie auch ergreifen.

Nun zur Frage, ob SIA-Effizienzpfad oder SMBS-Label. Wir unterstützen die Entwicklung des Areals nach den Vorgaben des SNBS-Labels, weil damit sichergestellt ist, dass die Bauten ressourcenschonend und effizient erstellt, unterhalten und betrieben werden. Das SNBS-Label steht für Nachhaltigkeit und hohe Umweltstandards, was für uns von grosser Bedeutung ist. Der SIA-Effizienzpfad ist der einzige Gebäudestandard, der Zielwerte für Treibhausemissionen definiert. Er ist zurzeit noch ein Merkblatt und wird erst zu einer Norm überarbeitet. Wir Grünliberalen können uns vorstellen, das SMBS-Label für zukünftige Bebauungspläne zu verwenden, damit auf lange Sicht eine Gleichbehandlung der verschiedenen Areale gewährleistet ist.

Wir unterstützen den Antrag der BRK und lehnen sämtliche Änderungsanträge ab.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Mitte/EVP spricht Andrea Elisabeth Knellwolf.

*Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP):* Ich kann es nach dem Votum von Bülent Pekerman ohne Notizen und ultrakurz machen. Er hat eigentlich schon alles gesagt, was für uns auch gilt, Mitte/EVP. Wir begrüssen den Bebauungsplan in der Form, wie er von der BRK mehrheitlich verabschiedet wurde, wir lehnen alle Änderungsanträge ab und wir freuen uns, dass aus diesem Areal etwas Schönes entstehen kann.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich habe gerade überlegt, ob ich jetzt oder nachher bei den Änderungsanträgen sprechen soll. Ich habe mich für jetzt entschieden, weil wir gerade darüber geredet haben. Ich möchte Ihnen die Position der Regierung bezüglich dieser Energiezielsetzung nochmals kurz mit auf den Weg geben. Und zwar ich unterstütze das Votum von Grossrat Ivo Balmer, dass man das mal ganz grundsätzlich anschaut. Gerade bei der Energiezielsetzung entwickelt sich ja im Moment sehr viel und auch der SIA-Energiezielpfad wird im Moment überarbeitet. Also man muss das wirklich nochmal sorgfältig anschauen, es sind andere Parameter, andere Voraussetzungen, es lässt sich nicht ganz miteinander vergleichen.

Wichtig ist aber, neben dem, dass wir natürlich eine gewisse Vergleichbarkeit zwischen den Arealen herstellen möchten, wichtig ist vor allem auch, dass man es früh weiss, dass man es in die Planungen einbeziehen kann und hier jetzt zu diesem späten Zeitpunkt einen Wechsel zu vollziehen, würde die Realisierung dieses Projekts an dieser Stelle zumindest stark verzögern. Und der Regierung ist es ein Anliegen, das die Lonza dort das bald realisieren kann, ebendiese wichtigen Arbeitsplätze und Wohnungen schaffen kann und deshalb bittet Sie der Regierungsrat, die Änderungsanträge abzulehnen und dem Vorschlag der BRK zu folgen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit geht das Wort an den Sprecher der Bau- und Raumplanungskommission, Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Ich würde auch ganz kurz noch etwas sagen zu den Änderungsanträgen und danach nicht noch einzeln darauf eingehen. Es wurde jetzt schon sehr viel Richtiges gesagt. Ich denke, es ist auch eine Qualität, diese Kommission, dass wir sachlich, inhaltlich über diese Themen sprechen können.

Zum Energielabel, da hat es sich einfach herausgestellt, dass das noch nicht ganz finalisiert ist, dieser SIA-Pfad, und das Risiko, dass wir danach vor einer Grossbaustelle wären oder eben nicht, weil das Projekt dann durch diese Planungsänderung gar nicht realisiert werden könnte. Das sehe ich als grosses Risiko für dieses Projekt und darum bin ich sehr dankbar, dass die Mehrheit auch nach den Voten, die wir gehört haben, sich dafür einsetzt, dass man das Label jetzt nicht ändern würde. Ich bin ebenfalls dafür, dass wir in der Kommission uns einmal weiterbilden können und uns mit dieser Thematik auseinandersetzen würden.



Ich bitte Sie deshalb entsprechend der Diskussion in der Kommission, wo die ähnlichen Änderungsanträge bereits diskutiert wurden, die Änderungsanträge nicht zu unterstützen und den Ratschlag, so wie die Kommission ihn behandelt hat, zu unterstützen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Festsetzung des Bebauungsplans

1. Bebauungsplannummer 14'379

2. Vorschriften Bebauungsplan

a. Baufeld A

b. Baufeld B und C

c. Sicherstellung architektonischer Qualität

d. Nutzungen

e. Lichteinfallswinkel

f. Erschliessung

g. Mobilitätskonzept

Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion GAB vor. Sie beantragen einen zusätzlichen Satz betreffend Parkplätze. Dieser liegt Ihnen schriftlich vor.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Das Wort geht an die Antragstellerin Tonja Zürcher. Sie verzichtet. Für die Kommission verzichtet der Sprecher ebenfalls, ebenso Esther Keller. Es liegen keine Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde wird ebenfalls verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**17 Ja, 75 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003778, 27.06.24 09:22:24]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Änderungsantrag abzulehnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 75 Nein-Stimmen gegen 17 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

h. Besucherparkplätze

i. Fussverkehr

j. Aussenraum

k. Bodenvegetation

l. Zertifizierung

Hier liegt ebenfalls ein Änderungsantrag der Fraktion GAB vor. Sie beantragen eine andere Formulierung für den ersten Satz. Auch dieser Antrag liegt schriftlich vor.



Wir öffnen dazu die Debatte. Möchten Sie begründen, Tonja Zürcher? Sie verzichtet. Michael Hug und Esther Keller verzichten ebenfalls. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**19 Ja, 73 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003780, 27.06.24 09:23:36]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Änderungsantrag abzulehnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 73 Nein-Stimmen gegen 19 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

3. Abweichungen Bebauungsplan

II. Abweisung der Einsprachen

III. Aufhebung Bebauungsplan Nummer 137 vom 11. Dezember 1991

IV. Publikation

Rechtsmittelbelehrung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

### **Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung**

**75 Ja, 14 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003782, 27.06.24 09:24:37]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

I. Festsetzung eines Bebauungsplans

1. Der Bebauungsplan Nr. 14'379 von Städtebau & Architektur vom 08.07.2022 wird verbindlich erklärt.

2. In Ergänzung/Abweichung zu den gültigen Zonenvorschriften der Zone 4 gelten die folgenden Vorschriften des Bebauungsplans:

a. Baufeld A: Denkmal Lonza-Hochhaus Die Zulässigkeit baulicher Massnahmen richtet sich nach den Vorgaben, die sich aus der Unterschutzstellung gemäss Kantonalem Denkmalverzeichnis ergeben. Die maximal zulässige Bruttogeschossfläche beträgt 11'500 m<sup>2</sup>.

b. In den Baufeldern B und C dürfen Gebäude mit den folgenden maximal zulässigen Wandhöhen und Bruttogeschossflächen (BGF) erstellt werden: Wandhöhe maximal: Gleiche Höhe wie bestehendes Lonza-Hochhaus BGF Total Baufeld B + C: 32'500 m<sup>2</sup>. Die Anzahl Geschosse ist frei. Dachgeschosse sind nicht zulässig. Technische Anlagen sind, wenn immer möglich innerhalb der zulässigen Wandhöhe anzuordnen.

c. Zur Sicherstellung einer sehr guten Gesamtwirkung mit einer hohen architektonischen Qualität sind die Bebauungen auf den Baufeldern B und C sowie deren Umgebung gestützt auf ein Varianzverfahren zu entwickeln. Von der Form der vorgegebenen Baufelder B und C kann im Rahmen des Varianzverfahrens geringfügig abgewichen werden, wenn die Fläche und die städtebauliche Gesamtkonzeption gleichbleiben.



d. Auf den Baufeldern A - C sind Wohn- und Arbeitsnutzungen zulässig. Es sind minimale Bruttogeschossflächen für Arbeitsnutzungen von 19'500 m<sup>2</sup> einzuhalten. Der Mindest-Wohnflächenanteil für das Areal beträgt 30 %. Innerhalb des Bebauungsplanperimeters sind 25 % des realisierten Wohnanteils als preisgünstiger Wohnraum zu erstellen. In den Erdgeschossen der beiden neuen Hochhäuser sind publikumsorientierte Nutzungen vorzusehen.

e. Innerhalb der Parzelle und gegenüber Gebäuden ausserhalb ist ein Lichteinfallswinkel von 60° einzuhalten. Das Gebäude im Baufeld B muss gegenüber der Nachbarbebauung entlang der Nauenstrasse keinen Lichteinfallswinkel einhalten.

f. Die Erschliessung des Areals für den motorisierten Individualverkehr hat über die im Plan dargestellten Punkte zu erfolgen. Auf dem Areal ist kein motorisierter Durchfahrtsverkehr zulässig.

g. Mit der ersten Baueingabe ist ein Mobilitätskonzept für das gesamte Areal vorzulegen.

h. Auf dem Areal dürfen neben den neuen Hochhäusern maximal 8 neue oberirdische Besucherparkplätze erstellt werden.

i. Für den Fussverkehr ist eine aus allen Richtungen öffentlich zugängliche und in Ost-West-Richtung sowie falls möglich aus Nordrichtung hindernisfreie Durchwegung des Areals vorzusehen und durch eine Dienstbarkeit zu sichern. Die entsprechende Dienstbarkeit darf ohne Zustimmung der Bewilligungsbehörde weder geändert noch aufgehoben werden. Dies ist im Grundbuch anzumerken.

j. Aussenraum Der Aussenraum ist hinsichtlich einer guten Gesamtwirkung gestützt auf ein Varianzverfahren nach ökologischen und stadtklimatischen Kriterien hochwertig zu gestalten. Die Überdeckung der unterirdischen Bauten ist mit einer genügend mächtigen Erdschicht von mindestens 150 cm Höhe zu versehen, die stellenweise auch Pflanzinseln und Baumpflanzungen erlaubt. Eine ober- oder unterirdische Bebauung des Randbereichs ist nicht erlaubt, davon ausgenommen sind Massnahmen, die der Versickerung und dem Schwammstadtprinzip oder der notwendigen Erschliessung des Areals dienen. Mit der ersten Baueingabe ist ein verbindliches Umgebungs- und Entwässerungskonzept für das gesamte Areal einzureichen. Das anfallende Meteorwasser ist nach dem Schwammstadtprinzip zu bewirtschaften (verdunsten, speichern, oberflächlich versickern).

k. Es ist durch entsprechende Massnahmen sicherzustellen, dass gefährdete oder erhaltenswerte Bodenvegetation ausserhalb der Baufelder erhalten und wenn möglich fortgeführt wird. Die Massnahmen sind im Baubewilligungsverfahren aufzuzeigen.

l. Das Areal wird gemäss den Vorgaben des Labels «SNBS» entwickelt und zertifiziert. Strengere kantonale Vorgaben gehen diesen Zielwerten vor. Von der Zertifizierung ausgenommen ist das Denkmal Lonza-Hochhaus im Baufeld A.

3. Das zuständige Departement kann Abweichungen vom Bebauungsplan zulassen, sofern dadurch die Gesamtkonzeption nicht beeinträchtigt wird.

## II. Abweisung der Einsprachen

Die im Ratschlag Nr. 23.0840.01 im Kapitel 6 aufgeführten Einsprachen werden abgewiesen soweit darauf eingetreten werden kann.

## III. Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137 vom 11. Dezember 1991

Der Grossratsbeschluss betreffend Erlass spezieller Bauvorschriften für das Lindenhofareal/Münchensteinerstrasse/Nauenstrasse/Lindenhofstrasse vom 11. Dezember 1991 wird aufgehoben.

## IV. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle einer Volksabstimmung am fünften Tag nach Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

## Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss kann Rekurs beim Verwaltungsgericht erhoben werden. Neue Einwände sind ausgeschlossen, wenn sie bereits im Einspracheverfahren hätten vorgebracht werden können.

Den Einsprecherinnen und Einsprechern ist dieser Beschluss zusammen mit dem zugrundeliegenden Ratschlag und dem dazu ergangenen Bericht der Bau- und Raumplanungskommission als Einspracheentscheid persönlich zuzustellen. Die Zustellung erfolgt nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist oder, im Falle eines Referendums, nach der Annahme dieses Beschlusses in der Volksabstimmung. Wird der Beschluss in der Volksabstimmung abgelehnt, so ist den Einsprecherinnen und Einsprechern eine persönliche Mitteilung zuzustellen, dass ihre Einsprache obsolet geworden ist.

Der Rekurs ist innerhalb von zehn Tagen nach der Zustellung dieses Beschlusses beim Verwaltungsgericht anzumelden. Innerhalb von 30 Tagen, vom gleichen Zeitpunkt angerechnet, ist die Rekursbegründung einzureichen, welche die Anträge der Rekurrentin oder des Rekurrenten und deren Begründung mit Angabe der Beweismittel zu enthalten hat.



Bei völliger oder teilweiser Abweisung des Rekurses können die amtlichen Kosten, bestehend aus einer Spruchgebühr sowie den Auslagen für Gutachten, Augenscheine, Beweiserhebung und andere besondere Vorkehren, der Rekurrentin oder dem Rekurrenten ganz oder teilweise auferlegt werden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbesschluss zugestimmt mit 75 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

## **8. Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafentbahn Variante „Südquai“, Bericht der WAK, Mitbericht UVEK**

[27.06.24 09:25:10, 23.0812.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidentin Andrea Elisabeth Knellwolf.

*Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP):* Vorausschicken möchte ich, dass es bei diesem Geschäft auch einen Mitbericht der UVEK gab, ich gehe darum auf die umweltschützerischen Aspekte und verkehrstechnischen Aspekte nur marginal ein. Die UVEK und die WAK haben sich im Vorfeld abgesprochen, wer welche Schwerpunkte behandeln wird in diesem komplexen Geschäft, so dass es keine Doppelspurigkeiten gibt.

Den Startschuss für die Verlagerung der Hafentbahn hat der Grosse Rat bereits im Februar 2020 gegeben, nämlich mit seiner Zustimmung zur Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafentbahn in Kleinhüningen. Mit dem nun vorliegenden Ratschlag wird eine Ausgabenbewilligung von gut 36 Millionen Franken für die zweite Tranche der Planung und Realisierung der Verlagerung der Hafentbahn gemäss Variante Südquai beantragt.

Mit der Variante Südquai werden die Gleise südlich der Wiese vom Klybeckquai verschwinden. Künftig sollen das Klybeckquai und das Westquai für Wohnnutzungen zur Verfügung stehen. Vorgesehen ist eine Konzentration der Güterumschlagsinfrastruktur im Hafentkerngebiet nördlich der Wiese.

Die Variante Südquai bringt mehrere Vorteile mit sich. Die notwendigen Flächen tangieren die inventarisierten Trockenwiesen nur marginal. Der Betrieb im Hafentbahnhof kann bei der Variante Südquai weitgehend unabhängig von der deutschen Bahn durchgeführt werden. Von grundlegender Bedeutung ist auch, dass die Kapazität und die Leistungsfähigkeit mindestens gleichwertig mit der heutigen Hafentbahn sind. Der Flächenbedarf ist bei der Variante Südquai im Vergleich zu den anderen Varianten am kleinsten. Das Bundesamt für Verkehr wurde frühzeitig in die Projektevaluation einbezogen und beurteilt die Variante Südquai als Bestvariante.

Um Zeit zu gewinnen, hat der Regierungsrat die ersten Projektierungen von Ersatz- und Verlagerungsmassnahmen im Rahmen des Budgets Hafentbahn vorgezogen. So sollen der Ersatz der Zollmessstation sowie die Aufstockung und Rückbauten der IWB bereits zusammen mit dem vorliegenden Variantenentscheid finanziert und umgesetzt werden. Darüber hinaus muss aufgrund des Flächenbedarfs für die Hafentbahn am neuen Standort eine Liegenschaft zurückgebaut werden, die sich im Inventar der schützenswerten Bauten des Kantons Basel-Stadt befindet. Zu den Naturschutzaspekten verweise ich auf den Mitbericht der UVEK, wie erwähnt.

Als weitere Massnahme für die Sicherstellung der Flächen muss die Klärschlammverbrennungsanlage an einem anderen Standort ersetzt werden. Aufgrund des Alters der Anlage ist sowieso ein Ersatz bis spätestens 2030 notwendig. Für dieses Projekt wird dem Grossen Rat ein separater Ratschlag vorgelegt werden.

Um das Gesamtprojekt realisieren zu können, ist ein umfangreicher Landerwerb und Landabtausch notwendig. Zudem müssen zwei Parzellen von privaten Baurechtsnehmern zurückgeholt werden. Mit dem vorliegenden Ratschlag wird beantragt, den Regierungsrat zu ermächtigen, die Verhandlungen zu den Landerwerben zu führen. Die konkreten Anträge zum Landerwerb folgen dann in einer weiteren Ausgabenbewilligung für die dritte Tranche dieses Projekts.

Wie im Ratschlag ausgeführt, hat der Regierungsrat im Laufe der bisherigen Projektierung verschiedene vergleichende Gesamtwirtschaftlichkeitsprognosen für die verschiedenen Hafentbahnvarianten berechnen lassen. Durch die Umnutzung der Flächen nach der Verlegung der Hafentbahn erhöht sich der Landwert einmalig um schätzungsweise 232 Millionen Franken. Darüber hinaus werden jährlich bis zu 60 Millionen Franken Steuermehreinnahmen erwartet. Auch die Wertschöpfung wird



durch die Transformation des Areals erhöht. Die Realisierung dieser wirtschaftlichen Potenziale setzt voraus, dass die zugrundeliegenden Annahmen in Bezug auf Dichte und Nutzung im Zuge der städtebaulichen Entwicklung realisiert werden können.

Zur Kommissionsberatung. Die WAK hat das Geschäft an fünf Sitzungen behandelt und sich von den zuständigen drei Departementen BVD, WSU und FD eingehend informieren lassen. An dieser Stelle herzlichen Dank an die vielen Beteiligten. Eintreten auf dieses Geschäft war in der WAK unbestritten. Die Kommission hat sich vertieft mit der Frage der Gesamtwirtschaftlichkeit auseinandergesetzt und die Ersatzflächenthematik für die Naturwerte diskutiert.

Der Bau des Hafenbeckens 3 ist aufgrund von Einsprachen weiterhin blockiert. Die Kommission hat sich darlegen lassen, dass zwischen Hafenbecken 3 und Hafenbahn keine Abhängigkeiten bestehen. Für die Verlegung der Hafenbahn sei die Verzögerung bei Bau des Hafenbeckens 3 sogar ein Vorteil, weil dadurch die Realisierung des Hafenbahnprojekts keine Bahnbrücke über das Hafenbecken 3 gebaut werden müsse. Also hier hat eine Verzögerung doch einmal eine positive Auswirkung. Für die Kommission war es wichtig zu wissen, dass die Verlegung der Hafenbahn auch dann sinnvoll ist, wenn das Hafenbecken 3 nicht gebaut werden könnte. Für weitere eingehend geprüfte Aspekte verweise ich auf den Ratschlag und den Kommissionsbericht. Einzelne Erwägungen werde ich jetzt im Folgenden noch darlegen.

In der Kommission war unbestritten, dass es sich bei der Variante Südquai um das bisher beste Projekt für die Verlegung der Hafenbahn handelt. Durch die geplante Verlegung der Hafenbahn werden die Lärmemissionen auf die angrenzenden Wohnquartiere deutlich reduziert. Dennoch muss man sich darüber im Klaren sein, dass für die Verlegung der Hafenbahn erstens keine Notwendigkeit besteht und es sich hierbei um kein politisches Projekt zur Reduktion von Lärmemissionen handelt. Im Kern geht es bei der Verlegung der Hafenbahn um das Freispielen von Flächen am Rheinufer zur weiteren Stadtentwicklung. Nach der Verlegung der Hafenbahn können die Gebiete Klybeckquai und Westquai städtebaulich zu Quartieren mit einem Nutzungsmix aus Wohnen und Arbeiten weiterentwickelt werden.

Auch wenn im Rahmen dieser Ausgabenbewilligung lediglich die Massnahmen für die Verlegung der Hafenbahn enthalten sind, so ist eine Zustimmung hierzu nur sinnvoll, wenn auch die Absicht der städtebaulichen Weiterentwicklung mitgetragen wird. Für die WAK ist klar, dass die Vorstellungen, wie die Quartiere künftig aussehen sollen, weit auseinandergehen können. Dennoch beinhaltet die Zustimmung zu dieser Ausgabenbewilligung auch ein Bekenntnis zur städtebaulichen Weiterentwicklung der freigespielten Areale.

Das Projekt zur Verlegung der Hafenbahn ist zudem ein sehr kostspieliges und aufgrund der vielen Abhängigkeiten auch kein risikofreies Projekt. Noch steht nicht genug Fläche für das Projekt zur Verfügung. Vorgängig müssen mehrere Landgeschäfte realisiert werden können und damit am Schluss die Gleise verlegt werden können, braucht es im Vorfeld mehrere Verlagerungs- und Ersatzmassnahmen. Bei optimalem Projektverlauf kann nach rund neun Jahren erst mit der Verlegung der Hafenbahn begonnen werden.

Im Ratschlag wurde die Gesamtwirtschaftlichkeit des Projektes dargestellt. Es konnte gezeigt werden, dass der Return on Investment positiv ausfällt. Einmalig steigt der Landwert, langfristig können die Steuereinnahmen und die Wertschöpfung gesteigert werden. Die Kommission hat durch ihre Nachfragen versucht, einen Eindruck davon zu erhalten, wie die aktuellen politischen Vorstösse die Wirtschaftlichkeitsberechnungen beeinflussen. Als Antwort wurde der Kommission eine Sensitivitätsanalyse präsentiert. Konkrete Zahlen lassen sich daraus keine ableiten, aber aus Sicht der Kommission hat sich gezeigt, dass die Wirtschaftlichkeit des Projekts grundsätzlich weiterhin gegeben ist. Deutlich wurde, dass die Bruttogeschossfläche die wesentliche Variable in der Sensitivitätsanalyse ist.

Obwohl es interessant war zu sehen, dass die Faktoren, die berechnet werden können, positiv ausfallen, so reicht die Bedeutung des Projekts betreffend die Verlegung der Hafenbahn weit über die monetären Aspekte hinaus. Der städtische Nutzen des Projekts übertrifft den finanziellen bei weitem. Der Mehrwert besteht primär in der Möglichkeit, neue Quartiere zu entwickeln und die heute bestehenden Quartiere besser an den Rhein anzubinden. Das Freispielen des heutigen Hafenbahnareals eröffnet dem Kanton die einmalige Chance einer städtebaulichen Entwicklung an bester Lage. Die Wirtschaftlichkeitsanalyse zeigt auf, dass sich dieser Befreiungsschlag auch in einer Aufwand- und Ertragslogik lohnt. Vor allem aber besteht hier aus politischer Sicht die Jahrhundertchance, ein grosses Areal an bester Lage aus einer Hand entwickeln zu können. Einem Teil der Kommission ist es dabei wichtig zu betonen, dass die Kosten für die Hafenbahn angesichts der erhofften Zusatzeinnahmen nicht zu einem Investitionsdruck führen dürfen, unter welchem die sozialen und ökologischen Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung vernachlässigt werden.

Die UVEK hat einen Ergänzungsantrag gestellt an die WAK, darauf gehe ich jetzt ein. Die Kommission hat auch den Mitbericht der UVEK zur Kenntnis genommen und den Antrag diskutiert. Die UVEK hat sich in ihrem Mitbericht mit der Frage der Ersatzflächen auseinandergesetzt und beantragt der WAK eine Ergänzung des Grossratsbeschlusses. Das Anliegen der UVEK ist es, dass die Sicherstellung der Naturwerte, der Erhalt der Naturfläche und die ökologische Vernetzung aufgrund ihrer grossen Bedeutung auch Gegenstand des Grossratsbeschlusses sind und ein Ersatzflächenkonzept vorgelegt wird. Die WAK unterstützt diese Ergänzung grossmehrheitlich und schlägt im Hinblick auf den Projektlauf eine weitere Präzisierung vor. Sinnvollerweise soll das Konzept spätestens zusammen mit der Ausgabenbewilligung Hafenbahn Tranche III dem Grossen Rat zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.



Die WAK hat vom Regierungsrat eine Stellungnahme zu diesem Ergänzungsantrag eingeholt. Es wurde bestätigt, dass der Antrag weder inhaltlich noch terminlich als problematisch angesehen wird. Einzelne Mitglieder der WAK haben diese Ergänzung des Grossratsbeschlusses abgelehnt mit der Begründung, dass sich am geplanten Vorgehen nichts ändere und lediglich ein unnötiger zusätzlicher Prozessschritt verankert werde. Überhaupt handle es sich nicht nur um ein Umweltprojekt, sondern auch um ein ökonomisches Projekt.

Ich komme zum Schluss. Aufgrund all dieser Überlegungen empfiehlt die WAK dem Grossen Rat einstimmig, der Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafenterrasse gemäss Variante Südquai zuzustimmen und den Regierungsrat zu ermächtigen, die Verträge zum Landerwerb vorbehaltlich der Zustimmung des Grossen Rats zur Tranche III abzuschliessen. Aufgrund des ergänzten Beschlusses wird der Grosse Rat über die Ausgabenbewilligung zu Tranche III in Kenntnis des Ersatzflächenkonzepts zu einem späteren Zeitpunkt abstimmen können.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Für die UVEK hat das Wort deren Präsident Raphael Fuhrer.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Zunächst möchte ich auch meinen Dank an das BVD, WSU und die weiteren Fachpersonen aussprechen, die uns in unserer Beratung begleitet haben. Wir haben das Geschäft an vier Sitzungen beraten. Auch möchte ich der WAK danken für die gute Aufnahme unseres Vorschlags für eine Ergänzung des GABs. Die UVEK hat die durch die WAK vorgenommene Präzisierung zur Kenntnis genommen und ist damit einverstanden.

Ich möchte nun nur noch auf die Punkte eingehen, die ergänzend zum Votum sind der Präsidentin der WAK. Wir haben uns ja in der UVEK einerseits mit dem Bahnprojekt an und für sich, mit der Flächenverfügbarkeit, mit Ersatz- und Verlagerungsmassnahmen und mit den raumwirksamen Interessen auseinandergesetzt. Beim Bahnprojekt möchte ich hinzufügen, dass trotz der Flächeneffizienz, also 30 Prozent weniger Fläche, genügend Kapazität besteht, um das heutige Aufkommen sowie auch das prognostizierte Aufkommen inklusive einer Marge, wenn zum Beispiel Hoch- oder Niedrigwasser auf dem Rhein ist und sich die Mengen dann kurzfristig verändern, dass dieses abwickelbar ist und dass auch die der europäischen Norm entsprechenden 750 Meter langen Züge abgefertigt werden können mit dieser Variante Südquai. Das war uns wichtig, diese Zusicherung haben wir uns eingeholt. Die UVEK schätzt die Variante Südquai so ein, dass es dort weniger Bewilligungshürden gibt im Vergleich zu anderen Varianten, die auf dem Tisch sind.

Bei der Flächenverfügbarkeit, auch in Ergänzung zu den Aussagen der Präsidentin der WAK, möchte ich noch erwähnen, dass für die UVEK wichtige Themen wie zum Beispiel der Fernwärmeausbau oder auch die Erweiterung und Sanierung der ARA kompatibel sind mit den Plänen der Variante Südquai. Auch das war uns wichtig, diese Abklärung zu machen.

Nun noch zu den Ersatz- und Verlagerungsmassnahmen. Es geht, wie schon erwähnt, um die Naturwerte. Es geht darum, sie in ihrer Wertigkeit zu erhalten, das ist einerseits die Fläche, andererseits aber auch die Qualität. Diese zwei Aspekte müssen miteinander verrechnet werden. Dazu besteht eine Methode, die wurde entwickelt, ist im Moment noch vor Bundesgericht, wird dann entschieden durch das Bundesgericht, ob diese Variante so okay ist und wenn sie so okay ist, würde sie auch in diesem Fall angewendet. Es geht aber neben den Flächen und ihrer Wertigkeit auch um die Vernetzung, also die Lage der Flächen und ob sie zueinander Sinn machen. Auch das ist wichtig. Im Fokus steht sicher die Trockenwiese, aber nicht nur. Auf dem Hafenterrasse selber gibt es weitere ökologisch sehr wertvolle Flächen, auch in dem Gebiet, wo die ARA, die IWB, usw. ihre Gebäude haben, geht es um solche Flächen und schlussendlich dann auch um das Gebiet der potenziellen Stadtentwicklung.

Uns in der UVEK war es wichtig, diese schwierige Aufgabe, die aus unserer Sicht eben auch gleichwertig ist mit den anderen Planungen, diese im Grossratsbeschluss noch besonders zu berücksichtigen und auch festzuhalten, dass man die eben von Anfang an mitdenkt, weil sie zum Beispiel in Sachen Vernetzung von Anfang an mitgedacht werden soll, damit sie parzellenübergreifend und über die Gebiete übergreifend dann Sinn macht. Aus Sicht der UVEK ist es auch wichtig, mit den Verbänden zusammenzuarbeiten und deren Fachwissen miteinzubeziehen.

Noch zur Zollmessstation, die soll ja in die Langen Erlen zügeln, auch das hat uns beschäftigt. Die Bauphase, die relativ bald schon ansteht, sowie auch dann die neue Situation mit dieser Sozialmessstation in den Langen Erlen wird eine gewisse Beeinträchtigung zur Folge haben. Uns wurden aber Ausgleichsmassnahmen nachvollziehbar aufgezeigt. Die UVEK erwartet in diesem Zusammenhang, dass den Naturwerten sowie der Erholungsfunktion grösstmögliche Beachtung geschenkt wird bei den anstehenden Planungen und Umsetzungen.

Zum Schluss noch die raumwirksamen Interessen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Erschliessung angepasst wird, und uns wurde in Aussicht gestellt, dass das Gesamtverkehrsaufkommen in diesem Gebiet nicht wesentlich sich verändern wird. Auch das ist wahrscheinlich eine wichtige Information, wenn die weitere Planung weitergehen soll.

Am Schluss sind wir einstimmig zum Schluss gekommen, dass wir dem Beschlussskizzen zustimmen möchten mit dieser Ergänzung, die nun die WAK noch präzisiert.



*Balz Herter (Mitte-EVP):* Für den Regierungsrat hat das Wort Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Der Regierungsrat beantragt Ihnen hier 36 Millionen Franken. Schon das ist an sich eine grosse Summe, investiert werden diese Gelder aber vor allem in die weiteren Planungen und auch in erste Rochaden im Perimeter. Sie finden übrigens die Details auf Seite 34 und 35 des Ratschlags der Regierung. Für die Realisierung, also für die nächste Tranche, die wir beantragen werden, rechnen wir mit Kosten von rund 275 Millionen Franken. Das umfasst neben den Baukosten auch Kosten für den Landerwerb, für Ersatz- und Verlagerungsmassnahmen. Es ist klar, diese grossen Ausgaben, die müssen sich für den Kanton lohnen, nicht nur städtebaulich, sondern auch wirtschaftlich. Es gibt aber einen grossen Return on Investment, über Steuereinnahmen, über den erhöhten Landwert und über eine erhöhte Bruttowertschöpfung.

Der Regierungsrat begrüsst es, dass die WAK die Zahlen zur Wirtschaftlichkeit nochmals kritisch überprüft hat, auch angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen rund um die Arealentwicklungen, die zum Teil noch nicht abschliessend gereift waren zum Zeitpunkt der Ausarbeitung der Vorlage. Es gibt noch einige Herausforderungen in der weiteren Arbeit, die bevorstehen, unter anderem bezüglich der Flächen, die die Hafenterrasse benötigt. Am Hafen sind, wie Sie wahrscheinlich aus eigenen Besuchen wissen, die Flächen belegt. Deshalb ist das ein bisschen wie Tetris, alle Teile müssen ineinander passen. Es stehen Flächenrochaden bevor, die wirklich anspruchsvoll sind und die eben auch zeitkritisch sind, aber auch bezüglich Naturwerte haben wir noch einige Herausforderungen. Am Ende geht es darum, die Hafenterrasse effizienter zu machen und Flächen frei zu spielen für diese Nutzungen am Klybeckquai und am Westquai für Wohnungen, für Arbeitsplätze, für die Öffentlichkeit, auch für öffentliche Plätze und Orte.

Ich danke den Kommissionen für die intensive Auseinandersetzung mit diesem grossen Geschäft, für die kritischen Rückfragen und die Inputs. Der Regierungsrat kann die Änderungsvorschläge der Kommissionen unterstützen und bittet Sie um Zustimmung zur Ausgabenbewilligung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als erstes hat das Wort Jérôme Thiriet für das GAB.

*Jérôme Thiriet (GAB):* Das Grün-Alternative Bündnis ist im Grundsatz auch sehr einverstanden mit dem Ratschlag der Regierung. Für uns ist es sehr wichtig, dass vor allem das Gebiet der Klybeckinsel, das abgeschnitten ist vom Kleinhüningen-Quartier, dann freigespielt ist und die Hafenterrasse eigentlich nur noch auf das Hafengebiet reduziert wird und man damit eigentlich einen guten Teil der Stadt weiterentwickeln kann. Momentan sind dort die Lärmemissionen noch hoch, man hat keinen Zugang zur Klybeckinsel und insofern ist es für uns unbestritten, dass die Hafenterrasse dort weg muss und auf den Hafen reduziert wird.

Wir beim GAB haben eigentlich drei Punkte, die uns wichtig sind. Andrea Knellwolf hat ja den Bericht schon vorgelesen, es gibt dort ganz verschiedene Sachen, die zu beachten sind. Im Vordergrund steht, das hat auch Raphael Fuhrer gesagt, das Ersatzflächenkonzept. Wir haben ja beim Hafenbecken 3 gesehen, was das verursachen kann, wenn man da nicht rechtzeitig alle Verbände miteinbezieht und das vorsichtig plant. Insofern haben wir diesen Antrag der UVEK unterstützt und würden das sehr begrüssen, wenn das Ersatzflächenkonzept für die Naturwege sowohl im Klybeckquai als auch am Westquai und auch auf der Kleinbeckinsel, also südlich der Wiese, uns vorgelegt wird, bevor wir dann das Geld für die Tranche III bewilligen.

Geld für die Tranche III, da komme ich gerade zum nächsten Punkt. Regierungsrätin Esther Keller hat es ja gesagt, wir reden da von fast 300 Millionen Franken, die wir ausgeben für die Verlegung der Hafenterrasse. Dem gegenübergestellt wird aber das Return on Investment, sprich, das, was man erwarten kann, das zurückkommt, wenn man die Stadtentwicklung vorantreibt. Es ist vor allem der Landwert, der sich erhöht, aber natürlich auch die Steuereinnahmen, die man erwartet mit diesen Menschen, mit dem Steuersubstrat, die dann dort auf der Klybeckinsel wohnen sollten. Uns ist es aber sowieso wichtig, dass die Ausgaben von 300 Millionen Franken nicht zu so einem Investitionsdruck auf der Klybeckinsel führt, dass man eigentlich die sozialen und ökologischen Aspekte von einer nachhaltigen Stadtentwicklung vernachlässigt und dort eigentlich einfach nur auf vermögende Menschen setzt, die viel Steuersubstrat generieren. Das ist nicht in unserem Sinn.

Wir haben dann auch in der Kommission noch einmal anschauen lassen, ob diese Prognosen von diesen 60 Millionen Steuersubstrat, das reinkommt jährlich, und der Landwertsteigerung von etwa 250 Millionen wirklich zutrifft, weil es ja auf dem Gebiet auch noch ein paar Unbekannte hat, wie zum Beispiel der Gegenvorschlag zu Basel baut Zukunft oder die Initiative Hafen für alle, die dort ein bisschen Einfluss darauf haben, was dort hinkommt und was eben nicht. Da haben wir dann herausgefunden, dass das gar nicht so genau berechnet werden kann. Es hat dann so eine Sensitivitätsanalyse gegeben und es ist nicht ganz klar, wie viel Geld dann wirklich zurückkommt. Wir wollen auch, dass es offenbleibt und dass man dort die Entwicklung der Stadt unabhängig planen kann.



Was uns auch noch wichtig ist zu sagen, ist, dass die Variante Südquai, also die Verlegung der Hafentbahn jetzt vorangetrieben werden kann. Es hat immer auch noch Nachfragen gegeben, ob das zusammenhängt mit der Realisierung des Hafenbeckens 3, die ja eigentlich immer noch nicht feststeht, und da ist uns versichert worden, dass das Hafentbahnprojekt absolut unabhängig vom Hafenbecken 3 ist. Das Hafenbecken 3, wenn es dann einmal kommt, ist ein in sich geschlossenes System und die Hafentbahn selber bedient eigentlich die restlichen Hafenanlagen und hat damit nichts zu tun mit dem Hafenbecken 3.

Unter der Berücksichtigung von all diesen Punkten würden wir Ihnen auch empfehlen, den Ratschlag anzunehmen und die Regierung damit zu beauftragen, die Variante Südquai weiter zu verfolgen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Das Wort geht an Christine Keller von der SP.

*Christine Keller (SP):* Ich kann es nun recht kurz machen. Der geschätzte Herr Vorredner hat doch einiges bereits gesagt, dem auch wir zustimmen. Auch für uns ist es sehr wichtig zu betonen, vorab keinen Zusammenhang mit Hafenbecken 3, unabhängig davon, und selbstverständlich die Natur, die uns am Herzen liegt. Aber der Reihe nach.

Wir sehen diese Variante Südquai als die Valabelste an, die je zur Diskussion stand, und im Vordergrund steht für uns aber ganz klar der Nutzen für die Bevölkerung. Auch für Menschen, die dort leben, ist diese Verlagerung ein grosser Mehrwert, eine Entlastung von Lärm, das Rheinbords wird jetzt zugänglich. Die Renditeerwartungen, das hat der Vorredner klar dargelegt, sind mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen. Im Licht von Basel baut Zukunft Gegenvorschlag und Gegenvorschlag Hafentinitiative. Wir werden sehen, was geht, aber es ist sicher sehr wichtig, dass diese Hafentbahn umgelegt wird und damit Land nun zur Verfügung steht.

Der grosse Wermutstropfen, das wurde jetzt auch vom Präsidenten der UVEK und vom Vorredner gesagt, ist wirklich dieser Eingriff in die Natur. Es werden Bäume gefällt werden, es werden wertvolle Areale wegfallen und das steht und fällt mit uns mit dem Ersatzkonzept, das wurde gesagt. Und darum ist uns dieser Abänderungsantrag unter Ziffer 4 auch wichtig, denn die UVEK eingefügt und wir noch ergänzt haben, wir wollen dieses Ersatzflächenkonzept kennen. Beim nächsten Schritt dann bei Tranche III wollen wir das in Kenntnis, was da geht und was auch als zulässig und ausreichend bezeichnet wurde von den Höchststrichern. Das wollen wir zum Zeitpunkt dieses Beschlusses sehen.

Darum bitten wir Sie jetzt, diesem wichtigen Projekt mit diesem Ersatzflächenantrag in Ziffer 4 des Beschlusses zuzustimmen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Für die Fraktion LDP hat das Wort Olivier Battaglia.

*Olivier Battaglia (LDP):* Wir haben schon sehr viel gehört über dieses Projekt und die LDP begrüsst auch diese Ausgabenbewilligung für die Variante Südquai.

Was einfach wichtig ist zu betonen, ist, diese ganze Geschichte ist jetzt nicht irgendwie etwas, was in den nächsten zwei, drei Jahren über die Bühne gehen wird, sondern das ist ein langfristiges Projekt, wo wahrscheinlich einige von uns das Ende nicht mehr hier in diesem Saal erleben werden. Und deshalb ist es eigentlich wirklich konsequent, dass man dort hinget und sagt, das, was wir bisher entschieden haben, das wollen wir eigentlich auch in Zukunft beibehalten und die Marschrichtung einhalten. Ich hoffe, dass das gelingt, weil auch die Ersatzflächen und Verlagerungsmassnahmen, die dauern Zeit. Ich habe einen Freund, der ist Hobby-Eisenbahnler und bis der sein Modell umgebaut hat, dauert es auch sehr viel Zeit und in dieser Zeit kann einiges passieren.

Ich bitte einfach, dass wir diese Marschrichtung einhalten und dass wir dort auch der Verlegen der Hafentbahn und die Konsequenzen, die nachher kommen, dass dieses Projekt eigentlich ein wichtiges Projekt ist für Basel, dass wir dort eine nachhaltige und gute Variante für Basel dann umsetzen werden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Für die FDP hat das Wort Daniel Seiler als Einzelsprecher.

*Daniel Seiler (FDP):* Falsche Richtung, aber hier geht es wirklich in die richtige Richtung. Ich bin sehr erfreut. Ich mag mich erinnern, als wir über das Hafenbecken abgestimmt haben, wurde wiederholt gesagt, dass ohne das Hafenbecken wir keinen Rückbau machen können auf dem Klybeckquai der Gleisanlage. Es ist mir noch in bester Erinnerung, ich freue mich sehr, dass es jetzt möglich ist.



Ich schliesse mich auch ein bisschen meinen zwei Vorredner\*innen vom linken Spektrum an, dass wir da ein bisschen aufpassen müssen von der Rendite, weil die Idee vom Klybeckquai, die Idee ist ja eigentlich, einen grosszügigen grünen Park zu realisieren, und zwar von der Wiese bis zum Hafenkran, und ich hoffe, dass wir da nicht wieder anfangen über irgendwelche Wohnungen direkt vorne am Rhein zu diskutieren.

Von dem her geht dieser Vorschlag in die absolut richtige Richtung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Raphael Fuhrer verzichtet auf ein Votum und auch Andrea Elisabeth Knellwolf verzichtet auf ein Votum. Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 10 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Gesamtbetrag
2. Weitere Ausarbeitung Variante «Südquai»
3. Verträge Landerwerb
4. Naturschutz und Biotopvernetzung

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003786, 27.06.24 09:54:37]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Ein Gesamtbetrag von Fr. 36'050'000 für die weitere Planung und Realisierung des Vorhabens «Weiterentwicklung der Hafenhahn, Variante Südquai» wird bewilligt. Basis ist der Baupreisindex NWCH Stand Oktober 2022.
2. Der Regierungsrat wird beauftragt, die Variante «Südquai» weiter auszuarbeiten.
3. Der Regierungsrat wird ermächtigt, die erforderlichen Verträge zum Landerwerb vorbehaltlich der Zustimmung des Grossen Rates abzuschliessen (die konkreten Anträge zum Landerwerb folgen in der Ausgabenbewilligung Hafenhahn Tranche III).
4. Aufgrund der Bedeutung und Quantität der betroffenen Flächen ist dem Naturschutz und der Biotopvernetzung für den Perimeter der Hafenhahn inklusive der Ersatz- und Verlagerungsmassnahmen im Rahmen dieser Ausarbeitung besondere Beachtung zu schenken. Zudem ist mit der Ausgabenbewilligung Hafenhahn Tranche III ein Ersatzflächenkonzept für den Perimeter der Stadtentwicklung Klybeck- und Westquai zu entwickeln, insbesondere bezüglich der Naturwerte des stillzuliegenden Hafenhahnareals südlich der Wiese. Dieses ist dem Grossen Rat spätestens zusammen mit der Ausgabenbewilligung Hafenhahn Tranche III zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 91 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme zugestimmt.



## 9. Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[27.06.24 09:54:49, 22.0859.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidentin Barbara Heer.

*Barbara Heer (SP):* Mit dem begrenzten Stimm- und Wahlrecht für Menschen mit Niederlassungsbewilligung hat die JSSK wiederum ein sehr wichtiges Geschäft beraten. Wenn die Stimmbevölkerung die von der JSSK-Mehrheit beantragte Verfassungsänderung annimmt, werden diese neuen Rechte für viele Menschen hier im Kanton sehr viel bedeuten und ihren Bezug zum Kanton Basel-Stadt nachhaltig verändern.

In Basel-Stadt dürfen heute rund 38 Prozent der hier lebenden Menschen über 18 Jahre nicht mitbestimmen, da sie kein Schweizer Bürgerrecht haben. Dadurch werden politische Entscheidungen zunehmend nur noch durch eine Minderheit gefällt. Mit der Einführung eines begrenzten Stimm- und Wahlrechts mit einer hohen Zugangshürde der Niederlassungsbewilligung kann der Kanton Basel-Stadt dieses beträchtliche Demokratiedefizit beheben und eine Vorreiterrolle in der Deutschschweiz einnehmen.

Wir haben in der JSSK das vorliegende Geschäft ausführlich diskutiert und uns am Schluss in Mehrheit und Minderheit aufgeteilt, so dass ich heute als Mehrheitssprecherin hier sitze. Die Mehrheit der JSSK beantragt dem Grossen Rat mit dem Ausschluss des passiven Wahlrechts unter Beschränkung auf die kantonale Ebene einen Kompromiss und möchte damit der Stimmbevölkerung des Kantons ermöglichen, ebenfalls über diese wichtige demokratiepolitische Frage zu debattieren und abzustimmen. Wir bitten Sie denn, dem Beschlussentwurf zur Teilrevision der Verfassung zuzustimmen und dem Stimmvolk mit Empfehlung auf Annahme vorzulegen. Mit dem Eintreten auf das Geschäft entscheidet der Grosse Rat auch über die Abschreibung der Motion Edibe Gölgeli, so dass dann eine gesonderte formelle Abschreibung nicht erforderlich ist.

Wir haben uns in der JSSK im Plenum an insgesamt sieben Sitzungen mit der Vorlage beraten, als Mehrheit waren es dann noch zwei Sitzungen. Wir haben uns die Vorlage durch den damaligen Vorsteher des Präsidialdepartements und Vertreterinnen der Staatskanzlei erläutern lassen. Die weiteren Beratungen wurden dann regelmässig durch die Vertreterinnen der Staatskanzlei begleitet. Für die Finalisierung der Anpassungen der Verfassungsbestimmung war dann auch der zentrale Rechtsdienst des JSD involviert. An dieser Stelle möchte ich mich für die gute Zusammenarbeit bei allen bedanken und danke auch dem Kommissionssekretariat für die wichtige Arbeit.

Wir haben dann als Gesamtkommission ein Hearing mit einer Vertretung des Kantons Jura über ihre Erfahrungen mit dem Stimm- und Wahlrecht gemacht und führten auch ein Hearing mit dem Direktor der Swiss Forum for Migration and Population Studies der Universität Neuchâtel zu den diversen Zugangshürden bei der Einbürgerung durch.

Wie wir es uns halt gewohnt sind in der JSSK, haben wir intensiv diskutiert und haben auch ausführlich ausgelotet, ob es Möglichkeiten für einen breiten Kompromiss gäbe. Die verschiedenen Varianten, die wir diskutiert haben, sind im Bericht aufgeführt. Wir haben auch über Anmeldeverfahren, der Ausschluss von Verfassungsabstimmungen und weiteres diskutiert. Die Kommissionsmehrheit wäre durchaus sehr kompromissbereit gewesen und als Präsidentin möchte ich mir an dieser Stelle ausnehmen, mich bei der Gesamtkommission zu bedanken, diese verschiedenen Einschränkungen zumindest inhaltlich als Option geprüft zu haben. Umso bedauerlicher und auch ein bisschen enttäuschend war es natürlich am Schluss, dass ein Teil der Kommission befand, es sei eine Grundsatzfrage, zu der es keine Kompromisse geben könne, und sich dann eben die Aufteilung in Mehrheit und Minderheit ergab, in der wir heute hier sitzen.

Was wir Ihnen jetzt als JSSK-Mehrheit vorlegen, ist dennoch ein Kompromiss, der weniger weit geht als die Motion von Edibe Gölgeli. Wir schränken das Stimm- und Wahlrecht auf das aktive Wahlrecht und eben auf die kantonale Ebene ein. Die Kommissionsmehrheit unterstützt die hohe Zugangshürde, welche die Motion vorschlägt, nämlich die Voraussetzung der Mindestwohnsitzdauer von fünf Jahren im Kanton und der Besitz der Niederlassungsbewilligung. Die Niederlassungsbewilligung erfordert je nach Herkunftsland einen fünf- oder zehnjährigen Aufenthalt in der Schweiz und ist an strenge Voraussetzungen wie genügend Sprachkenntnisse, keine Verurteilungen, keine Schulden gebunden und setzt auch eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz voraus. Die Niederlassungsbewilligung ist denn auch ein Nachweis für erfolgte Integration.

Betreff der Wohnsitzdauer von fünf Jahren haben wir im Austausch mit der Staatskanzlei noch folgende zwei Themen besprochen:



Erstens, die fünfjährige Wohnsitzdauer beinhaltet auch die Jahre vor dem 18. Lebensjahr. Konkret bedeutet das, wer 18 wird, die Niederlassungsbewilligung besitzt und schon fünf Jahre im Kanton gewohnt hat, diese Person erhält dann sofort mit dem 18. Geburtstag das begrenzte Stimm- und Wahlrecht.

Zweitens, die heute vorgeschlagene Verfassungsänderung lässt es offen, ob das einmal erworbene Stimmrecht für immer erhalten bleibt, also so dass es direkt nach einem Rückzug in den Kanton wieder aufleben würde. Aus Sicht der JSSK-Mehrheit sollte das so sein, es müssen dann aber noch technische Hürden gelöst werden, gesetzliche und organisatorische Detailfragen geklärt werden. Dies soll dann im Rahmen der nötigen Wahlgesetzrevision vollends geklärt werden.

Das kantonale Stimm- und Wahlrecht in der Verfassung umfasst heute nicht nur das aktive Wahlrecht, also das Recht, wählen und abstimmen zu dürfen, sondern auch das passive Wahlrecht, also das Recht, sich für öffentliche Ämter wie den Grossen Rat wählen zu lassen.

Die JSSK-Mehrheit hat entschieden, das passive Wahlrecht aus dem heute vorliegenden Vorschlag auszunehmen, da wir davon ausgehen, dass es zumindest in Teilen der Bevölkerung noch starke Vorbehalte gibt gegenüber der zumindest theoretischen Vorstellung einer Ständerätin ohne Schweizer Bürgerrecht. Mit dem heute vorliegenden Vorschlag bleibt also für die Wahl in ein öffentliches Amt, für welches heute die Stimmberechtigung Voraussetzung ist, zum Beispiel der Grosse Rat, Regierungsrat, Gerichtspräsidium oder auch Ständerat, weiterhin die Einbürgerung die Voraussetzung. Das ist denn auch dieselbe Lösung, wie Sie im Kanton Neuenburg oder Jura existiert, beides Kantone, die das Stimmrecht für Einwohner\*innen bereits kennen.

Da die Verfassung bisher nur Stimmberechtigte mit Schweizer Bürgerrecht kannte und es keine Unterscheidung in aktives und passives Stimmrecht in der Verfassung gibt, mussten wir an einigen Formulierungen feilen. Was sich jetzt dem ändert, wenn dann die Stimmbewölkerung diese Verfassungsänderung annimmt, ist, dass es dann eben zwei Formen von Stimmberechtigungen gibt, nämlich Stimmberechtigte mit und Stimmberechtigte ohne Schweizer Bürgerrecht. Der Begriff der Stimmberechtigung in den bestehenden Gesetzgebungen wird sich dann bei der Annahme der Verfassungsänderung auf Stimmberechtigte entsprechend Paragraph 40 Abs. 1 beziehen und wenn Stimmberechtigte mit Niederlassungsbewilligungen gemeint sind, werden sich dann Gesetze oder auch andere Verordnungen, usw. auf Paragraph 40 Abs. 1 bis beziehen müssen.

Bei der Formulierung des Ausschlusses des passiven Wahlrechts war es der Mehrheit wichtig, dass mit der Formulierung der Status quo beibehalten wird, also dass bei öffentlichen Ämtern, wo die Stimmberechtigung gemäss Paragraph 40 Abs. 1 respektive das Schweizer Bürgerrecht heute nicht Voraussetzung ist, das auch in Zukunft nicht Voraussetzung bleibt und somit offen ist für Personen ohne Schweizer Bürgerrecht. Wir haben nach einigem hin und her die Formulierung gefunden, die das so abbildet.

Als zweite Einschränkung gegenüber der Motion haben wir entschieden, die Gemeindeebene aus dem Kompromiss der JSSK-Mehrheit auszunehmen und die Vorlage auf die kantonale Ebene einzuschränken. Dadurch soll die Gemeindeautonomie gewahrt bleiben. Die Einwohnergemeinde Bettingen stand dem Vorstoss schon seit der Vernehmlassung kritisch gegenüber. Die Einwohnergemeinde Riehen unterstützte das aktive Wahlrecht noch in seiner Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung, änderte dann aber seine Haltung hin zur Ablehnung, was die Gemeinde Riehen dann auf eigene Initiative in einem Schreiben an die JSSK im Januar dieses Jahres zum Ausdruck brachte. Die JSSK hat diese Haltungen zur Kenntnis genommen. Mit der vorgeschlagenen Lösung der JSSK-Mehrheit soll es vollumfänglich den Einwohnergemeinden von Riehen und Bettingen überlassen bleiben, ob sie sich am Kanton orientieren und künftig ebenfalls ein Stimm- und Wahlrecht für Einwohnerinnen und Einwohner mit Niederlassungsbewilligung einführen wollen oder nicht.

Auch mit Blick auf die Tatsache, dass die Demokratie sich immer weiterentwickelt und diese Diskussionen auf allen Ebenen geführt werden müssen, scheint es in dieser demokratiepolitisch zentralen Frage adäquat, dass die kantonale Bevölkerung hier über das kantonale Stimmrecht befindet. Wir werden also keiner Gemeinde hier das Einwohner\*innenstimmrecht aufzwingen, wie die Thematik im Minderheitenbericht beschrieben wird.

Da es um Anpassungen der Kantonsverfassung geht, unterliegt das, was wir heute beschliessen, dem obligatorischen Referendum. Nach Annahme durch die Stimmbewölkerung muss also noch das Wahlgesetz dann durch den Grossen Rat revidiert werden, bevor das Einwohner\*innenstimmrecht in Kraft treten kann.

Die Staatskanzlei hat die JSSK im Rahmen der Beratung informiert, dass sie die Revision des Wahlgesetzes gerne koordinieren würde mit zwei weiteren Motionen zu den gleichen Verfassungsbestimmungen, nämlich die Motion Jo Vergeat zum Stimmrechtsalter 16 und die Motion Oliver Thommen zu den politischen Rechten für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung. Auch bei diesen Motionen gäbe es dann je eine Volksabstimmung. Wir gehen davon aus, dass die Verknüpfung mit den weiteren Vorstössen zur Folge hätte, dass nach der Abstimmung es nochmals vier bis sechs Jahre dauern könnte bis zur Inkraftsetzung des Einwohner\*innenstimmrechts.

Die JSSK-Mehrheit erachtet diese vier bis sechs Jahre als zu lang. Wir sind der Meinung, Menschen müssen ein Recht, das ihnen zugesprochen wird, dann auch innert nützlicher Frist ausüben können. Wir empfehlen deshalb, dass der Regierungsrat



auf eine Koordination der genannten Geschäfte verzichtet und die notwendigen Gesetzesanpassungen, insbesondere die Revision des Wahlgesetzes dann umgehend nach der Annahme der aktuellen Vorlage durch die Stimmbevölkerung beginnt. Wir hoffen dann, dass dadurch ein Inkrafttreten vielleicht zwei bis drei Jahre nach der Abstimmung möglich wird.

Ich gehe davon aus, dass die Debatte hier in Kürze sich einigermaßen emotional entfalten wird, das war sie auch in der JSSK immer mal wieder. Umso mehr wäre es mir als Präsidentin auch der Gesamtkommission und sicher der JSSK-Mehrheit sehr wichtig, dass wir auch Ergebnisse aus der Forschung und Erfahrung anderer Kantone beziehen, um die Diskussion auch sachlich zu führen.

Ich möchte zum Abschluss auf drei Erkenntnisse aus den Hearings und Studien hinweisen:

Erstens, mit der Annahme des Einwohner\*innenstimmrechts werden die politischen Kräfteverhältnisse in diesem Kanton nicht komplett auf den Kopf gestellt werden. Die Forschung zeigt vielmehr, dass die Auswirkungen eines Einwohner\*innenstimmrechts auf die Abstimmungsergebnisse gering sind. Menschen ohne Schweizer Pass unterscheiden sich in ihren politischen Orientierungen schlicht sehr wenig von den Menschen mit Schweizer Bürgerrecht, das hat eine Studie der Uni Zürich gezeigt.

Zweitens, die Auswirkungen auf die Anzahl Einbürgerungen im Kanton werden ebenfalls gering sein. Forscher\*innen der Universität Basel haben den Effekt des formellen Mitbestimmungsrechts auf Einbürgerungen in Schweden untersucht und sie kamen zum Schluss, dass der Effekt der verschiedenen Gruppen zwar unterschiedlich ist, aber alles zusammengezählt an Einwohner\*innenstimmrecht schlussendlich wenig Einfluss darauf hat, ob die Menschen sich einbürgern lassen oder nicht.

Drittens, Einbürgerung ist für viele Menschen mit Niederlassungsbewilligung nicht einfach eine freie Entscheidung. Die Studien des nccr – on the move, die der JDSK präsiert wurden, zeigen, dass viele materielle und soziale Ausschussfaktoren Menschen von der Einbürgerung abhalten. Eine neueste Studie vom Bund zeigt auch, dass insbesondere wer ein tiefes Bildungsniveau hat und wer von Armut betroffen ist, einen sehr schlechten Zugang zu Einbürgerungen hat. Für andere Menschen ist der Einbürgerungstest mit der Gefahr, das Gesicht zu verlieren, verbunden, wurde uns im Hearing erläutert oder wie Professor D'Amato es selber ausgedrückt hat im Hearing, gerade Arbeiter haben Mühe gegenüber dem Staat Bittsteller zu werden. Die Frage der sozialen Schichtung darf bei der Frage nach Einbürgerung nicht unterschätzt werden.

Die JSSK-Mehrheit ist der Ansicht, wer seinen Lebensmittelpunkt in Basel-Stadt hat und damit von politischen Entscheiden direkt betroffen ist, soll mitbestimmen können. Die politische Partizipation ist dann nicht zuletzt eine wichtige Anerkennung der Integration, welche durch die Niederlassungsbewilligung ausgewiesen wird.

Im Namen der JSSK-Mehrheit beantrage ich Ihnen deshalb, dem Entwurf der neuen Verfassungsbestimmung zuzustimmen und die Vorlage dem Stimmvolk zur Annahme zu empfehlen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Sprecher der Kommissionsminderheit ist David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Der Präsidentin der JSSK, der Sprecherin der Mehrheit dieser Kommission am heutigen Tag, danke ich für die differenzierte Schilderung unserer Kommissionsberatungen. Die Minderheit hat sich aktiv in die Beratungen eingebracht. Jedes Mitglied der Minderheit hat für sich abgewogen, ob in diesem bedeutsamen Geschäft dem Grossen Rat und dann dem Stimmvolk ein sogenannter Kompromiss vorgeschlagen werden soll. Eine Bemerkung, nicht jedes Geschäft ist kompromissfähig. Hier geht es um eine grundsätzliche Frage, die ist binär zu entscheiden. Beim Wahl- und Stimmrechtsalter, ob jetzt 19, 18, 17, da sind Kompromisse denkbar. Man sagt statt 16 17 oder 17,5. In der heutigen Frage ist es mal schwarz-weiss und damit müssen wir leben. Wir haben uns schlussendlich alle mit voller Überzeugung gegen einen Kompromiss entschieden.

Ergänzend zum schriftlichen Bericht der Minderheit will ich die Gedanken der Minderheit wie folgt zusammenfassen: Dass nicht jede und jeder, die oder der sich auf dem Territorium unseres Kantons aufhält, in den Genuss der politischen Rechte kommen soll, ist weitestgehend anerkannt. Wenn dem so ist, stellt sich die Frage nach den zu wählenden Anknüpfungspunkten. Einige sind per se verfassungsrechtlich unzulässig. So darf nicht daran angeknüpft werden, ob eine Person bei uns Steuern in einem gewissen Mindestumfang bezahlt oder nicht. Anders als im Einbürgerungsverfahren dürfen wir auch nicht an ein gewisses Minimum staatsbürgerlicher Kenntnisse anknüpfen. Es wäre ja verlockend, dass wer von politischen Rechten Gebrauch machen will, einen Politfahrerschein erwerben müsste. Lieber Bülent Pekerman, dies wäre doch eine gute Ausweitung deiner Fahrlehrerpraxis. Diese Prüfung könnte sodann in regelmässigen Abständen wiederholt werden. Auch eine solche Vorgabe wäre schlichtweg verfassungswidrig. Dass Aufenthalt im Sinne einer Durchreise mit einem Unterbruch gewisser Zeit in unserem Kanton nicht ausreicht, ist auch konsensfähig.

Auf das Kriterium der Wohnsitznahme können wir uns wohl einigen. Die Problematik des Ausländerschweizerstimmrechts müssen wir hier nicht erörtern, auf kantonaler Ebene kennen wir dieses nicht. Dass ein gewisser Bezug zu unserem Gemeinwesen, der über die reine Wohnsitznahme hinausgehend sollte, vorliegen muss, auch dieser Prämisse werden die



meisten von uns zustimmen. Was daraus folgt, bei dieser Frage gingen aber die Meinungen in der Kommission und gehen sie in diesem Saale und in der Bevölkerung auseinander. Regierung und Kommissionsmehrheit erachten für Personen, die nicht Schweizer Bürgerinnen oder Bürger sind, den Besitz der Niederlassungsbewilligung und fünf Jahre ununterbrochenen Wohnsitz in unserem Kanton für ausreichend.

Angesichts der Aussichtslosigkeit der Lösung, die die Motion Edibe Gölgeli und der Regierungsrat vorgeschlagen haben, eine solche Lösung wird ganz sicher scheitern in einer Volksabstimmung, will die Kommissionsmehrheit nun zwischen dem aktiven und dem passiven Wahlrecht differenzieren. Der Ausschluss vom passiven Stimm- und Wahlrecht und der Verzicht auf die Ausdehnung der Geltung der neuen Regelung auf kommunale Angelegenheiten der Landgemeinden sind aber, um das Wording meines Sitznachbars Tobias Christ aufzunehmen, «Meitli- bis Buebetrickli» Würden nämlich die neuen Verfassungsbestimmungen angenommen, so würde mit einem Schlag das mit dem aktiven Stimm- und Wahlrecht ausgestattete Elektorat wesentlich erweitert werden. Es wäre so dann in einem zweiten Schritt ein leichtes, Unterschriften für eine Volksinitiative über die Ausweitung der Ausländerinnen und Ausländer gewährten Rechte auch auf das passive Wahlrecht zu sammeln.

Im neu zusammengesetzten Elektorat hätte eine solche Initiative eine realistische Chance, angenommen zu werden. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit Schweizer Bürgerrecht würden dann voraussichtlich in einem solchen Urnengang überstimmt werden. Diese Problematik wurde in der Kommission diskutiert. Die Mehrheit hat darauf verzichtet, den Ausschluss der Rechte für Ausländerinnen und Ausländer auf Verfassungsebene aufzunehmen. Dies ist ein bewusster Entscheid, um ein solches Vorgehen möglich zu machen.

Was die Befürworter dieser Vorlage oder von weitergehenden Vorschlägen geflissentlich übersehen respektive kleinreden, ist, dass unsere Rechtsordnung einen Weg zur Erlangung der politischen Rechte kennt, nämlich das Einbürgerungsverfahren. Die Kommissionsminderheit ist der festen Überzeugung, dass dieses Verfahren in unserem Kanton fair in einen rechtlich geordneten Rahmen durchgeführt wird. Bemühungen, dieses Verfahren zu erleichtern, auch in finanzieller Hinsicht, tragen die meisten Mitglieder der Minderheit mit. Der ständige Versuch einiger Vertreterinnen und Vertreter der Mehrheit dieses Verfahren zu diskreditieren, ist gelinde gesagt irritierend.

Es müssen manchmal Entscheidungen getroffen werden, deren Resultat nicht der Verzehr von Apfel und Birne sein wird. Unsere Rechtsordnung erlaubt die doppelte Staatsbürgerschaft. Wenn dies eine andere nicht tut, so muss der oder die davon Betroffene entscheiden, ob er politische Rechte im Land seines angestammten Bürgerrechts oder hier ausüben will und er soll diese Rechte hier nur aufgrund der Erlangung unseres Bürgerrechts ausüben dürfen. Wir haben einen Weg zur Einbürgerung und zur Erlangung der politischen Rechte. Von einem Demokratiedefizit zu sprechen, ist schlichtwegs unlauter. Sie mögen einwenden, auf kommunaler und kantonaler Ebene seien die Pflichten von Einwohnerinnen und Einwohnern mit oder ohne Bürgerrecht praktisch identisch und die dem männlichen Teil der Schweizer Bevölkerung treffende Wehrpflicht sei nicht mehr sehr bedeutsam. Die linke fast Ratshälfte will ja diese immer noch abschaffen.

Wir halten von der Bedeutung dieser Argumente für die heutige Diskussion wenig. Zum einen ist die Wehrpflicht noch immer eine bedeutende Pflicht, unabhängig davon, ob sie in Form des Dienstes in der Armee oder als Zivildienst oder durch Leistung einer Abgabe erfüllt wird. Dass eine Motivation für sehr späte Einbürgerung im Leben oder gar keine Einbürgerung die Vermeidung der Erfüllung dieser Pflicht ist, liegt auf der Hand. Wer sagt, dieses Argument gelte nur für die Bundesebene, unterschlägt, dass auch mittels Ausübung kantonaler politischer Rechte direkt oder indirekt auf die Bundesebene Einfluss genommen werden kann, dies zum Beispiel durch die Wahl unserer Vertretung in den Ständerat. Weiter üben wir hier im Grossen Rat, der neu ebenfalls aktiv der Personen ohne Schweizer Bürgerrecht gewählt werden soll, in einem gewissen Umfang Einfluss auf die Bundesebene aus, zum Beispiel mittels Standesinitiativen. Kein System ist perfekt. So können natürlich bei uns ansässige Ausländerinnen und Ausländer über deutlich bessere Kenntnisse der deutschen Sprache und unseres politischen Systems verfügen als zum Beispiel Auslandschweizer oder Auslandschweizerinnen dritter Generation, die das Schicksal wieder in die Schweiz verschlägt. Dies ist aber kein Grund dafür, die Verbindung von Bürgerrecht und politischen Rechten aufzugeben.

Auch die Lösung der Mehrheit weist, abgesehen unseres Erachtens falschen Grundansatzes, Inkonsistenzen auf. So erlangen ausländische Einwohnerinnen und Einwohner abhängig von ihrer Staatsbürgerschaft unterschiedlich schnell die C-Bewilligung. Dies hat auch der Regierungsrat dargestellt im Ratschlag. Weiter kann der Ausschluss politischer Rechte in den Landgemeinden als Wahrung der Gemeindeautonomie gewertet werden. Andererseits sollte, wer eine schrittweise Ausdehnung politische Rechte auf Ausländerinnen und Ausländer vorschlägt, mit der kommunalen Ebene beginnen. Für die Minderheit steht daher fest, politische Rechte und Bürgerrecht müssen auch in unserem Kanton gekoppelt bleiben. Das Schweizer Bürgerrecht ist Zeugnis der Verbundenheit mit unserem Gemeinwesen. Was dagegen eingewendet wird, überzeugt nicht. Sowohl national wie international ist diese Koppelung noch immer der Gold-Standard. Wenn wir daran festhalten, dann ist nicht zu befürchten, dass wir bald den Hinterwäldler-Preis Europas erhalten.

Und nochmals, wir bekennen uns zur Ausweitung des Elektorates mittels Einbürgerung. Wenn Vorschläge zur Erleichterung der Einbürgerung in unserem Kanton und somit auch in unserem Zuständigkeitsbereich unterbreitet werden, sind wir zur ernsthaften Prüfung und allfälligen Verabschiedung bereit. In unserem Bericht haben wir gezeigt, dass ein hoher Ausländeranteil für den Kanton Basel-Stadt keine aussergewöhnliche Situation ist. 1910 betrug der Ausländeranteil 37,6



Prozent der Wohnbevölkerung. Die damalige Ausländergeneration wurde in der Folge oder eben auch schon vorher fast vollständig eingebürgert. Unter meinen Urgrosseltern zähle ich meines Wissens etwa drei ursprünglich deutsche Staatsangehörige, die Ende des 19. Jahrhunderts in Basel oder in Schaffhausen damals noch unter Verzicht auf die deutsche Staatsbürgerschaft eingebürgert wurden. Ich persönlich bin überzeugt, dass wir es auch heute schaffen werden, in den nächsten Jahren den Anteil Schweizer Staatsangehörige in unserem Kanton bedeutend zu steigern. Dies jetzt die allseitige Bereitschaft vor, die Chance, die unser Einbürgerungsverfahren bietet, auch zu nutzen.

Aus diesen Erwägungen bittet Sie die Kommissionsminderheit, auf das vorliegende Geschäft nicht einzutreten. Falls Sie diesem Antrag folgen, was ich nicht erwarte, müssen Sie, so glaube ich, um die Geschäftsordnung zu verstehen, separat die Motion Edibe Gölgele und Konsorten als erledigt abschreiben, weil eben nicht eingetreten wurde. Falls Sie eintreten, beantragt Ihnen die Kommissionsminderheit, in der Schussabstimmung nein zu stimmen. Weil das keine Initiative ist, müssen wir dann auch nicht eine Empfehlung noch separat abgeben, wie das die Frau Präsidentin gesagt hat. Wir sagen entweder ja, dann gibt es eine obligatorische Verfassungsabstimmung, oder wir sagen nein, dann hat sich das Geschäft erledigt. In diesem Sinne freue ich mich, den zahlreichen Rednerinnen und Rednern von oben zuzuhören im Laufe dieser Debatte.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Oliver Thommen und Tonja Zürcher möchten Ihnen Fragen stellen. Werden Sie angenommen?

*David Jenny (FDP):* Ich bin auf das juristische Examen durch Oliver Thommen gespannt.

*Oliver Thommen (GAB):* Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Es ist leider ein historisches Examen, da sind Sie wahrscheinlich nicht so bewandert wie im juristischen. Können Sie sich vorstellen, Sie haben auf den Ausländeranteil 1910 hingewiesen, dass es vielleicht noch andere Gründe gab für die Abnahme des Ausländeranteils nach 1910?

*David Jenny (FDP):* Vorstellen kann ich mir vieles. Es mag sein, dass einzelne wieder zurückgewandert sind nach Deutschland, aber ich bin gespannt auf diese Untersuchung.

*Tonja Zürcher (GAB):* Ich komme auch nicht mit einer Einbürgerungsfrage, die man beantwortet muss, um eingebürgert zu werden, sondern auf eine politische. Mich nimmt es Wunder, was denn Ihr konkreter Vorschlag ist, um die Einbürgerungen zu erleichtern hier bei uns oder auch schweizweit, wenn Sie hier schon bereit sind, das zu machen?

*David Jenny (FDP):* Wir werden ja bald eine Vorlage haben über finanzielle Erleichterungen im Verfahren und da sind wir sehr offen. Ich könnte mir gesamtschweizerisch vorstellen, dass wirklich die Aufenthaltsdauer nur noch in der Schweiz massgebend ist und nicht nur im Kanton oder in einer Gemeinde.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat spricht Regierungsratspräsident Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Der Grosse Rat hat dem Regierungsrat mit Überweisung der Motion von Edibe Gölgele und Konsorten den Auftrag gegeben, eine Vorlage auszuarbeiten für einen Ausländerstimm- und Wahlrecht und der Regierungsrat hat entsprechend geliefert. Dies im Wissen darum, dass es in jüngerer Zeit zweimal Volksabstimmungen zu dem Thema gab, die sehr klar ausfielen. Zuletzt die Volksabstimmung im Jahr 2010, wo eine sehr deutliche Mehrheit ein entsprechendes Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer abgelehnt hat.

Trotzdem ist das Thema nun wieder auf der politischen Tagesordnung und das, glaube ich, aus guten Gründen. Denn wir reden hier über ein zentrales Element unserer Demokratie und ein Thema, das uns insofern umtreibt, weil wir sehen, dass eine grosse Zahl unserer Bevölkerung von der politischen Teilhabe ausgeschlossen ist. Die Zahlen sind ja wirklich beeindruckend, es handelt sich um rund 38 Prozent der Bevölkerung ab 18 Jahren, die die Vorgaben, die der Regierungsrat vorschlägt, also die Aufenthaltsdauer und die entsprechende Bewilligung erfüllen würden, das sind über 32'000 Personen. Wir reden hier also nicht über eine kleine Minderheit, sondern über eine sehr grosse Minderheit, die heute eben nicht mitbestimmen kann.



Gleichzeitig sehen wir, dass im benachbarten Ausland Ausländerinnen und Ausländer durchaus mitbestimmen können, allerdings oft dann geknüpft an das EU-Bürgerrecht. Es ist insofern anders, als der Sprecher der Minderheit ausgeführt hat, schon so, dass wir hier ein gewisses Inseldasein führen in der Schweiz mit der ganz strengen Anknüpfung in allen Fällen an das Schweizer Bürgerrecht, was die politische Mitbestimmung angeht.

Aus Sicht der Regierungsrat kann dieser Zustand tatsächlich als Demokratiedefizit bezeichnet werden. Wir führen entsprechend dem Ratschlag auch aus, weshalb aus Sicht des Regierungsrats ein Mehr an Mitbestimmung für die genannte Personengruppe wünschenswert ist. Die Argumente, sie liegen auf dem Tisch, Demokratie lebt von einer breiten Beteiligung und Abstützung. Die Integration wollen wir fördern, das soziale Miteinander wollen wir stärker. Es ist auch fair aus Sicht des Regierungsrats, dass Menschen, die zu Steuerzahlungen verpflichtet sind, auch entsprechend mitentscheiden dürfen, was mit Steuergeldern passiert und schliesslich möchten wir als fortschrittlicher Kanton auch gegenüber unserer eigenen Bevölkerung, gegenüber aussen als fortschrittlich integrierender Kanton dastehen können. Soweit die Position des Regierungsrats.

Die Justiz- und Sicherheitskommission in ihrer Mehrheit weicht nun diesen Vorschlag des Regierungsrats in zwei wesentlichen Punkten auf und das erachtet der Regierungsrat, erachte ich persönlich als bedauernswert. Ich möchte vorausschicken, dass der Regierungsrat nicht an seinen Anträgen festhält, einfach auch deshalb, weil es ein Parlamentsauftrag war, Sie ausgiebig in der vorberatenden Kommission über diesen Auftrag diskutiert haben, den Vorschlag des Regierungsrats gewürdigt haben und mehrheitlich zu anderen Schlüssen kamen. Entsprechend stellt sich der Regierungsrat hinter den Antrag der Kommissionsmehrheit, aber doch mit einigen kritischen Bemerkungen, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte.

Die JSSK-Mehrheit schlägt vor, dass die Stimmberechtigung beziehungsweise die Wahlberechtigung eben nur auf das aktive Wahlrecht ausgedehnt werden soll. Das ist etwas, was in der Schweiz keine Tradition hat, aktives und passives Wahlrecht nach unserem schweizerischen Demokratieverständnis gehören zusammen. Wir kennen keine entsprechenden Regelungen, wie beispielsweise in den USA, wo man nur Präsident werden kann, wenn man dort geboren ist, weshalb Arnold Schwarzenegger nie eine Chance hatte. Das ist nicht die schweizerische Tradition. Jetzt kann man sagen, das ist auch nicht entscheidend, aber es ist doch auch ein Element, dass man hier etwas Neues einfügt, ich meine, ohne Not.

Der zweite Punkt, das ist ein ganz praktischer. Das aktive und das passive Wahlrecht sind beides Individualrechte, das heisst, jeder, jede kann das selbst ausüben. Beim aktiven Wahlrecht ist das irgendwie recht klar, man kann nämlich den Stimmzettel, den Wahlzettel in die Urne werfen oder abschicken. Beim passiven Wahlrecht kann man sich zur Wahl stellen, aber damit dieses Recht sich irgendwie verwirklicht in einem Resultat, da kann man alleine recht wenig ausrichten, sondern, und wir wissen das alle bestens, man braucht eine Mehrheit der Bevölkerung, der Wahlberechtigten, die einen wählt, damit man eben das passive Wahlrecht dann wirksam auch ausüben kann. Entsprechend ist eine denkbar hohe Hürde hier ja schon gegeben. Entsprechend ist es undenkbar, dass eine bestimmte Bevölkerungsgruppe auf einmal derart überproportional Überhand nehmen würde in Parlamenten oder in Regierungen, wenn man das passive Wahlrecht auf alle Wahlberechtigten ausdehnt. Dieses Argument findet sich nirgends in den Argumentationen der Mehrheit und der Minderheit. Es scheint mir aber wichtig zu sein.

Und das dritte Argument, das aus Sicht des Regierungsrats dagegenspricht, aktives und passives Wahlrecht aufzuspalten, was ist denn das für ein Signal, wenn man Menschen sagt, ja, ihr dürft mitwählen, aber euch selbst nicht. Oder noch etwas plakativer ausgedrückt, wenn man Ausländerinnen und Ausländern sagt, ja, ihr dürft jetzt wählen, aber ihr dürft nur Schweizerinnen und Schweizer wählen. Ist das ein Signal, das gut ist an die entsprechende Bevölkerungsgruppe? Ich glaube es nicht und ich glaube auch nicht, dass mit dieser Modifikation die Mehrheitsfähigkeit eines Ausländerinnen- und Ausländerwahlrechts gestärkt wird, sondern ich glaube, hier wird ein Widerspruch eingebaut, der vielen Leuten auffallen wird.

Die zweite wesentliche Änderung der JSSK-Mehrheit ist, dass man das Stimm- und Wahlrecht beschränken möchte auf die kantonale Ebene und die kommunale Ebene eben ausnehmen will. Das ist schon in sich sonderbar. Der Sprecher der Minderheit hat das auch gesagt. Normalerweise, wenn man etwas Neues gibt, zusätzliche Rechte gibt, dann sollte man ja auf der niederschwelligsten Ebene anfangen und bei den drei Staatsebenen der Schweiz ist es natürlich die kommunale Ebene, entsprechend wäre das eigentlich die logische Anknüpfung. Jetzt will man das nicht, wir haben es gehört, aus Respekt vor der Autonomie der beiden Gemeinden Bettingen und Riehen.

Was dabei aber vergessen geht, ist, dass die ganz grosse Mehrheit unserer Bevölkerung eben in der Stadt Basel lebt und in der Stadt Basel wir, wie wir alle wissen, keine Aufteilung von kommunal und kantonale kennen. Entsprechend würde auch nach dem Vorschlag der Mehrheit der JSSK der grösste Teil der neu wahl- und stimmberechtigten Ausländerinnen und Ausländer eben auch kommunal abstimmen, nämlich einfach auf Kantonsebene und das ist ein bisschen, meine ich, nicht klar deklariert, sondern es ist ja einfach eine Lex Riehen und Bettingen, die hier vorgeschlagen wird. Nach Auffassung des Regierungsrats hätte es hier möglicherweise klügere Optionen gegeben mit einer Opt-out-Möglichkeit für die beiden Landgemeinden, als hier von einer Nicht-Gewährung des kommunalen Stimm- und Wahlrechts zu sprechen, was eben für die grosse Mehrheit dann doch nicht der Fall ist, weil in der Stadt Basel das nicht aufgetrennt ist. Das scheinen mir schwergewichtige Argumente jetzt gegen diesen angepassten Vorschlag der Kommissionsmehrheit.



Dennoch, wie gesagt, der Regierungsrat wird nicht an seinen Anträgen festhalten. Vielleicht werden Anträge aus dem Plenum gestellt, auf die Version des Regierungsrats zurückzugehen, aber, wie gesagt, aus Respekt vor der intensiven Kommissionsberatung und letztlich auch Ihrem Geschäft, es ist ein Geschäft aus dem Parlament, möchten wir uns hier nicht direkt mit einem Antrag weiter einmischen.

Ein Kompromissantrag beziehungsweise ein Antrag der Mehrheit, dem folgt der Regierungsrat auch inhaltlich, das ist nämlich der Wunsch, dass nach einer möglichen Annahme der Verfassungsänderung durch das Volk diese auch umgehend umgesetzt wird. Das scheint auch dem Regierungsrat jetzt in zweiter Betrachtung sinnvoll. Natürlich gibt es andere Themen, die verwandt sind insofern, dass sie die gleiche Verfassungsbestimmung betreffen. Die Präsidentin hat es ausgeführt, es geht da um das Stimmrecht für 16- bis 18-Jährige und um das Stimmrecht für Menschen mit geistiger oder psychischer Beeinträchtigung. Aber es ist nicht dasselbe wie das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer und entsprechend kann man das auch gut aufteilen und entsprechend würde der Regierungsrat sich umgehend daran machen, die Umsetzung so anzugehen, dass eine schnelle Inkraftsetzung erfolgen kann, wenn dann die Verfassungsabstimmung eine Mehrheit finden würde für die Einführung eines Stimmrechts für Ausländerinnen und Ausländer.

Gestützt auf diese durchaus kritischen Ausführungen gegenüber jetzt dem Antrag der Mehrheit beantragt Ihnen der Regierungsrat, diesem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur weiteren Debatte. Es gibt ganz viele Wortmeldungen und für das GAB hat sich als Sprecherin Fleur Weibel gemeldet.

*Fleur Weibel (GAB):* Was für eine wichtige, was für eine bedeutsame Teilrevision der kantonalen Verfassung, der wir heute zustimmen können. Es geht bei dieser Revision um nichts Geringeres als um die Gewährung eines politischen Rechts an einen Teil der Bevölkerung, der dieses Recht, nämlich das Recht, abstimmen und wählen zu können, bislang noch nicht hat. Eine solche Zustimmung zu politischen Rechten für Menschen, die diese Rechte noch nicht haben, hat es meistens in sich. Denn nur diejenigen, die diese Rechte schon haben, können darüber entscheiden, ob die anderen, die diese politischen Rechte noch nicht haben, diese auch bekommen sollen. Das sind Prozesse, die nicht selten mehrere Anläufe brauchen.

In Basel-Stadt nehmen wir nach 1994 und 2010 den dritten Anlauf, um Personen mit Niederlassungsbewilligung das Stimmrecht und ein begrenztes Wahlrecht auf kantonalen Ebene zuzugestehen. Es sind also schon 30 Jahre seit der ersten Abstimmung zu einem kantonalen Ausländer\*innenstimmrecht vergangen und ich würde sagen, es ist nun an der Zeit. Es ist an der Zeit, diesen Schritt zu gehen, denn bereits heute ist weit über ein Drittel der ständigen Wohnbevölkerung von Basel-Stadt von unseren demokratischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Laut dem kantonalen Amt für Statistik dürfte es in zehn Jahren sogar die Hälfte der Bevölkerung sein, die nicht abstimmen und nicht wählen kann.

Das, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, ist hochproblematisch für unsere Demokratie. Es lässt sich sogar fragen, ob das noch eine Demokratie ist. Für die Fraktion Grün-Alternatives Bündnis ist völlig klar, dass die Demokratie von der politischen Partizipation der gesamten Bevölkerung lebt und dass die Partizipationsmöglichkeiten deshalb erweitert werden müssen. Wir wären dabei gerne dem Vorschlag der Regierung gefolgt, der Conradin Cramer jetzt auch nochmal ausgeführt hat, der keine Einschränkung des Wahlrechts auf das aktive Wahlrecht vorgesehen hat. Denn meine Fraktion erachtet bereits die in der Motion Edibe Gölge vorgesehene Begrenzung des Stimmrechts auf Menschen mit einer Niederlassungsbewilligung und einer Wohnsitzdauer von mindestens fünf Jahren als ein Kompromiss.

Wir hätten also mehr gewollt als das von der JSSK-Mehrheit nun vorgeschlagene noch zusätzlich eingeschränkte Stimm- und Wahlrecht für Menschen mit Niederlassungsbewilligung. In der Beratung der JSSK wurde allerdings deutlich, dass ohne den Ausschluss des passiven Wahlrechts keine Mehrheit für das Stimmrecht zu gewinnen ist. Wir aber möchten der Stimmbevölkerung eine mehrheitsfähige Vorlage zur Abstimmung vorlegen, denn wie ich zu Beginn gesagt habe, es ist jetzt an der Zeit, dass wir unsere Demokratie ein Stück weit ausweiten und wieder stärken. Deswegen unterstützt meine Fraktion den Kompromiss der JSSK-Mehrheit vollumfänglich und auch wenn ich die Ausführungen von Conradin Cramer nachvollziehen kann, stimme ich ihm nicht in allen Punkten zu in seiner Kritik, aber ich kann das jetzt leider nicht ausführen.

Dass auf der anderen Seite gemäss «Chrüzlistich» und auch gemäss JSSK-Minderheit alle bürgerlichen Parteien keine Hand zu diesem nun vorliegenden Kompromiss bieten und nicht einmal dieses wirklich sehr stark eingeschränkte Stimm- und Wahlrecht für die hier niedergelassenen Einwohner\*innen unterstützen wollen, das ist enttäuschend. Vielleicht kann ich die eine oder den anderen von Ihnen heute doch noch zum Umdenken bringen, wenn ich Ihnen folgende Punkte zu bedenken gebe:

Das Einwohner\*innenstimmrecht, über das wir heute beschliessen, das gibt es schon, das ist keine neue Erfindung von Basel-Stadt. In der Romandie kennen verschiedene Kantone Stimmrechte für Ausländer\*innen auf Gemeindeebene, Neuchâtel und Jura haben ein vergleichbares Stimmrecht auf Kantonsebene. Wir würden in Basel-Stadt also nichts Neues schaffen, wir wären lediglich der erste Deutschschweizer Kanton, der ein Einwohner\*innenstimmrecht auf Kantonsebene einführen würde. Damit käme Basel-Stadt wieder die gleiche Rolle zu wie damals beim Frauenstimmrecht, dass wir als erster



Deutschscheizer Kanton einige Jahre nach den Romands eingeführt haben. Heute im historischen Rückblick sind wir stolz auf diese Rolle und froh, dauerte hat das demokratiepolitische Unrecht gegenüber den Frauen in Basel-Stadt nicht ganz so lange wie in anderen Deutschscheizer Kantonen.

Man könnte jetzt einwenden, und David Jenny würde das bestimmt tun, dass der Hinweis auf die Frauen hinkt, da sich die Ausländerinnen mit Niederlassungsbewilligung ja einbürgern lassen könnten und dadurch das politische Mitbestimmungsrecht erwerben könnten. Das stimmt, aber ganz ehrlich, es ist müssig, mantramässig darauf hinzuweisen, dass man sich ja einbürgern lassen könnte. Vielmehr müssen wir endlich zur Kenntnis nehmen und auch konstruktive Lösungen dafür finden, dass ein beträchtlicher Teil der niedergelassenen Wohnbevölkerung sich nicht einbürgern lässt. Wir müssen das als Tatsache einfach mal anerkennen. Auf die unterschiedlichen Gründe, die Einbürgerungen im Weg stehen, gehe ich jetzt nicht ein. Das wird, soweit ich weiss, meine Kollegin Hanna Bay irgendwann in der Redner\*innenliste noch tun.

Ich möchte stattdessen noch kurz ausführen, um welche Personengruppe es sich konkret handelt, die nun das Stimm- und eingeschränkte Wahlrecht erhalten soll. Die Personen, die die Voraussetzungen erfüllen würden, machen rund die Hälfte der ausländischen Bevölkerung des Kantons aus, also ein Fünftel der gesamten Bevölkerung von Basel-Stadt. In konkreten Zahlen handelt es sich um etwas über 32'000 Personen, die nach der Annahme dieser Teilrevision der Kantonsverfassung neu stimm- und eingeschränkt wahlberechtigt wären. 10 Prozent dieser 32'000 Personen sind im Übrigen in der Schweiz geboren. Wenn wir uns die Staatsangehörigkeiten anschauen, dann sind es zu 22 Prozent Deutsche, zu 15 Prozent Italiener\*innen und zu 11 Prozent Türk\*innen, die über eine Niederlassungsbewilligung verfügen. Weitere Nationalitäten, die jeweils zwischen 500 und 1'800 Personen ausmachen, sind Spanien, Portugal, Nordmazedonien, Kosovo, Serbien, Frankreich, England, Österreich und Kroatien, und es folgt eine Vielfalt weiterer Staatszugehörigkeiten bis hin zu Einzelpersonen.

Was all diese unterschiedlichen Menschen vereint, ist, dass sie seit mindestens fünf oder zehn Jahren in der Schweiz leben, davon mindestens fünf Jahre ununterbrochen in Basel-Stadt. Es sind also Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Basel-Stadt haben, die hier arbeiten, Steuern bezahlen, die ihre Kinder hier grossziehen und die unsere Sprache sprechen. Es sind die ausländischen Fachkräfte, die in unseren Spitälern, Pflegeheimen, Schulen und in vielen weiteren Branchen arbeiten. Und dabei möchte ich zu bedenken geben, dass gerade unser Gesundheitswesen schlicht und einfach in sich zusammenbrechen würde, wenn diese Menschen nicht hier bei uns arbeiten würden. Gleichzeitig können diese unerlässlichen Arbeitskräfte, die wir hier haben, nicht mitentscheiden, wenn es um die Weiterentwicklung unserer kantonalen Gesundheitsversorgung geht, wenn es um die Ausgestaltung der Schulen geht, in die sie ihre Kinder schicken, oder um die Strasse, in der sie wohnen. Finden Sie das richtig? Ist das in Ihren Augen gerechtfertigt und ist das unserer Demokratie würdig?

Wir von der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis finden das nicht richtig. Wir sind für die Ausweitung der politischen Partizipation auf diesen Drittel der Bevölkerung, der unsere Gesellschaft und unseren Wirtschaftsstandort stark macht und der auch unsere Demokratie stärker machen wird. Wir sind für den einfachen Grundsatz, der lautet, man lebt in Basel, man stimmt in Basel. In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Zustimmung zu dieser wirklich wichtigen Teilrevision unserer Kantonsverfassung und ich sage es nochmal, man lebt in Basel, man stimmt in Basel.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SVP spricht Felix Wehrli.

*Felix Wehrli (SVP):* Zwei Abstimmungen verloren, ja, versuchen wir es halt ein drittes Mal. Die Fraktion der SVP ist klar der Ansicht, dass das Stimm- und Wahlrecht nur von Schweizer Bürger und Bürgerinnen wahrgenommen werden darf. Wer in unserer direkten Demokratie mitbestimmen will, muss sich einbürgern lassen, wenn er dann die erwarteten Grundsätze erfüllt. Wie bitte will man das sonst überprüfen. Natürlich gibt es Gründe, weshalb man das nicht will. Das sind die Pflichten wie zum Beispiel die Wehrpflicht. Rechte und Pflichten sind in der Schweiz aber stark verwurzelt und nie und nimmer trennbar. Ein hoher Ausländeranteil in der Bevölkerung zeigt ja gerade exemplarisch auf, dass es ihnen hier in unserem System gefällt, sonst wären sie ja gar nicht hier.

Weshalb nun die Basler Linksparteien von GAB bis GLP dies anders sehen, bleibt deren Geheimnis. Allerdings sollte auch Ihnen klar sein, dass dann in naher Zukunft die ausländische Wohnbevölkerung entscheidet, wer hier im Rat sitzen wird und wie unsere Gesetze aussehen werden. Es kann dann sehr schnell ziemlich unangenehm werden, Beispiele anderer Länder zeigen das auf. Man muss sich nicht mehr anpassen, weshalb auch.

Dass auch der Regierungsrat diese Motion unterstützt, zeigt, dass er hier an der Bevölkerungsmehrheit vorbei politisiert. Er wird es spätestens beim Abstimmungsergebnis deutlich zur Kenntnis nehmen müssen. Dass der Regierungsrat dabei noch auf eine erfolgreiche Integrationspolitik hinweist und das als Grund für seine Zustimmung nennt, ist absurd, denn genau das Gegenteil ist der Fall. Zu einer erfolgreichen Integration gehört zum Schluss eben genau das sehr einfache Einbürgerungsverfahren. In unserer direkten Demokratie hat Gott sei Dank aber das Volk das letzte Wort. Stellen Sie sich



nur mal vor, dass die ausländische Bevölkerung in Zukunft, es wurde gesagt, 50 Prozent, die Gesetze und unsere Verfassung ändern kann.

Der Regierungsrat möchte mit der Unterstützung der Motion, welche natürlich immer von denselben Kreisen kommt, der ausländischen Bevölkerung nebst dem aktiven auch das passive Wahlrecht zugestehen. Es ist unglaublich. Man muss wissen, dass mit der C-Bewilligung nach Artikel 60 Abs. 2 der Verordnung über die Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit lediglich nachweisen müssen, dass sie oder er in der am Wohnort gesprochenen Landessprache über mündliche Sprachkompetenzen mindestens auf dem Referenzniveau A2 und schriftlich Sprachkompetenz mindestens auf dem Referenzniveau A1 des Referenznamens verfügt. Das verunmöglicht ihnen das Lesen von Abstimmungsunterlagen.

Selbstverständlich hat die Kommissionsmehrheit erkannt, dass dies bei der Bevölkerung wohl absolut chancenlos ist und versucht nun mit diversen Änderungsanträgen eine Salamtaktik, um in naher Zukunft natürlich genau das einzufordern und der ausländischen Bevölkerung alle politischen Rechte zuzugestehen. Dass im Basler Politsystem auch die Landgemeinden betroffen wären, ist schlichtweg eine Tatsache. Die Motionärin, welche seit kurzem in Riehen wohnhaft ist, soll es doch erst mal auf Gemeindeebene versuchen. Sie würden noch kläglicher scheitern als im Kanton.

Ich verweise des Weiteren auf den Minderheitsbericht der JSSK und deren Sprecher, welchen die SVP klar unterstützt. Bei all dem macht die SVP nicht mit. Wir stehen hinter unserer Verfassung und der Schweizer Bevölkerung, im Übrigen auch hinter der ausländischen, wenn sie sich an unsere einfachen Regeln hält und sich integriert, auch abstimmen kann danach. Somit lehnen wir die Vorlage sowie die Änderungen der Kommissionsmehrheit entschieden ab und unterstützen den Minderheitsantrag.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Felix Wehrli, Edibe Gölgeli möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird abgelehnt. Wir kommen damit zum Sprecher für die SP Mahir Kabakci.

*Mahir Kabakci (SP):* Ich stehe heute hier, um im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion unser Votum zur Einführung des begrenzten Stimm- und Wahlrechts für Einwohnerinnen und Einwohner mit Niederlassungsbewilligung in Basel-Stadt abzugeben. Die Mehrheit der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission hat sich klar für diese Teilrevision der Verfassung ausgesprochen und wir möchten diese Entscheidung mit Nachdruck unterstützen.

Die vorgeschlagene Änderung sieht vor, dass Personen mit einer Niederlassungsbewilligung, die seit mindestens fünf Jahren in unserem Kanton leben, auf kantonaler Ebene das Stimm- und Wahlrecht erhalten. Dabei wird jedoch das passive Wahlrecht ausgeschlossen, das heisst, sie dürfen wählen, aber nicht selbst für ein Amt kandidieren. Dies ist ein wichtiger Schritt, um ein erhebliches Demokratiedefizit zu beheben. In Basel-Stadt sind etwa 38 Prozent der Bevölkerung von politischen Entscheidungen ausgeschlossen, da sie nicht die Schweizer Staatsbürgerschaft besitzen. Ich möchte nochmals betonen, 38 Prozent.

Diese Menschen leben und arbeiten in unserer Gesellschaft und es ist nur gerecht, dass sie auch mitbestimmen dürfen. Die politische Partizipation ist ein essentieller Bestandteil der Integration. Menschen, die seit vielen Jahren hier leben, arbeiten und ihre Steuern zahlen, sollen auch ein Mitspracherecht bei den Entscheidungen haben, die ihr tägliches Leben betreffen. Dies ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ein starkes Signal der Anerkennung für die lange Anwesenheit und die Zugehörigkeit dieser Menschen und ihrer Familien in unserem Kanton. Durch die Einführung des Stimmrechts für Personen mit Niederlassungsbewilligung kann Basel-Stadt eine Vorreiterrolle in der Deutschschweiz einnehmen und einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration leisten.

Es ist wichtig, die Bedeutung der Integration zu betonen. Integration ist kein einseitiger Prozess, sondern eine wechselseitige Verpflichtung. Wenn wir von den in Basel-Stadt lebenden Ausländerinnen und Ausländer erwarten, dass sie sich integrieren, die Sprache lernen, sich an unsere Gesellschaft anpassen, dann müssen wir ihnen auch die Möglichkeit geben, sich politisch zu beteiligen. Die Einführung des Stimmrechts ist eine Anerkennung ihrer Bemühungen und ihres Beitrags zu unserer Gesellschaft. Es stärkt das Zugehörigkeitsgefühl und fordert die gesellschaftliche Kohäsion.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Zugangshürden hoch sind. Eine Niederlassungsbewilligung zu erhalten, ist kein einfacher Prozess. Sie erfordert jahrelangen Aufenthalt in der Schweiz, Sprachkenntnisse, ein einwandfreies Führungszeugnis und die Teilnahme am Wirtschaftsleben oder an der Bildung. Diese strengen Voraussetzungen stellen sicher, dass nur diejenigen, die sich wirklich integriert haben und einen festen Lebensmittelpunkt in Basel-Stadt haben, das Stimmrecht erhalten. Darüber hinaus ist das Stimmrecht auf die kantonale Ebene beschränkt, um der Gemeindeautonomie Rechnung zu tragen und den Gemeinden Riehen und Bettingen die Freiheit zu lassen, die eigenen Entscheidungen treffen zu können. Diese hohen Hürden gewährleisten, dass nur gut integrierte und langjährige ansässige Menschen vom Recht Gebrauch machen können.

Ein Blick über die Kantonsgrenzen hinaus zeigt, dass Basel-Stadt nicht alleine mit diesem Vorhaben ist. Die Kantone Neuenburg und Jura haben bereits seit Jahren positive Erfahrungen mit einem beschränkten Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer gemacht. In vielen europäischen Ländern, wie etwas Schweden und Belgien, ist das kommunale Stimmrecht



für Ausländerinnen und Ausländer längst Realität. Diese Beispiele zeigen, dass es möglich ist, politische Teilhabe und Integration zu fördern, ohne die Stabilität und Sicherheit des politischen Systems zu gefährden. Basel-Stadt hat die Chance, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen und ein starkes Zeichen für eine offene und integrative Gesellschaft zu setzen.

Wir verstehen, dass es Bedenken gibt, insbesondere von Seiten der bürgerlichen Parteien, aber diese Ängste sind unbegründet. Denken Sie es mal so aus, auch Sie können bei Abstimmungen, wie zum Beispiel über Verkehrs- und Sicherheitspolitik Stimmen gewinnen, auch wenn die ausländische Bevölkerung durchaus bei diesen Themen konservativer denkt. Aber wir nehmen dies in Kauf, weil uns die Erweiterung unserer Demokratie wichtiger als eigene Parteiinteressen ist. Die politische Landschaft wird sich durch die Erweiterung des Stimmrechts nicht grundlegend ändern, aber sie wird gerechter und inklusiver werden. Es ist an der Zeit, den Menschen, die seit vielen Jahren hier leben und Teil unserer Gesellschaft sind, das Vertrauen und die Möglichkeit zur Mitgestaltung zu geben. Die Sorgen, dass das neue Stimmrecht die politischen Mehrheitsverhältnisse drastisch verändern könnten, ist unbegründet. Schauen wir nach Jura und Neuenburg, dann hat es keine politische Verschiebung gegeben. Vielmehr wird es dazu beitragen, dass politische Entscheidungen auf einer breiteren und gerechteren Basis getroffen werden.

Demokratie lebt von Beteiligung aller, die von politischen Entscheidungen betroffen sind. Wenn wir einen Drittel unserer erwachsenen Bevölkerung von unserer Demokratie ausschliessen, dann kann das nicht gut kommen. Jeder Mensch, der hier lebt und seinen Beitrag leistet, sollte das Recht haben, mitzuzentscheiden. Dies stärkt nicht nur die Demokratie, sondern auch das Vertrauen in unsere politischen Institutionen. Es zeigt, dass wir eine inklusive Gesellschaft sind, die die Stimmen aller ihrer Mitglieder ernst nimmt.

Die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Einwohnerinnen und Einwohner mit Niederlassungsbewilligung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist ein Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit, zu mehr Integration und zu einer stärkeren Demokratie. Und meine Damen bis Herren, welcher Kanton, wenn nicht Basel-Stadt, sollte dazu den Mut und die Kraft haben. Sie alle haben heute und jetzt das Privileg, das viele Menschen nicht haben. Sie alle haben heute und jetzt die Möglichkeit, Geschichte zu schreiben. Sie alle haben heute und jetzt die Möglichkeit, darüber zu entscheiden und abzustimmen. Daher bitte ich Sie alle, dieser Vorlage zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Mahir Kabakci, es gibt sechs Zwischenfragen. Beantworten Sie mal, ob Sie welche davon annehmen und dann wäre zuerst Adrian Iselin und Joël Thüring an der Reihe. Die ersten fünf werden angenommen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Zwischenfragen kurz sein müssen. Wenn so viele kommen, werde ich besonders streng sein und dass Sie auch nicht zu vielmal das gleiche fragen, sondern immer etwas anderes.

*Adrian Iselin (LDP):* Mahir Kabakci, Sie haben das Wort Gerechtigkeit gebraucht und das nicht in einem juristischen Sinn, sondern in einem empfindenden. Ich habe den Eindruck, dass es gewisse Secondos gibt, die sich einbürgern liessen, die genau das eben nicht gerecht finden, dass sie diesen Weg gegangen sind und die anderen das jetzt bekommen sollen. Was entgegnen Sie diesen, die quasi sagen, das ist doch nicht gerecht?

*Mahir Kabakci (SP):* Als jemand, der sich auch eingebürgert hat, kann ich sagen, ist das ein sehr subjektives Empfinden. Das kann variieren von Mensch zu Mensch.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Mahir Kabakci, Sie haben Belgien und Schweden als gute Beispiele genommen. Wir kennen die Probleme in Belgien und Schweden mit schlecht integrierten Ausländern und Bandenkriminalität, Molenbeek in Belgien. Finden Sie diese Länder gute Beispiele dafür, dass wir in Basel-Stadt ein Ausländerstimmrecht einführen sollen, wenn dort die Integration komplett von Ausländerinnen und Ausländern gescheitert ist?

*Mahir Kabakci (SP):* Joël Thüring, auch Ihnen würde es gutstehen, wenn Sie nicht nur immer die negativen Beispiele von Menschen mit Migrationshintergrund aufbringen würden, sondern auch mal die positiven Seiten der Migration. Es gibt tausende von Menschen mit Migrationshintergrund, die in diesem Kanton leben und sich tatsächlich sehr für unseren Kanton einsetzen und mit gutem Beispiel vorangehen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Beat Schaller.



*Beat K. Schaller (SVP):* Danke, dass Sie die Frage annehmen. Wie wichtig ist es, dass jemand die Vorlage, über die er abstimmt, selbstständig verstehen kann?

*Mahir Kabakci (SP):* Sehr wichtig, Beat Schaller, aber Sie können gerne schauen, auch eine Niederlassungsbewilligung fordert Sprachhürden und die Menschen müssen in der Lage sein, lesen und schreiben und verstehen zu können und das können sie auch.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Daniel Seiler ist an der Reihe.

*Daniel Seiler (FDP):* Sie haben festgestellt, dass Sie verkehrspolitisch offensichtlich an der ausländischen Bevölkerung vorbeipolitisiert. Meinen Sie nicht, es gibt einfachere Möglichkeiten wie Stimmrecht für Ausländer, um dieses Problem zu lösen?

*Mahir Kabakci (SP):* Daniel Seiler, sehen Sie es doch als eine Chance für Ihre Autoliebe, dass Sie vielleicht bei der nächsten Abstimmung ein paar Stimmen mehr erhalten könnten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Mahir Kabakci, Sie nehmen immer Neuenburg als gutes Beispiel, wo das kantonale Ausländerstimmrecht eingeführt wurde. Die Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen im Kanton Neuenburg lag bei 31 Prozent. Was sagen Sie dazu?

*Mahir Kabakci (SP):* Ja, wir haben schweizweit, aber auch in Basel ein grosses Problem, dass wir die Menschen nicht motivieren können, abzustimmen und zu wählen und da müssen wir von links bis rechts alle Parteien am gleichen Strick ziehen, dass sich mehr Menschen an unserer Demokratie beteiligen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit kommen wir zum Sprecher für die FDP, Luca Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Basel-Stadt, 26. September 2010, 81 Prozent gegen eine Volksinitiative, 61 Prozent gegen den Gegenvorschlag. Der Kanton Basel-Landschaft, 4. März 2018, 81 Prozent gegen eine entsprechende Vorlage. Und ganz aktuell Kanton Genf, 9. Juni 2024, ebenfalls 61 Prozent gegen eine entsprechende Vorlage. Dieses Beispiel ist besonders interessant, weil auch der Kanton Genf einen hohen Ausländeranteil hat und sich ebenfalls in Grenznähe befindet. Dies sind nur ein paar Beispiele von Volksabstimmungen der letzten Jahre, die ich Sie bitte, zur Kenntnis zu nehmen. Das Votum der Bevölkerung in unserer Region ist klar, abstimmen und wählen soll, wer Bürgerin und wer Bürger ist. Sie können es anders nennen, Sie können es Einwohnerinnen- und Einwohnerstimmrecht nennen oder Ausländerstimmrecht, der Inhalt bleibt jeweils der gleiche.

Ja, es ist richtig, der Anteil der Bevölkerung ohne Stimmrecht, der wächst in unserem Kanton. Das hat allerdings nur teilweise mit Zuwanderung zu tun, auch, aber nicht nur mit Zuwanderung, das hat auch damit zu tun, dass wir eine Abwanderung von Schweizerinnen und Schweizer haben. Das sehen Sie, wenn Sie die Wanderungsstatistik anschauen, eine Abwanderung ins Umland, das wiederum wäre ein Thema, das separat zu diskutieren ist.

Ja, wir haben ein Interesse daran, dass Menschen, die hier leben, mitbestimmen. Die Frage, der Knackpunkt ist, ab wann soll das der Fall sein und was erwarten wir dafür. Und das ist, glaube ich, so die grosse Differenz zwischen den beiden Lagern, die sich ja hier drin abzeichnet. Ist es das Stimmrecht, das Wahlrecht, ein Anreiz zu Integration, Teil des Integrationsprozesses oder ist es, so wie wir es eher sehen, der Schlusspunkt der Integration. Von dem sind wir überzeugt, es ist der Schlusspunkt eines Integrationsprozesses, dass das Wahl- und Stimmrecht verliehen wird. Und ich wehre mich dagegen, dass das als Unrecht bezeichnet wird, das ist ein politischer Standpunkt, der absolut legitim ist. Gerhard Schwarz hat das so formuliert: Dahinter steht die Überlegung, dass man mit dem Bürgerrecht ja nicht nur Rechte und Pflichten



erwerben will, sondern dass dieses auch Ausdruck der Integration in eine neue Heimat darstellt und diese Integration auf Gegenseitigkeit beruhen sollte.

Und ja, man kann durchaus einräumen, die Anforderungen an die Einbürgerung in unserem Land sind hoch. Man kann sogar darüber diskutieren, ob sie zu hoch sind und ob punktuelle Erleichterungen sinnvoll sind. David Jenny hat ja bereits in einer Antwort auf eine Zwischenfrage dargelegt, in welche Richtung das gehen könnte. Es gibt auch noch weitere Probleme, dass wenn man beispielsweise innerhalb unserer Region umzieht, diese Fristen dann wieder von vorne beginnen. Das entbehrt irgendeiner gewissen Logik, also da gibt es durchaus Ideen, wie man das verbessern und erleichtern könnte. Dafür haben wir ja in der Vergangenheit auch bereits mehrmals Hand geboten.

Aber wir dürfen für die Verleihung des Wahl- und Stimmrechts auch etwas verlangen und das ist und bleibt ein wesentlicher Unterschied zu den Diskussionen über das Frauenstimmrecht, die wir vor vielen Jahren hatten. Es gibt einen Pfad zum Stimm- und Wahlrecht, der da möglich ist, das Einbürgerungsverfahren. Wir schliessen diese Personengruppe nicht absolut aus, sondern wir weisen ihnen den Weg, wie man zu diesem Stimm- und Wahlrecht kommt. Es ist auch nicht so, dass wir einfach sagen, ja, schau, das kannst du machen und dann bekommst du das, sondern wir unternehmen relativ viel, um diese betroffenen Personen auch entsprechend zu unterstützen. Wir haben auch das Bürgerrechtsgesetz mehrmals revidiert in diese Richtung, wir haben Gebührenerleichterungen gewährt, die Zeit, die man bei uns in den Volksschulen absolviert, das wird als Kenntnis des politischen Systems in unserem Land und in unserer Region anerkannt. Wir verschicken Briefe und sagen, hey, du erfüllst die Anforderung, melde dich doch zur Einbürgerung, wir bieten Gratiskurse an, also die Bürgergemeinde, und die Förderung von Einbürgerungen ist sogar Verfassungsgrundsatz bei uns im Kanton. Also wir unternehmen sehr viel, um diese Menschen dazu zu motivieren, lasst euch doch hier bei uns einbürgern, damit ihr mitsprechen könnt. Aber dass man diesen Prozess durchläuft, ist unseres Erachtens nicht zu viel verlangt.

Wir wehren uns auch entschieden dagegen, dass man es, heute ist das Wort noch nicht gefallen, aber bei vergangenen Debatten über dieses Thema, dass man das Einbürgerungsverfahren dann auch als Schikane bezeichnet. David Jenny hat das noch relativ moderat als irritierend bezeichnet, das würde ich unterstreichen. Das ist eine Geringschätzung gegenüber der Arbeit, die in unseren Bürgergemeinden tagtäglich geleistet wird, die sich wirklich positiv und aktiv bemühen, diese Menschen bei den Einbürgerungen zu unterstützen. Wenn man eigentlich diesen ganzen Prozess als Schikane bezeichnet, stellt man ehrlicherweise eigentlich das ganze Einbürgerungsverfahren grundsätzlich in Frage.

Es gibt ein paar Punkte, die jetzt erwähnt wurden, die ich nochmals aufnehmen möchte. Das erste ist das Argument, dass ja diese Menschen hier Steuern zahlen und unter anderem deshalb stimm- und wahlberechtigt sein sollen. Das ist ein ziemlich schwieriges Argument. David Jenny hat erklärt, wieso es verfassungswidrig ist, aber es ist auch logisch schwierig. Wenn die Steuerzahlung ausschlaggebend dafür sein soll, dass man das Wahl- und Stimmrecht erhält, bedeutet das im logischen Umkehrschluss, dass wir einen Drittel unserer Bevölkerung ausschliessen, weil sie keine Steuern in unserem Kanton zahlen. Das ist der logische Umkehrschluss, wenn wir das Stimm- und Wahlrecht an Steuerzahlungen entsprechend anknüpfen. Also dieses Argument funktioniert nicht.

Und ich gestatte mir auch, Regierungsratspräsident Conradin Cramer ein bisschen zu hinterfragen, zumindest das Argument bezüglich des EU-Bürgerrechts, also dass er den Vergleich angestellt hat zur EU, wo EU-Bürger\*innen ja überall auf EU-Gebiet mitwählen und mitstimmen dürfen. Die Europäische Union versteht sich selbst als staatliches oder zumindest als staatsähnliches Gebilde, darum dürfen diese Bürgerinnen und Bürger überall auf diesem Staatsgebiet entsprechend abstimmen. Aber die EU gewährt beispielsweise US-Bürger oder Schweizer Bürgerinnen und Bürger kein Wahl- und Stimmrecht. Also da gibt es schon noch eine Unterscheidung, eine Unterscheidung, die wir auch machen. Wir gewähren hier allen Schweizerinnen und Schweizern das Wahl- und Stimmrecht, wir sagen nicht, das dürfen nur Basel-Städter, mit baselstädtischem Bürgerrecht darf man hier wählen und stimmen, also da muss man schon das richtige Gebilde miteinander vergleichen.

Und Fleur Weibel hat gesagt, wir müssen anerkennen, dass sich viele hier nicht einbürgern lassen. Ja, das tun wir, wir anerkennen das, dass es Menschen gibt, die sagen, das will ich nicht. Das ist ein freier Entscheid dieser Menschen, aber dieser Entscheid hat dann halt auch Konsequenzen und die Konsequenz in diesem Fall ist, sie haben sich dagegen entschieden, hier mitwählen und hier abstimmen zu dürfen und da darf man diesen Entscheid auch respektieren, aber eben, Entscheide haben Konsequenzen.

Für uns steht das Stimm- und Wahlrecht auch weiterhin, das möchte ich nochmals festhalten, am Schluss des Integrationsprozesses. Da geht es auch nicht um Ängste, Mahir Kabakci, wir haben keine Angst, sondern es ist ein Grundprinzip, das wir verfolgen und das ist unsere Haltung, wenn es um Integration geht. Wir haben hier keine Ängste, sondern es ist ein Prinzip. Die Bevölkerung in unserer Region sieht das seit Jahren konstant so, sieht es deutlich so. Wir pflegen hier in unserem Kanton, und darauf bin ich auch stolz, eine Kultur der Ermutigung. Wir ermutigen die Menschen, sich einbürgern zu lassen, wir unterstützen aktiv Menschen, die sich einbürgern lassen wollen, und das möchten wir auch in Zukunft so handhaben. Was wir hingegen ablehnen, ist das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer. Wir bitten Sie, auf die Vorlage nicht einzutreten.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Möchten Sie die Zwischenfrage von Mahir Kabakci annehmen? Sie wird angenommen.

*Mahir Kabakci (SP):* Luca Urgese, betreffend den Ängsten, da war Ihr vorheriger Regierungsrat dort noch ein bisschen mutiger, aber ja gut. Sie haben gesagt, man hat jetzt mehrmals diesen Anlauf genommen und irgendwann muss man ja akzeptieren, dass die Bevölkerung das nicht will. Mit diesem Argument hätte ja das Frauenstimmrecht auch nicht eingeführt werden sollen, finden Sie das nicht? Da hat man ja auch mehrere Anläufe gebraucht.

*Luca Urgese (FDP):* Ich denke, ich habe in meinem Votum ausgeführt, was der grundlegende Unterschied ist zwischen dem Frauenstimmrecht und dem Ausländerinnen- und Ausländerstimmrecht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit ist die Reihe an der Sprecherin für die GLP, Claudia Baumgartner.

*Claudia Baumgartner (GLP):* Ja, wir haben es gehört, man kann das Geschäft so sehen, es ist eine Grundsatzfrage, wer sich nicht einbürgern lassen will, der soll einfach keine weiteren Rechte haben, es sollen alle gleiche Rechte und Pflichten haben. Man kann das Geschäft aber natürlich auch ein bisschen anders anschauen, nämlich zum Beispiel aus der Sicht von Betroffenen, dann würde es etwa so klingen: Oh, wie toll, ich soll inskünftig auf kantonaler Ebene als Ausländerin mitentscheiden dürfen, abstimmen über Themen, die mich im Alltag betreffen und Schweizer\*innen wählen, die sich für die aus meiner Sicht wichtigen Anliegen unseres Kantons einsetzen und meine Anliegen vertreten.

Seit gut fünf Jahren lebe ich nun in Basel und besitze als Französin auch bereits die Niederlassungsbewilligung. Ich bin in Basel gut angekommen, insbesondere auch beruflich, habe viele Schweizer Freund\*innen und habe für den Erhalt der C-Bewilligung bereits gezeigt, dass ich mich hier sprachlich verständigen kann und gut integriert fühle. Meine gleich lange hier lebende Freundin aus Peru muss sich noch weitere fünf Jahre gedulden, bis sie die C-Bewilligung erhält. Aber auch sie ist top motiviert und möchte sich baldmöglichst verstärkt auch am politischen Leben ihrer Wahlheimat beteiligen, sich später sogar einbürgern lassen und für ein politisches Amt kandidieren. Punkto Einbürgerung meint sie, Schweizer Kollegen mit hiesigem Schulabschluss seien sich auch nicht immer ganz sicher, ob sie beim Schultest effektiv besser abschneiden würden als die Ausländer\*innen. Versuchen möchte sie es aber bestimmt.

Ein Schweizer Kollege sagte mir, dass er es ungerecht fände, dass dann Ausländer ein Mitspracherecht hätten, aber keinen Wehrdienst leisten müssten. Allerdings müssten die in der Schweiz ja bislang auch nur die Männer ins Militär, das sei auch unfair, aber ein Problem, das man auf der nationalen Ebene lösen müsse und mit dem kantonalen Stimm- und Wahlrecht ja auch gar nichts zu tun habe.

Eine Bekannte wiederum kommt aus Hongkong und lebt seit 12 Jahren mit ihrer Familie in der Schweiz, wird diese aber in zwei Jahren für einen nächsten Auslandsaufenthalt auch wieder verlassen. Sie hat also kein Interesse an einer Einbürgerung, würde sich aber sehr freuen, wenn sie inskünftig über lokale Angelegenheiten, die sie betreffen, mitbestimmen könnte, zum Beispiel bei der Erziehung, zumal sie hier inzwischen schulpflichtige Kinder zur Welt gebracht und beruflich einen Bildungshintergrund hat.

Eine ältere Schweizerin schliesslich, die ich an der Bushaltestelle angetroffen habe, hat gemeint, sie sei traditionell SVP-Wählerin, habe sich mit dem Ausländerstimmrecht aber bislang nicht auseinandergesetzt. Sie habe kürzlich gelesen, dass eine Migrantin, die sich beruflich für die Integration der ausländischen Bevölkerung einsetzt und sich auch für das Ausländerstimmrecht starkmacht, der SVP beigetreten sei und sich im Herbst für die Grossratswahlen als Kandidierende auf die SVP-Liste setzen lasse. So etwas habe sie nicht erwartet, würde sich aber mit dem Thema nun selber eingehend auseinandersetzen und sei gespannt, ob einzelne SVP-Vertretende allenfalls gar der Haltung ihrer neuen Kandidatin folgen würden.

Nun, man hat entweder das erste Menschenbild, Gesellschafts- und Weltbild oder eben auch dieses zweite. Und dieses Geschäft wird sich scheiden an der Grenze, entweder Schweizer Pass und volle Rechte, aber auch Pflichten oder kein roter Pass und damit aussen vor. Und wir Grünliberalen haben heute klar die Haltung für eine offene Gesellschaft und Inklusion.

Persönlich habe ich als GLP-Vertreterin der JSSK nun schon ein paar solche Themen erarbeitet. Man denke an das kantonale Partizipation- und auch an das Gleichstellungsgesetz. Und als ich die entsprechenden Voten nochmals hervorkramte, realisierte ich, dass ich einzelne Passagen daraus eigentlich telquel auch bei diesem Geschäft zitieren kann. So zum Beispiel diese:

Vermutlich kennen auch Sie solche obenerwähnten Beispiele. Es stehen alles Menschen dahinter, die in unserer Gesellschaft in ihrem Anderssein ankommen und sich verstanden fühlen möchten. Und dazu ist es erst einmal nötig, dass wir unsere Herzen für ihre Bedürfnisse öffnen und genau hinhören, bevor wir einfach über sie verfügen, indem wir



entscheiden, wie viel an Gleichheit, an Gleichstellung wir ihnen zukommen lassen möchten. Sie sind uns nämlich so ziemlich in allem gleich, ausser dass sie noch nicht über den roten Pass verfügen.

Den Skeptiker\*innen möchte ich deshalb gerne antworten, die betreffenden Ausländer\*innen machen sich als Raser oder der häuslichen Gewalt schuldig, sie engagieren sich ehrenamtlich in der Nachbarschaftshilfe, sie erschleichen staatliche Beiträge, sie erhalten für ihr Unternehmen einen Nachhaltigkeitspreis, sie haben keine Kinder, aufgeweckte Kinder und solche mit Lernschwierigkeiten, sie zahlen kaum Steuern oder aber überdurchschnittlich, sie gehen einer Erwerbstätigkeit nach oder sind gerade an einer Neuorientierung, sie hinterlassen am Wochenende im Tierpark Lange Erlen eine Sauerei oder machen sich in einem regnerischen Morgen auf die Pirsch für die gelungenen Tierfotos. Sie haben gerade eine persönliche Krise mit Totalausfall und grossem Unterstützungsbedarf hinter sich oder sie vermachen auch einen grossen Teil ihres Vermögens einer wohltätigen Organisation. Sie sind für oder gegen die Ausweitung der LGBTIQ-Rechten, sie lieben das Matterhorn und weniger das Jungfraujoch. Kurz, sie machen alles so wie wir.

Die Schweiz wird nicht untergehen wegen eines kantonalen Ausländerstimmrechts, die Grundrechte unseres Staates, unsere Demokratie werden nicht über den Haufen geworfen. Wir bewegen uns schon eher auf Flughöhe Tramhäuschen. Die meisten von uns werden dieses zusätzliche begrenzte Mitspracherecht der ausländischen Bevölkerung persönlich nicht gross mitbekommen und ich glaube auch nicht, dass das Abstimmungsverhalten der Ausländer\*innen gross anders sein wird als dasjenige der Schweizer\*innen. Das heisst, diejenigen, die sich wirklich für ein politisches Anliegen im konkreten Fall interessieren, werden für Rot-Grün oder bürgerlich oder für die Grünliberalen an die Urne gehen, die anderen weiterhin nicht. Dass das Abstimmungsverhalten plötzlich einen befürchteten Linksrutsch erfahre, haben bisherige Erfahrungen anderer Gemeinwesen und das vorhin erwähnte Beispiel nämlich nicht gezeigt.

Gerade hat der neueste Bericht zur Auswirkung der Personenfreizügigkeit auf Arbeitsmarkt und Sozialleistungen bestätigt, wie angewiesen die Schweiz angesichts des demografischen Wandels und einer sich verändernden Einstellung zur Arbeitswelt auf Ausländer\*innen ist. Empfangen wir sie also wie in den 70er-Jahren nicht nur liebend gerne für ihre Arbeitsleistung und lassen sie ansonsten aussen vor, sondern nehmen wir deren schrittweise Inklusion doch als Chance statt als Bedrohung und freuen wir uns über gut integrierte Ausländer\*innen, die unsere Gesellschaft mit ihrer Teilhabe einen vielfältigen Mehrwert bescheren.

Und um nochmals aus einem früheren Inklusionsgeschäft zu zitieren: Selbstverständlich haben wir Grünliberalen auch von Anfang an gesagt, dass auch unser zentrales Anliegen dasjenige ist, eine kompromissfähige, austarierte Gesetzesvorlage unterstützen zu können und ich glaube, diese Vorlage wird diesem Ansinnen nun bestmöglich gerecht mit Ausschluss des passiven Wahlrechts und Geltung nur für kantonale, nicht auch kommunale Anliegen.

Ich danke Ihnen deshalb im Namen der GLP-Fraktion vielmals für das Eintreten und die Verabschiedung dieser Vorlage, indem Sie dem Mehrheitsantrag der JSSK zustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eric Weber möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird abgelehnt. Damit kommen wir zum Sprecher für die LDP, Gabriel Nigon.

*Gabriel Nigon (LDP):* Inhaltlich sowie im Ergebnis folgt die LDP den Ausführungen von Kollege David Jenny beziehungsweise der Kommissionsminderheit. Ergänzend dazu folgendes: Die Voraussetzungen zur Erlangung des Ausländerstimm- und -wahlrechts sind grosso modo die gleichen wie für die Erlangung des Schweizer Passes. Die Frage lautet deshalb nicht, Ausländerstimmrecht, ja oder nein, sondern weshalb keine Einbürgerung.

Als selbst Eingebürgerter habe ich mich bei Ausländerinnen und Ausländern immer wieder herumgehört. Dabei habe ich Antworten wie etwa folgende erhalten: Ich habe einen EU-Pass, ein Schweizer Pass bringt mir nichts. Ich fühle mich nicht als Schweizer. Ich will keinen Zivil- oder Militärdienst leisten. Mein Land verbietet Doppelbürger. Niemand hat mir je gesagt, die Kosten und Hürden für eine Einbürgerung seien zu hoch. Im Ergebnis fehlt es ganz einfach am Commitment zur Schweiz.

Auf meine Zusatzfrage, ob die Befragten auf regionaler Ebene das Stimmrecht haben möchten, lauteten die Antworten ebenfalls nein, mit beispielsweise folgenden Aussagen: Das Abstimmen in der Schweiz ist zu kompliziert. Macht das unter euch aus. Ihr könnt bei uns ja auch nicht abstimmen. Falls ich abstimmen möchte, würde ich mich einbürgern lassen. Interessanterweise gibt es auch keine Stimmen aus den Reihen der Ausländerinnen und Ausländer, die das fragliche Stimmrecht öffentlich einfordern. Und falls eine solche Forderung aufkäme, müsste zur Fragestellung genommen werden, weshalb denn keine Einbürgerung.

Erlauben Sie mir zum Schluss eine zugegebenermassen plakative Metapher: Es ist, wie wenn Shaqiri für die Nati auflaufen würde, aber ohne Schweizer Pass. Deshalb sind wir der Meinung, dass wer im Club mitreden will, Clubmitglied sein muss.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Letzte Fraktion mit Sprecher Bruno Lötscher ist die Mitte/EVP.



*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Wir haben heute ein wichtiges Geschäft und wenn ich der knappen Mehrheit, es ist ein Verhältnis 7 zu 6 gewesen in der Kommission, wenn ich der knappen Mehrheit zugehört habe, die ich bis jetzt hören durfte, habe ich fast ein schlechtes Gewissen bekommen. Ich muss mich schämen dafür, dass ich erwarte, dass jemand, der hier sein Stimmrecht ausüben möchte, sich zu dieser Schweiz bekennt. Denn ich habe von einem Demokratiedefizit gehört. Wir haben ein Demokratiedefizit, weil 38 Prozent der Bevölkerung nicht mitmachen können. Ich finde auch, dass diese Zahl viel zu hoch ist, aber von einem Demokratiedefizit in diesem Zusammenhang zu sprechen, macht mir doch schon etwas Mühe.

Wir haben ein ausserordentlich spezielles System in der Schweiz, es ist einzigartig. Seit 1848 hat es etwa 6'500 Sachabstimmungen gegeben in der Schweiz. 6'500. Auf Platz zwei ist Neuseeland mit etwa 100 solchen Abstimmungen, gefolgt von Liechtenstein auch mit etwa 100 und wenn wir uns dann sagen lassen müssen, dass wir ein Demokratiedefizit haben in diesem Land, dann verstehe ich das nicht ganz. Denn wir haben ein System aufgebaut und Leute kommen dazu und die möchten hier mitspielen. Ja, müssen denn die, die dieses System aufgebaut haben und schon am Spielen sind, denn die Regeln ändern, weil diejenigen, die mitspielen wollen, die Regeln für sich definieren möchten? Ich glaube nicht, dass das der richtige Ansatz ist. Wer mitspielen will, ich nehme jetzt auch die Metapher des Fussballs, der spielt mal mit nach diesen Regeln und der kann ja nicht kommen und sagen, ich spiele aber nur mit, wenn wir zu zwölf sind oder zu zehnt oder die Hände brauchen dürfen. Nein, es sind doch die Regeln, die vorgegeben sind. Entscheidend ist, dass man mitmachen kann, wenn man mitmachen will, und das kann man bei uns.

Ich habe natürlich gelesen, Einbürgerung sei mit einem, das ist ein Zitat aus der BaZ vom 30. Mai von der Kommissionspräsidentin, mit einem erniedrigenden Einbürgerungstest verbunden. Das hat mich doch schockiert. Ich habe gedacht, was, hier in Basel, erniedrigende Einbürgerungstests? Und dann habe ich mich kundig gemacht bei der Einbürgerungskommission. Die ist, das wusste ich vorher nicht, zusammengesetzt halb/halb, wenn man nach Ratslinks- und Rechtsmehrheiten unterscheiden will, also die Hälfte bürgerlich, die Hälfte BASTA, Grün, SP, grünliberal. Alle weisen das unisono von sich. Dann habe ich gefragt, ja, wie viele Einbürgerungsverfahren gibt es denn da im Jahr? Es sind rund 700 durchschnittlich in den letzten fünf Jahren. Und es werden immer nachträglich dann Umfragen gemacht, das ist heute so üblich. Ich finde das zwar doof, aber das ist heute so üblich. Wie fanden Sie es, waren Sie zufrieden, waren wir schnell genug? Und alle diese Aussagen, und immerhin 170 machen mit im Schnitt in den letzten fünf Jahren, und ebenfalls im Schnitt in den letzten fünf Jahren haben zwei bis drei im Durchschnitt negative Rückmeldungen gegeben. Heute habe ich gehört, es ist nicht erniedrigend, sondern man hat Angst, das Gesicht zu verlieren. Da habe ich ein gewisses Verständnis. Da hätte ich auch Mühe an einem anderen Ort, in einem Land einen solchen Test machen zu müssen. Jetzt sollen wir auf das verzichten, einen Test, ein Verfahren.

Jetzt habe ich gehört von Mahir Kabakci, ja, das ist ja schon bei der Niederlassung so, wir machen das schon so, das ist ja dasselbe. Auch die müssen lesen und schreiben können auf Deutsch, habe ich ein-, zweimal auch gehört, die Anforderungen seien etwa gleich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das stimmt nicht, das stimmt einfach nicht. Es sind natürlich blöde Buchstaben, A1, A2, B1, diese Sprachtests, die sind aufgegliedert, aufgelistet. Für die Niederlassungsbewilligung A1, wissen Sie, was man da sagen können muss? Man muss seinen Namen zum Beispiel buchstabieren können. Ich heisse Bruno. Ich sehe Mahir Kabakci nicken. Ich kann Fragen aus dem Handy ablesen, wenn Sie wollen, wie sieht das aus bei einem A1-Test, Goethe Institut. Buchstabieren Sie bitte Ihren Namen. Wo wohnen Sie, wie ist Ihre Adresse. Wie sieht ihr Tagesablauf aus. Also Fragen nach dem System A1, das ist banale Grundkonversation. Ist es denn wirklich zu viel verlangt, dass wenn wir ein so einzigartiges System haben, dass man sagen muss, zumindest die Abstimmungsunterlagen sollte man selber lesen und verstehen können? Ich weiss, auch Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben zuweilen Mühe damit, das alles zu verstehen, aber zumindest lesen können es die meisten.

Ich meine, das sollte man verlangen dürfen, ohne dass man sich dem Vorwurf aussetzen muss, man habe ein System, das zur Demokratiefeindlichkeit neigt. Wer nicht mitmachen will in diesem System, muss es ja nicht, aber der muss dann nicht den Vorwurf machen, dass das feindlich der Demokratie gegenüber ist und auch nicht den Vorwurf machen, in Basel sei das viel zu schwierig. Ich bin sehr dezidiert der Meinung, wir müssen das Einbürgerungsverfahren einfach gestalten. Wir müssen es vor allem für Junge sehr einfach machen. Ab 1. Januar ist es bis 25 gratis, das ist ein guter Schritt. Ich meine, ich bin aber nicht ganz restlos sicher, also bitte behaften Sie mich nicht, ich habe schon Angst vor der Frage, es kostet in Basel maximal 1'750 Franken. Ja, ist das jetzt wahnsinnig hoch?

Ich komme ja noch mit dem Argument, Rechte und Pflichten sollten einigermassen zusammengehören. Natürlich schmunzelt man ein bisschen darüber, wenn man dann sagt, das kann doch nicht sein, dass die Pflichten den Schweizern vorbehalten sind, die Rechte aber selbstverständlich auch den Ausländerinnen und Ausländern, wenn sie es für sich beanspruchen können. Jetzt, was ist das für eine Pflicht? Es ist in erster Linie die Militärdienstpflicht, Zivildienst oder allenfalls Militärflichtersatz. Was heisst Militärflichtersatz? Das heisst, bis 37 drei Prozent des Reineinkommens als Steuer, wenn man selber den Dienst nicht leistet. Jetzt nehmen wir mal an, Sie verdienen 100'000 Franken, das sind 3'000 Franken Steuern im Jahr, bis Sie 37 sind. Das ist weit mehr als diese 1'750 maximal Einbürgerungskosten in Basel. Auch hier sehe ich nicht, wie man sagen kann, man ist gegen Schweizer eingestellt. Wenn man die gleichen Rechte für sich beansprucht, soll man auch die gleichen Pflichten tragen. Das scheint mir nicht zu viel verlangt.



Ich meine, ein klares Bekenntnis zur Schweiz für dieses einzigartige System darf man verlangen, ohne dass man deshalb als Demokratiefeind bezeichnet wird. Unser System ist hochdemokratisch, es wäre wichtig, dass möglichst viele mitmachen und wir müssen die Hürden für die Einbürgerung so leicht wie möglich machen, aber wir müssen es auch nicht verschenken. Es ist wichtig, dass die Leute, die hier dabei sind, integriert sind und die Verhältnisse kennen und bereit sein wollen, hier mitzumachen.

Deshalb ist unsere Fraktion der Meinung, wir sollten nicht auf das Geschäft eintreten und wenn wir eintreten, sollten wir den Antrag der Minderheit folgen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Edibe Gölgeci an? Sie wird angenommen.

*Edibe Gölgeci (SP):* Bruno Lötscher, ich schätze Sie sehr, aber Sie haben so viele nicht faktenbasierenden Sachen genannt. Ich war fünf Jahre in der Einbürgerungskommission selber, ich gehe jetzt nicht auf das ein, weil es nicht das Thema ist, die Einbürgerung. Aber die Frage ist, wie nennen wir dann eine Situation, wenn eine Minderheit über eine Mehrheit bestimmt?

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich gehe mal davon aus, ich habe nur faktenbasiert gesprochen. Das wäre die erste Antwort auf die nicht gestellte Frage, aber die nicht sehr freundliche Einleitung. Ich bin der Meinung, in einer echten Demokratie sollte die Mehrheit mitbeteiligt sein.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit kommen wir zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher und hier hat sich Eric Weber zuerst gemeldet.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich habe ganz grosse Augen bekommen, als ich in der Basler Zeitung gelesen habe, Eric Weber bekommt ein Geschenk. Und es ging genau um diese Diskussion, Ausländerwahlgesetz. Ich habe den Artikel dabei. Ich will keinen Ordnungsruf, ich spreche nur zu dem, was in der Basler Zeitung steht.

Erich Mielke, der Chef der DDR-Staatsicherheit sagte im DDR-Parlament der Volkskammer bei seinem letzten Auftritt 1989: Ich liebe euch doch alle. Und auch ich, Grossrat Eric Weber, liebe euch alle, ihr macht mich sehr glücklich. Denn mit dieser Diskussion über Ausländer in Basel machen Sie uns das grösste Wahlgeschenk und das so kurz vor den wichtigen Parlamentswahlen. Das stand in der Basler Zeitung, ganzseitig zu dieser Diskussion, am Donnerstag, 30. Mai. Hier ist der Artikel.

Und zu dieser Diskussion gab es einen Kommentar und da steht, die Diskussion um das Ausländerstimmrecht kennt bereits jetzt einen Gewinner, die SVP und Eric Weber.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eric Weber, bitte sprechen Sie zur Vorlage und nicht zu Wahlspekulationen. Bitte sprechen Sie zum Traktandum.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich möchte nur das sagen, es ist wirklich ein schönes Geschenk, für das ich mich bedanken möchte und ich möchte auch sagen, wer davon profitiert. Und der Schlusssatz zu dieser Terminologie oder wie man das nennt, könnte nicht besser sein.

Dann muss ich meine Rede ein bisschen abändern, aber Sie wissen, und das darf ich sagen, wir von der Nationalen Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat, wir sind die Vorläuferpartei von der heutigen SVP. Wir haben nur ein Thema und wir reden immer freundlich und mit einem Thema kann man Erfolg haben. Daher werde ich, nachdem ich jetzt auf meine Vorredner Bezug genommen habe, auch noch in einem zweiten Votum reden und Bezug zu den nächsten Rednern nehmen. Sie wissen genau, wie ich zu diesem Thema denke und ich sage Ihnen, und das ist legal, darf ich in der Türkei im Stadtrat von Istanbul mich wählen lassen? Nein. Aber Sie wollen das in unserem schönen Basel und das geht auf keinen Fall und das sage ich als Präsident der Liste Ausländerstopp. Sie erklären uns eine Sache, die wir nicht akzeptieren werden.

Auf meine Vorredner. Grossrat Felix Wehrli, Ex-Polizist, hat richtig gesagt, wir politisieren am Volk vorbei, da gebe ich Felix Wehrli vollkommen recht. Die Volksabstimmung dann schon zum dritten Mal zu diesem Thema, die Volksabstimmung wird 60 Prozent Nein, 40 Prozent Ja sein. Ich gebe Felix Wehrli recht, wir diskutieren am Volk vorbei. Der nächste Redner, Grossrat Mahir Kabakci, Sie haben gesagt, es ist an der Zeit, aber da muss ich sagen, es ist nicht an der Zeit, wir wollen das nicht. Sie haben von Angst gesprochen, ja, wir haben sehr grosse Angst. Claudia Baumgartner, ganz interessant, schade,



dass Sie meine Anfrage nicht angenommen haben. Ich wollte fragen, sind Sie jetzt bewusst links, dann wechseln Sie nicht immer zwischen links und rechts. Bitte machen Sie mit den Linken, aber bekennen Sie sich mal, ob Sie links oder rechts sind. Es wurde auch gesprochen, das ist nicht klar, selbst Sibel Arslan hat gesagt, weder Fisch noch, ich weiss nicht, was sie noch gesagt hat, aber es ist einfach komisch.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen damit zum nächsten Einzelsprecher und das ist Lukas Faesch.

*Lukas Faesch (LDP):* Mit guten Gründen kann man für oder gegen das Ausländerstimmrecht sein. Was nicht sein kann und wogegen ich mich wehre, auch als Bürgerrat, ist, wenn man das Ausländerstimmrecht damit begründen will, dass unser Einbürgerungswesen erniedrigend sei. Wir haben das schon gehört, ich kann damit nichts anfangen. Ich finde es beleidigend für alle Beteiligten an unserem Basler Einbürgerungswesen. Das sind sowohl die Verwaltung als die ganze Einbürgerungskommission, aber selbstverständlich auch die Petentschaft, denn auch die werden erniedrigend dargestellt. Das kann so nicht sein.

Sie wissen, dass jeder Petent, jede Petentin im Verfahren in Basel-Stadt eng und individuell begleitet wird. Die Bürgergemeinde geht sogar heute aktiv auf potenzielle Petentschaften zu und ermuntert sie, dabei zu sein, mitzumachen. Es gibt unzählige Kurse und Lernveranstaltungen, die zum Teil auch gratis sind und die für jedermann zur Verfügung stehen. Die Befragungen der Petentschaft ist abgestimmt auf den jeweiligen individuellen Bildungsstand, auf das Alter und die genauen Lebensumstände. Die Befragungen letztlich, und das wurde schon gesagt, dienen nur einem Ziel, und das ist ein gutes Ziel, der Petentschaft, dem Eingebürgerten soll ermöglicht werden, selbstbestimmt an unserem demokratischen Leben teilzunehmen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Und wer die Kosten nicht stemmen kann, dafür gibt es einen Fonds durch die CMS, die diese Kosten übernimmt. Und da von Erniedrigung zu reden, ich verstehe das nicht. Ich lade Sie ein, gehen Sie einmal an eine feierliche Bürgerbriefabgabe im Stadthaus. Oft werden unter Tränen der Rührung die Bürgerbriefe entgegengenommen, die Leute sind sehr stolz darauf und es bedeutet ihnen sehr viel, was ich immer wieder bemerkt habe.

Und noch ein Wort zur Kundenzufriedenheit, die auch schon erwähnt wurde. 99 Prozent aller Eingebürgerten sind zufrieden und von den wenigen, die nicht zufrieden sind, hat noch nie jemand je etwas von einem erniedrigenden Verfahren gesagt, sondern die meisten Kritikpunkte sind, dass die Verfahrensdauer viel zu lange ist, was aber meistens der Kanton zu verantworten hat. Also gehen Sie mal an eine Bürgerbriefabgabe, dann werden Sie nie mehr von einem erniedrigenden Verfahren reden und ich werde gegen dieses Ausländerstimmrecht stimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Bülent Pekerman ist einfach aus der Liste geflogen. Wir wissen nicht genau wieso, aber er war an dieser Stelle drauf und hat jetzt das Wort.

*Bülent Pekerman (GLP):* Mit diesem Einzelvotum möchte ich mich mit Nachdruck und ohne emotional zu werden für die Einführung des begrenzten Stimm- und Wahlrechts für Niedergelassene in unserem Kanton aussprechen. Dieses Anliegen ist von grundlegender Bedeutung, da es auf unseren tiefverwurzelten liberalen Grundwerten beruht und das Fundament für eine gerechte und integrative Gesellschaft bildet.

Ich, und damit meine ich auch die Grünliberale Partei, wir betrachten alle Menschen, die sich in Basel niedergelassen haben, unabhängig von ihrer Herkunft als einen integralen Bestandteil unserer Gemeinschaft. Diese Menschen haben sich bewusst für ein Leben in unserer Stadt entschieden, tragen mit ihren Steuern zum öffentlichen Haushalt bei und gestalten das gesellschaftliche Leben aktiv mit. Sie sind Teil unserer Wirtschaft, unserer Bildungseinrichtungen, unserer kulturellen Vielfalt und unserer sozialen Strukturen. Es ist also ein Akt der Gerechtigkeit und des Respekts vor den Freiheitsrechten des Einzelnen, dass diese Menschen, die bereits tief in unserem Gemeinwesen verwurzelt sind, auch das Recht haben, an den Entscheidungen mitzuwirken, die ihre Lebensbedingungen unmittelbar beeinflussen. Dies betrifft nicht nur kommunale Angelegenheiten, sondern auch kantonale Entscheide, die ihre soziale, wirtschaftliche und kulturelle Integration fördern können.

Die Einführung des begrenzten Stimm- und Wahlrechts für Niedergelassene ist nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit, sondern auch eine Stärkung unserer freiheitlichen und direktdemokratischen Institutionen. Es erweitert den Kreis der politischen Partizipation und fördert eine inklusive Demokratie, die auf Vielfalt und Offenheit beruht. Erfahrungen aus anderen Regionen und Ländern zeigen, dass die Einbeziehung der niedergelassenen Bevölkerung zu mehr politischer Partizipation und Verantwortungsbewusstsein führt. Das Prinzip «one man, one vote» oder «one woman, one vote» ist ein Grundprinzip jeder gerechten Gesellschaft. Jeder Mensch, der sich dauerhaft in Basel niedergelassen hat, verdient es, dass seine Stimme gehört wird, unabhängig von seiner Nationalität oder seinem Geburtsort. Es ist nur gerechtfertigt, dass diejenigen, die hier leben, arbeiten, Steuern zahlen und Teil unserer Gemeinschaft sind, auch über Entscheidungen mitbestimmen können, die ihre Lebensbedingungen direkt betreffen.



Mit dem Stimm- und Wahlrecht für Niedergelassene stärken wir ja nicht nur die demokratische Legitimation unserer Entscheidungsprozesse, sondern fördern auch, und das finde ich sehr wichtig, das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Engagement für unsere gemeinsame Zukunft. Es ist also an der Zeit, dass Basel-Stadt eine Vorreiterrolle bei der Förderung von sozialer Inklusion und demokratischer Teilhabe einnimmt. Dies ist nicht nur eine politische Forderung, sondern ein wichtiger Schritt hin zu einer gerechteren und fortschrittlichen Gesellschaft.

Ich bitte Sie daher ganz herzlich, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Edibe Gölgeli.

*Edibe Gölgeli (SP):* Vor genau vier Jahren habe ich die Regierung mit einer Motion gefordert, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, mit der die Einwohner\*innen des Kantons Basel-Stadt ohne Schweizer Bürgerrecht das kantonale Stimm- und Wahlrecht gewährt sein sollte. Obwohl, wie wir es heute auch gehört haben von Regierungsrat Conradin Cramer, der Vorschlag 1:1 der gewesen wäre, der ich bereits schon als Kompromiss betrachtet hatte mit einer Niederlassungsbewilligung C, stehen wir heute mit einem begrenzten Vorschlag da, mit einem Kompromiss, der deutlich viele Einschränkungen vorzeigt. Ja, seitdem ist viel gegangen. Vor 30 Jahren, wir haben es gehört, zum ersten Mal wurde darüber befundet, vor knapp 14 Jahren das dritte Mal. Ich möchte erinnern, beim Frauenstimmrecht war es genau fünf Mal.

Ja und die Vorstellung, dass Nicht-Schweizer\*innen doch sich einbürgern lassen sollen, das bringt uns leider nicht weiter. Auch die statistischen Zahlen zeigen, dass unser restriktives Bürgerrecht und stagnierenden Einbürgerungszahlen bald dazu führen werden, lieber Bruno Lötcher, das wollte ich Ihnen eigentlich sagen, dass wir irgendwann ein Demokratiedefizit haben und eine Minderheit über eine Mehrheit bestimmt. Also gehen Sie zum statistischen Amt, diese Zahlen sind belegt.

Gleichzeitig blockieren auch die konservativen Kräfte, die Mitte-Partei, auch FDP-Kolleginnen und -Kollegen, die mit der Sprachbarriere argumentieren, obwohl diese bereits in der Niederlassungsbewilligung C geregelt ist, und auch die LDP, wir haben es gehört von Kollegen aus der LDP, wir sprechen von einem Club, also die Privilegien, die man hat von der Mitbestimmung, dass man einen bedeutenden Teil der Bevölkerung nicht geben möchte, das haben wir auch verstanden.

Bevor ich auf einen historischen Exkurs gehe, möchte ich nochmal betonen, was es bedeutet. Kollege Lukas Faesch hat vorher von Kunden gesprochen. Das sind Einwohner\*innen, das sind unsere Nachbar\*innen, das sind unsere Arbeitskolleg\*innen. Die leben mit uns, sie arbeiten mit uns, sie gestalten Kultursport, sie machen ein Hobby mit uns. Was es heisst, ich bin auch erschrocken, dass viele nicht wissen, was es heisst, eine Niederlassungsbewilligung C zu haben, auch hier im Ratssaal, welche Auflagen damit verbunden sind. Nämlich lange Aufenthaltsdauer, Erwerbstätigkeit, Sprachkenntnisse und Integration. Und das alles ist in der C-Bewilligung geregelt. Meistens sind solche Leute, ich glaube, Sie kennen auch sehr viele, mindestens zehn Jahre hier, mindestens, wenn nicht noch länger.

Nun zum historischen Exkurs. 1798 wurde in der Schweiz ein indirektes Stimmrecht für alle 20-jährigen Schweizer eingeführt, die mindestens fünf Jahre in einer Gemeinde lebten. Frauen, Geistliche und Jüdinnen und Juden waren ausgeschlossen. 1803 wurde es dann den Kantonen überlassen, das Stimmrecht zu regeln. In Basel sah es um 1833 so aus: Mann musste Basler Bürger sein, Mitglied einer Zunft, volljährig und Mann musste über ein Vermögen verfügen und eine bestimmte Steuerleistung erbringen. Einfach gesagt, das Stimmrecht wurde mit dem Vermögen vererbt. Erst bei der Revision der Bundesverfassung wurden den niedergelassenen Schweizer Bürger\*innen das gewährt. Und erst 1866 konnten Jüdinnen und Juden die Niederlassungsbewilligung erhalten. Alle Weiteren waren ausgeschlossen, bei den Frauen, das haben wir gehört, das hat sehr lange gedauert.

Nun offensichtlich ist hier im Saal niemand gegen Einbürgerungen, aber wir wissen genau, dass genau diese konservativen Kräfte genau die gleichen sind, die dann alle Steine in die Wege leiten und den Einbürgerungsprozess erschweren, sogar auch torpedieren. Wer gesellschaftlichen Fortschritt und Zusammenhalt fördern möchte, der sollte heute offener dem Ratschlag der JSSK-Mehrheit folgen. Wer abstimmen und mitentscheiden kann, stärkt nämlich unsere Demokratie. Die Zeit ist reif, dass wir unseren Nachbar\*innen, Freund\*innen, Arbeitskolleg\*innen, Hobby- und Sprachfreunden das Stimmrecht geben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zum nächsten Einzelsprecher und das ist Nicola Goepfert.

*Nicola Goepfert (GAB):* In Basel besteht ein besorgniserregendes Demokratiedefizit. Und lieber Bruno Lötcher, dabei geht es nicht nur um die Anzahl der Abstimmungen, sondern auch, wie diese Entscheide abgestützt sind in der Bevölkerung. Und ich glaube, es haben noch nicht alle hier im Saal wirklich realisiert, was das konkret bedeutet. Deshalb versuche ich es mal zu verbildlichen, wie es um unsere Demokratie wirklich steht. Ich versuche es Ihnen anhand von einem Beispiel ganz konkret und bildlich darzustellen, das Ihnen allen naheliegen dürfte.



Hier im Grossen Rat wird zumindest ein Teil der Bevölkerung von 100 Personen vertreten, von uns 100 Grossrät\*innen. Wenn wir unsere Demokratie auf den Grossen Rat übertragen, ist es in den aktuellen Verhältnissen so, dass die SVP, die GLP, die FDP, die Mitte, die EVP und so leid es mir tut, auch Einzelpersonen wie Oliver Battaglia vom aktiven Bettingen von ihrer Beteiligung an den Abstimmungen ausgeschlossen wären. Das GAB würde zusammen mit der SP und der LDP alleine über das politische Geschehen hier im Saal und in unserem Kanton bestimmen. Was hier drin kaum vorstellbar ist, ist in unserer Gesellschaft Realität, denn rund 38 Prozent der Basler Bevölkerung über 18 Jahren ist von unserer Demokratie ausgeschlossen.

Und wenn wir uns zusätzlich noch die Stimmbeteiligung bei kantonalen Abstimmungen anschauen, wird das erst recht bedenklich. Diese beträgt in den letzten fünf Jahren durchschnittliche 52 Prozent. Wenn wir dann berücksichtigen, dass eine einfache Mehrheit für einen Beschluss ausreicht, bedeutet das aktuell folgendes: Im Durchschnitt bestimmen etwa 18 Prozent der über 18-jährigen Bevölkerung über die Vorlagen in diesem Kanton. Wiederum angewendet auf den Grossen Rat wäre das so, als würden wir vom GAB hier drin alleine bestimmen, wo es lang geht.

Was für mich persönlich jetzt gerade verlockend klingt, ist in Wahrheit ein bitteres Armutszeugnis unserer ach so hochgelobten Demokratie. Fakt ist, unsere Demokratie ist exklusiv, sie schliesst einen Grossteil unserer Mitbewohner\*innen in dieser Stadt aus. Die Frage ist also, wen wir als Einwohner\*in in dieser Stadt anerkennen möchten und die Mitsprache, die politische, demokratische Beteiligung ermöglichen. Und wenn wir jetzt den hier vorliegenden Vorschlag wiederum auf den Grossen Rat übertragen, dann würden neu auch die SVP, die FDP und Oliver Battaglia bei der LDP mitbestimmen dürfen. Aber selbst dann blieben die GLP, die Mitte und die EVP ausgeschlossen, denn selbst mit dieser Vorlage bleibt der Zugang zur politischen Teilhabe in diesem Kanton exklusiv.

Das hier vorgeschlagene eingeschränkte Stimmrecht ist nicht nur eingeschränkt, weil wichtige Mittel der Mitbestimmung ausgeschlossen werden, sondern auch, weil es selbst dann nur für einen gewissen Teil der Einwohner\*innen ohne Schweizer Pass zugänglich wäre. Nur Personen mit einer Niederlassungsbewilligung und die seit mindestens fünf Jahren in Basel wohnen, würden sich überhaupt demokratisch bei kantonalen Fragen beteiligen dürfen und die Bedingungen für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung sind streng. Es wurde bereits auch vorher gerade im Votum von Edibe Gölgeli deutlich ausgeführt und aufgezeigt. Es ist nicht so, als könnte mit dem vorliegenden Vorschlag plötzlich jede Person ohne Schweizer Pass an unserer Demokratie teilhaben, denn die Motion Edibe Gölgeli war eigentlich bereits schon der Kompromiss und dieser Kompromiss wird nun noch weiter eingeschränkt. Die tiefgreifendste Einschränkung ist der Ausschluss von Einwohner\*innen ohne Schweizer Pass, selbst in öffentliche Ämter, wie zum Beispiel den Grossen Rat, gewählt zu werden. Der Ausschluss also vom sogenannten passiven Wahlrecht, dem Recht, gewählt zu werden.

Wir von BASTA halten die Unterscheidung zwischen dem aktiven und dem passiven Stimmrecht für problematisch. Hier im Grossen Rat werden weitaus die meisten Entscheide gefällt. Nur ein kleiner Teil aller Entscheide kommt überhaupt je zu einer Volksabstimmung. BASTA ist deshalb der Meinung, dass es Einwohner\*innen in Basel möglich sein sollte, sich sowohl aktiv an Abstimmungen und Wahlen zu beteiligen als auch selbst in Ämter gewählt zu werden. Wir sind der Meinung, dass ihnen die volle Beteiligung an den politischen Prozessen, an der Demokratie offenstehen sollte. Trotzdem werden wir den Vorschlag der Kommissionsmehrheit selbstverständlich unterstützen. Es ist ein Kompromiss mit grossen Einschränkungen, es ist aber ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Demokratie in unserem Kanton. Und wir machen das auch nicht nur, um irgendwelchen Personen etwas zu geben. Es sollte doch in unser aller Interesse sein, dass sich bei politischen Prozessen möglichst viele Menschen beteiligen können, die dann von den Entscheiden direkt betroffen sind.

Wir unterstützen die Kommissionsmehrheit, denn es ist ein wichtiger erster Schritt, den wir jetzt gehen können.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Hanna Bay.

*Hanna Bay (SP):* Wir haben es hier nun schon mehrmals gehört, es steht auch im Bericht der Minderheit, dass die Erlangung des Bürgerrechts die unabdingbare Voraussetzung wäre, um die Verbundenheit mit unserem Gemeinwesen unter Beweis zu stellen. Wir haben es auch schon mehrmals gehört, dass man eine C-Bewilligung nicht einfach so erhält. Ich verzichte jetzt an dieser Stelle, die Voraussetzungen nochmals aufzuführen. Es kommt aber nicht von ungefähr, dass die Niederlassungsbewilligung auch Bewilligung für Einheimische ohne Schweizer Pass genannt wird. Der Weg zur C-Bewilligung ist kein Selbstläufer, er ist kein Spaziergang. Diese Menschen sind oft seit Jahrzehnten Teil der Gesellschaft, sie sind unsere Nachbarn, sie sind unsere Freund\*innen, sie sind unsere Kolleg\*innen und ich finde es zynisch, wenn man ihre Teilnahme an unserer Gesellschaft ernsthaft in Zweifel zieht.

Und nun kommen Sie, liebe Bürgerlichen, und sagen, ja, dann sollen sie sich doch einfach einbürgern lassen. Wenn das nur so einfach wäre. Es stimmt zwar, dass die Anforderungen für eine Einbürgerung und jene für eine C-Bewilligung ähnlich, aber nicht deckungsgleich sind. Und wir haben es auch gehört, die Gründe, weshalb sich jemand nicht einbürgern lässt, sind vielfältig, so vielfältig wie die Schicksale und die Biografien dahinter. Einerseits gibt es Länder, die keine doppelte Staatsbürgerschaft erlauben, und hier vielleicht einfach noch der Hinweis, Identitäten sind nicht schwarz und weiss, wie das



David Jenny gesagt hat, sondern ich glaube, es ist das Ergebnis einer globalisierten Gesellschaft, dass man verbunden sein kann zu verschiedenen Ländern. Dann kostet eine Einbürgerung auch in Basel bis zu 2'500 Franken, Geld, das man erst einmal haben muss. Und ja, Kollege Gabriel Nigon, im Fechtclub ist das vielleicht nicht so ein Problem, ich habe eine andere Erfahrung gemacht, gerade in meiner Klientschaft ist die finanzielle Hürde teilweise wirklich nicht zu überwinden. Hinzu kommen auch noch die faktischen und finanziellen Herausforderungen für die Beschaffung der erforderlichen Dokumente und deren amtliche Übersetzung, wenn es dann notwendig ist.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass vor einigen Jahren das nationale Bürgerrechtsgesetz entscheidend verschärft wurde. Seit einigen Jahren wird der Nichtbezug von Sozialhilfeleistungen zwingend verlangt, auch hier in Basel. Diese Anforderung lässt das Vorhaben der Einbürgerungen von Personen, die in schwierigen finanziellen Situationen leben und zeitweilig oder langfristig von Sozialhilfe leben müssen, in weite Ferne rücken. Das trifft Familien, das trifft Alleinerziehende, das trifft Armutsbetroffene. Eine Studie der eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen kam daher gerade jüngst zum Schluss, dass vor allem sich gut situierte Personen einbürgern lassen. Dies auch in Basel. Eine Demokratie der Privilegierten? Ich meine, das können wir besser.

Und schliesslich kommen noch die administrativen Hürden hinzu. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere mich an die Wohnschutzdebatte und Ihre Voten, wie kompliziert all diese Formulare gewesen seien. Während für einige von Ihnen diese Prozeduren, diese Formulare einfach lästig sind, stellen sie für andere eine beinahe unüberwindbare Hürde dar. Wir haben es gehört, wir haben Kurse, wir haben Formulare, wir haben Befragungen, wir haben Tests und gerade für relativ bildungsferne Leute sind diese Tatsachen mit Ängsten verbunden, nicht zu genügen und das Gesicht zu verlieren. Diese Überforderung ist real und sie hat Einfluss darauf, ob sich die Menschen einbürgern lassen oder nicht. Und trotzdem sind sie hier, trotzdem sind sie ein Teil unserer Gesellschaft und wer hier lebt, wer hier arbeitet und wer die Sprache beherrscht, soll mitbestimmen können in Angelegenheiten, die sie betreffen.

Und dann vielleicht noch ein Wort zu diesem ewigen Militärdienstvergleich. Nur zehn Prozent der Personen mit einer Niederlassungsbewilligung sind Männer im wehrpflichtigen Alter. Es geht doch nicht an, das Demokratiedefizit, das wir haben, mit diesen zehn Prozent zu legitimieren, zumal auch überhaupt nicht belegt ist, dass die Wehrpflicht effektiv ein Grund darstellt, wieso sich diese Menschen nicht einbürgern lassen.

Und dann vielleicht noch ein letztes Wort zum Vorwurf der Salami taktik. Aktuell hat Basel etwa 105'000 Stimmberechtigte. Bei einer Annahme der Vorlage kämen 230'000 Menschen dazu. Dass Ausländer\*innen dann über die Menschen mit Schweizer Pass bestimmen würden, das scheitert an einem simplen Dreisatz und daher bitte ich Sie, diese Vorlage anzunehmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lukas Faesch an? Sie wird angenommen.

*Lukas Faesch (LDP):* Ist Ihnen bekannt, ich habe es vorher schon erwähnt, dass es einen CMS-Fonds gibt, der die Kosten für die Einbürgerungen ganz oder teilweise übernimmt für Leute, die das nicht stemmen können? Dieser Fonds ist im Moment gefüllt mit 100'000 Schweizer Franken. Kennen Sie diesen Fonds?

*Hanna Bay (SP):* Ich kenne diesen Fonds. Ich finde diesen Fonds auch begrüßenswert, aber ich glaube, auch hier haben wir wieder vielleicht das Problem, dass gerade bildungsferne Leute ungern Bittsteller sind bei Stiftungen, beim Staat, etc.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist kurz vor 12, wir werden am Nachmittag weiterfahren.

### **Schluss der 23. Sitzung**

11:58 Uhr



# Protokoll

der 24. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 27. Juni 2024, um 15:00 Uhr

- Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
- Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
- Abwesende:** *Barbara Heer (SP); René Brigger (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Lea Wirz (GAB); Daniela Stumpf Rutschmann (SVP); Brigitte Kühne (GLP); Salome Bessenich (SP); André Auderset (LDP); Beat Braun-Gallacchi (FDP).*

## Verhandlungsgegenstände:

1. Traktandum 1..... 2
9. Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit..... 2
6. Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschiffahrt AG (BPG) für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit..... 14



## Beginn der 24. Sitzung

Donnerstag, 27. Juni 2024, 15:00 Uhr

### 1. Traktandum 1

[27.06.24 15:00:04]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Ehemalige, die zahlreich hier hinten im Saal sind, mit Freude habe ich Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

#### Verabschiedungen von Margrit Rünzi

Es war am 2. Februar 2005, dass der damalige Grossratspräsident Bruno Mazzotti die neue Gerantin für das Grossratskäfeli vorgestellt hat. Heute heisst es nach fast 20 Jahren Abschied nehmen. Margrit Rünzi ist uns ans Herz gewachsen und es ist uns entsprechend wichtig, sie gebührend zu verabschieden. Ich sage, was wir ihr übergeben, das ist zum einen einen Blumenstrauss, das mache ich nachher eigenhändig, wir haben auch Gutscheine für ein gutes Essen in guter Gesellschaft, die sind oben auf dieser Schatzkiste, und wir haben diese Schatzkiste selber, da sind ganz viele persönliche Botschaften drin. Die haben wir fleissig gesammelt, es wurden jetzt in den letzten Minuten auch noch einige mehr, ich schätze es sind weit über 80. Von noch mehr Menschen, weil teilweise mehrere Leute eine Karte geschrieben haben. Liebe Margrit, du musst selber entscheiden, ob du all diese Nachrichten aufs Mal lesen willst oder vielleicht eine pro Tag, eine pro Woche, eine pro Monat. Ich weiss, es ist auch ein bisschen eine Überforderung, wir erwarten also nicht, dass du uns allen zurückschreibst. Du darfst sie einfach lesen und für dich behalten.

Aber nimm sie doch als Zeugnis unserer grossen Wertschätzung und Dankbarkeit für deinen langen Einsatz. Wir sind froh, dass wir mit dir diese Zeit verbringen durften und wünschen von Herzen alles Gute für die weitere Zeit. Danke Margrit. [Applaus]

*Rünzi Margrit:* Ich kann fast nicht sprechen. Für eure Treue, für eure Begleitung, auch meinerseits, ich hatte fast 20 schöne Jahre mit euch zusammen. Ich habe es genossen und gehe eigentlich ungern und doch freut es mich. Ganz herzlichen Dank für alle Geschenke, das ist sehr lieb und grosszügig. Und ich mag euch alle von Herzen. [Applaus]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es hat auch noch einen zweiten Blumenstrauss aus dem Kreise des Rates und auch noch ein Säckli, das gar nicht Platz hatte in der Schatzkiste.

#### Besuch auf der Zuschauertribüne

Auf der Tribüne begrüsse ich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Muttenz mit einer uns bestens bekannten Lehrerin. Vielleicht haben Sie sie schon erkannt, es ist Marianne Hazenkamp. Sie sind im Rahmen der Wahlwoche Ethik in Politik und Wissenschaft bei uns, was uns freut. Herzlich willkommen und spannende Einblick.

### 9. Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[27.06.24 15:05:33, 22.0859.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir fahren fort mit der Beratung von Traktandum 9. Teilrevision der Verfassung, Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer.

Wir sind stehen geblieben bei den Einzelvoten und da ist der nächste Sprecher Oliver Thommen.



*Oliver Thommen (GAB):* Ich möchte nur auf einen Punkt hinweisen, der im Bericht der Kommissionsminderheit steht, und jetzt auch noch hier vom Sprecher der Kommissionsminderheit nochmals wiederholt wurde. Es steht dort, dass 1910 die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in Basel-Stadt 37,6 Prozent betragen habe und dass das rund 51'000 Menschen sind. So weit, so gut. Der anschliessende Rückgang der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz wird dann auch auf Einbürgerungen zurückgeführt und dies insinuiert dann auch, dass Einbürgerungen quasi damals das Mittel gewesen seien, um den Anteil der Ausländerinnen und Ausländer im Kanton zu reduzieren. Dass quasi damals die Ausländer\*innen die Guten waren, die sich einbürgern liessen, heute die Ausländerinnen und Ausländer dies nicht tun würden. Das ist natürlich grundlegend falsch und muss hier korrigiert werden.

Die ausländische Wohnbevölkerung in den Jahren um 1910 bestand hauptsächlich aus Menschen aus den Staaten Italien, Frankreich und Deutschland. In Basel waren es vor allem Menschen aus Deutschland, in Genf vor allem Menschen aus Frankreich. Im Verlauf Ende des 19. Jahrhunderts, Anfang des 20. Jahrhunderts kamen Menschen aus Italien dazu, die immer einen grösseren Anteil ausmachten, und dann kam das Jahr vor 110 Jahren, 1914, und dann waren plötzlich fast alle weg. Das waren nämlich vor allem werktätige Menschen und diese werktätigen Menschen waren vor allem werktätige Männer und die wurden 1914 eingezogen, wurden mobilisiert, ob freiwillig oder nicht und deswegen reduzierte sich der Ausländerinnen- und Ausländeranteil, aber vor allem der Ausländeranteil signifikant nach dem Jahr 1914. Es wurde einfach 1910 das letzte Mal erfasst.

Dass das nun hier wie gebraucht wird, um irgendwelche Einbürgerungen, die sicher wichtig sind, zu rechtfertigen, ist falsch. Und man muss dazu auch noch sehen, dass sowohl von der konservativen Seite als auch vom Bundesrat in der Folge das Ausländergesetz auch immer wie schärfer wurde. Ab dem Jahr 1917 wurde die BV angepasst, es wurden Verordnungen angepasst, es kam der Begriff Überfremdung auf, wohlgemerkt, obwohl es damals fast keine Ausländer mehr in der Schweiz gab während des Krieges, und so hat sich der Ausländeranteil eigentlich innerhalb von 20 Jahren auf fünf Prozent gesamtschweizerisch jetzt gesenkt.

Ich bitte Sie, das in Erwägung zu ziehen bei Ihren weiteren Ausführungen während der Kampagne.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der nächste auf der Liste von heute Morgen war Beat K. Schaller.

*Beat K. Schaller (SVP):* Sie haben es vielleicht schon gemerkt, ich bin ein glühender Verfechter von guter Sprache, denn Sprache ist das A und O unserer Gesellschaft, Sprache ist das Fundament unserer Zivilisation, unserer Gesellschaft, unseres Zusammenlebens und unserer Demokratie. Deshalb möchte ich mich in meinem Votum noch einmal ganz konkret über die sprachlichen Anforderungen äussern, die ja heute Morgen auch schon erwähnt worden sind, und gleichzeitig Kollega Mahir Kabakci die Antwort geben, beweisen, dass seine Antwort, dass Leute mit diesen Minimalanforderungen, komplexe Stimmbüchleins, Abstimmungsunterlagen verstehen würden, einfach schlicht falsch ist.

Diese sprachlichen Anforderungen, das A1, A2, das Sie gehört haben, das ist im gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen beschrieben. Schriftliche Sprachkompetenz A1, mündliche A2, A wird definiert als elementare Sprachverwendung. A1, Anfänger kann vertraute, alltägliche Ausdrücke und ganz einfache Sätze verstehen, kann sich auf einfache Art verständigen, wenn die Gesprächspartnerinnen oder Gesprächspartner langsam und deutlich sprechen und bereit sind, zu helfen. Auf das schriftliche umgelegt bedeutet das, jemand mit diesem Sprachniveau, das ja nach vielen von Ihnen ausreichend sei, um Abstimmungsunterlagen zu lesen, soll jemand das tun können, wenn der, der das geschrieben hat, ihm zur Seite steht, die Sätze einfach geschrieben sind. Also Sie geben sich zufrieden mit einem Leseverständnis, für welches das Lesen von Feriengrüßen auf einer Postkarte schon eine Herausforderung sind. Und ich behaupte einfach, und da richte ich mich auch an Hanna Bay, die Abstimmungsunterlagen sind doch wesentlich komplexer als Feriengrösse auf einer Postkarte.

Die mündliche Kompetenz A2, das ist definiert als grundlegende Kenntnisse, kann Sätze und häufig gebrauchte Ausdrücke verstehen, die in Bereichen von ganz unmittelbarer Bedeutung sind oder kann sich in einfachen routinemässigen Situationen verständigen, in denen es um einen einfachen und direkten Austausch über vertraute und geläufige Dinge geht. Also für mündlich A2, jemand kann verstehen und darüber reden, wer er ist oder wer seine Familie ist, Fragen diskutieren, mit denen er einen ganz direkten Bezug hat. Und das wissen Sie auch, ich glaube, das streitet niemand ab, dass diese Abstimmungsunterlagen nicht immer einen direkten Bezug zu uns als Person haben, sondern zumindest anfänglich einen abstrakten Charakter haben, und unser schweizerisches Demokratiesystem hängt ganz entschieden und davon ab, dass wir verstehen, was da gefragt wird. Es ist meines Erachtens, das ist jetzt meine persönliche Meinung, das beste System der Welt. Ich will da nicht tiefer darauf eingehen, es ist aber ganz sicher das anspruchsvollste.

Wir gehen mehrere Male im Jahr, drei, vier Mal im Jahr an die Urne und es ist wichtig, dass die Bevölkerung weiss, über was sie abstimmen, und wir als Politiker, Sie hier drinnen, wir alle sind verantwortlich dafür, dass auch zukünftige Generationen dieses gute System noch geniessen können. Und deshalb alleine schon, diese absolut minimalsten Sprachanforderungen, die Sie darstellen, verbieten es, dass wir auf dieses Geschäft überhaupt eintreten.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Mahir Kabakci möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

*Mahir Kabakci (SP):* Beat Schaller, ist Ihnen bewusst, dass das die Mindestanforderung ist und die meisten Menschen, die hier auf die Welt gekommen sind, hier leben, ihren Mittelpunkt hier haben, und das ist die Mindestanforderung und die meisten können mehr als nur eine Ferienpostkarte lesen?

*Beat K. Schaller (SVP):* Das ist mir sehr wohl bewusst, deshalb habe ich diese Sätze in sehr einfachen Worten und Formulierungen gebracht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu Amina Trevisan.

*Amina Trevisan (SP):* Demokratie ist kein knappes Gut. Je mehr Menschen an einer Gemeinschaft Teil haben und mitgestalten können, desto stärker wird sie. Im Jahr 1966 stimmte der Kanton Basel-Stadt dem Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene als erster Deutschschweizer Kanton zu und erst im Jahr 1971 haben wir schweizweit das Frauenstimmrecht eingeführt. Ein grosses Demokratiedefizit wurde damit behoben. Der Blick auf diese historische Errungenschaft ist wichtig, um sich die Frage zu stellen, wer ist heute noch von der Schweizer Demokratie ausgeschlossen.

Im Kanton Basel-Stadt, das haben wir mehrmals gehört, dürfen 38 Prozent der Bevölkerung nicht politisch teilnehmen und mitbestimmen. Drei Viertel von ihnen sind in der Schweiz geboren und leben seit mehr als zehn Jahren im Kanton und sprechen hervorragend Deutsch. Rund 80'000 Menschen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit sind somit von den demokratischen Prozessen ausgeschlossen. Diese Menschen leben seit vielen Jahren in Basel, arbeiten, viele in systemrelevanten Berufen, sie tragen zum materiellen und immateriellen Wohlstand des Kantons bei und ja, zahlen Steuern, tragen aktiv zum gesellschaftlichen Leben bei und sie haben die gleichen Pflichten wie alle anderen in diesem Land. Politische Rechte aber haben Sie keine.

Heute spreche ich nicht als Soziologin oder als Migrationsforscherin zu Ihnen, sondern als Betroffene. Auch mir blieben politische Rechte als Frau italienischer Herkunft verwehrt, obwohl ich in Basel geboren wurde, hier zur Schule ging, an der Uni studierte und Teilzeit arbeitete, um ein Studium zu finanzieren. Im Alter von 23 Jahren wurde ich eingebürgert. Jahrelang habe ich dafür gespart. Heute darf ich mitbestimmen und bin gewählte Grossrätin, im Gegensatz zu vielen anderen Migrierten, die auch in der Schweiz geboren wurden. Ich hatte Glück, denn ich musste weder meinen Wohnort wechseln und somit den Warteprozess für die Einbürgerung erneut anfangen noch musste ich meine erste Staatsbürgerschaft abgeben. Somit sind mir viele Hürden auf dem Weg zur Einbürgerung erspart geblieben.

Für viele andere Menschen sieht die Realität anders aus. Eine aktuelle Studie der eidgenössischen Migrationskommission zeigt, dass seit der Einführung des neuen Bürgerrechtsgesetzes im Jahr 2018 die ordentliche Einbürgerung selektiver geworden ist. Der Anteil von Hochqualifizierten ist markant angestiegen und die Zahl wenig qualifizierter und schlecht situierter Personen ist deutlich zurückgegangen. Hierzu habe ich übrigens auch schon einen politischen Vorstoss eingereicht.

Meine Mutter kam 1964 aus einem süditalienischen Dorf in die Schweiz alleine, wo sie meinen norditalienischen Vater kennenlernte. Sie lebt hier seit 60 Jahren ohne Schweizer Pass. Auch sie ist von den hohen Einbürgerungshürden betroffen. Zunächst stellten die hohen Kosten für die Einbürgerung sowie die erheblichen bürokratischen Hürden ein Hindernis dar, später ihre Sprachkenntnisse. Diese Hürden zu bewältigen, ist für wenig qualifizierte Migrierten aus der Arbeiter\*innenschicht, also für Menschen, die ihr Leben lang als Reinigungskraft oder auf dem Bau gearbeitet haben, eine grosse Herausforderung. Für sie ist es schwieriger, sich die erforderlichen schriftlichen und mündlichen Sprachkenntnisse anzueignen, weshalb auch meine Mutter bis heute von der politischen Teilhabe ausgeschlossen ist.

Erlauben Sie mir diese Bemerkung. Die Bedeutung der Sprache, um an der Gesellschaft teilzunehmen, soll nicht in Abrede gestellt werden. Doch die Mehrheitssprache darf auch nicht als Machtinstrument benutzt werden. Politische Partizipation für möglichst alle Erwachsenen in einem Staat ist ein Indiz, wenn es darum geht, die Qualität einer Demokratie zu bemessen. Der fehlende Zugang zu politischen Rechten für Migrierte in Kombination mit einer restriktiven Einbürgerungspolitik beeinträchtigt auf lange Sicht die Qualität der demokratischen Ordnung in der Schweiz. Die Verleihung politischer Rechte an Basler Einwohner\*innen mit einer Niederlassungsbewilligung C macht sie als Zuschauenden zu aktiv Beteiligten an der Demokratie.

Schreiben wir heute Geschichte, malen wir die Vision einer gemeinsamen Zukunft in einer modernen und starken Demokratie. Sagen Sie Ja zum Einwohner\*innenstimmrecht auf kantonaler Ebene in Basel. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der JSSK-Mehrheit zuzustimmen.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Thomas Widmer-Huber.

*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Von Seiten EVP unterstützen wir die Einführung des Ausländerstimmrechts nicht. Das Schweizer Bürgerrecht soll Voraussetzung bleiben, das haben wir auch im aktuellen Grundlagenpapier der EVP Basel-Stadt festgehalten. Aber die Hürde für Einbürgerungen darf nicht zu hoch sein. Wir sind offen für Diskussionen im Blick auf die Vereinfachung und Erleichterung der Einbürgerung.

Für die aktuelle Diskussion ist auch die Wehrpflicht ein Thema. Männer mit Migrationshintergrund, die sich einbürgern lassen, müssen je nach Alter Militärdienst leisten. Wenn ausländische Einwohner das Stimmrecht ohne Einbürgerung und damit ohne Verpflichtung zum Militärdienst erhalten würden, wäre das eine Bevorzugung. Das ist so eines der Themen, das bei uns kam, auch neben dem Sprachthema, aber das möchte ich jetzt nicht mehr ausführen.

Wir sind, wie gesagt, offen für Diskussionen im Blick auf die Erleichterung der Einbürgerung, wie zum Beispiel jene, die heute Morgen David Jenny in der Beantwortung der Zwischenfrage genannt hat. Wer sich noch nicht einbürgern lassen kann oder will, kann andere Mitwirkungsformen nutzen. Wir denken dabei insbesondere an die Session für Migrantinnen und Migranten beider Basel sowie an die Mitwirkung bei Prozessen zu Quartierentwicklungen oder auch an Vernehmlassungsverfahren.

Von Seiten der EVP bitte ich Sie, auf das Geschäft nicht einzutreten und falls Eintreten beschlossen wird, empfehlen wir die vorgeschlagenen Änderungen der Verfassung des Kantons Basel-Stadt abzulehnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Meine letzte Rede vor der parlamentarischen Sommerpause. Ich muss auch mein Bündeli packen, darum habe ich mich in der Mittagspause als Musterschüler gut vorbereitet. Ich habe vorher meine Anträge vergessen. Ich beantrage Rückweisung an die Kommission und ich beantrage Nichteintreten. Ich finde es sehr schade, dass wir wieder einmal keine Diskussion führen.

Ich nehme Bezug auf meine Vorredner. Pauschal möchte ich an meine Vorredner zusammengefasst sagen, bevor ich nachher ins Detail gehe, die meisten fordern etwas, das Ausländerwahlrecht, aber es wird nicht erklärt, was der Vorteil für uns eingesehene Schweizer wäre. Auch wenn ich ein Papierschweizer bin, habe ich das Recht, das hier vorne zu sagen. Blickt man zurück, was meine Vorredner gemacht haben, keiner gibt etwas freiwillig ab von der Macht, das ist ganz normal. Ich komme jetzt zu diesen Vorrednern. Die haben gesagt, sie wollen das Ausländerwahlrecht, aber es hat an der Wahlurne keine Chance. Es ist eine Zwängerei, wenn das schon zwei Mal an der Wahlurne abgelehnt wurde und von der Bevölkerung versenkt wurde. Es kommt bei der Bevölkerung gar nicht gut an.

Zur Vorrednerin Edibe Gölgeli. Sie haben einen historischen Diskurs gemacht, Sie haben gesagt, die Juden waren früher ausgeschlossen, usw. Sie haben gesagt, früher hat man nur im Grosse Rat sein dürfen, wenn man in einer Zunft gewesen ist, wenn man Vermögen gehabt hat, das stimmt. Aber Edibe Gölgeli, ich muss Ihnen einfach sagen, das sind gewisse Hürden, die man einfach eingebaut hat, dass nicht jeder Mensch in der Politik tätig sein kann und diese Hürden, die haben wir einfach auch in den Genen von unserer einheimischen Bevölkerung und das ist noch vorhanden.

Nicola Goepfert hat gesagt, wir haben ein Demokratiedefizit.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eric Weber, das halte ich für sehr problematisch, das auf die Gene zu beziehen. Bitte unterlassen Sie das.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich habe das nicht überlegt, danke für den Hinweis. Ich wollte einfach sagen, wir wollen unsere Rechte verteidigen und das steht in der Zeitung, wir haben das Recht, dass wir unsere Rechte hier verteidigen.

Nicola Goepfert hat gesagt, wir haben ein Demokratiedefizit. Nicola Goepfert, ich muss Ihnen ganz freundlich widersprechen, die Abstimmung Ende November wird etwas anderes sagen. Wir haben die Abstimmung Ende November mit dem zweiten Wahlgang Regierungsrat. Nicola Goepfert, Sie haben gesagt, 38 Prozent der Bevölkerung sind ausgeschlossen. Ich möchte Ihnen etwas sagen, ich bin Presse-Mitarbeiter gewesen in Abu Dhabi und dort sind 98 Prozent der Bevölkerung ausgeschlossen und in Abu Dhabi habe ich nur glückliche Menschen getroffen. Die Leute sind glücklich, sie brauchen kein Wahlrecht.



Hanna Bay von den Sozialdemokraten. Sie hat gesagt, sie sollten ein Teil der Gesellschaft sein, es sei zynisch. Hanna Bay, ich spreche jetzt nicht über die Kriminalstatistik, aber es ist so, ich überspringe jetzt das, weil es ein bisschen heikel ist. Es ist einfach ein Thema, das die Leute bewegt.

Bevor ich Ihnen schöne Sommerferien wünsche, in der Abstimmung haben Sie keine Chance und ich muss dann wieder erklären.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ebenfalls schöne Sommerferien, vielen Dank. Nächster Sprecher ist Stefan Suter.

*Stefan Suter (SVP):* Wir haben heute mehrfach von einem angeblichen Demokratiedefizit gehört, sogar von einem erheblichen Demokratiedefizit. Das scheint mir in Anbetracht der direkten Demokratie in der Schweiz eher ein unpassender Vorwurf zu sein. Dies gilt umso mehr, als eingebürgerte Ausländerinnen und Ausländer ja sofort an dieser direkten Demokratie partizipieren können. Ein Vergleich mit Schweden und Belgien ist deswegen eher fehl am Platz, da darf man alle vier Jahre an Parlamentswahlen teilnehmen.

Nun gut, es ist auch von Ungerechtigkeiten gesprochen worden von Nachbarn, von Freunden und Bekannten, die nicht wählen und stimmen dürften. Nun, die Ungerechtigkeit wird nun mit dieser Vorlage geschaffen. Sie schaffen ein Zweiklassensystem. Es wird nun, falls diese Vorlage durchkäme, Personen geben, die das Schweizer Bürgerrecht haben, das aktive und passive Wahlrecht, und die anderen, die nur aktiv wählen dürfen. Eine eklatante Ungerechtigkeit wollen Sie da herstellen. Natürlich steht der Vorwurf im Raum, dass man das scheinbar dann später bringen will, aber jetzt haben wir diese, das ist eine eklatante Ungerechtigkeit, dass man hier wie im Feudalzeitalter zwei Klassen schafft.

Nun vielleicht noch ein weiterer Aspekt. Jetzt soll die Stimm- und Wahlberechtigung an die Niederlassungsbewilligung gekoppelt werden. Auch das erstaunt und passt eigentlich zum Thema Demokratiedefizit. Die Niederlassungsbewilligung ist ein Verwaltungsakt. Im Gegensatz dazu sind die Bürgergemeinden demokratisch gewählt. Über einen Verwaltungsakt entscheidet ein Beamter oder auch eine Beamtin, und zwar nach Gesetz und Verwaltungsermessen. Dies führt wiederum so einer Ungerechtigkeit, zu einer Ungleichheit, die Sie mit dieser Vorlage einführen. Die Niederlassungsbewilligung wird nicht nach Ablauf der gleichen Zeit an alle Leute verteilt. Es gibt fünf Jahre, es gibt zehn Jahre, es kann auch länger sein, wenn jemand eine Voraussetzung nicht erfüllt. Diesen Unterschied nehmen Sie einfach hin?

Was ist übrigens, wenn das Migrationsamt, das ja dann zuständig wird für das Stimm- und Wahlrecht, die C-Bewilligung wiederruft? Oder sie kann seit einiger Zeit auch eine Rückstufung machen, jemand hat die Niederlassungsbewilligung, hat irgend Schulden oder was weiss ich und dann kann man als mildere Massnahmen, anstatt die Leute auszuweisen, eine Rückstufung vornehmen. Ja und durch diese Rückstufung, die die Verwaltung vornimmt, verliert dann wieder jemand sein Stimmrecht. Eine für mich haltlose Situation. Was wollen Sie eigentlich mit den vorläufig Aufgenommen machen, die schon ganz lange unsere Nachbarn sind, unsere Freunde im Sport, in der Musik, die bekommen es dann auch nicht?

Sie sehen, mit dieser Vorlage wird ein Demokratiedefizit eingeführt. Eine Zweiteilung der Wählerschaft, des Elektorats und eine Delegation an das Migrationsamt, nichts gegen das Migrationsamt, aber weg von einer demokratisch gewählten Behörde zur Verwaltung, zum Migrationsamt. Deswegen kann diesem Vorschlag nicht gefolgt werden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Stefan Suter, nehmen Sie die Zwischenfragen von Edibe Gölgeci und Lisa Mathys an? Sie werden angenommen. Zuerst Edibe Gölgeci.

*Edibe Gölgeci (SP):* Stefan Suter, diese haltlose Situation, die gibt es ja im Kanton Neuenburg und Jura gemäss Ihrer Auflistung. Was denken Sie, was machen die dann falsch? Die kennen das schon seit über Jahren.

*Stefan Suter (SVP):* Ich glaube, ich habe mich deutlich geäussert. Ich finde es falsch, wenn der Entscheid von einer demokratischen Behörde weggenommen wird zu einem reinen Verwaltungsakt.

*Lisa Mathys (SP):* Sie haben ja die Unterscheidung gemacht zwischen dem Verwaltungsakt und dem Entscheid des demokratischen Gremiums Legitimierten. Ist denn die Geburt als Schweizer\*in ein Verwaltungsakt oder ein demokratisches Gremium, das passiert?



*Stefan Suter (SVP):* Das ist es eben beides nicht. Es geht hier ja um die Einbürgerungen, nicht um die Geburt. Wer soll entscheiden, wer eingebürgert wird bzw. wer das Wahl- und Stimmrecht hat und meine Kritik ist, dass Sie das delegieren weg von den demokratischen Behörden zu einer Verwaltungsinstanz.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Zaira Esposito.

*Zaira Esposito (SP):* Wir lieben und loben unsere Demokratie und das ist schön und richtig so, denn Demokratie ist in keiner Weise eine Selbstverständlichkeit. Die internationalen Ereignisse zeigen uns, dass sie tagtäglich gepflegt und gelebt werden muss. Und weil wir unsere Demokratie so schätzen, gilt es heute, ein klares Zeichen zu ihrer Stärkung zu setzen. Unser Kanton hat sich in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend verändert. So sind Vielfalt und Migration aus unserem Stadtbild nicht mehr wegzudenken. Sie sind eine Tatsache. Die Region profitiert wirtschaftlich stark von international tätigen Firmen und von Arbeitskräften, die zugezogen sind und zumeist aktiv hierhergeholt wurden. Die immer diversere gesellschaftliche Zusammensetzung führt dazu, dass das Gleichgewicht zwischen der Wohnbevölkerung und denjenigen, die über politische Rechte verfügen, kontinuierlich abnimmt und ja, das ist ein Demokratiedefizit.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, unser Land wird als Hort der Demokratie bezeichnet, in dem das Volk souverän ist. Doch das klingt einfacher, als es tatsächlich ist. Denn wer gehört heutzutage zum Volk und ab wann wird man Teil davon? Ist es genau dann, wenn man eine Staatsbürgerschaft erhält oder ist man nicht schon Teil davon, wenn man sich für ein freiheitliches und prosperierendes Gemeinwesen einsetzt, wenn man hier den Lebensmittelpunkt hat und Steuern bezahlt?

Blicken wir einmal auf das letzte Jahr zurück. 2023 sind in unserem Kanton lediglich 60 Prozent der Personen über 18 Jahren stimmberechtigt gewesen. Der restliche Anteil der erwachsenen Bevölkerung war von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. 38 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner wegen dem fehlenden Schweizer Pass. Bei einer Stimmbeteiligung von fast 44 Prozent haben somit rund 46'000 Menschen über Angelegenheiten entschieden, die einen Raum mit einer Wohnbevölkerung von fast 206'000 Menschen betreffen. 46'000 zu 206'000. Das ist für eine stolze Demokratie wahrlich wenig.

Erlauben Sie mir deshalb ein Gedankenspiel. Wir können die Anzahl der Stimmberechtigten und die tatsächlich Abstimmenden des letzten Jahres auf diesen Raum übertragen. Hier im Grossen Rat sitzen insgesamt 100 erwachsene Personen. Sie verkörpern 100 Perspektiven und Lebenserfahrungen. Diese tragen alle dazu bei, inhaltliche Auseinandersetzungen zu führen und tragfähige Lösungen zu erarbeiten. So arbeiten wir hier zusammen. Von diesen 100 Personen sind aber nur 60 stimmberechtigt. Fast alle, die da rechts von der Mitte sitzen, dürfen also nicht mitbestimmen, sei es wegen ihrem Pass, weil sie einen Beistand haben oder weil sie hier in Basel als Wochenaufenthalter\*innen angemeldet sind. So ist es, es tut mir leid, Sie dürfen hierbleiben und ihren Beitrag leisten, Entscheidungen werden aber nur von der anderen Seite getroffen. Von den 60 Personen auf der linken Seite haben 34 keine Zeit oder keine Lust, abzustimmen. Deshalb bleiben gerade noch 26 Personen in diesem Raum, die über das Schicksal der anderen 74 Personen entscheiden. 26 Personen. Das wäre so in etwa, wie wenn der Wahlkreis Basel Ost über alle anderen Wahlkreise entscheiden würde.

Deshalb frage ich Sie, ist das die Demokratie, auf die wir so stolz sein wollen? Ich denke nicht und das wissen Sie auch. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag der JSSK zuzustimmen. Unsere Gesellschaft kann nur davon profitieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Adrian Iselin.

*Adrian Iselin (LDP):* Die staatsrechtliche Grundfrage, die sich hier stellt, ist, ob man das Stimm- und Wahlrecht an die Niederlassung knüpfen möchte oder weiterhin an die Staatsangehörigkeit, sprich an den Schweizer Pass. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass man eine C-Bewilligung nicht einfach erhält. Edibe Gölgeli und Hanna Bay haben ausgeführt, dass die Inhaber dieser Bewilligung meist mehr als zehn Jahre in Basel leben. Für die Inhaber der C-Bewilligung sollte es deshalb ein leichtes sein, sich um den Schweizer Pass zu bemühen und sich einbürgern zu lassen.

Die Gemeinden Riehen und Bettingen haben bereits ähnliche Vorlagen zum Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer mit deutlichen Ablehnungsraten von etwa 70 Prozent abgelehnt. Analog zu diesen Abstimmungen gehe ich persönlich davon aus, dass die Mehrheit des baselstädtischen Stimmvolkes diese Teilrevision der Verfassung ebenfalls ablehnen wird. Persönlich lehne ich die Anknüpfung an die Niederlassung für das Stimm- und Wahlrecht ebenfalls ab. Wer abstimmen und wählen will, soll sich einbürgern lassen. Auch aus staatsrechtlicher Sicht erschliesst es sich mir nicht, weshalb von der bisherigen Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit abgewichen werden sollte.

Ich appelliere an Sie, nicht an der Basis der Bevölkerung vorbei zu politisieren und der Kommissionsminderheit sowie David Jenny zu folgen. Letzteren halte ich, im Gegensatz zu anderen Ratskollegen, für einen sehr fähigen Juristen.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

*Alex Ebi (LDP):* Das Thema beschäftigt uns natürlich, das ist emotional, das ist auch ganz klar. Es ist mir heute in dieser ganzen Debatte enorm verkopft vorgekommen, alle haben da irgendwelche Paragraphen zitiert und was es sonst noch gibt und mit Zahlen um sich geworfen. Ich möchte das weglassen, ich möchte eigentlich nur folgendes Thema aufzählen:

Wenn ich in einer Gemeinde aufwache und zu meinen Eltern sage, ich möchte Fussball spielen, dann sagen die, ja, gehe zum Fussballclub Breitenbach. Dann möchte ich in der Meisterschaft mitmachen und die sagen, selbstverständlich kannst du in der Meisterschaft mitmachen, du musst einfach Mitglied werden im Fussballclub Breitenbach. Wenn ich in die SP eintreten möchte, dann möchte ich abstimmen, wer jetzt da auf die Liste kommt, und die werden mir sagen, abstimmen kannst du nicht, du musst SP-Mitglied werden. Mindestens gehe ich mal davon aus, dass das so ist, vielleicht werde ich da nachher dann korrigiert, mindestens in den anderen oder in vielen Parteien ist das so. Das heisst, überall muss man Mitglied werden, überall muss man dabei sein wollen, überall muss man ein Commitment haben und zeigen, dass man sagt, jawohl, da will ich mitmachen. Man zahlt den Mitgliederbeitrag und darf dann auch mitspielen beim Fussball oder Handball oder mitwählen, abstimmen, wer in der Partei aufgeführt wird.

Was es auch noch zu sagen gibt zu diesen Thema, das immer wieder gekommen ist, bei den Frauen war es auch so, die Frauen durften auch nicht, die konnten ja auch nicht Mitglied werden, das geht halt einfach nicht. Das hat man dort natürlich gewusst und hat gesagt, jawohl, wir müssen das anders lösen, die müssen wir einfach dazu nehmen. Aber ein Ausländer, eine Ausländerin, jemanden, der hierherkommt, die können Mitglied werden in der Schweiz. Die können mitmachen, den Pass beantragen und dann läuft das. Jetzt kann man noch sagen, ja, die Hürden sind vielleicht zu hoch, vielleicht ist es auch zu teuer, durchaus geht es möglicherweise auch zu lange und mag sein, dass es vielleicht auch unangenehm ist, die vielleicht auch dummen Fragen zu beantworten. Ich weiss es nicht, ich habe mich noch nie einbürgern lassen müssen in der Schweiz, obwohl ich auch 50 Prozent Ausländer bin, Österreicher und 25 Prozent Deutscher und den Rest wissen wir nicht genau. Gut, meine Eltern werden das wissen.

Also ich wiederhole mich, wer mitmachen will, der soll Schweizer werden und dann läuft das, und wer das nicht auf sich nehmen will, der lässt es halt sein und der wählt halt nicht. Danke fürs Zuhören. Ich hoffe, Sie wissen, wo das richtige Knöpfchen ist.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Möchten Sie die Zwischenfrage von Amina Trevisan annehmen? Sie wird angenommen.

*Amina Trevisan (SP):* Erkennen Sie das Problem, dass solange wir die Vorstellung haben oder Sie die Vorstellung haben, dass der Staat wie ein Club agiert, dass das eben ein Teil des ganzen Problems ist? Erkennen Sie das?

*Alex Ebi (LDP):* Vielen Dank für diese Frage. Ja.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur nächsten Einzelsprecherin, das ist Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Ich habe den Voten genau zugehört und auffallend fand ich eigentlich, dass von linker Seite, dass sie sich nicht so einig sind bei den Argumenten. Da werden sehr viele verschiedene Sachen aufgezählt. Einige sagen, dass das Bezahlen von Steuern ein Argument sein soll, das Stimm- und Wahlrecht zu erhalten, einige reden davon, dass das Stimm- und Wahlrecht zur Integration dient, andere sagen, dass es für die Integrierten ist. Ich denke, dass das Stimm- und Wahlrecht sicher nicht ein Integrationsinstrument sein darf.

Was mir aber aufgefallen ist, ist, dass für mich der wichtigste Begriff bei diesem Thema heute nicht genannt wurde und das ist der Begriff nicht der Integration, sondern der Identifikation. Und dies ist eigentlich das entscheidendste. Denn wer sich mit unserem Kanton identifiziert und sich mit der Schweizer Demokratie identifiziert, bürgert sich auch ein und nur wer sich mit uns identifiziert, darf meines Erachtens das Stimm- und Wahlrecht erhalten dürfen. Daher folge ich der Minderheit.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Erich Bucher beantragt Schliessung der Redner\*innenliste. Wir stimmen darüber ab.



## Abstimmung

Ordnungsantrag Schliessung der Redeliste

JA heisst Schliessung der Redeliste, NEIN heisst keine Schliessung

## Ergebnis der Abstimmung

**57 Ja, 26 Nein, 9 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003789, 27.06.24 15:47:12]

## Der Grosse Rat beschliesst

Schliessung der Redeliste.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Schliessung der Redeliste entschieden mit 57 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen. Das heisst, es gibt keine neuen Einzelvoten mehr. Natürlich hat Mahir Kabakci noch sein zweites Votum zugute.

*Mahir Kabakci (SP):* Lange haben wir jetzt debattiert und diskutiert. Die einen finden, man soll sich einbürgern, die anderen finden, nein, wir sollen das Einwohner\*innenstimmrecht einführen und wir haben jetzt unterschiedliche Varianten und Diskussionen gehört. Jetzt sind wir an diesem Punkt, wo wir eigentlich bei dieser Frage immer ankommen. Dann gibt es diese Ratshälfte, die finden, man kann sich ja einbürgern, einbürgern, einbürgern, es ist kein Demokratiedefizit, aber der Punkt ist, es gibt eine Realität und diese Realität heisst, dass ca. 40 Prozent immer noch nicht stimm- und wahlberechtigt sind.

Jetzt können wir als Parlament, gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter, diese Realität ignorieren und sagen, ja, man kann sich einbürgern und dann sind das wieder genau die gleichen bürgerlichen Parteien, die jegliche Vereinfachung in der Einbürgerungsthematik blockieren. Schon alleine, ja, Sie schütteln jetzt den Kopf, aber das ist die Realität, zum Beispiel bei meinem Vorstoss, wo wir die Einbürgerungsgebühren bis 25 streichen wollten, waren es wieder die bürgerlichen Parteien, die gesagt haben, nein, wer sich ein BMW leisten kann, der kann sich auch den Pass leisten. Das war die Argumentation.

Und da muss ich halt einfach sagen, diese Realität blenden Sie aus, diese ca. 40 Prozent gibt es immer noch und auch wenn Sie jetzt da dagegen sind, diese Menschen verschwinden nicht. Sollte es nicht unsere Aufgabe sein als Parlament, Lösungen zu finden für Probleme? Wenn wir nur zuschauen, werden wir irgendwann den Zustand haben, dass etwa 30 Prozent über die restlichen 70 entscheiden. Ist es diese Demokratie, die Sie möchten? Das glaube ich kaum.

Und da bitte ich Sie, kommen Sie bitte, überlegen Sie nochmals, treten Sie ein für eine zukunftsgerichtete Politik, weil dieses Modell, was wir heute haben, das ist nicht zukunftsfähig. Wir werden immer einen kleineren Teil haben, der abstimmt und wählt, und immer einen grösseren Teil haben, der ausgeschlossen sein wird. Sagen Sie Nein zu dieser Entwicklung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt doch noch die zweite Runde, auch bei Regierungsrat, Minderheit und Kommission. Zuerst hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer. Er verzichtet. Dann geht das Wort an den Sprecher der Minderheit, David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Ich habe natürlich die Gelegenheit genutzt, über Mittag in mich zu gehen nach diesem geballten Ansturm linker Intellektualität und Emotionalität. Und es wird Sie überraschen, ich wurde nicht von Saulus zu Paulus. Ihre Argumentation gründet in einer Delegitimierung unseres Einbürgerungsverfahrens im Sinne einer self-fulfilling prophecy. Wir haben es zuletzt wieder gehört von Mahir Kabakci; ausgeschlossen. Nein, es besteht ein klarer Weg und dieser Weg ist das Einbürgerungsverfahren und ich glaube, die Einbürgerung ist zumindest auf kantonaler und Bundesebene das einzig wirklich praktikable und legitime Kriterium.

Sie haben von Kompromissen geredet. Ich glaube, wir haben durchaus auch Vorstösse hier in unserem Geltungsbereich mitgetragen und ich glaube, in diesem Bereich, und da ist wirklich Basel vorbildlich, können wir Kompromisse erzielen. Das ist eben sehr schwierig bei der Vorlage, die Sie jetzt durchbringen wollen. Und wenn Sie natürlich von Anfang an dieses Verfahren delegitimieren, ist es auch schwierig, da sinnvoll über Kompromisse zu sprechen. Auch Lukas Faesch hat es gesagt, wir sind wirklich vorbildlich. Ich glaube auch, im Einbürgerungsverfahren hat es immer mehr rechtliche Komponente, das Bundesgericht greift ein. Wir haben auch bei uns im Kanton nicht die Situation, wo dann, weil irgendjemand in der



Gemeindeversammlung erzählt, da sei dreckige Wäsche zu lange draussen gehangen, wird nicht eingebürgert, das haben wir hier alles nicht. Und ich glaube, der Weg ist wirklich über das Einbürgerungsverfahren.

Sie haben auch ein bisschen den Mut verloren in dieser Kompromisslösung. Ich glaube, Regierungspräsident Conradin Cramer hat das gut aufgezeigt, da ist natürlich Ihnen ein bisschen der rote Faden verloren gegangen in der Hoffnung, dass dann die Bevölkerung nicht durchschaut, das beispielsweise nachher relativ einfach, und ich habe wirklich gerechnet, eine Verfassungsänderung im zweiten Schritt möglich wäre. Ich glaube auch, wenn Sie ihre Argumentation durchziehen wollen, dann müssen Sie eben auch dafür sein, dass es eine allgemeine Wehrpflicht für alle Einwohner und Einwohnerinnen gibt bei uns, das wäre dann wirklich eine logische Konsequenz. Warum gibt es dann nicht auch ein Grenzgänger\*innenstimmrecht? Die zahlen hier auch Steuern, die benutzen auch unsere Infrastruktur, die arbeiten hier, vielleicht können wir ihnen dann zwei Drittel eines Stimmrechtes geben. Ich glaube, das zeigt einfach, es bleibt dabei, das Kriterium ist Einbürgerung kombiniert mit Wohnsitz/Bürgerrecht.

Ich sehe einen Case, das wäre auf der kommunalen Ebene, wo Ihre Argumentation bessere Chancen hätte. Das ist auch bei uns in der Kantonsverfassung angelegt. Die Landgemeinden dürfen das Ausländerstimmrecht einführen und ich glaube, wenn es Platz hat, dann wäre es auf kommunaler Ebene. Ich glaube, zurzeit wollen das unsere Landgemeinden nicht, das ist entsprechend zu akzeptieren.

Jetzt noch zu meinem Lieblingskontrahenten Oliver Thommen, der mich historischer Unbildung beschuldigt hat. Ich habe den Ausländeranteil oder die Minderheit 1910 angeführt, vor allem, weil ja gesagt wurde, das sei so historisch einmalig, wie hoch der Ausländeranteil jetzt sei. Das ist er, glaube ich, unbestrittenermassen nicht, der war 1910 hoch. Jetzt hat Oliver Thommen gesagt, nachher sei dann der Ausländeranteil, und ich habe gesagt, er ist gesunken, auch auf Einbürgerung zurückzuführen. Ich habe das nicht quantifiziert.

Ich habe es aber gefunden. 1900 hatten wir eine Schweizer Bevölkerung von knapp 70'000 und eine ausländische Bevölkerung von 42'700. Da haben Sie die Zahl von 1910 im Minderheitenbericht. 1920 hatten wir dann 102'000 Schweizer Bevölkerung, aber immer noch knapp 38'000 Ausländer. Also es ist gefallen im ersten Weltkrieg, aber nicht so dramatisch, wie es Oliver Thommen gesagt hat. Aber ich empfehle Oliver Thommen doch noch die Lektüre, und da habe ich eben die Zahl nicht ganz gefunden, es gibt ein Buch über die Einbürgerung in Basel von einem Herrn Pfister. Ich weiss nicht, ob es eine Ahne ist von dem hier vertretenden Herr Pfister, dort sind wirklich alle Einbürgerungen einzeln, und ich glaube, da wurde der Datenschutz nicht berücksichtigt, aufgelistet, was dann 19. Jahrhundert eingebürgert wurde und da finden Sie auch mindestens zwei meiner Vorfahren. Das war eine beachtliche Leistung. Leider hat, glaube ich, bei der Aufteilung der Bibliothek meines Vaters mein Bruder dieses Buch für sich genommen, darum konnte ich jetzt nicht darauf zurückgreifen.

Aber ich glaube, es geht hier wirklich um die Grundsatzfragen, wollen Sie diese Verkoppelung Bürgerrecht und Stimmrecht, aktives, passives Wahlrecht aufrechterhalten oder nicht oder wollen Sie in Ihrer Konzeption das Bürgerrecht degradieren zu einer Police gegen Auslieferung und Landesverweisung. Und das möchte ich nicht. Ich weiss, dass Sie mir in ihrer Mehrheit nicht folgen werden, aber ich hoffe auf die Stimmbevölkerung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Sprecherin der Mehrheit, Barbara Heer.

*Barbara Heer (SP):* Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre Voten, auch beim Regierungspräsidenten und beim Sprecher der Minderheit. Ich möchte jetzt auch noch auf ein paar der gefallen Kritiken an der JSSK-Mehrheit eingehen.

Nun mal zu dieser Nebendiskussion zur allgemeinen Wehrpflicht. Aus meinem Verständnis heisst Gleichstellung, Menschen besser zu stellen und sie nicht alle gleich schlecht zu stellen. Also die Antwort wäre dann eine Abschaffung der Militärflicht und nicht eine Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht.

Jetzt aber zum Inhalt, worum es hier eigentlich geht. Es sei eine Salamtaktik, es sei ein Meitli- und ein Bubentrick. Nun, Sie dürfen es auch gerne einfach Meitli-Trick nennen nach Sprecher der Minderheit, schliesslich ist der Grossteil der JSSK-Mehrheit Frauen. Aber nein, es ist kein Meitli-Trick hier, es ist schlicht normal und wichtig, dass wir immer wieder über Anpassungen an unserer Demokratie sprechen und das werden wir dann auch weiter tun bei der Motion Jo Vergeat und bei der Motion Oliver Thommen, das gehört zu einer gesunden Demokratie zu tun.

Dann ist es auch nicht so, dass Menschen mit Niederlassungsbewilligung die Schweizer Stimmberechtigten dann einfach überstimmen können, das stimmt numerisch schlicht nicht. Das ist unsachlich und ein solches Überszenario herbeizureden, macht hier wirklich keinen Sinn. Die Schweizer Bevölkerung wird bei weitem immer noch die Mehrheit an der Stimmbevölkerung ausmachen.

Ja, wir hatten diskutiert, ob wir Verfassungsabstimmungen vom begrenzten Stimm- und Wahlrecht ausnehmen und wenn ein Teil der Minderheit zu einem breiten Kompromiss bereit gewesen wäre, wäre es für einen Teil der Mehrheit auch möglich gewesen, der Schlag auf dem Verhandlungstisch, aber die Minderheit hatte ihn ja dann verlassen. Wir sind beim jetzigen



Kompromiss der Meinung, der Grossteil der Abstimmungen in Basel betreffen die Verfassungsebene und deshalb würde das auszunehmen, das Stimm- und Wahlrecht übermässig einschränken.

Nun zum Regierungspräsidenten. Ich fand es nicht ganz stringent, dass die Regierung keine Anträge stellt, aber dann vor dem Respekt der parlamentarischen Arbeit der JSSK, da bedanke ich mich für diesen Respekt, finde ich es dann doch etwas seltsam, dass dann doch mehrere inhaltliche Kritikpunkte geäussert wurden, also Sie dürfen dann gerne auch einfach wirklich hier Anträge stellen, wenn das Ihre Meinung ist, gerichtet jetzt an die Regierung.

Wir haben in der JSSK eigentlich den Usus einer sehr engen Zusammenarbeit mit dem Departement. Zu dieser Idee einer Opt-out-Option kann ich jetzt hier nicht Stellung nehmen, weil wir das auch nicht vorliegen hatten. Wir waren im engen Austausch mit dem Departement, ich kann mir vorstellen, dass das wegen dem Wechsel des Departementvorstehers vielleicht nicht ganz so eng war jetzt mit der politischen Ebene wie bei anderen Geschäften, aber ich wünsche mir sehr, dass wir da auch in Zukunft sehr eng zusammenarbeiten. Ich bin aber überzeugt, der jetzige Entwurf der Bestimmung wird so funktionieren, wie wir ihn erarbeitet haben.

Dann noch mit Blick Richtung Abstimmungsbüchlein. Ja, ich denke, es ist wichtig, auch für die Stimmbevölkerung, in der Kommunikation festzuhalten, dass das kantonale Stimmrecht für die Stadt Basel auch das kommunale Stimmrecht beinhaltet. Das liegt einfach an dieser Situation, wie der Kanton Basel-Stadt strukturiert ist. Also das dann jetzt unserer Vorlage als Kritik vorzuwerfen, ist etwas seltsam, weil das wirklich einfach in der Anlage gelagert ist, wie Basel-Stadt funktioniert. Das ist auch etwas schräg hier im Grossen Rat und wir leben auch immer damit.

In der JSSK diskutieren wir immer wieder über Menschen, die weniger Rechte haben oder auch Mühe haben, Rechte einzufordern und es ist mir als Präsidentin ein wichtiges Anliegen, dass wir dies in einer Art und Weise tun, die Menschen nicht abwertet. Bruno Lötscher und Lukas Faesch haben in dem Sinne zu Recht meine Aussage in den Medien kritisiert, der Einbürgerungstest sei erniedrigend, weil offensichtlich das eben die verantwortlichen Behörden oder die Menschen, die diese Einbürgerungstests durchführen, das als Abwertung empfunden haben und das tut mir leid. Ich bin da mit Bruno Lötscher einig, dass die Formulierung des Gesichtverlustes adäquater ist.

Aber doch möchte ich das Argument noch kurz etwas ausführen, weil das Zitat wirklich auch falsch verstanden worden ist. Ich meinte damit nicht eine Kritik an den Behörden, die diese Verfahren in diesem gesetzlichen Rahmen, der ja auch von der Bundesebene vorgegeben ist, durchführen. Die Basler Praxis gibt sich Mühe, diese Prüfung möglichst human und mit Rücksicht durchzuführen. Und für die, die das Verfahren dann erfolgreich durchlaufen, ja, das ist sehr ermächtigend, das gibt ein starkes Gefühl der Zugehörigkeit und für Stolz. Aber dennoch für die, die es nicht erfolgreich durchlaufen oder die es nicht schaffen, die ganzen Unterlagen herbeizuholen, für die ist es ein Gesichtverlust und für die Familienangehörige, Freunde, usw., die wissen alles von dem. Es ist eine Prüfung, bei der man scheitern kann oder wie auch eine Person sagt, die sich das überlegt hat, sich einzubürgern oder nicht: Andere darüber entscheiden zu lassen, wer ich bin oder was ich bin, das ist schwierig.

Wir dürfen hier wirklich die nationale Ebene nicht vergessen. Sie können sich erinnern an Fälle, wo Gemeindeversammlungen Menschen die Einbürgerungen verweigert haben mit diskriminierenden Argumentationsweisen. Ja, ebendiese Gemeindeversammlungen oder diese Kantone sind dabei, das zu ändern, weil es halt sehr schmerzhaft oder diskriminierend auch ist. Aber das hat wirklich Auswirkungen, wie die Einbürgerung von den Menschen wahrgenommen wird, auch wenn das jetzt wirklich nichts mit der Basler Praxis zu tun hat. Aber die Wahrnehmung der Einbürgerung hat nicht nur mit dem Basler Prozess zu tun, das haben dann auch die Forschungsergebnisse vom nccr – on the move gezeigt, welche uns im Hearing vorgestellt wurden. Also die Erniedrigung, die ich genannt habe, ja, das ist eine subjektive Wahrnehmung der Menschen, die wird dann aber auch zu einer kollektiven Wahrnehmung und da geht es dann eben um die sozialen Hürden. Und ja, da sind wir vielleicht unterschiedlich in der Argumentationsweise. Die Jurist\*innen argumentieren, es gibt einen klaren Weg zur Einbürgerung, aber wenn man es wirklich anschaut von den Lebenslagen der Menschen her, wer sich wirklich einbürgert oder nicht, dann sehen wir, es gibt einfach ganz viele soziale und andere materielle Hürden.

Woran knüpfen wir es an, ob wir wählen dürfen oder nicht oder ob wir uns wählen lassen dürfen oder nicht? Ja, das ist eine schwierige Frage und ja, was haben Sie für die Mitgliedschaft in der Schweiz ganz persönlich getan? Heute ist es angeknüpft ans Schweizer Bürgerrecht, was sehr viele Menschen nicht besitzen, und nachher mit dieser Vorlage ist es angeknüpft an die Niederlassungsbewilligung, welche wiederum sehr viele Menschen nicht besitzen. Politische Rechte unterteilen immer in Menschen, welche diese besitzen, und in Menschen, die sie nicht besitzen und das wird auch diese Vorlage nicht ändern können.

Ich bitte Sie jetzt Eintreten auf das Geschäft und Annahme dieses Entwurfs, wie die JSSK-Mehrheit das vorbereitet hat.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Abstimmungen. Zuerst zum Eintreten. Eintreten wird bestritten durch die Kommissionsminderheit.



### Abstimmung

Über das Eintreten

JA heisst Eintreten, NEIN heisst nicht Eintreten.

### Ergebnis der Abstimmung

**54 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003791, 27.06.24 16:05:13]

### Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Grosse Rat tritt auf das Geschäft ein mit 54 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber, und zwar Rückweisung an die Kommission.

### Abstimmung

Über die Rückweisung an die Kommission

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**13 Ja, 81 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003793, 27.06.24 16:05:58]

### Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben sich gegen die Rückweisung an die Kommission entschieden mit 13 Ja-Stimmen gegen 81 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 24 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Änderung der Verfassung

§ 40 Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu)

§ 41 Abs. 1 lit. b (geändert), Abs. 2 (neu)

§ 42 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

§ 70 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.



## Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

## Ergebnis der Abstimmung

**53 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003795, 27.06.24 16:07:13]

## Der Grosse Rat beschliesst

I.  
Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 [1]) (Stand 5. Juli 2018) wird wie folgt geändert:

§ 40 Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu)

1 Stimmberechtigt ist, wer das Schweizer Bürgerrecht besitzt, das 18. Altersjahr zurückgelegt hat, im Kanton Basel-Stadt politischen Wohnsitz hat und nicht wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft steht oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten wird.

1bis Einwohner und Einwohnerinnen ohne Schweizer Bürgerrecht sind in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt, wenn sie abgesehen vom Schweizer Bürgerrecht die Voraussetzungen gemäss Abs. 1 erfüllen, im Besitz der Niederlassungsbewilligung sind und seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt haben.

§ 41 Abs. 1, Abs. 2 (neu)

1 Stimmberechtigte haben das Recht:

b) (geändert) Wahlvorschläge einzureichen und sich an Wahlen zu beteiligen,

2 Wo das Gesetz die Stimmberechtigung als Wahlvoraussetzung nennt, ist in öffentliche Ämter nur wählbar, wer die Voraussetzungen gemäss § 40 Abs. 1 erfüllt.

§ 42 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

1 Stimmberechtigte mit Schweizer Bürgerrecht üben das Stimmrecht am politischen Wohnsitz aus. Sie erlangen das Stimmrecht in Angelegenheiten des Kantons und der jeweiligen Einwohnergemeinde mit der Niederlassung.

2 Stimmberechtigte ohne Schweizer Bürgerrecht üben das Stimmrecht in der Niederlassungsgemeinde aus.

3 Ausnahmen zur Ausübung des Stimmrechts bestimmt das Gesetz.

§ 70 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

1 Alle im Kanton Stimmberechtigten mit Schweizer Bürgerrecht sind in den Grossen Rat, in den Regierungsrat und in die Gerichte wählbar.

2 Das Gesetz kann die Wählbarkeit in richterliche Behörden an zusätzliche Voraussetzungen knüpfen und auf Personen ausdehnen, die im Kanton nicht gemäss § 40 Abs.1 stimmberechtigt sind.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem obligatorischen Referendum. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Im Fall der Annahme durch die Stimmberechtigten unterliegt die Änderung zudem der Gewährleistung durch den Bund.

## Der Grosse Rat beschliesst

Mit dem Beschluss über das Eintreten auf das Geschäft haben Sie die Motion Edibe Gölgeli und Konsorten gemäss § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 53 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Mit dem Beschluss über Eintreten auf das Geschäft haben Sie in die Motion Edibe Gölgeli und Konsorten gemäss § 43 Abs. 5. der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.

## **6. Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschiffahrt AG (BPG) für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit**

[27.06.24 16:07:34, 24.0147.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Mehrheit der Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Die Wirtschafts- und Abgabekommissionsminderheit beantragt eine eigene Beschlussvorlage. Wir starten mit dem Sprecher der Kommission, Pascal Pfister.

*Pascal Pfister (SP):* Wir beraten jetzt hier die Leistungsvereinbarung für die Basler Personenschiffahrt für die Jahre 2024 bis 2028. Der Regierungsrat beantragt Ihnen knapp eine Million, 996'000 Schweizer Franken jährlich als Beitrag an die Betriebskosten. Für die gesamte Periode sind das 5 Millionen Franken. Er beantragt Ihnen zudem 1,25 Millionen Franken an Aktienkapitalerhöhung und den Erlass des Darlehens von 1,8 Millionen, das während der Corona-Periode gesprochen wurde.

Die Mehrheit der WAK folgt diesem Antrag, die Minderheit stellt Ihnen einen eigenen Antrag. In der Beratung der WAK hat niemand grundsätzlich in Frage gestellt, dass der Kanton die Basler Personenschiffahrt finanziell unterstützt. Die Publikumsschiffahrt auf dem Rhein gehört zu Basel. Der Tourismus hat, wie wir alle wissen, eine grosse Bedeutung für die lokale Wirtschaft und ein Rhein ohne Publikumsschiffahrt wäre nicht gut. Aus meiner persönlichen Sicht wäre es ein veritables Armutszeugnis. Dazu muss man sagen, keine Schifffahrtsgesellschaft in der Schweiz funktioniert eigenwirtschaftlich.

Damit ein attraktives Angebot möglich ist, ist die BPG auf eine Flotte mit einer Mindestgrösse und funktionsfähige Infrastrukturen an Land angewiesen. Die BPG ist mit dem aktuellen Betriebsbeitrag strukturell unterfinanziert. Sie operiert in einem begrenzten Marktgebiet und ist gefordert, einen investitionsintensiven Schifffahrtsbetrieb zu gestalten. Der erzielbare operative Cashflow deckt die notwendigen Reinvestitionen nicht ab. Sie können nicht aus den Markterträgen erwirtschaftet werden.

Die letzte Subventionsperiode 2020 bis 2024 war, wie viele andere Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft, von der Coronapandemie überschattet. Die Schifffahrten mussten eingestellt werden und dadurch entstanden grosse finanzielle Schwierigkeiten, welchen im Jahr 2022 mit einem Ratschlag und einem Darlehen begegnet wurde. Eine neue längerfristige Leistungsvereinbarung sollte dem Grossen Rat erst dann vorgelegt werden, wenn die Auswirkungen der Pandemie abschliessend beurteilt werden können.

Die WAK bemängelte bei der Behandlung dieses Pandemieratschlages die fehlende Klärung strategischer Fragen und forderte diese für den Ratschlag für die neue Periode, über den wir heute sprechen, ein. Ich zitiere: «Auch wenn der Weiterbetrieb der BPG nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde, so war die Kommission dennoch unzufrieden, dass die grundsätzlichen strategischen Fragen zur künftigen Ausrichtung des Unternehmens seit dem letzten Antrag an den Grossen Rat vom Januar 2020 nicht weiterbearbeitet wurden, obwohl dies ursprünglich für das Jahr 2021 in Aussicht gestellt worden war. Da die strategischen Fragen pandemiebedingt noch nicht geklärt wurden, kann nicht ausgeschlossen werden, dass mit der Erteilung der Ausgabenbewilligung Infrastruktur erhalten und Investitionen getätigt werden, die sich in zwei Jahren als überflüssig erweisen könnten». Deshalb hat man dort dann auch von der WAK-Seite her eine Kürzung gegenüber dem ursprünglichen Ratschlag vorgenommen.

Leider kehrte die Welt nach der Pandemie aber nicht zum Status ante zurück. Nachdem die BPG 2022 ein gutes Geschäftsjahr hatte, gestaltete sich 2023 nicht zufriedenstellend. Es resultierte ein Defizit von über einer Million Franken statt der budgetierten 141'000. Grund dafür war auch die Teuerung und Hochwasser. Das Defizit ist eine Kombination von struktureller Unterfinanzierung, falscher Einschätzung der Marktentwicklung, zu tiefer Flexibilität im Personaleinsatz, ungünstigen externen Faktoren und einer nicht genügend angepassten Kostensteuerung. Damit kann niemand zufrieden sein, auch die WAK-Mehrheit ist damit nicht zufrieden.



Die Frage ist aber, wie geht man damit um und welche Konsequenzen zieht man daraus für die Zukunft. Hier gehen die Meinungen von Mehrheit und Minderheit auseinander. Mit dem Ratschlag hat die BPG der WAK auch eine neue Strategie vorgestellt. Der 2022 geforderte Strategieprozess wurde also durchgeführt. Ich zitiere aus dem Ratschlag: «Aus dem im Sommer 2022 gestarteten Analyse- und Strategieprozess resultiert ein adaptierter Businessplan für die Jahre 2024 bis 2033. Leitgedanke ist, dass die BPG im Kern so aufgestellt werden soll, dass eine möglichst stabile, nachhaltige und langfristige Entwicklung des Unternehmens erreicht bzw. gesichert werden kann».

Die Business-Planung ist auf die folgenden operativen Eckpunkte ausgerichtet: Stabile Ertragsentwicklung generieren mit aktiven Verkaufs- und Marketing-Instrumenten. Zweitens: Kostenwachstum durch Flottenoptimierung und Partnerschaften im Einkauf verringern bzw. stabilisieren. Drittens: Eigenwirtschaftlichkeit verbessern und mit dem höheren kantonalen Beitrag dem Unternehmen eine flexiblere Finanzierung ermöglichen.

Mit der Genehmigung des Investitionsbeitrags für die Beschaffung des MS Rhystärn hatte der Grosse Rat im Jahr 2016 eine erste Grundlage geschaffen. Die BPG hat seit Einführung des Rhystärn ganz bewusst und geplant ihren Marktauftritt angepasst, die Reputation bei der Kundschaft ist heute sehr gut. Die wichtigsten Anpassungen sind die Reduktion der Flotte von drei auf zwei Schiffe, die verstärkte Ausrichtung der Rundfahrten auf die Nachfragen und stärkere Synergien mit externen Partnern im Bereich der Finanzen, Nautik und Gastronomie.

Mit der Umsetzung der Strategie geht der Antrag des Regierungsrats zur Leistungsvereinbarung mit der BPG für die Jahre 2024 bis 2028 davon aus, dass in den kommenden fünf Jahren ein Staatsbetrag von 996'000 Franken pro Jahr notwendig ist. Dies, damit die BPG die nun an die Hand genommene Transformation bewerkstelligen kann, um in der Zeit ab 2029 mit einem stärkeren wirtschaftlichen Fundament operieren zu können. Allerdings auch mit diesem erhöhten Beitrag muss die BPG 87 Prozent ihrer Kosten am Markt erwirtschaften. Zudem wurde der Staatsbeitrag seit 2010 nicht substantiell erhöht und auch nicht der Teuerung angepasst.

Die Mehrheit der WAK anerkennt die Bemühungen der BPG um eine Strategieanpassung und unterstützt die Stossrichtung der Massnahmen. Sie möchte dieser Strategie eine Chance geben und wünscht der BPG dabei gutes Gelingen. Eine erfolgreiche BPG hilft dem Tourismusstandort und der Lebensqualität in unserem Kanton. Selbstverständlich soll der Grosse Rat den Erfolg der Strategie in drei, vier Jahren beurteilen und daraus seine Schlüsse ziehen.

Die Minderheit fordert in ihrem Bericht bereits heute Anpassungen. Kernpunkt dabei ist die folgende Forderung: Das seit langem beobachtete kommerzielle und betriebswirtschaftliche Defizit in der Geschäftsführung und Aufsicht sei rasch zu beheben. Die Mehrheit kann Vorbehalte gegenüber der Geschäftsführung nachvollziehen. Sie verweist aber darauf, dass der Regierungsrat im Ratschlag aufgeführt hat, den Verwaltungsrat nach dem Grossratsbeschluss neu aufzustellen und die Verwaltungsratssitze öffentlich auszuschreiben. Es wird neu kein direkter Kantonsvertreter mehr im Verwaltungsrat Einsitz haben. Nach den Governance-Richtlinien ist dieser neue Verwaltungsrat für die Strategieumsetzung und für die Führung des Managements zuständig.

Die Mehrheit hält dies für den richtigen Weg. Sie möchte nicht die gesamte Gesellschaft für Fehler der Geschäftsleitung abstrafen. Allfällige personelle Massnahmen sind vom Verwaltungsrat zu prüfen und umzusetzen. Wichtig ist es der Mehrheit zudem, dass die BPG nicht in ein Korsett gedrängt wird, welches zu einer signifikanten Erhöhung der Preise für das Publikum oder einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für das Personal führen würde. Wir sehen deshalb im Antrag der Minderheit keine wirkliche Alternative zum Mehrheitsantrag.

Im Rahmen der Beratungen der WAK konnte leider kein Kompromiss gefunden werden. Das ist schade und ich hoffe, dass wir Ihnen als WAK bei nächsten Vorlagen ein besseres Bild abgeben können.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Minderheit spricht Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Lassen Sie mich gleich vorneweg zwei Dinge klarstellen. Ich tue dies insbesondere, weil in den Medien in den vergangenen Wochen Dinge kolportiert wurden, die richtig zu stellen sind.

Punkt 1. Auch die WAK-Minderheit liebt die BPG, liebt die Schiffe auf dem Rhein in Basel und möchte keinesfalls riskieren, dass die Gesellschaft in Konkurs geht. Das heisst, auch die WAK-Minderheit ist nach wie vor und auch langfristig bereit, dass der Staat die Gesellschaft finanziell unterstützt. Punkt 2. Auch die WAK-Minderheit unterstützt den strategischen Entscheid, den Betrieb mit zwei Schiffen, wie er im Moment vorgeschlagen ist, langfristig aufrecht zu erhalten.

In diesen Punkten ist sich die WAK-Minderheit mit der Mehrheit einig. Nicht einig sind wir uns hingegen in der Frage, auf welchem Weg, oder in der Sprache der Nautik, auf welchem Kurs man dieses Ziel oder diese Ziele erreichen soll. Der Regierungsrat möchte gemäss seinem Antrag, welcher von der WAK-Mehrheit unterstützt wird, zuerst Geld in die Firma hineinstecken und dann sich um die Führung kümmern. Und dabei sprechen wir um die nicht unerkleckliche Summe von 8 Millionen Schweizer Franken. Die Minderheit möchte zuerst das Überleben der Gesellschaft sichern, dann die Thematik der Führung angehen und dann investieren. Dabei müssen wir uns selbstverständlich im Rahmen dessen bewegen, was der



Grosse Rat kann. Unsere Kompetenzen sind selbstverständlich nicht im Benennen oder Abberufen von Mitgliedern der Geschäftsleitung oder anderen personellen Entscheiden. Operationell hat der Grosse Rat keine Kompetenz.

Es wurde vom Sprecher der Mehrheit bereits angesprochen, die Gesellschaft hat Schwachstellen in der Führung. Was heisst Führung, Führung heisst Verwaltungsrat und Geschäftsleitung zusammen. Wir sprechen hier ausdrücklich nicht von der operationellen Führung, also dem, was wir salopp mit Betriebsleitung bezeichnen könnten. Die WAK ist sich durchs Band einig, dass das Produkt gut ist, dass die Qualität stimmt, sogar besser ist heute als vor der Pandemie. Das Betriebliche hat die Gesellschaft im Griff. Es gibt Verbesserungspotenzial im Bereich Verkauf und Marketing, aber auch hier hat man sich klar verbessert gegenüber der Situation vor der Pandemie. Aber man hat grosse Defizite im Bereich der Finanzen und des betriebswirtschaftlichen. Diese Kompetenz muss aber in einer Unternehmung, welche 6 bis 7 Millionen Jahresumsatz erwirtschaftet, vorhanden sein.

Unser Bericht zeigt die Vorwürfe im Detail, ich erspare Ihnen diese alle, möchte einfach zwei Beispiele als Pars pro Toto herausgreifen, dass Sie verstehen, falls Sie den Bericht nicht gelesen haben, wovon wir sprechen. Der Sprecher der Kommissionsmehrheit hat erwähnt, dass die Gesellschaft statt einem budgetierten Verlust von 174'000 Franken letztes Jahr 1,046 Millionen Verlust geschrieben hat. Das hatte nichts mit dem Ertrag zu tun. Das Ertragsbudget von 6,5 Millionen wurde erreicht. Man hat das Vorjahr übertroffen, man hat gut gewirtschaftet bei den Erträgen, man hat die Kosten nicht im Griff. Und warum hat man die Kosten nicht im Griffpunkt?

Punkt 1. Die Personalkosten wurden gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent gesteigert und damit weit über das Budget hinaus. Zudem wurde in die Schiffe investiert, und zwar auch an Orten, wo es nicht einfach um den sicheren Betrieb der Schiffe ging, sondern dort, wo es auch um das zwingend notwendige hinausging.

Noch banaler ist mein zweites Beispiel. Man hat dem Personal von 2022 auf 2023 einen Teuerungsausgleich von durchschnittlich 4 Prozent gewährt. Das kann man machen, das kritisieren wir auch nicht. Es gab eine Teuerung von offiziell 2,8 Prozent, dass man die Saläre anpasst, ist richtig. Aber wenn Sie bei einer Gesellschaft, deren Kosten hauptsächlich aus Personalkosten bestehen, die Personalkosten um die Teuerung steigern, dann müssen Sie das bei den Erträgen auch machen, dann müssen Sie das bei den Fahrkartenerlösen auch machen. Aber die BPG hat darauf verzichtet und hat die Preise trotz 2,8 Prozent Teuerung auf 2023 nicht angepasst. Es ist ja logisch, dass dann die Kostenschere aufgeht. Jetzt kann man sagen, ja gut, man kann die Preise nicht anpassen, weil man steht unter Wettbewerbsdruck. Aber die BPG bietet diese Fahrten auf dem Rhein alleine an und die Verkehrsbetriebe auf dem Zürichsee oder auf dem Vierwaldstättersee kann man nicht als direkte Konkurrenten der BPG bezeichnen. Diese zwei Beispiele sollen Ihnen zeigen, dass man das betriebswirtschaftliche kleine Einmaleins in der BPG nicht beherrscht.

Die Kritik an der BPG ist der WAK nicht neu, Sie haben das vorhin auch vom Sprecher der Mehrheit gehört. Bereits im Frühjahr 2020 hatte man das erste Mal Kritik geäussert. Damals wurde sie hauptsächlich durch die damals aufkommende Coronakrise übertüncht, man hatte damals wichtigeres zu tun, als sich um Detailfragen der Betriebsleitung zu kümmern. Danach kam sie wieder auf bei der Behandlung vor gut zwei Jahren, Anfang 2022. Ich zitiere auch einen Passus aus dem Bericht, aus dem der Sprecher der Mehrheit bereits zitiert hatte: «Der Auftrag, gemeint ist die Kommission, lautete, keine Investitionen, abgesehen von den betriebs- und sicherheitsrelevanten Investitionen, vorzusehen, die über den Zeithorizont 2024 hinausreichen. Die Personalsituation wird im Rahmen der Erarbeitung der strategischen Neubewertung evaluiert».

Nochmals, das war aus dem WAK-Bericht vom März 2022, nicht aus dem aktuellen. Beides wurde nicht eingehalten, vor allem bei der personellen Situation, ich habe es Ihnen vorhin geschildert, wurde dick aufgetragen. Und deshalb ist bei den sechs Kommissionsmitgliedern, welche die WAK-Minderheit in dieser Frage bilden, auch der Geduldsfaden gerissen. Wir wollen uns nicht nochmals vertrösten lassen, insbesondere nicht um fünf weitere Jahre vertrösten lassen und dann das ganze selbstverständlich uns Millionen kosten zu lassen. Daneben gibt es aber auch ordnungspolitische Gründe. Dass man die Passagierfahrten subventioniert, ich habe es eingangs erwähnt, das ist bei der WAK-Minderheit genau gleich wie bei der WAK-Mehrheit, unumstritten. Es geht um ein touristisches Angebot, es geht um Standortattraktivität im weiteren Sinn, aber es geht auch um ein niederschwelliges Angebot für unsere lokale Bevölkerung. Das darf den Staat etwas kosten.

Demgegenüber vertreten wir die Ansicht, dass das gastronomische Angebot und insbesondere die Charterfahrten kostendeckend, und zwar in einer Vollkostenrechnung kostendeckend durchgeführt werden müssen. Weil hier steht die Gesellschaft im Wettbewerb zur privatwirtschaftlichen Gastroszene. Aus dieser Überlegung heraus hatte man vor vier Jahren eine Kostenträgerrechnung einverlangt, hatte man vor zwei Jahren eine Kostenträgerrechnung einverlangt. Sie können sich es ausrechnen, auch dieses Mal haben wir wieder eine Kostenrechnung einverlangt. Die letzten zwei Mal wurde man getröstet, bei diesem Mal immerhin, auch das soll erwähnt sein, hat man auf Stufe Einzelfahrt eine Kostenträgerrechnung präsentiert. Nur lässt diese selbstverständlich nicht zu, zu beurteilen, ob jetzt Charterfahrten in der Vollkostenrechnung nach wie vor subventioniert werden oder nicht. Wir wissen es schlicht und einfach nicht. Wir wissen schlicht und einfach nicht, ob das Coca-Cola, welches auf dem Schiff verkauft wird, subventioniert ist oder nicht, weil diese Rechnung nach wie vor nicht gemacht wird, auch beim dritten Mal nachfragen nicht gemacht wird. Jetzt könnte man ein drittes Mal «Bitti, bätti» machen und sagen, aber in fünf Jahren dann bitte schon, oder man kann, wieder in der nautischen Sprache, die Schubumkehr aktivieren. Die WAK-Minderheit hat sich für Zweiteres entschieden.



Sie wissen, Politik ist die Kunst des Möglichen. Sie wissen auch, dass wir das Geschäft von gestern auf heute vertagt haben. Dies, weil Grossrat Franz-Xaver Leonhardt darum bemüht war, einen Kompromiss auszuhandeln, so quasi in letzter Minute noch etwas zu retten. Er wird den Kompromiss nachher selber vorstellen, das tue ich nicht jetzt hier für die WAK-Minderheit, aber was ich Ihnen sagen kann, die WAK-Minderheit hat sich zwischen gestern und heute Morgen davon überzeugen lassen, dass wir diesen Kompromiss mit dem Antrag Leonhardt mittragen. Also ich bin jetzt in der etwas komischen Situation, dass ich Ihnen erkläre, warum die WAK-Minderheit ihren Antrag gestellt hat, aber Sie bittet, diesen Antrag nicht zu unterstützen, sondern stattdessen den Antrag von Franz-Xaver Leonhardt zu unterstützen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Rhein ist von emotionaler Wichtigkeit und von historischer Wichtigkeit für unsere Stadt. Dieser Rhein, er soll erlebbar sein, er soll auch befahrbar sein. Aus diesem Grund hat unser Kanton eine Personenschiffahrtsgesellschaft und aus diesem Grund ist der Kanton bereit, die nicht gedeckten Kosten dieses Angebots zu finanzieren. Dies ist wichtig für unsere Bevölkerung, dies ist wichtig für die Touristinnen und Touristen, die nach Basel kommen, dies ist wichtig aber auch für die Firmen, die ihre Charterfahrten hier mit der BPG auf dem Rhein buchen.

Die BPG feiert in diesem Jahr ihr hundertjähriges Jubiläum. Das zeigt, was für eine Tradition das ist und wir sind alle aufgefordert, hier die richtigen Entscheide für die Zukunft der Rheinschiffahrt auf unserem Rhein zu fällen. Die Nachfrage, sie ist da, das Angebot wird geschätzt. Der Umsatz lag im 2019 bei 5,3 Millionen, im 2023 bei 6,4 Millionen Franken, das ist eine Steigung von 20 Prozent. Da gibt es einen Mengeneffekt und auch einen Preiseffekt darin. Der Regierungsrat möchte, dass dieses Erlebnis des Rheins auch in Zukunft möglich ist und deshalb beantragt er dem Grossen Rat eine Erhöhung des Staatsbeitrags auf 996'000 Franken pro Jahr.

Öffentliche Schifffahrten in der Schweiz sind nicht eigenwirtschaftlich erbringbar. Das schafft vielleicht ganz knapp der Vierwaldstättersee, die Gesellschaft, auch dort ist es nicht ganz klar, aber alle anderen sind auf staatliche Subventionen angewiesen. Und unsere BPG, und das ist der Antrag des Regierungsrates, deckt 87 Prozent ihrer Kosten selber. Auch mit diesem erhöhten Beitrag, nur 13 Prozent sind durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler oder wären mit diesem Betrag durch die Steuerzahler\*in fixiert.

Bei der Personenschiffahrt sind vor allem teuer die Fixkosten und die sind da. Die sind da durch die Schiffe, die da sind, durch das Nautikpersonal und auch durch die landseitige Infrastruktur. Und danach geht es darum, Verkehre zu finden, Angebote zu schaffen, die einen möglichst hohen Beitrag erbringen zur Deckung dieser Fixkosten. Und da leistet auch die Gastronomie und insbesondere die Gastronomie und die Charterfahrten einen ganz wichtigen Beitrag zur Deckung dieser Fixkosten. Und die Rundfahrten, die dann für alle öffentlich zugänglich sind, auch ohne Konsumationspflicht, die profitieren dann, dass die anderen Fahrten ebendiesen wichtigen Deckungsbeitrag leisten für diese Fixkosten. Wir haben also ein grosses Interesse, dass einerseits diese öffentlichen Fahrten angeboten werden, auch wenn ihr Deckungsbetrag deutlich kleiner ist, und dass auch Charterfahrten und Gastronomie auf diesen Schiffen stattfinden und damit wichtige Beiträge geleistet werden für diese Fixkosten.

Der bisherige Staatsbeitrag ist strukturell zu tief. Das ist mindestens seit vier Jahren klar. Schon damals, das war noch vor Covid, hat der Regierungsrat Ihnen beantragt, den Staatsbeitrag von 500'000 auf 860'000 Franken zu erhöhen. Das war schon vor vier Jahren die Feststellung, dass eine strukturelle Unterdeckung da ist. Mitten in der damaligen Kommissionsdiskussion, ich war damals noch Mitglied der WAK, brach die Covidkrise aus. Man hat deshalb diese Diskussion um diesen Entscheid über die notwendige Erhöhung des Strukturbeitrags ausgesetzt. Man hat den alten oder ganz leicht um die Mehrwertsteuer erhöhten Betrag genehmigt für zwei Jahre und stattdessen ein Darlehen von 2 Millionen Franken gewährt im Wissen, dass der Staatsbeitrag niemals ausreichen wird im Covid, im Wissen, dass das zu Lasten des Darlehens gehen wird. Zwei Jahre später, als wir den geschrieben haben, war noch mitten in der Covidkrise, sie war noch nicht vorbei, hat man aus diesem Grund entschieden, dass man diese Übergangszeit um weitere zwei Jahre verlängert mit dem alten zu tiefen Staatsbeitrag und wieder mit einem Darlehen von 1,8 Millionen Franken im Wissen, dass auch dort der Staatsbeitrag nicht reichen wird, dass ein Kapitalverzehr stattfinden wird.

Wir haben aber diese Zeit genutzt und wir haben die Aufträge, die Vorlagen erfüllt. Das heisst, erstens, wir haben den Strategieprouzess durchgeführt, die sind auch durchgeführt mit externer kritischer Unterstützung, mit Expertise von anderen Verkehrsbetrieben in unserem Land. Diese Strategie, sie liegt vor, sie ist Grundlage dieses Staatsbeitrags, den wir Ihnen beantragen.

Es wurde schon zusammengefasst von dem Mehrheitssprecher, was die wichtigsten Strategieprouzente sind. Es soll von drei auf zwei Schiffe reduziert werden. Das heisst, wenn das Basler Dybli die nächste grössere Reparatur hat, dann wird die nicht vollzogen und es wird kein neues Schiff für das Basler Dybli geben. Das ist ein relativ starker Einschnitt, weil ich weiss, dass die Menschen das Basler Dybli schätzen in unserer Stadt. Aber das Basler Dybli wird nicht ersetzt werden, um einen Beitrag zu leisten, diese Fixkosten, die Grundfixkosten zu reduzieren.



Es wurde auch entschieden, dass die Schiffe länger in Betrieb sein sollen. Das letzte Mal ging man noch davon aus, dass die Christoph Merian relativ schnell ersetzt werden soll, das ist aufgeschoben, wir schieben das auf. Das hat zur Folge, dass das Kantonsbudget entlastet wird, weil die neue Beschaffung des Schiffes nicht kommt und die entsprechenden Abschreibungen im Kantonsbudget laufen. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass die Kosten der BPG steigen, weil ältere Schiffe sind dann teurer. Sie haben mehr Unterhalts- und Instandhaltungskosten und mehr Ausfälle. Das ist einfach so, aber sie sparen dafür die Kosten der Neubeschaffung. Aber das spart nicht die BPG, sondern das spart der Kanton bei unserem Finanzierungskonstrukt, das wir haben in diesem Bereich. Also die Neuanschaffung wird auch aufgeschoben und wir hoffen dann, wenn die Christoph Merian ersetzt werden muss, dass wir dann auch auf ein erneuerbar angetriebenes Schiff umstellen können. Auch dann wird diskutiert werden wieder hier drin, was das richtige, auch die richtige Funktionalität und Grösse dieses zweiten Schiffes ist.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Strategie ist die Kostendämpfungssenkung in gewissen Bereichen. Das soll vor allem realisiert werden, indem Synergien genutzt werden. In der Buchhaltung wurde das bereits umgesetzt, in der Nautik ist die BPG dran und in der Gastronomie ist es Grossteils auch schon umgesetzt. Dort geht es darum, mit lokalem Gewerbe oder mit grundsätzlich Gastronomiegewerbe zusammenzuarbeiten und die Fertigungsstufen zu verschieben, Synergien zu nutzen. Weil grundsätzlich ist die Gesellschaft eigentlich zu klein für ganz viele Aufgaben. Deshalb machen Synergien Sinn, die die BPG auch ganz konsequent jetzt sucht. Sie sehen, das ist die Strategieneuaufstellung, die wurde gemacht, ich habe bis anhin auch nicht viel gehört, dass das nicht okay wäre. Das ist der Weg, den die BPG gehen wird in der Zukunft.

Dann sprechen wir von der Kostenträgerrechnung. Die Kostenträgerrechnung, sie liegt vor. Sie liegt vor auf den einzelnen Produkten und sie liegt vor dem Deckungsgrad 1. Das ist ein guter Deckungsgrad, um zu sehen, wo die Erträge erwirtschaftet werden, wo die Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden. Und jetzt lassen Sie mich schon auch noch vergleichen mit anderen Staatsbeiträgen oder anderen Staatsbetrieben. Ich habe noch nie hier drin eine Diskussion um Kostenträgerrechnung auf Stufe 4 gehört und da spreche ich von Institutionen, die deutlich grösser sind und die deutlich mehr Steuergelder erhalten, deutlich auch Mischfinanzierungen haben zwischen marktwirtschaftlichen und steuerfinanzierten Bereichen.

Ich habe noch nie so eine Detailtiefe gehört oder diese Erwartung ausgesprochen von diesem hohen Hause und deshalb habe ich schon stückweise Mühe, weshalb hier bei diesem relativ nicht so grossen Staatsbetrieb und Staatsbeitrag eine so grosse Detailtiefe jetzt zu einem so entscheidenden Punkt Ihres heutigen Entscheides hochstilisiert wird. Man kann das gerne diskutieren, mache ich auch sehr gerne mit der WAK, ob die Erkenntnisgewinne wirklich so gross sind, dass sich das lohnt, bin ich gerne bereit, aber es liegt eine Kostenträgerrechnung vor.

Wir haben auch mit dieser Strategieüberprüfung den notwendigen Staatsbetrag sorgfältig überprüft. Dieser orientiert sich an einer effizienten Betriebsführung und beim Aufrechterhalten der öffentlichen Rundfahrten. Die Steigung, sie ist notwendig, ich weiss auch nicht, ob das wirklich in Frage gestellt ist, ob die notwendig ist oder nicht, aber sie ist notwendig. Dies aufgrund, das habe ich schon erwähnt, der älteren Schiffe, die höhere Instandhaltungs- und Unterhaltskosten verursachen, dies aber auch aufgrund von höheren Kosten im Bereich des Personals oder im Bereich der Energie.

Wo wir die Kritik teilen, ist bei dem Jahresergebnis 2023. Da sind Fehler passiert, das ist so. Es wurde aufgrund der guten 2022-Zahlen dann mit zu hohen Umsätzen gerechnet und geplant und dadurch wurde zu viel festes Personal eingestellt. Das hat sich dann nicht verwirklicht, auch aufgrund des Hochwassers im Spätherbst und der so wichtigen Adventszeit. Im Nachhinein betrachtet war das falsch, aber wir wissen auch im Nachhinein, die Annahmen zu verifizieren, ist einfacher, als wenn man das in die Zukunft machen muss. Die BPG hat diesen Fehler erkannt und auch die notwendigen Massnahmen ergriffen. Wenn wir auf das jetzige Jahr schauen, auf das 2024, auf die ersten fünf Monate, wo wir die Zahlen haben, da konnte der Ertrag um 19 Prozent gesteigert werden und das gleichzeitig bei tiefem Aufwand aufgrund der Massnahmen im Bereich des Personals und des Einkaufsmanagement. Die BPG ist hier auf dem richtigen Weg.

Was wir auch gesagt haben, ist, dass sofern der Grosse Rat die notwendige Erhöhung des Staatsbeitrages beschliesst, der Regierungsrat den Verwaltungsrat nach diesem Parlamentsentscheid neu besetzen wird. Ja, es war uns wichtig, dass dieser Strategieprozess zuerst stattfindet und dass die korrekte Ausfinanzierung des Staatsbeitrags zuerst erfolgt und wir dann diese Verantwortung der Umsetzung dem neuen Verwaltungsrat übertragen. Wir richten dann die Steuerung konsequent nach dem Public Corporate Governance-Richtlinien aus, das heisst, es wird kein Kantonsvertreter mehr im BPG-Verwaltungsrat drin sein.

Deshalb beantragen wir Ihnen, dem Regierungsantrag und der WAK-Mehrheit zu folgen und diesen Staatsbeitrag auf dieser richtigen notwendigen Höhe festzulegen. Wenn Sie heute beschliessen, die Unterfinanzierung weiter beizubehalten, die Zeit des Betrags zu reduzieren, das macht es dann einfach sehr schwierig, diesen neuen Verwaltungsrat zu finden und einzusetzen. Deshalb wäre ich froh, wenn Sie das nicht tun würden.

Die WAK-Minderheit, so wie der Antrag vorliegt auf dem Tisch, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, wird daran nicht festgehalten, deshalb muss ich hier nicht in die Tiefe eingehen, wäre ein sehr grosses Problem für die BPG. Es würde zu einer Zahlungsunfähigkeit führen, es würde zu einer Überschuldung führen, die entsprechenden Massnahmen müssten ergriffen werden und wenn die nicht möglich sind, dann müsste der Konkursrichter informiert werden. Ich glaube, das will



wirklich niemand hier drin und deshalb bin ich froh, dass die WAK-Minderheit nicht an diesem Antrag festhält, sondern jetzt den Antrag von Franz-Xaver Leonhardt unterstützt.

Bei den Anträgen, die vorlagen, die haben sich ja auch geändert in den letzten Tagen. Da kann ich den Wunsch nachvollziehen, dass man die Dauer reduzieren möchte. Das gäbe und gibt Ihnen die Möglichkeit, früher wieder zu überprüfen, ob dieser Neuorientierungsprozess der BPG funktioniert, ob der neue Verwaltungsrat seine Aufgabe wahrnimmt, ob er die richtigen Entscheide gefällt hat, das kann ich gut verstehen.

Was ich nicht verstehe, ist, dass Sie weiterhin diese Firma in der Unterfinanzierung lassen wollen. Wir wissen alle seit vier Jahren, dass die Firma unterfinanziert ist und wir können das jetzt so lassen und in zwei Jahren uns wieder darüber nerven, dass diese Gesellschaft Defizite produziert und Kapital verbraucht, aber das ist genau die Konsequenz, wenn hier der Grosse Rat heute entscheidet, dass die Unterfinanzierung beibehalten werden soll. Ich glaube einfach nicht, dass das ein gutes und ein faires Vorgehen ist gegenüber dieser BPG. Wir wissen, dass diese 500'000 nicht reichen für diese Leistungen, für die hohen Fixkosten, die die Flussschifffahrt verursacht. Deshalb wäre ich froh, wenn hier der Grosse Rat die notwendige Finanzierung der Staatsbeiträge beschliessen würde. Wie gesagt, eine Reduktion der Zeitdauer kann ich gut nachvollziehen und dass das auch Sinn macht und Ihnen mehr Sicherheit gibt und Ihnen mehr Kontrolle über das weitere Vorgehen.

Ich komme zum Schluss. Die BPG, sie ist wichtig für uns alle, sie ist wichtig für die Menschen, diese Bevölkerung, sie können damit unseren Rhein erleben, das soll erhalten bleiben. Wir möchten, dass die BPG das mit einer fairen Finanzierung in Zukunft machen kann mit einem klaren Auftrag. Dieser Betrag orientiert sich ja auch nicht an dem Jahr 2023, sondern an der Planerfolgsrechnung, die wir im Strategieprozess entwickelt haben, und ich möchte Sie bitten im Interesse des Erlebnis Rheines, der Tourismusdestination Basel und der BPG und ihren Mitarbeitern, heute die Höhe des beantragten Staatsbeitrags zu sprechen und die notwendige Bilanzsanierung zu genehmigen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionsvoten und hier hat sich Annina von Falkenstein für die LDP gemeldet.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Wir als WAK-Mitglieder hatten die Aufgabe, den Ratschlag des Regierungsrats zur nächsten Staatsbeitragsperiode der BPG zu beraten. In diesem Zuge gehört eine kritische Auseinandersetzung mit dem Ratschlag zur Standardvorgehensweise. Unsere Aufgabe war die Prüfung dieses Geschäfts und nicht der Vergleich mit oder die Orientierung an Betrieben aus anderen Branchen, die ebenfalls Staatsbeiträge erhalten.

Im Verlauf der Behandlung dieses Geschäfts konnten wiederholt verschiedene Fragen, die für eine betriebswirtschaftlich weitsichtige Führung massgeblich sind, nicht nur unzureichend oder erst auf wiederholte Nachfrage beantwortet werden. Das trifft auf die diversen Vertreter seitens WSU und BPG zu, die wir in den Hearings empfangen durften. Parallel dazu wurden in diesem Rahmen verschiedene Führungsfehlerscheide mit gravierenden finanziellen Folgen und weitere Unzulänglichkeiten entdeckt. Dies verunsichert. Hier zwei von einigen Beispielen.

Erstes Beispiel: Das Kostenbudget 2023 wurde in mehrerlei Hinsicht überschritten. Dies konnte leider auch das leichte Übertreffen des Umsatzbudgets nicht wettmachen. Die Ursachen der Kostenüberschreitungen gehen mehrheitlich auf Führungsfehler und zu wenig Abschätzung der Folgen der getroffenen Entscheide zurück. Hierfür sind neben dem Geschäftsleitungsgremium der BPG ebenso der Verwaltungsrat als auch die Vertretung seitens WSU verantwortlich zu machen.

Zweites Beispiel: Die BPG steht als Arbeitgeberin in gastronomischer Hinsicht bereits heute sehr attraktiv da. Ihre Arbeitsverhältnisse gehen über die Rahmenbedingungen des entsprechenden Gesamtarbeitsvertrags hinaus. Dass dort viel gemacht wird, ist sehr erfreulich. Dass hingegen die entsprechenden Massnahmen nicht im regierungsrätlichen Ratschlag genannt werden und die Forderung nach weiteren Fortschritten mehrfach enthalten ist, ist unsorgfältig und irreführend. Der Staatsbeitrag sollte dorthin fliessen, wo die Kosten strukturell nicht selbsttragend gedeckt werden können, also vor allem im Bereich der Nautik. Ansonsten konkurrenzieren wir mit Steuergeldern andere gastronomische Angebote, die in der Privatwirtschaft anzutreffen sind.

Diese und weitere Situationen erwecken gesamthaft den Eindruck, dass die Staatsbeiträge relativ undurchdacht und abweichend vom zugrundeliegenden Budget eingesetzt wurden.

Den Blick in die Zukunft der BPG soll der Businessplan mit der Planerfolgsrechnung als Herzstück des Ratschlags schärfen. Dieser ist sehr optimistisch. So optimistisch, dass keine Teuerung einbezogen ist und auch sonst von gleichbleibenden Konditionen über mehrere Jahre ausgegangen wird. In Anbetracht der Historie der BPG und den in jüngster Vergangenheit begangenen Führungsfehlerscheiden fehlt aktuell die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die Führungskompetenz und die Zusammenarbeit mit dem WSU, mit dem Verwaltungsrat und dem Geschäftsleitungsgremium, um den Betriebsbeitrag gemäss diesem Businessplan und der Planerfolgsrechnung um 46 Prozent zu erhöhen und dann auch gleich für fünf Jahre zu sprechen.



Was der Regierungsrat und die WAK-Mehrheit beantragen, ist einer langen Führungsleine gleichzusetzen. In kritischen Situationen die Leine lang zu lassen, bedarf grosser Sicherheit in die Kompetenz und Versiertheit des Leitungsgremiums. Genau dies fehlt aber aktuell. Und auch wenn es sich verglichen zu anderen Geschäften um einen vergleichsweise kleinen Betrag handelt, ist es wichtig, dass wir die Steuergelder nicht blindlings in guter Hoffnung auf Probleme werfen, in der Hoffnung, diese so verkleinern zu können. Genau deshalb ist die lange Leine hier fehl am Platz.

Der Vorschlag der WAK-Minderheit sieht darum vor, den bisherigen Betriebsbeitrag für ein weiteres Jahr zu sprechen. Dies erlaubt es dem Regierungsrat, bei Verzögerung der Beschlussfassung für die Folgeperiode den Betrag basierend auf dem Staatsbeitragsgesetz für ein weiteres Jahr eigenständig zu sprechen. Dies macht es der BPG möglich, in kleinen Schritten aufzuzeigen, wie die Resultate des von der WAK angeregten Strategieprozesses umgesetzt werden. So kann die Glaubhaftigkeit langsam wieder erlangt werden und hoffentlich durch die Rückkehr zur regulären Staatsbeitragsperiode honoriert werden.

Leider droht der BPG allerdings durch den Minderheitsvorschlag einen Liquiditätsengpass, sofern vorhergesehene Faktoren eintreten. Deswegen sollte neben dem Erlass des Darlehens von 1,8 Millionen Franken das Aktienkapital erhöht werden. Das wiederum sieht der vorliegende Änderungsantrag neben der Verlängerung des Minderheitsvorschlags um ein weiteres Jahr so vor. Aus diesem Grund bitten wir Sie, statt dem Minderheitsantrag zu folgen, für den Änderungsvorschlag zu stimmen.

Zum Änderungsvorschlag noch ein, zwei Worte. Es wäre künftig sehr wünschenswert, wenn unter Wahrung des Kommissionsgeheimnis die Kommissionsmitglieder ihre Fraktionen abholen könnten. Wenn Einzelmasken ohne Vorkenntnisse der Kommissionsberatung und ohne Akteneinsicht ihren Interessensbindungen statt ihren Kommissionsmitgliedern folgen, dies notabene in diesem Fall noch in der leitenden Funktion einer bürgerlichen Partei und anscheinend auch in Zusammenarbeit mit dem verantwortlichen Regierungsrat, der nicht aus einer bürgerlichen Partei kommt, wird die bürgerliche Zusammenarbeit mitsamt der GLP geschwächt. Das ist schade und der gemeinsamen Sache grundsätzlich nicht dienlich. Auch wenn wir hier nun einen guten Kompromiss im Sinne einer gesicherten Zukunft für die BPG haben, bitte in Zukunft so nicht.

Damit es bald wieder richtig Leinen los für die BPG heissen kann, bitte ich Sie, dem Interesse der überarbeiteten kurzen Leine und somit dem Änderungsantrag zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin für das GAB ist Fina Girard.

*Fina Girard (GAB):* Das Grün-Alternative Bündnis ist Teil der Kommissionsmehrheit und unterstützt demnach auch den Staatsbeitrag bis 2028. Ich bin zwar noch nicht sehr lange in der WAK, aber mir ist in dieser Zeit die BPG nicht nur einmal begegnet. Es ist unübersehbar, in den letzten Jahren befand sich die Basler Personenschiffahrt auf einem schlingernden finanziellen Kurs. Die Corona-Jahre, strategische Fehlentscheide, Arbeitskräftemangel und hohe Unterhaltskosten für die Schiffsflotte setzten der BPG zu. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nun auch klar, ohne Staatsbeiträge wäre die BPG nicht mehr auf dem Rhein unterwegs.

Die Kommission hat in den vergangenen Jahren mehrfach eine Strategieplanung der BPG gefordert. Nun liegt diese vor. Als Grün-Alternatives Bündnis begrüssen wir die Schritte, die die BPG umsetzen will. Die 2-Schiffstrategie beispielsweise erscheint uns sinnvoll, auch wenn der geplante Verkauf des historischen Basler Dybli viele von uns sehr bedauern, damit verlässt ein identitätsstiftendes Schiff den Rhein. Die strategischen Anpassungen waren auch dringend nötig. Auch wir vom GAB haben mit Sorge zur Kenntnis genommen, wie in der Vergangenheit der BPG mehrfach betriebswirtschaftliche Fehler unterlaufen sind. Das ist keine einfache Ausgangslage und darum sind wir froh, gehört zur Strategie auch die Neubesetzung des Verwaltungsrats. Das ermöglicht einen Neustart.

Nun stehen wir als WAK vor der Ausgangslage, dass leider kein Kompromiss zustande gekommen ist, und mit grosser Sorge sehen wir, dass der Minderheitenantrag, aber auch der Änderungsantrag von Franz-Xaver Leonhardt das Fortbestehen der BPG existenziell bedroht. Die Kommissionsminderheit sagt, sie stelle die Daseinsberechtigung der Gesellschaft keineswegs in Frage. Effektiv wollte sie aber den Staatsbeitrag bis gestern Abend noch gerade nur bis Dezember 2024 laufen lassen. Nun ist sie quasi über Nacht auf eine Schmalspurvariante bis 2025 eingegangen, aber auch da, der BPG wird damit eine langfristige Planung und Neuaufstellung praktisch verunmöglicht.

Wir müssen ganz ehrlich sein, ein Angebot wie das der BPG kann auf dem freien Markt nicht bestehen. Wir haben jetzt auch schon von Pascal Pfister gehört, keine Schifffahrtsgesellschaft in der Schweiz funktioniert eigenwirtschaftlich und genau darum wird ja dieses Angebot auch vom Kanton mittels Staatsbeiträgen unterstützt. Die BPG deckt mit 87 Prozent bereits einen grossen Teil ihrer Kosten am Markt und das trotz ihrer beträchtlichen Unterhaltungskosten. Die Kommissionsminderheit verlangt nun, dass beispielsweise Kosten für Lohnerhöhungen des Personals über die Tickets und die Gastronomie finanziert werden sollen. Das zeigt genau, dass unsere Vorstellung, was die BPG eigentlich leisten soll, diametral gegensätzlich zur Kommissionsminderheit steht. Das zeigt sich besonders in zwei Aspekten:



Zum einen, wir möchten keine BPG, die marktorientierte Ticketpreise anbietet. Dann befänden wir uns langfristig nämlich im Luxussegment. Wir kritisieren dahingehend auch, die strategische Tendenz auf dynamische Preismodelle zu setzen. Wir möchten stattdessen eine BPG, auf deren Schiffen die Preise erschwinglich bleiben für Familien, die einen tollen Sommerausflug in den Sommerferien machen wollen, erschwinglich bleiben für Familien, die sich eher eine Portion Pommes Frites auf Deck leisten können als ein 3-Gang-Menü. Und aufgrund der Teuerung wurden die Ticketpreise für eine einfache Rundfahrt auf dem Rhein bereits von 9 Franken auf 14 Franken angehoben. Damit befinden sich die Preise aus unserer Sicht bereits am oberen Rand, um die Rheinschifffahrt für alle zu ermöglichen.

Zum zweiten finden wir es gefährlich, wie die Kommissionsminderheit die Löhne des BPG-Personals unter Druck setzt. Die BPG operiert in zwei Bereichen, die Nautik und die Gastronomie, die beide stark von Fachkräftemangel betroffen sind und deren Löhne bereits heute tief sind. Dass die BPG als staatsnaher Betrieb attraktive und angemessene Arbeitsplätze schaffen will, ist aus unserer Sicht richtig und wichtig. Bei geplanten Mehrausgaben von Weiterbildungen von 30'000 Franken pro Jahr auf ungefähr 60 Mitarbeitende kann wirklich nicht von vermessenem Benefiz gesprochen werden.

Kurzum, der Antrag der Kommissionsminderheit und auch der Änderungsantrag verhindern substanzielle Investitionen, ohne die ein nachhaltiges Weiterbestehen der BPG schwierig wird. Und auch wenn alle beteuern, dass es dazu nie kommen wird, mit diesem Antrag laufen wir Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten oder die BPG den Bach runter zu schicken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen den Rhein weiter zusammen mit der BPG beschiffen und diesen Fluss, der unserer Stadt so viel Identität schenkt, für die lokale Bevölkerung und den Tourismus erlebbar machen. Dieses Angebot ist dem Kanton schon lange das Geld wert und wir vom GAB sind überzeugt, dass dies auch in Zukunft so bleiben soll. Deshalb bitten wir Sie, der BPG ein Mindestmass an Unterstützung zuzusprechen und die Unterstützung der BPG für die Jahre bis 2028 anzunehmen, damit wir heute nicht anfangen, Schiffe versenken zu spielen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher für die GLP ist Niggi Daniel Rechsteiner.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Die Schifffahrt hat in unserer Stadt Tradition, das ist auch nichts Neues, das haben wir schon gehört. So auch die lokale Passagierschifffahrt ein bedeutender und nicht wegzudenkender Player ist, die Basler Personenschiffahrtsgesellschaft, die BPG. Das Angebot von Ausflugs- und Charterfahrten ist beliebt und wird vielseitig genutzt. Es soll also alles darangesetzt werden, dass dieses Angebot nicht verschwindet. Mit dem vorliegenden Ratschlag für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung sollen die Mittel für die Periode 2024 bis 2028 bewilligt werden.

Die Kommissionsberatung, man hat schon viel gehört von den Vorrednern, war umfassend. Das WSU und die Geschäftsleitung der BPG präsentierten mehrmals Strategien und Zahlen und standen zur Klärung von Fragen zur Verfügung. Da mal besten Dank dafür. Einzelne Fragen konnten nicht restlos geklärt werden bzw. die präsentierten Inhalte waren für einen Teil der Kommission nicht überzeugend genug. So steht man nun vor dem Entscheid, dem Vorschlag der Regierung zu folgen, alle Augen zuzudrücken und zu hoffen, dass es dann schon besser werden möge, oder man möchte das Unternehmen sicher und langfristig auf eine gesunde Basis stellen. Hierfür sind sofortige Massnahmen erforderlich und das Konstrukt der Gesellschaft bzw. die Führungsstruktur muss entflochten werden. Diese Ziele wurden ja auch schon genannt.

Es ist mir bewusst, und das wurde so auch erläutert, die BPG bewegt sich in zwei sehr anspruchsvollen Branchen, wie auch die Vorrednerin gesagt hat, welche jeweils von externen Faktoren abhängig sind. Der nautische bzw. der touristische Teil unterliegt äusseren Einflüssen, vor allem Witterung, und der gastronomische Teil wird oft unterschätzt, grundsätzlich Bedarfsmitarbeiter\*innen, welche sich mit den Spezialitäten der Location, nämlich des Schiffs, zurechtfinden. Es ist auch eine Herausforderung, in der margenschwachen Gastronomie überhaupt kostendeckend zu arbeiten. Da man aber grundsätzlich die Gastronomie nicht mit Staatsbeiträgen unterstützen möchte, ist eine scharfe Kalkulation und die Differenzierung notwendig. Auf diesen Punkt weist ja der Bericht der Minderheit hin und das ist auch richtig so.

Ich bin überzeugt, dass alle daran interessiert sind, dass die BPG am Rheinknie gesund mit zwei Schiffen oder vielleicht auch mehr erhalten bleibt. Das Vertrauen in Verwaltungsrat und Geschäftsleitung konnte nicht in dem Masse hergestellt werden, dass man darüber hinwegsehen kann, dass im Jahr 2023 ein grosses Defizit geschrieben wurde. Wir wollen das Überleben der Gesellschaft sicherstellen, wenn auch mit minimalen Mitteln zur Sicherung soll eine mögliche Überschuldung durch den Erlass des Darlehens verhindert werden.

Die Motivation der Fraktion GLP ist nicht eine Versenkung der BPG. Ganz im Gegenteil soll mit dem erzeugten Druck darauf hingewirkt werden, umgehend die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um griffige Massnahmen ergreifen zu können, beispielsweise die Neubesetzung des Verwaltungsrats. Hierbei ist auch wichtig, dass die Strategien für eine nachhaltige Entwicklung des Unternehmens überprüft und angepasst werden. Wichtig ist hierbei auch eine konsequente Kostentransparenz in Form einer detaillierten Kostenträgerrechnung.



Es ist bedauerlicherweise der Kommission nicht gelungen, einen tragfähigen Kompromiss zu erzielen, was ich sehr bedaure. So dass lediglich die Möglichkeit verbleibt, entweder eine Carte blanche bis ins Jahr 2028 zu erteilen, mit der Befürchtung, dass sich bis dahin nicht viel geändert hat, oder eben einen verbindlichen und engeren Rahmen zu fordern, um später dann erhöhte Mittel zu sprechen. Es müsste auch möglich sein, innerhalb von eineinhalb Jahren, wie der erwähnte Änderungsantrag vorsieht, Grundlagen zu schaffen, welche die BPG in eine sichere Zukunft führt. In den vergangenen Tagen wurden zahlreiche Gespräche geführt, haben wir auch schon gehört, also nicht nur über Nacht, sondern es geht schon länger so, da die Forderung der Minderheit dazu führen würde, dass die BPG die Bilanz relativ rasch deponieren müsste.

Im Austausch mit Verantwortlichen des WSU wurde erläutert, dass sich die BPG mit dem Änderungsantrag durchaus über Wasser halten könne, sofern keine ausserordentlichen Risiken eintreten. Für diese Situation stellt die Minderheit in Aussicht, dass in einer derartigen Notsituation eine sofortige Hilfe unterstützt werde, man möchte jedoch nicht die Mittel für einen Notfall bereits jetzt schon zur Verfügung stellen.

Unter diesen Voraussetzungen, und nicht eine Carte blanche mit wenig verbindlichen Massnahmen bis ins Jahr 2028 zu erteilen, unterstützt die Fraktion der Grünliberalen grundsätzlich den Vorschlag der Kommissionsminderheit. Sie kann sich aber auch dem neu formulierten und intensiv verhandelten Änderungsantrag anschliessen. Es ist zumindest eine verbesserte Variante des Vorschlags der Regierung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die FDP spricht Luca Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Zunächst möchte ich Ihnen danken für die Bereitschaft, die Beratung dieses Geschäftes von gestern auf heute zu verschieben. Das hat uns Gelegenheit gegeben, die diversen Anträge zu bereinigen, die gestern noch kurzfristig zur Diskussion gestellt wurden. Wenn wir nun heute zwischen dem Antrag der Mehrheit und dem nun vorliegenden Antrag von Franz-Xaver Leonhardt entscheiden müssen, sollten wir uns im Wesentlichen auf vier Fragen konzentrieren.

Erste Frage: Soll die BPG auch in Zukunft bestehen? Ja, natürlich soll sie das, das ist, soweit ich überblicken kann, weitgehend unbestritten und darum ist ja auch die Minderheit bereit, auf diesen vorliegenden Änderungsantrag einzusteigen, um die Liquidität dieser Gesellschaft sicherstellen zu können. Die BPG bietet ein breit geschätztes und in der Bevölkerung verankertes Angebot, dessen wir uns auch in Zukunft freuen wollen.

Zweite Frage: Sind wir der Ansicht, bei der BPG muss sich etwas ändern? Ja, wir als Minderheit sind der Ansicht, dass es in diesem Betrieb Veränderungen braucht. Lorenz Amiet und auch die Kolleg\*innen Annina von Falkenstein und Niggi Rechsteiner haben das sehr gut und präzise und auch mit konkreten Beispielen ausgeführt, wo die Probleme liegen, wo Fehler passiert sind und was wir für die Zukunft erwarten. Ich brauche das nicht nochmals zu wiederholen.

Diese Erwartungen können niemanden überraschen nach der Geschichte dieser Gesellschaft und der Geschäfte in den vergangenen Jahren. Bereits im Bericht der WAK von 2020 und im Bericht der WAK von 2022, damals noch geschlossen, nicht in Mehrheit und Minderheit aufgeteilt, wurde gefordert, dass es eine strategische Neuausrichtung der BPG braucht. Ich zitiere aus dem WAK-Bericht von 2020: In der Diskussion zeigte sich, dass die WAK eine Klärung dieser Punkte, gemeint ist vor allem die strategische Neuausrichtung, vor einer Subventionserhöhung und Verlängerung der Subventionsperiode geklärt haben möchte. Zitat aus dem WAK-Bericht 2022 unter dem Titel «Fehlende strategische Festlegungen».

Auch wenn der Weiterbetrieb der BPG nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde, so war die Kommission dennoch unzufrieden, dass die grundsätzlichen strategischen Fragen zur künftigen Ausrichtung des Unternehmens seit dem letzten Antrag an den Grossen Rat vom Januar 2020 nicht weiterbearbeitet wurden, obwohl dies ursprünglich für das Jahr 2021 in Aussicht gestellt worden war. Und wenn Sie jetzt den aktuellen WAK-Bericht lesen, dann stellen Sie fest, dass hier die Tonalität der Kritik über die Berichte quasi im Zweijahresrhythmus zunimmt, der Ton wird kritischer. Jetzt haben wir 2024 und stellen fest, das verbindlich vereinbart war, dass die Kommission im November 2022 über den Stand der Arbeiten bezüglich strategische Neuausrichtung hätte informiert werden sollen. Passiert ist das erst im März 2023, ein weiteres gebrochenes Versprechen. Immerhin, und das kann man positiv attestieren, liegt nun eine Strategie vor, doch das Vertrauensproblem, das bleibt.

Deshalb die dritte Frage: Braucht es mehr als nur diese strategische Neuausrichtung? Auch hier unsere Antwort, ja. Es ist positiv zu würdigen nochmals, dass dieser Strategieprozess durchgeführt wurde, der zu einer strategischen Neuausrichtung geführt hat. Aufgrund der fehlenden Vertrauensbasis haben wir in der Kommission aber ungewöhnlich tief in das Unternehmen reingeschaut. Das ist so, das ist sehr ungewöhnlich, was wir getan haben. Wir haben sicher auch ungewöhnlich viele Fragen gestellt und mehr Zahlen verlangt, als das sonst üblich ist, aber diese ungewohnte Detailtiefe hat eben genau mit dem fehlenden Vertrauen zu tun. Ich habe das beispielsweise in der BKK beim Sportmuseum auch schon erlebt.



Nun, bei all diesen Fragen, bei all diesen Analysen sind wir zum Schluss gekommen, und das ist eine Kernerkenntnis der Minderheit, dass es nicht nur eine strategische Neuausrichtung bedarf, sondern auch auf operativer Ebene dringend mehr betriebswirtschaftliche Kompetenzen notwendig sind. Beispielhaft lässt sich dies am Businessplan aufzeigen, den wir Ihnen im Bericht der Kommissionsminderheit bewusst abgedruckt haben. Ist es realistisch, dass der Aufwand für Personal, für Material und Waren in den kommenden rund zehn Jahren unverändert bleibt? Keine Teuerung, keine Preisentwicklung, nichts. Das ist das, was uns vorgelegt wurde, keine Lohnerhöhung, nichts, die Kosten immer gleich, der Aufwand immer gleich. Man muss wahrlich kein Kaufmann sein, um zu erkennen, dass dies wenig realistisch ist und die daraus folgenden Probleme bereits heute absehbar sind.

Und darum schliesslich die vierte Frage: Müssen wir als Parlament Druck machen, damit sich etwas ändert? Und auch hier die Antwort, ja. Es ist richtig, dass es nicht Aufgabe des Parlaments ist, die BPG operativ zu führen oder operative Entscheide zu treffen. Was jedoch unsere Aufgabe ist, ist verantwortungsvoll mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler umzugehen, sorgfältig hinzuschauen, was mit diesem Geld gemacht wird und Änderungen zu erzwingen, wenn wir der Ansicht sind, dass nicht mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen wird. Das ist der Hebel, den wir hier drin haben. Die Budgetkompetenz, die Entscheidungskompetenz, die Entscheidbarkeit darüber, das nötige Geld zu sprechen, das ist unser Hebel. Und wir sind klar der Meinung, dass jetzt der Moment gekommen ist, um die gewünschten Veränderungen zu erzwingen.

Wir meinen, dass man alle vier Fragen, die ich gestellt habe, mit einem deutlichen Ja beantworten muss und wenn man das tut, muss man nicht der Mehrheit, sondern dem Antrag von Franz-Xaver Leonhardt zustimmen. Die Konsequenz daraus ist, dass wir die BPG an der kurzen Leine halten. Ich habe in der Vorbereitung offensichtlich die gleiche Metapher gewählt wie Kollegin Annina von Falkenstein, diese Leine, die soll lang genug sein, dass ihr wirtschaftliches Überleben sichergestellt ist, aber kurz genug, dass wir sicherstellen können, dass es zu den geforderten Veränderungen kommt.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der FDP-Fraktion, stimmen Sie dem Antrag von Franz-Xaver Leonhardt zu.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Beda Baumgartner.

*Beda Baumgartner (SP):* Wir haben jetzt schon oft gehört, dass der Rhein zu Basel gehört, die Schiffe, die ihn befahren, zur Stadt gehören, ich würde noch sagen, die BPG, sie ist eine Visitenkarte des Rheins und dieser Stadt und sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Stadtbildes. Das haben wir auch alles schon viel gehört. Wir haben auch viele Metaphern gehört zum Schiffahren, zu diesem Geschäft.

Lassen Sie mich fortfahren, was die bürgerliche, wahrscheinlich vielleicht nachher in diesem Saal, Mehrheit und jetzt vorher die WAK-Minderheit macht, ist, sie fährt munter mit viel Karacho auf Eisberge zu und wenn sie sie mal umfahren hat, dann macht sie neue. Was Sie die letzten eineinhalb Tage gemacht haben und dann gleichzeitig sagen, es gebe zu wenig betriebswirtschaftliches Wissen in der BPG, finde ich relativ mutig, liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Mehrheit bzw. Minderheit. Sie wollten zuerst schon in der WAK einen Antrag machen, wo Sie dann Gott sei Dank noch darauf zurückgekommen sind, weil die Gesellschaft sonst Konkurs ginge oder die Bilanz hätte deponieren müssen, und jetzt sind Sie wieder darauf zurückgekommen. Es tut mir leid, aber ich komme nicht umhin, einfach festzustellen, dass es anscheinend schon lange nicht mehr um diese Gesellschaft insgesamt geht, sondern um ein spezifisches Problem und Vorstellung, wie Sie finden, die Gesellschaft aufgestellt werden sollte. Ich habe es schon ein bisschen irritierend gefunden, liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Minderheit und Mehrheit jetzt nachher, sagen Sie doch ganz konkret, was Sie möchten an personeller Konsequenz. Nein, Luca Urgese, niemand hat es von Ihnen gesagt hier vorne am Rednerpult, sonst können Sie gerne das noch in einem Einzelvotum nachholen.

Ich bin jetzt fünfeinhalb Jahre in der WAK. Ich hatte dieses Geschäft auch drei Mal und es sind diverse Punkte gefordert worden von den frühen WAK-Zusammensetzungen, die geliefert wurden. Ich möchte jetzt auf ein paar Punkte eingehen, die vorher genannt wurden.

Die GLP hat im Rahmen der Musikvielfalt-Initiative gesagt, wenn man diese Initiative unterstütze, gefährde man die Arbeitsplätze beim Sinfonieorchester. Bei einer unformulierten Initiative, die noch die gesamte parlamentarische Beratung abwartet. Ich bin froh, Johannes Sieber ist zurück im Saal. Jetzt mit diesem Vorgehen hier gefährden Sie ganz konkret die Stabilität und Arbeitsplätze eines Unternehmens. Sie wissen seit vier Jahren, dass diese Gesellschaft unterfinanziert ist und Sie machen trotzdem diese Spielchen, ich kann es nicht anders nennen, weil sie eine andere personelle Vorstellung haben. Aber Sie haben auch eine strategische andere Vorstellung und da nehme ich die Frage von Luca Urgese auf, soll die BPG bestehen, und er hat es mit ja beantwortet. Die ehrliche Antwort ist aber, ja, aber nicht in dieser Form.

Kommen wir zur Quersubventionierung und zu den Staatsbeiträgen. Sie sagen, es darf keine Subventionierung geben von einer Charterfahrt. Sie klammern dabei aber auch relativ nobel aus, dass die Charterfahrten wiederum die Publikumsfahrten subventionieren. Lorenz Amiet war aber so ehrlich, Sie wollen eine Preiserhöhung bei den Charterfahrten, aber in letzter Konsequenz dann halt auch bei den Publikumsfahrten, nachdem es bereits eine Preiserhöhung gab. Also das ist nicht die



gleiche Form der BPG, das stimmt einfach nicht, da haben Sie eine andere Vorstellung. Und wenn Sie das auch noch so erzwingen wollen, dann ist das ihr gutes Recht, aber dann sollten Sie das auch so sagen.

Dann zu der Frage der Visitenkarte und den Basel Tourismus. Ich habe den Staatsbeitrag für Basel Tourismus auch mit Ihnen mitberaten. Da wollten Teile von Ihnen Anträge stellen, die jetzt ziemlich viel den Staatsbeitrag erhöhen, ohne Kostenträgerrechnung Stufe 4. Ich würde sagen, nicht mal Kostenträgerrechnung Stufe 1. Und in dem Kontext wollen Sie ein wichtiges Aushängeschild des Tourismus so unter Druck setzen, dass es eigentlich nicht wirklich wirtschaften kann.

Dann die Krokodilstränen, es sei kein Kompromiss möglich gewesen. Also da muss ich dem Kollegen der GLP jetzt schon mal sagen, das ist einfach nicht die Wahrheit. In der Kommissionsberatung wurde noch einmal die Frage gestellt, ob es anhand der Dauer der Beiträge da eine Möglichkeit gäbe. Es hat geheissen, es gibt keine Möglichkeit, okay, das ist Konsequenz, aber dann kommen Sie, und das passt ja schön, es schwimmt ja auch im Fluss, dann kommen Sie mir nicht mit Krokodilstränen an dieser Debatte dann. Entweder Sie stehen zu Ihrer Meinung oder nicht.

Ich habe auch herausgehört aus dem Votum von Annina von Falkenstein, dass es auch sehr stark darum geht, dass die Bürgerlichen jetzt Einheit zeigen müssen, dass das hier irgendwie, glaube ich, wichtiger ist als die sachpolitische Ebene. Das kann ich ja alles nachvollziehen, aber ich möchte einfach nochmal zusammenfassen. Wir reden über ein Unternehmen, das das Budget 87 Prozent am Markt erarbeitet. 87 Prozent, 13 Prozent kommt vom Staat und wir sind auf der operativen Ebene, dass wir die Kostenträgerrechnung Stufe 4 gerne möchten, weil wir nicht möchten, dass ein Cola eventuell zu einem Teil des Beitrages des Kantons subventioniert wird. Das ist die Ebene, auf die Sie sich bei diesem Geschäft begeben haben.

Und es sind ganz konkret Leute, die in diesem Betrieb arbeiten. Sie scheinen sehr unzufrieden mit der Geschäftsleitung, wir hatten auch Kritik, wir haben diese auch geäussert, wir haben sie auch eingefordert, aber Sie machen das jetzt, um der Geschäftsleitung Druck zu machen, setzen Sie die gesamte Gesellschaft unter Druck und Sie wissen, dass die Gesellschaft unterfinanziert ist. Und im letzten Moment haben Sie noch den Antrag reingetan, und es tut mir wirklich leid, aber ich habe, glaube ich, vier Versionen dieses Antrags gelesen, ich hoffe, es ist jetzt die definitive, aber es ist wirklich nicht seriös und dann stehen Sie hin und sagen, die Gesellschaft ist nicht seriös geführt. Das möchte ich jetzt einfach mal in diesem Raum so stehenlassen.

Ich hätte mit der Minderheit, da hätte ich gewusst, da sind die Fakten auf dem Tisch, anscheinend will man da wirklich grundsätzlich die BPG so nicht mehr haben, aber mit dem ganzen Theater jetzt, mit diesem Chaos und dann zu sagen, die Gesellschaft muss sich besser aufstellen, das besser im Griff haben, also da würde ich Ihnen schon ans Herz legen, schauen Sie doch, dass das nächstes Mal nicht wieder so passiert. Es sind ja immerhin auch Leute, die direkt von dem betroffen sind, was Sie heute hier drinnen entscheiden.

Dann noch zu guter finanzieller Basis, hat mein Vorredner von der GLP gesagt, Niggi Rechsteiner, nein, es ist eben keine gute finanzielle Basis, es ist eben unterfinanziert. Ich weiss nicht, wie ich Ihnen das so direkt noch erklären soll.

Dann zu den super Arbeitsbedingungen über GAV-Level. Annina von Falkenstein, wenn die BPG sich schon marktkonform verhalten muss, dann soll sie auch entsprechend sich positionieren, dass sie die Leute bekommt. Und ich weiss, ich werde jetzt nicht den L-GAV vorexerzieren, Sie kennen ihn auch, aber wir reden beim L-GAV nicht davon, dass wir da in Dimensionen unterwegs sind, wo die Leute gerade in dieser Situation einfach zuströmen. Da können Sie auf Gewerkschaftsseite wie auch auf der Arbeitgeberseite nachfragen. Also dort ein Bild zu zeichnen, dass es diesen Leuten bei der BPG so unglaublich gut geht, dass es da eigentlich ja fast um Dimensionen geht, wo man um Luxusprobleme redet, 30'000 Franken, meine Damen und Herren, 30'000 Franken waren pro Jahr für Verbesserungen im Arbeitsbereich eingestellt. 70 Leute arbeiten da, glaube ich, 30 FTE oder 35 FTE, das weiss ich jetzt nicht mehr aus dem Stand, und dann sagen Sie, das ist ja unglaublich, wie da für das Personal geschaut wird, das sind ja unglaublich tolle Bedingungen.

Und dann machen Sie das auch noch für die Nautik, wo sie einen unglaublichen Fachkräftemangel haben, wo sie auch enorme Bemühungen brauchen, damit sie die Leute halten können. Was wollen Sie eigentlich für ein Signal senden an diese Leute, an den Matrosen, der den Rhystärn festmacht, oder an den Kapitän, was ist eigentlich das Signal konkret?

Wir sind unzufrieden mit der Geschäftsleitung. Wir finden es schlecht, dass ein Teil ihres Menus subventioniert wird durch den Kantonsbeitrag. Es gab mediale Wortmeldungen von bürgerlichen Kommissionsmitgliedern, die gesagt haben, man könne noch mehr als 87 Prozent am Markt erarbeiten. Okay, also die Geschäfte, das ist das Problem. Wir brauchen 90 oder 92 Prozent am Markt erarbeiten, dann wären Sie dann zufrieden? Nein, wären Sie nicht, weil sie ja grundsätzlich eine andere Vorstellung haben, wie die BPG aufgestellt werden soll. Es ist keine Carte blanche, ich verahre mich wirklich dagegen, es ist keine Carte blanche, wenn Sie dem WAK-Mehrheitsbericht und dem Ratschlag des Regierungsrats folgen, sondern Sie geben einer Gesellschaft, die in einer schwierigen Situation ist, eine echte Möglichkeit, die neue Strategie, die Sie gefordert haben und jetzt umgesetzt wird und zu der Sie angeblich die ganze Zeit so feststehen, auch wirklich umzusetzen.

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, der WAK-Mehrheit zu folgen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Beda Baumgartner, möchten Sie die Zwischenfrage von David Jenny beantworten?



*David Jenny (FDP):* Beda Baumgarten, können Sie zu meiner Beruhigung aufgrund der Ihnen verfügbaren Informationen ausschliessen, dass Cüplis für Champagnersozialist\*innen auf diesen Schiffen nicht quersubventioniert werden?

*Beda Baumgartner (SP):* Ja, das traurige ist, David Jenny, dass es eigentlich ein seriöses Geschäft ist und Sie es jetzt halt ins lächerliche ziehen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Mitte/EVP spricht der mehrfach genannte Franz-Xaver Leonhardt.

*Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP):* Nach diesem auch sehr emotionalen Votum ist es schwierig, hier weiterzufahren. Aber es ist lustig, es wurde mir ja vorgeworfen, ich sei hier als Redner, was haben Sie gesagt, David Jenny, beim Horburg, ich sei unverantwortungsvoll. Nein, Ivo Balmer hat gesagt, ich mache beste bürgerliche Politik, ich versuche jetzt hier, das zu machen.

«Z'Basel am mym Ryy, jo deert meecht y syy!» Unser bekanntes Lied. Im Moment kann man nicht im Rhein sein, sondern auf einem Schiff, weil es zu viel Hochwasser hat, wir alle schwimmen sehr gerne. Historisch war 1832 das Dampfschiff «Stadt Frankfurt» der Anfang des öffentlichen Verkehrs, nämlich eine Personenschiffahrt vor der Eisenbahn. Also seit 200 Jahren gibt es diese Form des Transports von Personen auf dem Rhein und ich glaube, auch die Diskussion, die wir hier führen und nachher die Abstimmung, die PBG wird nicht untergehen und ich bin sehr beruhigt, das zu wissen, weil 200 Jahre Gesellschaft ist eine lange Zeit.

Was mir gefehlt hat hier in dieser Diskussion, ist eigentlich, danke zu sagen den Mitarbeitenden auf diesen Schiffen, die diese Emotionen, die wir alle haben auf dem Wasser, ermöglichen. Ich danke auch, dass der sehr bescholtene Direktor der Schifffahrt hier oben sitzt und auch mit der Verwaltungsratspräsidentin hier unsere Debatte verfolgt und dann gespannt ist, was er morgen der Belegschaft sagt, ob sie weiter existieren oder nicht.

Ich muss schon sagen, der Minderheitsantrag, der war sehr hart. Er war hart, weil nur etwas wenig Geld bis Ende Jahr und auch nicht die kapitale Erhöhung. Ich glaube, die WAK-Minderheit hat jetzt eingesehen, dass das zu hart ist und ich habe versucht, hier einen Kompromiss zu machen. Und ja, Annina von Falkenstein, Sie haben recht, ich habe das zu wenig sorgfältig gemacht, darum gibt es auch drei verschiedene. Ich werde immer wie politerfahrener und werde mich verbessern.

Als Unternehmen kann ich Ihnen sagen, ich habe eine schwierige Zeit, aber viele tolle Zeit und vor vier Jahren in Covid hatte ich keine Liquidität mehr und das war der schwierigste Moment von meinem Unternehmen. Ich sage es Ihnen, das war schwierig, ich musste auch Mitarbeitende entlassen, weil wir die Löhne nicht bezahlen konnten, und dank dem Staat haben wir wieder Sauerstoff bekommen, nämlich frisches Geld und wir konnten das Unternehmen retten. Heute stehen wir gut da, auch nach einer erfolgreichen Art und ich hoffe auf besseres Wetter, dann geht es der Schifffahrt besser und auch unseren Terrassen geht es besser.

Die Argumentation, dass jetzt mein Änderungsantrag mit diesem Geld nicht reichen würde, ist jetzt auch klar, dass er reicht. Er ist aber knapp. Ich weiss, es ist knapp und er verpflichtet auch den Regierungsrat, in einem guten Jahr oder anderthalb Jahren mit einem neuen Ratschlag zu kommen, nämlich ein Ratschlag, der einen neuen Verwaltungsrat oder einen zusätzlichen unterstützenden Verwaltungsrat ohne Beteiligung von einem Departementsvertreter fordert, um diese Strategie, die scheinbar gut ist, noch besser im operativen Geschäft einzusetzen. Und ich glaube, und da bin ich halt Unternehmer, wenn man so einen Prozess macht und wir jetzt der WAK-Mehrheit zustimmen würden, der ist sehr komfortabel und ich glaube, ein Unternehmen, das von Anfang an komfortabel ausgestattet ist, ist zu wenig innovativ und zu wenig kreativ.

Ich glaube, wenn wir nachher in zwei Jahren wieder über einen weiteren Regierungsratsvorschlag diskutieren, dann können wir diese vielen Emotionen beiseitelassen. Ich glaube, die operative Leitung und die strategische Leitung werden gute Lösungen finden und diese Schifffahrt wieder in die nächste Generation führen mit zwei sehr schönen Schiffen und vielleicht noch mit einem Vaporetto. Das stimmen wir dann im September ab, das wäre ja auch etwas Gutes.

Und ich teile die Meinung, dass wenn man auf einem Schiff fährt mit einer Grossfamilie, die Kinder bezahlen müssen, das verstehe ich eigentlich nicht. Weil im normalen ÖV kann ich gratis mit meinen Kindern durch die ganze Schweiz fahren und auf der Passpersonenschiffahrt muss ich ein Zusatzbillet zahlen. Aber das sind operative Sachen, in die ich nicht reinrede, sondern das ist nur eine Idee. Ich werde auch nicht neuer Verwaltungsrat, weil das lässt sich nicht vereinbaren, aber es gibt fähige Leute, da bin ich überzeugt, dass Kaspar Sutter die finden wird in dieser knappen Zeit.

Ich wäre wirklich froh, wenn wir hier diesen Kompromissvorschlag unterstützen und ich glaube auch, auf jeder Seite, die verliert, wenn wir das machen, gibt es Gewinner, aber nicht alle sind dann unzufrieden. Aber wenn wir unzufriedene Gewinner haben, sind wir auch zufrieden.



In diesem Sinne empfehle ich, ich glaube, auch jetzt im Namen der Fraktion EVP/Mitte, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Einzelvoten. Joël Thüring hat sich gemeldet.

*Joël Thüring (SVP):* Ich gehöre zu denjenigen, die vor vier Jahren zum Staatsbeitrag nein gesagt haben und ich habe auch vor zwei Jahren nein gesagt dazu und ich kann Ihnen auch sagen, weshalb das so ist. Ich komme mir bei der heutigen Diskussion, auch wenn ich den Bericht des Regierungsrates und auch den Mehrheitenbericht so lese und ich bleibe auch bei den Metaphern, ein wenig vor wie auf der Titanic. Oben auf dem Deck spielt die Musik, unten haben alle schon nasse Füsse und der Eisklotz ist bereits Teil des Schiffes, weil es bereits mit diesem Eisklotz kollidiert ist.

Diese BPG, wie Sie sie uns heute, Regierungsrat Kaspar Sutter, schönreden wollen, wird seit Jahren schlecht geführt. Das ist ein jahrelanges Missmanagement und ich weiss auch, weshalb Beda Baumgartner so emotional geworden ist. Sein Regierungsrat ist nicht nur Kaspar Sutter, schon sein Vorgänger ist seit über 20 Jahren dafür verantwortlich, dass wir Pleiten, Pech und andere Havarien mit der BPG hier in diesem hohen Hause zu besprechen haben. Der Titel stammt von der BZ Basel, ich habe das Copyright nicht darauf. Und das ist die Ausgangslage. Wir sprechen hier Missmanagement schön, Kaspar Sutter. Sie haben doch die Aufsicht über diesen Betrieb nicht im Griff, wenn wir seit Jahren hören müssen, dass die BPG sich neu orientieren muss, dass wir neue Herausforderungen haben. Ja, ein Schiffsbetrieb muss damit leben, dass es manchmal Hoch- oder Niederwasser hat. Das gehört dazu, das ist das unternehmerische Risiko, das auch Franz-Xaver Leonhardt mit seiner Terrasse teilt. Wenn es schönes Wetter ist, ist sie voll, und wenn es wie jetzt drei Monate regnet, dann ist diese Terrasse meistens leer. Damit muss er umgehen können. Wir können doch jetzt nicht so tun, als wären diese Situationen neu.

Beda Baumgartner, ich bin bei Ihnen, ich nenne die Verantwortlichen beim Namen. Die Verantwortung dafür liegt bei der operativen Geschäftsleitung, die ist 14 Jahre im Amt, sie liegt beim Verwaltungsrat, aber sie liegt eben auch beim zuständigen Regierungsrat, der es unterlassen hat, der BPG Beine zu machen. Und das hat jetzt zur Folge, dass wir den Staatsbeitrag gemäss Antrag des Regierungsrates beinahe verdoppeln sollen. Ja, meine Damen und Herren, wer gibt einem maroden Unternehmen einen doppelten Staatsbeitrag, das müssen Sie mir einmal erklären.

Und Luca Urgese hat es richtig ausgeführt, da werden mit Zahlen hantiert, die nie und nimmer aufgehen können. Man macht einen Businessplan und sieht keine Erhöhung des Personalaufwandes in den nächsten zehn Jahren vor. Ja, wo gibt es denn so etwas? Gleichzeitig haben wir vom Kommissionsprecher der Minderheit gehört, dass diverse Aufträge, die im letzten Bericht formuliert waren, nicht ausgeführt worden sind. Wo war hier die Aufsicht? Gleichzeitig hören wir, dass wir eine Teuerung von 4 Prozent den Angestellten gewährt haben, obschon die Teuerung ja niemals bei 4 Prozent war und wir vorher Jahre lang eine Minusteuerung hatten. Also auch da müssen Sie mir einmal erklären, wo denn die Aufsicht war über dieses Unternehmen, das wir heute mit einem fast doppelten Staatsbeitrag zusätzlich alimentieren wollen.

Und wenn Sie dann den Ratschlag des Regierungsrates lesen und über diesen betrieblichen Mehrbedarf für die Jahre 2024 bis 2028, dann muss ich schon bei der Aufwandposition 1 lachen. Die neuen digitalen und medialen Möglichkeiten im Internet werden auch für die BPG als neuer Vertriebskanal immer wichtiger. Immer wichtiger als neuer Vertriebskanal. Meine Damen und Herren, das Internet gibt es nun auch schon zwei, drei Tage und ich gehe davon aus, dass auch die BPG weiss, dass sich das Internet in der Zwischenzeit durchgesetzt hat. Also Sie können doch nicht davon sprechen, dass das jetzt zur strategischen Neuausrichtung der BPG gehören kann, dass man die neuen digitalen Möglichkeiten als Vertriebskanal nutzt. Also bitte sehr.

Wenn Sie dann noch behaupten, es sei wichtig für den Tourismusstandort Basel, ich bin da bei Ihnen, nur wenn Sie mit der Tourismusbranche sprechen, dann werden Sie feststellen, dass die BPG im Tourismussektor in Basel keineswegs verankert ist. Sprechen Sie doch einmal mit Basel Tourismus, ich finde, die Schnittstelle zu Basel Tourismus ist mehr als dürftig. Probieren Sie einmal ein Ticket zu kaufen, dann gute Nacht.

Ich glaube, es kann niemand in diesem hohen Hause bestreiten, dass es eine starke BPG brauchen würde, deshalb kann ich mich auch dem Minderheitenantrag von Franz-Xaver Leonhardt nun anschliessen, auch wenn ich finde, wir sind jetzt noch einmal etwas grosszügig. Aber so zu tun, als wären wir auf gutem Kurs, obschon wir wissen, dass sie unten bereits die nassen Füsse haben, das finde ich nun also wirklich sehr schwierig. Hier erwarte ich von Regierungsrat Kaspar Sutter, dass es einer Aufsichtspflicht in den nächsten Jahren etwas mehr nachkommt und schaut, dass bei dieser BPG endlich Ordnung herrscht. So kann es nicht weitergehen, sonst stehen wir in zwei Jahren wieder am genau gleichen Punkt und ich garantiere Franz-Xaver Leonhardt, ich bin schon etwas länger in diesem Parlament wie Sie, das ist keine Kritik an Ihnen, ich garantiere Ihnen, wir werden diese Diskussion in genau gleichem Umfang in zwei Jahren dann wieder führen und die Versprechungen werden keine anderen sein.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Redner ist Alex Ebi.

*Alex Ebi (LDP):* Ich bin erschlagen vom ersten Votum von Beda Baumgartner und jetzt auch noch von Joël Thüring. Beide haben super geredet, beide haben auf ihre Art natürlich auch total recht und haben auch extrem viel Emotionen hineingebracht. Es war irrsinnig zum Zuhören und am tollsten wäre es gewesen, wenn sie eigentlich hier von Anfang an das miteinander ausgejast hätten, dann müssten wir hier drinnen gar nicht jetzt so lange debattieren.

Was ich versucht habe in den letzten zwei Tagen, ist, genau die zwei Lager, die so extrem gut argumentieren und auch alle recht haben, irgendwie trotzdem zusammenzubringen, weil so in den Extremen zu bleiben, das kann ja nicht funktionieren. Auf der einen Seite spürt man natürlich, dass die Minderheit sagt, wir fragen hier immer nach, wir bekommen nie eine vernünftige Antwort, wir haben vor vier Jahren, vor sechs Jahren, vor 12 Jahren, vor keine Ahnung, wie lange da die Regierungsräte vorher dort gesessen sind, und wir haben nie richtige Antworten bekommen von dieser Geschäftsleitung. Das ist das eine.

Jetzt fühlen sie sich ein bisschen betupft und sagen, ja nein, so geht es nicht, wir schauen genau hin und da schauen wir jetzt ganz genau hin. Und die anderen sagen, ja nein, das müssen wir haben, wer ist denn schon gegen diese Boote, wir wollen diese Boote haben in Basel und da ist eigentlich für uns fast alles recht, die arbeiten schon gut, die haben es halt auch schwer und dann das Hochwasser und dann haben sie zu wenig Wasser und dann haben sie zu viele Leute und dann haben sie wieder zu wenig Leute. Und dann sagen die anderen wieder, ja, aber das muss man halt budgetieren.

Das geht die ganze Zeit hin und her und irgendwo ist es einfach nie vernünftig. Und vernünftig ist jetzt das, und da hatte ich eben das Gefühl, das sei eine super Idee, man gibt jetzt zwar, man beisst nochmal in den sauren Apfel, man gibt da nochmal das Geld, das auch wirklich neu gefordert wird, aber nicht für fünf Jahre, sondern für zwei Jahre. Aber nein, da wollte auch niemand mitmachen und so hat es halt das ergeben, dass das hin und her und nochmal zurück ist und am Schluss haben wir den Vorschlag Leonhardt.

Und jetzt stehen wir hier und wissen eigentlich nicht mehr recht, was eigentlich gescheit ist, weil in letzter Konsequenz müssen wir doch einfach checken. Da kann die WAK offensichtlich in einen Betrieb hineinschauen, der so irgendwie ein Staatsbetrieb ist, aber doch halt irgendwie nicht einen Ganzen, darum können wir ja hineinschauen. Wir sehen nicht in eine Verwaltung hinein im Finanzdepartement, ob die jetzt extrem effizient arbeiten und die besten Chefs haben, dort können wir einfach gar nicht hinschauen. Aber hier können wir jetzt alle unternehmerischen Qualitäten einbringen und die Excel-Tabelle hervorzupfen und jetzt natürlich immer sagen, das sind alles «Läugeli». Ich glaube nicht daran, dass es «Läugeli» sind, die haben auch probiert, das auf Kurs zu bringen und haben wirklich alles gegeben, damit es funktioniert.

Aber jetzt stehen wir hier und jetzt hoffe ich einfach, dass wir eine vernünftige Mitte finden und das wäre jetzt der Vorschlag von Franz-Xaver Leonhardt und ich würde wahnsinnig bevorzugen, wenn wir den alle unterstützen könnten, damit alle irgendwo die Kirche im Dorf haben und weiterarbeiten können, aber trotzdem nicht für alle Zeiten wieder gebunden sind.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Ich spreche nur, weil mich Beda Baumgartner der Unseriosität bezichtigt hat. Ich habe durchaus ein emotionales Verhältnis zu unserer Schifffahrt am Rhein. Ich bin zwar noch nie Eisbergen begegnet, aber ich durfte irgend mal in den 70er-Jahren in der letzten Etappe von Holland bis nach Basel ein Schiff mitbegleiten der damaligen Flotte der Basler Personenschifffahrtsgesellschaft und ich konnte familiär ein bisschen die Geschichte dieser Gesellschaft verfolgen. Nicht das Erlebnis auf dem Rhein, aber das Setup dieser Gesellschaft, ihre Führung ist eine Unglücksgeschichte. Irgendwo wurde berichtet, wie oft Polizeikommandanten gehen mussten in den letzten 20 Jahren, das können Sie fortschreiben für die Basler Personenschifffahrtsgesellschaft für etwa 50 Jahre. Da ist irgendwo in der Ausstellung der Wurm drin.

Jetzt mache ich allen Linken eine Freude, ich meine, das ist eine hundertprozentige Beteiligung unseres Kantons, es ist ein faktischer Monopolbetrieb. Wir müssen es haben, wir wissen, wir verdienen da kein Geld damit, die Schiffe laufen nicht über die Rechnung dieser Gesellschaft und wenn man hier schaut im Handelsregistrauszug, wie viele tolle Leute sich da im Verwaltungsrat versucht haben über die letzten zehn, 20, 30 Jahre, alles tolle Leute, aber es hat immer nicht geklappt. Es ist nicht heute Zeit, aber ich wäre hier radikal. Wir haben Verkehrsbetriebe zu 100 Prozent im Eigentum unseres Kantons. Ich würde die Basler Personenschifffahrtsgesellschaft als Abteilung der BVB sehen, da müssten wir uns auch nicht mit den Details der Kostenträgerrechnung unserer Rheinschifffahrt beschäftigen. Das ist eine faktische Staatsaufgabe, kann nicht anders gemacht werden und da jetzt ein Pseudo-Verwaltungsrat wieder installieren mit tollen Ideen, wir werden in fünf oder zehn Jahren wieder weiter so sein.

Aber ich kann Franz-Xaver Leonhardt beruhigen, ich werde ihm hier auch folgen und hier ist er pragmatischer als in seiner Bodenpolitik.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit gehen wir in der Eintretensdebatte zurück zu Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Vielen Dank für Ihre engagierte Diskussion. Sie zeigt zumindest, dass die BPG grosse Emotionen weckt, auch wenn die Wahrnehmung unterschiedlich ist in den unterschiedlichen politischen Lagern. Zuerst mal zu David Jenny, es ist kein Monopolbetrieb, die BPG steht mit ihrem Angebot in einer Konkurrenz. Es gibt andere Möglichkeiten, seine Freizeit zu verbringen, es gibt andere Möglichkeiten, seine Firmenevents zu lancieren, von dem her ist da nicht einfach ein Monopolbetrieb, der da vorhanden ist.

Eine zweite kleine Nebenbemerkung, also wenn jetzt Vaporetto hier genannt wird, dann ist das eher ein bisschen schwierig für mich. Also dort reden wir dann ganz bestimmt nicht von Kostendeckungsgraden von 87 Prozent, sondern deutlich tiefer für ein ÖV-Angebot, ehrlich gesagt, dass durch die Trams und Busse, die parallel zum Rhein fahren, schneller und preisgünstiger erbracht werden könnten. Von dem her, ich glaube, Vaporetto möchten wir nicht in die BPG integrieren.

Ich möchte ein bisschen noch abtiefen jetzt in den Antrag Leonhardt. Die erste Variante, der Antrag Leonhardt, der leider nicht mehr auf dem Tisch liegt, für den hatte ich grosse Sympathien, weil er die notwendige Finanzierung des Staatsbetrags sichergestellt hätte, die Risikosicherheit gewährleistet hätte, aber eine kürzere Zeitdauer hatte. Das wäre die sinnvolle Antwort gewesen auf Ihre Bedenken und Ihrem Kontrollwunsch. Das wäre fair gewesen.

Über was sprechen wir eigentlich hier. Sprechen wir über einen Staatsbeitrag, und das machen wir eigentlich, oder sprechen wir über einen Staatsbetrieb nach Public Corporate Governance-Richtlinien, welche Aufgaben hat da der Grosse Rat und welche Aufgabe hat der Regierungsrat? Ich weiss, es ist vermischt, weil es handelt sich hier um eine Firma, die zu 100 Prozent dem Kanton Basel-Stadt gehört und durch uns getragen wird, deshalb sehen wir hier auch eine klare Vermischung zwischen Staatsbeitrag und Public Corporate Governance-Diskussionen, was auch okay ist.

Bei Public Corporate Governance-Diskussionen, da sind die Aufgaben relativ klar. Das Management führt den Betrieb, der Verwaltungsrat definiert die Strategie, entwickelt und beaufsichtigt das Management, der Regierungsrat übernimmt die Eigentümerversantwortung gegenüber dem Betrieb und Sie als Parlament üben die Oberaufsicht aus. In der Detailtiefe, die wir hier diskutieren, sind wir weit weg von dieser Kompetenzordnung. Ich glaube, die GPK hätte da keine Freude an uns, wie wir hier die Kompetenzen verteilen bei diesem Staatsbetrieb.

Bei einem Staatsbeitrag, wir wissen, der ist heute zu tief. Sie wissen das auch, wir wissen es und trotzdem kommt jetzt ein Antrag, der daran festhalten will, ein zu tiefer Staatsbeitrag. Das ist schwierig. Es hilft Joël Thüring, weil in zwei Jahren kann er wieder die gleiche polemische Rede schwingen, weil die BPG, die 500'000 werden nicht ausreichen, um ihren Betrieb, so wie er heute läuft und wie wir ihn erwarten, auszuüben. Sie wird wieder ein Kapitalverzehr vollziehen in den nächsten zwei Jahren, das wissen wir schon jetzt, das wissen auch Sie, wenn Sie dem zustimmen. Dieser Staatsbeitrag ist zu tief und deshalb werden wir in zwei Jahren auch wieder die gleiche Diskussion hier drinnen haben. Ich wollte eigentlich aus diesem ewigen immer aufschieben rauskommen, anscheinend ist mir das noch nicht ganz geglückt und das tut mir leid, das tut mir auch leid für die BPG.

Das zweite Problem ist, ohne seriöse Finanzierung dieses Staatsbeitrags, das erschwert auch sehr stark meinen Wunsch und der Wunsch des Regierungsrates, ein neuer Verwaltungsrat einzusetzen. Weil möchten Sie Verwaltungsrat werden, wo Sie in zwei Jahren erklären werden müssen, weshalb Sie jetzt jedes Jahr 500'000 Franken Defizit gemacht haben, weil der Staatsbeitrag zu tief ist? Das ist einfach keine gute Situation, um einen Verwaltungsrat neu aufzustellen. Sie belasten die BPG in der Kurzfristigkeit, Sie belasten die BPG in der Unterfinanzierung. Das ist nicht gut für dieses Unternehmen und deshalb verstehe ich diesen Antrag nicht in der Höhe.

Und das zweite, was ich nicht verstehe, ein Betrieb braucht eine gewisse Risikobereitschaft. Indem Sie jetzt ein Konzept vorlegen quasi, dass davon ausgeht, dass das Eigenkapital in den nächsten zwei Jahren wieder verbraucht wird, dann nehmen Sie dieser Firma auch die Risikomöglichkeit. Ich denke, ein Betrieb, der auf dem Markt ist, der Verantwortung trägt für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der sollte auch eine gewisse Risikofähigkeit haben. Und indem Sie der BPG in den nächsten zwei Jahren diese eine Million entziehen, insgesamt mit zweimal 500'000, entziehen Sie diese Risikofähigkeit der BPG. Das ist machbar, wenn die Planung stimmt, ist einfach nicht gut und ich finde es auch nicht fair. Das heisst eigentlich auch, wäre Ihre Botschaft, die Kostendeckung muss in den nächsten Jahren nicht 87 Prozent sein, sondern 93 Prozent. Das ist auch eine Aussage, die ein bisschen mitschwingt und die schwierig ist und die kaum erreicht werden wird. Das wissen Sie und das weiss ich und deshalb, Sie sehen, habe ich Mühe mit diesem weiterhin zu tiefen Betrag.

Von dem her möchte ich Sie bitten im Namen des Regierungsrates, in dem Fall dem Regierungsrat mit seinen fünf Jahren zu folgen und der WAK-Mehrheit mit auch seinen fünf Jahren, aber eben dem richtigen Staatsbeitrag in der richtigen Höhe.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Wort geht an den Sprecher der Minderheit, Lorenz Amiet.



*Lorenz Amiet (SVP):* Namens der Kommissionsminderheit danke ich Ihnen auch für diese sehr spannende, sehr lebhaftige Debatte. Man hatte sehr wohl den Staatsbeitrag nur für ein Jahr fordern können. Ja, das wäre hart gewesen, es wäre aber gegangen im Wissen darum, dass man dann in sechs bis neun Monaten mit einem nächsten Antrag kommen muss. Wir wissen darum, dass der Druck dann auf der Regierung maximal gewesen wäre. Nun Sie wissen es, ich habe es Ihnen gesagt, wir sind einverstanden von der WAK-Minderheit, dass man diesen Druck etwas reduziert, aber trotzdem noch auf einem gewissen Mass belässt.

Die Zahlen einfach trotzdem nochmals ganz kurz. Wir schreiben ein Darlehen von 1,8 Millionen ab, wir sprechen zusätzliches Eigenkapital von 1,25 Millionen, das sind zusammen gut 3 Millionen, wir sprechen für zwei Jahre einen teuerungsangepassten Betriebsbeitrag von 537'000 Franken pro Jahr. Das ist kein kleines Geschäft, auch so kein kleines Geschäft und ich bin schon etwas erstaunt, dass Regierungsrat Kaspar Sutter da meint, dass das ein nicht so grosser Staatsbeitrag sei.

Zu den Fragen der Kostenträgerrechnung. Der Deckungsbeitrag 1 lässt bei diesem Geschäft keine Aussagen zu. Man muss die Vollkostenrechnung anschauen. Und ja, es mag aussergewöhnlich sein, dass eine Kommission die Kostenträgerrechnung sehen will. Das ist wahrscheinlich so, weil das Vertrauen in die Führung fehlt und warum das Vertrauen in die Führung fehlt, das hat man von praktisch allen Sprecherinnen und Sprechern heute gehört. Ich habe niemanden gehört, der gefunden hat, die Gesellschaft sei gut geführt.

Was mich hingegen sehr verwundert, das ist, dass die WAK die Vollkostenrechnung einfordern muss. Das ist Aufgabe des Verwaltungsrates. Ich bin auch Verwaltungsrat bei KMUs, ich will Vollkostenrechnungen sehen, insbesondere bei einem Betrieb, der mehrere Sparten hat und die Tatsache, dass das offensichtlich dem Verwaltungsrat egal ist, dass es das nicht gibt, ganz abgesehen von der Frage, ob das die WAK jetzt sehen will oder nicht, sehen muss oder nicht muss, das ist verwunderlich.

Einige Sprecherinnen und Sprecher haben die Unterfinanzierung erwähnt. Die Frage ist hier doch vor allem, ja, warum? Liegt es an den Strukturen, ist es eine strukturelle Unterfinanzierung oder ist die Unterfinanzierung selbstverschuldet? Ich glaube, mindestens für das 2023 wurde die Frage hinlänglich beantwortet. Ich erinnere nochmals, man hat fast 900'000 Franken mehr Verluste gemacht als budgetiert, obwohl man die budgetierten Erträge eingefahren hat. Regierungsrat Kaspar Sutter hat weiter gemeint, höhere Kosten bei der Energie und beim Personal fallen an. Ja, natürlich gibt es eine Teuerung und natürlich muss man diese Teuerung einrechnen, aber jedes Transportinstitut rechnet die Teuerung auch bei den Preisen ein. Auch bei der BVB gehen die Preise hin und wieder hoch, sogar bei der SBB gehen sie hin und wieder hoch.

Dann wurde moniert, dass die bestehenden Löhne nicht marktfähig seien, dass man hier Nachholbedarf hätte. Ja, wenn dem so gewesen wäre, dann wären die Leute wahrscheinlich im 2023 der BPG nicht scharenweise nachgelaufen. Aber wir haben ja eben gerade das Problem, dass die Personalkosten 14 Prozent angestiegen sind, weil offensichtlich zu viel Personal angestellt wurde. Also viel Personal können Sie nicht anstellen, wenn die Leute nicht bei Ihnen arbeiten wollen.

Zur Frage, ob wir damit die Firma, die Gesellschaft den bachab schicken, in den Konkurs schicken. Überhaupt nicht. Wir haben das nachgerechnet, heute Morgen auch nochmals in Anwesenheit von Spezialisten des WSU nachgerechnet. Wenn die Budgets im 2024 und 2025 erreicht werden, bleibt bis Ende 2025 der Gesellschaft mit dem Antrag Leonhardt, wie er jetzt auf dem Tisch liegt, eine Reserve über dem bestehenden Aktienkapital von knapp einer halben Million Franken. Das ist also die Risikotoleranz, die die Gesellschaft hat, eine knappe halbe Million Franken. Das ist nicht übermässig, das ist klar, aber das ist genug, um normale Risiken abfedern zu können.

Und wenn jetzt etwas ganz unvorhergesehenes passiert, wir wollen ja nicht an eine neue Covidkrise denken, aber wenn irgendein Kapitän Schettino unerwarteterweise in den Pfeiler der mittleren Brücke fährt und ein Schiff für viele Monate ausfällt zum Beispiel, ja, dann braucht es Ausnahmeregelungen, dann braucht es einen Ausnahmeantrag und bei so einem Grund versteht insbesondere die WAK-Minderheit dann auch, dass man zusätzliches Geld sprechen muss, weil so ein Szenario können sie in der Geschäftsleitung nicht vorhersehen. Hochwasser, Niedrigwasser, das gehört zum Riskmanagement, das gehört zum normalen Szenario, aber dass ein Schiff dann über viele Monate zum Beispiel ausfällt wider Erwarten, das gehört nicht zu dem, womit sie rechnen müssen.

Mit dem Antrag Leonhardt haben wir jetzt eine Lösung bis Ende 2025. Das heisst, im Verlaufe des nächsten Jahres muss die Regierung mit einem neuen Antrag kommen ab 1. Januar 2026. Wir sagen hier nichts dazu, wie der dann aussehen könnte. Wir sagen nichts dazu, wie hoch der Staatsbeitrag ab 1. Januar 2026 sein sollte. Das hängt ganz entscheidend davon ab, ob es gelingt, bis zu dem Zeitpunkt das Vertrauen in die Führung wiederherzustellen. Wir haben es vorhin gehört, es soll ein neuer Verwaltungsrat gewählt werden. Das ist toll, das ist ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung. Ich traue es diesem zu, dass er die Voraussetzung schafft, dass zumindest in der WAK, wahrscheinlich auch im ganzen Grossen Rat oder fast ganzen Grossen Rat, wieder Vertrauen in diese Gesellschaft hergestellt wird.

Wenn Sie also jetzt diesem Antrag Leonhardt zustimmen, dann schaffen Sie die Voraussetzung, dass die Gesellschaft überlebt. Nochmals, das wollen wir alle in der WAK-Minderheit. Sie schaffen gleichzeitig aber die Voraussetzung, dass



innerhalb der nächsten 12 bis 18 Monate die Führung neu aufgestellt werden muss. Ich sage sicher nicht, diese Person muss weg oder diese Person muss eine Schulung machen, wer in der Geschäftsleitung rechnen kann, das ist mir egal, was aber die WAK-Minderheit verlangt, ist, dass jemand in der Geschäftsleitung rechnen kann. Sie schaffen also die Voraussetzung, dass wir diese Firma in den Griff bekommen, Sie schaffen die Voraussetzung, dass man bis in einem Jahr das Vertrauen in die Gesellschaft wiederherstellen kann und dass man danach auf einer ganz neuen Basis über vernünftige Finanzierungen, über vernünftige Staatsbeiträge diskutieren und beschliessen kann.

In diesem Sinne danke ich Ihnen im Namen der Kommissionsminderheit für die Unterstützung des Antrags Leonhardt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Möchten Sie die Zwischenfrage von Tim Cuénod annehmen? Sie wird angenommen.

*Tim Cuénod (SP):* Lorenz Amiet, ich habe Ihren beiden Reden aufmerksam zugehört. Eines verstehe ich in der Argumentation nicht ganz. Was macht Sie so zuversichtlich, dass jetzt Preiserhöhungen bei den Tickets zu einem höheren Kostendeckungsgrad führen? Was führt zu dieser Annahme?

*Lorenz Amiet (SVP):* Hinsichtlich Preiserhöhungen habe ich nur gesagt, es gehört zum kaufmännischen kleinen Einmaleins, dass man sie der Teuerung anpasst. Ansonsten habe ich die Kosten und nicht die Preise kritisiert.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Eintretensdebatte schliessen wir ab mit Kommissionsprecher Pascal Pfister.

*Pascal Pfister (SP):* Lassen Sie mich jetzt eine andere Metapher, die nicht aus der Schiffswelt und der Seefahrt ist, sondern die auch heute von der Sprecherin der LDP verwendet wurde, benutzen, um Ihnen unsere Sicht darzubringen. Es wurde davon gesprochen, dass man die BPG nicht an der langen Leine halten soll, sondern dass man es mehr zu sich nehmen muss und ich glaube, wenn Sie jetzt dem Antrag der Minderheit zustimmen, dann ist das eben nicht das, sondern Sie fesseln die BPG in dieser Situation, in der sie sich heute befindet, und es wird tatsächlich so sein, dass wir in zwei Jahren die gleiche Diskussion nochmals führen.

Die WAK hat zu Recht gefordert, dass die BPG einen Strategieprozess macht. Sie hat das während der Coronapandemie eingefordert, moniert. Da kann man dann sich darüber streiten, aber dass grundsätzlich die BPG eine Strategie definieren musste, das war sicher richtig und das hat sie auch jetzt gemacht. Das ist ja genau das, was sie gemacht hat. Sie hat sich überlegt, wie können wir diese Gesellschaft aufstellen, damit sie in Zukunft in bessere Gewässer kommt. Und dafür braucht sie ebendiese Erhöhung des Staatsbeitrags.

Dann kann man sagen, okay, wir haben kein Vertrauen, dass diese Strategie von der jetzigen Führung umgesetzt wird. Man kann sagen, wir wollen hier die Leine kürzer halten und der Verwaltungsrat, der wird ja neu besetzt, das reicht uns nicht.

Dann können wir die Fristen kürzen. Deshalb haben wir auch von unserer Seite versucht, ausserhalb der Kommission dahingehend einen Kompromiss zu finden, dass wir halt die Fristen kürzen, aber zum gleichen Beitrag, der die Umsetzung der Strategie ermöglichen würde. Leider ist das gescheitert. Der «Kompromiss», der bereits in der Kommission nicht zustande gekommen ist, ist auch ausserhalb der Kommission nicht zustande gekommen, aber es ist schön, dass die Minderheit darauf einschwenkt, dass wir nicht gerade die Existenz des Unternehmens in Frage stellen. Aber trotzdem setzen Sie mit diesem Minderheitenantrag der Gesellschaft das Messer an den Hals.

Schauen wir nochmal zurück, was ist denn die Alternative. In der Minderheit gab es verschiedene Punkte, die erfüllt werden müssen, damit man dann eine längerfristige Staatsvertragsperiode sprechen kann, die vierjährige normale. Und wenn wir das genau anschauen, dann ist eben die Alternative, dass am Schluss die Preise erhöht werden und die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Das ist die Alternative, die wir haben, und das wollen wir nicht und darum wollen wir, dass wir jetzt bereits den Beitrag erhöhen. Ich finde es wirklich sehr schade, dass hier kein echter Kompromiss möglich wurde. Ich hoffe, dass das nach den Wahlen wieder vermehrt möglich ist.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Ausgaben



Alinea 1 bis 2. Hier lagen zwei Änderungsanträge vor. Jetzt muss ich fragen, ob jemand am zurückgezogenen Antrag der Kommissionsminderheit festhält. Das ist nicht der Fall. Damit haben wir noch einen Änderungsantrag, und zwar den genannten von Franz-Xaver Leonhardt. Auch dieser liegt Ihnen vor.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Möchte der Antragsteller nochmals begründen? Er verzichtet. Kommissionssprecher Pascal Pfister und Lorenz Amiet verzichten ebenfalls, Kaspar Sutter verzichtet ebenfalls. Es gibt keine Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung, ob Sie dem Antrag von Franz-Xaver Leonhardt zustimmen.

### Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**47 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003798, 27.06.24 17:58:20]

### Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Änderungsantrag

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben dem Antrag zugestimmt mit 47 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

2. Rückzahlung Darlehen

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

### Abstimmung

Wer dem bereinigten Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### Ergebnis der Abstimmung

**87 Ja, 2 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003800, 27.06.24 17:59:06]

### Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Basler Personenschiffahrt AG (BPG) werden Ausgaben in Höhe von insgesamt Fr. 2'324'000 bewilligt. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt:

- Fr. 1'074'000 (inkl. MWST) als Beitrag an die Betriebskosten der BPG für die Jahre 2024 bis 2025;

- Fr. 1'250'000 zur Erhöhung des Aktienkapitals der BPG, zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich Darlehen und Beteiligungen.

2. Die Rückzahlung des Darlehens über Fr. 1'800'000 an die Basler Personenschiffahrt AG gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 27. April 2022 wird erlassen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Vielen Dank für die zwei intensiven Tage. Ich wünsche Ihnen eine wunderbare Sommerzeit.

**Schluss der 24. Sitzung**

17:59 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1  
23.9050

Abstimmungsdatum

26. Juni 2024 09:03:54

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	26	13	13	11	9	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	15	13	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	3	2	2	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	90	26	16	13	11	9	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1  
23.9050

Abstimmungsdatum

26. Juni 2024 09:09:24

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabacki Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	88	25	16	13	11	9	7	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	16	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	1	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	26	17	14	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3  
24.5229

Abstimmungsdatum

26. Juni 2024 11:24:06

Geschäft

Jahresrechnung 2023 und Rechnung 2023 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und Mitbericht der BKK

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	26	17	14	11	9	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	17	14	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	26	17	14	11	9	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4  
24.5201

Abstimmungsdatum

26. Juni 2024 16:28:08

Geschäft

Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	26	16	14	10	10	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	16	14	10	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	2	2	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	16	14	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 61  
24.5296

Abstimmungsdatum

26. Juni 2024 17:24:18

Geschäft

Resolution David Jenny und Konsorten betreffend keine Duldung von Besetzungen von Räumlichkeiten, die von der Universität Basel genutzt werden

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	50	0	0	14	11	10	7	7	1	0
Nein	40	27	13	0	0	0	0	0	0	0
Ent	4	0	3	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	94	27	16	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	2	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	16	14	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 61  
24.5296

Abstimmungsdatum

26. Juni 2024 17:26:31

Geschäft

Resolution David Jenny und Konsorten betreffend keine Duldung von Besetzungen von Räumlichkeiten, die von der Universität Basel genutzt werden

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	25	15	13	8	10	8	7	1	0
Nein	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	5	0	1	1	3	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	16	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	2	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	16	14	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5  
22.1303

Abstimmungsdatum

26. Juni 2024 17:28:43

Geschäft

Fristverlängerung kantonale Volksinitiative "für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)", Bericht der BKK

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	26	16	12	11	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	16	12	11	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	2	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	2	2	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	16	14	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7  
23.0840

Abstimmungsdatum

27. Juni 2024 09:22:02

Geschäft

Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	17	0	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	75	26	0	14	10	10	8	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	17	14	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	26	17	14	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7  
23.0840

Abstimmungsdatum

27. Juni 2024 09:23:14

Geschäft

Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	19	2	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	73	24	0	14	10	10	8	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	17	14	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	26	17	14	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7  
23.0840

Abstimmungsdatum

27. Juni 2024 09:24:14

Geschäft

Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	75	26	0	14	10	10	8	7	0	0
Nein	14	0	14	0	0	0	0	0	0	0
Ent	4	0	3	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	17	14	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	26	17	14	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8  
23.0812

Abstimmungsdatum

27. Juni 2024 09:54:15

Geschäft

Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafentbahn Variante „Südquai“, Bericht der WAK, Mitbericht UVEK

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	25	17	14	10	10	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	25	17	14	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	26	17	14	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
22.0859

Abstimmungsdatum

27. Juni 2024 15:46:51

Geschäft

Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	57	16	4	10	9	9	2	7	0	0
Nein	26	10	9	3	1	0	2	0	1	0
Ent	9	2	3	0	0	1	3	0	0	0
Abgestimmt	92	28	16	13	10	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	17	13	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
22.0859

Abstimmungsdatum

27. Juni 2024 16:04:52

Geschäft

Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	54	29	17	0	0	0	8	0	0	0
Nein	41	0	0	13	10	10	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	17	13	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	13	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
22.0859

Abstimmungsdatum

27. Juni 2024 16:05:37

Geschäft

Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionminderheit

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	13	0	0	4	8	0	0	0	1	0
Nein	81	29	17	9	2	9	8	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	17	13	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	13	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
22.0859

Abstimmungsdatum

27. Juni 2024 16:06:52

Geschäft

Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionminderheit

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	53	29	17	0	0	0	7	0	0	0
Nein	41	0	0	13	10	10	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	17	13	10	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	13	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6  
24.0147

Abstimmungsdatum

27. Juni 2024 17:57:57

Geschäft

Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschiffahrt AG (BPG) für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	47	0	0	13	10	10	7	7	0	0
Nein	43	25	17	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	17	13	10	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	92	25	17	13	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6  
24.0147

Abstimmungsdatum

27. Juni 2024 17:58:44

Geschäft

Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschiffahrt AG (BPG) für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	24	17	13	9	10	7	7	0	0
Nein	2	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	24	17	13	10	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	92	25	17	13	10	10	8	7	1	1

## Anhang B

### Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

<u>Tagesordnung</u>	<u>Komm.</u>	<u>Dep.</u>	<u>Dokument</u>
1. Jahresrechnung 2023 und Rechnung 2023 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und BKK	FKom / BKK	FD	24.5229.01
2. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats	GPK		24.5201.01
3. Fristverlängerung kantonale Volksinitiative «für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)», Bericht der BKK	BKK		23.1410.02
4. Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK	BRK	BVD	23.0840.02
5. Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafentbahn Variante "Südquai", Bericht der WAK sowie Mitbericht der UVEK	WAK/UVEK	BVD	23.0812.02
6. Entwurf zum Wassergesetz, Bericht der UVEK	UVEK	WSU	22.0122.02
7. Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschiffahrt AG (BPG) für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der WAK inkl. Bericht der Kommissionsminderheit	WAK	WSU	24.0147.02
8. Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer sowie Bericht zur Motion Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Stimmrecht für Einwohner/innen ohne Schweizer Bürgerrecht, Bericht der JSSK inkl. Bericht der Kommissionsminderheit	JSSK	PD	22.0859.02 19.5500.04
9. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Velosicherheitsmassnahmen in der Neubadstrasse, Schreiben des RR		BVD	18.5200.04
10. Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend Wiederaufnahme der Planung eines Tram-Schiffsverkehrs ("Vaporetto") auf dem Rhein, Schreiben des RR		BVD	22.5221.02
11. Motion Jörg Vitelli und Konsorten Motion betreffend kein Zubringer Allschwil ohne Bachgraben tram, Zwischenbericht des RR		BVD	19.5446.03
12. Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren, Stellungnahme des RR		BVD	23.5649.02
13. Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Zwischenbericht des RR		BVD	19.5281.03
14. Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Verkürzung der Antragsfrist für Kundgebungen und Demonstrationen, Schreiben des RR		JSD	21.5768.03
15. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend "Basel-Soli-Ticket" für Menschen mit tiefen Einkommen, Schreiben des RR		WSU	22.5522.02
16. Gleichstellungsplan des Kantons Basel-Stadt; Erarbeitung und Umsetzung sowie Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030, Bericht des RR		PD	21.5439.03 22.1054.01
17. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR		FD	24.5021.02
18. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren in der Verwaltung Basel-Stadt, Schreiben des RR		FD	19.5530.03

19.	Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Angebot sicherstellen und Qualitätssicherung für Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern und Asylunterkünften für Angehörige nicht anerkannter Religionen, Schreiben des RR		FD	19.5090.03
20.	Motion Franz-Xaver Leohnhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg, Stellungnahme des RR		FD	24.5018.02
21.	Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Entlastung bei amtlichen Gebühren für Registerauszüge und offizielle Dokumente, Schreiben des RR		FD	22.5088.02

### Überweisung an Kommissionen

22.	Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht des RR	GSK	GD	24.0646.01
23.	Universitäre Altersmedizin Felix Platter (UAFP); Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht des RR	GSK	GD	24.0647.01
24.	Universitäres Zentrum für Zahnmedizin (UZB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht des RR	GSK	GD	24.0700.01
25.	Universitätsspital Basel (USB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht des RR	GSK	GD	24.0712.01
26.	Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern sowie Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend eine soziale Wohnpolitik: das Instrument der Mietzinsbeiträge nutzen, Ratschlag des RR	GSK	WSU	22.1446.01 20.5353.03
27.	Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	IGPK UKBB	GD	24.0713.01
28.	Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt betreffend Grundlagen für die elektronische Zustellung von Verfügungen und Rekursentscheiden sowie die elektronische Eingabe von Rekursbegründungen (elektronischer Rechtsverkehr), Ratschlag des RR	JSSK	JSD	24.0664.01
29.	Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027 - Nachtragskredit für 2024, Bericht des RR	FKom	PD	23.0849.03

### An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

30.	Motionen:			
1.	Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams			24.5258.01
2.	Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Tramverkehr durch die Innenstadt jetzt beschleunigen			24.5259.01
3.	Geschäftsprüfungskommission betreffend zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik			24.5261.01
4.	Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Notlage im Asylwesen ausrufen			24.5273.01
5.	Joël Thüring und Konsorten betreffend keine Asylunterkünfte mehr in Wohnquartieren			24.5274.01
6.	Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Neues Steuerpaket-Kaufkraft bei der Bevölkerung statt Überschüsse beim Kanton			24.5276.01
7.	Luca Urgese und Konsorten betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss			24.5275.01
8.	Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen			24.5277.01
9.	Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte			24.5278.01
10.	Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt			24.5279.01

11.	Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen		24.5280.01
31.	Anzüge:		
1.	Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Evaluation und möglicher Anpassung des Taxigesetzes		24.5224.01
2.	Daniel Seiler und Konsorten betreffend Stärkung der dualen Berufsbildung durch besseren Einbezug der Wirtschaft		24.5248.01
3.	Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf den Staat und sein Verhältnis zu den Bürgern		24.5249.01
4.	Erich Bucher und Konsorten betreffend neue Schulraumoffensive		24.5250.01
5.	Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit in der Peter Merian-Stras		24.5251.01
6.	Amina Trevisan und Konsorten betreffend Gendermedizin: gesundheitliche Benachteiligung von Frauen im Bereich Erkennung und Diagnostik		24.5254.01
7.	Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Überprüfung der Regulierung von Anlagen zur Gebäudekühlung bei Bestandsbauten		24.5255.01
8.	Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie an den Volksschulen in Basel- Stadt unter Nutzung von neuen und bestehenden Angeboten		24.5256.01
9.	Georg Mattmüller und Konsorten betreffend bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen		24.5263.01
10.	Fleur Weibel und Konsorten betreffend niederschwellige und zeitgemässe Informationen für alle Familien		24.5264.01
11.	Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einrichtung eines Gender- Medizin-Instituts in Basel-Stadt		24.5265.01
12.	Beda Baumgartner und Konsorten betreffend "Ein Bus" für Basel		24.5266.01
13.	Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Entlastung der Lehrpersonen durch «Supportteams Elternarbeit»		24.5267.01
14.	Michela Seggiani und Konsorten betreffend Haus der Vereine in Basel		24.5268.01
15.	Melanie Eberhard und Konsorten betreffend geschlechts- spezifischem Fokus bei der medizinischen Prävention und Nachsorge		24.5269.01
16.	Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte		24.5270.01
17.	Patrick Fischer und Konsorten betreffend Überprüfung hoheitlicher Aufgaben zur Entlastung der Kantonspolizei		24.5271.01
18.	Pascal Messerli und Konsorten betreffend Sicherheitsempfinden der Bevölkerung durch Massnahmen bei Brücken, Unterführungen u.Ä. stärken		24.5272.01
<b><u>Kenntnisnahme</u></b>			
32.	Tätigkeitsbericht des Kontrollorgans über den Staatsschutz im Kanton Basel-Stadt für das Jahr 2023, Bericht des Kontrollorgan Staatsschutz		24.5220.01
33.	Basler Verkehrs-Betriebe (BVB): Genehmigung der Rechnung 2023, Entscheid über die Verwendung des Jahresergebnisses, Entlastung des Verwaltungsrats, Wahl der Revisionsstelle, Bericht des RR	BVD	24.0673.01
34.	Anzug Michael Hug und Annina von Falkenstein betreffend Durchführung eines Pilotprojekts Gratis-Tests für sexuell übertragbare Krankheiten (STI), Schreiben des RR (stehen lassen)	GD	21.5836.03
35.	Schriftliche Anfrage Melanie Nussbaumer betreffend Unterstützung der gesundheitlichen Vorausplanung, Schreiben des RR	GD	24.5087.02

36.	Schriftliche Anfrage Thomas Widmer-Huber betreffend Verlängerung der Buslinie 35 von Riehen nach Inzlingen, Schreiben des RR	BVD	24.5086.02
37.	Schriftliche Anfrage Catherine Alioth betreffend neun Jahre Verkehrskonzept Innerstadt - wie weiter? Schreiben des RR	BVD	24.5088.02
38.	Schriftliche Anfrage Barbara Heer betreffend Ferienangebote auf der Sekundarstufe, Schreiben des RR	ED	24.5081.02
39.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend der bikantonalen Kulturförderung (Kulturvertrag) und einer kulturellen Metropolregion Basel, Schreiben des RR	PD	24.5080.02
40.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend Massnahmen zur Förderung der medialen Resonanz von Kultur (Kulturjournalismus), Schreiben des RR	PD	24.5097.02
41.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend Zunahme von häuslicher Gewalt an Männern und Fokus bei Unterstützung und Prävention, Schreiben des RR	JSD	24.5085.02
42.	Schriftliche Anfrage Salome Bessenich betreffend Velofahrspur über die Schwarzwaldbrücke, Schreiben des RR	BVD	24.5100.02
43.	Schriftliche Anfrage Roger Stalder betreffend Ausserbetriebnahme von Ampeln an Kreuzungen in Basel-Stadt, Schreiben des RR	BVD	24.5111.02
44.	Schriftliche Anfrage Béla Bartha betreffend Pflichtlektionen für Lehrpersonen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	ED	24.5092.02
45.	Schriftliche Anfrage Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend plötzlich boomende Gewerbebezüge wie z.B. Barber-Shops, Schreiben des RR	WSU	24.5089.02
46.	Schriftliche Anfrage Edibe Gölgeli betreffend Koordinierte Leistungen bei Assistenzleistungen von Menschen mit Behinderung, Schreiben des RR	WSU	24.5094.02
47.	Schriftliche Anfrage Daniel Sägesser betreffend Überprüfung Regulierung von Übergangslösungen von Wärmeerzeugern, Schreiben des RR	WSU	24.5095.02
48.	Schriftliche Anfrage Melanie Nussbaumer betreffend Notfallplan für die Gesundheitsversorgung bei Fachkräftemangel, Schreiben des RR	GD	24.5101.02
49.	Schriftliche Anfrage Melanie Nussbaumer betreffend Umgang Polizei mit Opfern von sexualisierter Gewalt, Schreiben des RR	JSD	24.5104.02